4. Sitzung der Verfassungsberatenden Landesversammlung Groß-Hessen

Mittwoch, den 18. September 1946, 14.30 Uhr

und

Donnerstag, den 19. September 1946, 9 Uhr

Tagesordnung:

1. Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Ernährung.
 2. Bericht des Sozialpolitischen Ausschusses.
 3. Bericht des Finanz- und Haushalts-Ausschusses.
 4. Beratung des Voranschlags des Haushalts des Landtags.
 5. Bericht des Flüchtlings-Ausschusses.
 6. Wahl von drei Mitgliedern des Wahlprüfungsgerichts
 7. Berichte sonstiger Ausschüsse.
- Erlidigung von Anträgen und Petitionen.
Geschäftliche Mitteilungen.

Am Regierungstische:

Mittwoch, 18. 9. 1946: Min.-Präsident Prof. Dr. Geiler, Stellv. Min.-Präsident Dr. Hilpert, Innenminister Zinnkann, Minister für Ernährung und Landwirtschaft Häring, Min.-Direktor Dr. Nöll von der Nahmer, Min.-Rat Colmann.

Donnerstag, 19. 9. 1946: Vormittagssitzung:

Arbeitsminister Müller, Staatssekretär Dr. Brill,

Nachmittagssitzung:

Stellv. Min.-Präsident Dr. Hilpert, Innenminister Zinnkann,

Minister für Ernährung und Landwirtschaft Häring, Minister für Wiederaufbau und politische Bereinigung Binder,

Min.-Direktor Dr. Nöll von der Nahmer, Min.-Rat Lewecke.

Mittwoch, 14. September 1940, 14.30 Uhr.

Präsident **Witte:**

Meine Damen und Herren! Ich eröffne die vierte Plenarsitzung der Verfassungsberatenden Landesversammlung. Als Tagesordnung haben wir vorgesehen:

1. Bericht des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft.
2. Bericht des Sozialpolitischen Ausschusses.
3. Bericht des Finanz- und Haushalts-Ausschusses.
4. Beratung des Voranschlages des Haushalts des Landtags.
5. Bericht des Flüchtlings-Ausschusses.
6. Wahl von drei Mitgliedern des Wahlprüfungsgerechtes.
7. Berichte sonstiger Ausschüsse. Erledigung von Anträgen und Petitionen. Geschäftliche Mitteilungen.

Ich stelle zunächst fest, daß die Mehrzahl der Abgeordneten versammelt ist. Das Haus ist beschlußfähig.

Ich gebe bekannt, daß der Herr Abgeordnete Amend mir mitteilt, daß er zum Vorsitzenden einer Spruchkammer ernannt worden ist; er bittet infolge seiner neuen Tätigkeit für die Zeit vom 9. bis 28. September um Urlaub. Es ist Ihnen bekannt, daß die Beurlaubung der Mitglieder dieser Versammlung bis zu zehn Tagen Sache des Präsidenten ist. Sobald der Urlaub über zehn Tage hinausgeht, bedarf es eines Beschlusses des Landtags. Ich frage deshalb an: Werden hier vom Hause irgendwelche Einwendungen dagegen erhoben, daß der Urlaub erteilt wird? — Das ist nicht der Fall, dann ist der Urlaub genehmigt.

Ich habe Ihnen außerdem mitzuteilen, daß der Herr Abgeordnete Fisch aus Krankheitsgründen sein Mandat niedergelegt hat. An seine Stelle ist der Abgeordnete von der Schmitt aus Langen in Hessen nachgezogen worden. Außerdem hat der Abgeordnete Gilmer-Darmstadt sein Mandat niedergelegt. An seine Stelle ist Bürgermeister Adam Günderoth aus Lampertheim getreten. Ich habe den Herren bereits Mitteilung gemacht und hoffe, daß sie schon an unserer Tagung teilnehmen.

Ehe wir nun in die Tagesordnung eintreten, möchte ich noch bekanntgeben, daß nach 16 Uhr eine politische Erklärung aller vier Fraktionen hier abgegeben wird. Aus technischen Gründen mußten wir diese wichtige politische Angelegenheit zurückstellen. Ich hoffe jedoch bestimmt, daß es möglich sein wird, diese Erklärung um 16 Uhr hier vorzutragen zu können.

Ich darf fragen, ob das Haus mit der von mir verlesenen Tagesordnung einverstanden ist? — Ich höre keinen Widerspruch. Wir treten in die Tagesordnung ein und kommen zu **Punkt 1:**

Bericht

des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft.

Als Berichterstatter hat das Wort Herr Abg. Feutner.

Abg. Feutner (KPD):

Meine Damen und Herren! Der Ernährungspolitische Ausschuß hat in zwei Sitzungen zu dem heute so schwierigen Kapitel der Ernährungslage Stellung genommen. Minister Häring und einige Vertreter seiner Regierung waren dabei anwesend. Es wurde uns folgendes Bild vermittelt:

In der Frage der Kartoffelversorgung sieht es ausnahmslos sehr schlecht aus. Es fehlen uns 150 000 Tonnen Kartoffeln. Davon sind beabsichtigt aus Kurhessen 1500 Tonnen, aus Bayern 30 000 Tonnen, die mittlerweile auf 91 000 Tonnen erhöht wurden, einzuführen. Somit könnten wir einer Einkellerung von zweieinhalb Zentnern genügen. Die Bestände an Brotgetreide sind ebenfalls absolut ungenügend. Auch hierin besteht zur Zeit eine große Gefahr, und wir müssen noch große Mengen hereinschleusen, um die gegenwärtigen Rationssätze halten zu können. Es ist beabsichtigt, mit dem Beginn der nächsten Zuteilungsperiode die Brotration von 1200 auf 1500 Gramm in der

Woche zu erhöhen. Die Brotgetreideverwiegung wurde von dem Ausschuß nicht gebilligt. Die Kosten für die Verwiegung betragen 900 000 Mark. An Zucker dürfte es in diesem Jahr pro Kopf drei Pfund geben, mit Marmelade und Honig zusammen fünf Pfund. Bei Obst und Gemüse ist überhaupt kein Anfall zu verzeichnen, da alles restlos durch den schwarzen Markt abgezogen wird. Die Fettlage bietet ein außerordentlich trostloses Bild. Der Rückgang an Milch beträgt 28 Prozent, und der Ausschuß war der Auffassung, daß seitens der Landwirtschaft nur sehr, sehr mäßig abgeliefert wird, trotzdem ein höherer Viehbestand als gegeben anzunehmen ist. Bis jetzt zur Zeit über- setzter Viehbestand vorhanden, so daß man wirklich nicht weiß, wie es kommt, daß ein solcher Rückgang in der Milchablieferung zu verzeichnen ist. In der Rapsente war schätzungsweise in Hessen-Nassau ein Anfall von 3000 Tonnen, in Kurhessen ein solcher von 2500 Tonnen, insgesamt also 5500 Tonnen zu verzeichnen. Die Rapsente wurde infolge verspäteter Bekanntgabe der Verfügung jedoch nicht erfaßt, so daß sie restlos abgewandert und keine Kontrolle mehr möglich ist. Mit den Fleischlieferungen befindet sich Bayern mit 600 Tonnen im Rückstand, und daher entstehen zurzeit sehr schwere Stockungen, die jedoch — das war die Auffassung des Ausschusses — nicht allein auf den Rückstand aus Bayern zurückzuführen sind, sondern darauf, daß allgemein die Landwirtschaft das Vieh zurückhält und lieber eine Saehwerteeinlagerung vornimmt, als Vieh bereitzustellen. Es kommt auch daher, weil die Preise zwischen Schlachtvieh und Nutztvieh eine große Spanne aufweisen, da sich der Preis bei ersterem auf 500 und bei letzterem auf 1500 RM und mehr beläuft.

Insgesamt darf man sagen, daß unsere Ernährungslage eine sehr schlechte ist, und der Ausschuß kam daher zu der Auffassung, Ihnen folgenden Antrag Nr. 14 vorzulegen und zur Annahme zu empfehlen:

„Der Minister für Landwirtschaft und Ernährung wird gebeten:

I. Eine grundsätzliche Änderung der Ablieferungspflicht der landwirtschaftlichen Produkte:

Gewölde, Kartoffeln, Olsaaten, Vieh, Milch, Eier, ab 1. 10. 1940 vorzubereiten.

II. Eine Überprüfung der Preisgestaltung für landwirtschaftliche Produkte unter Berücksichtigung der Kosten für landwirtschaftliche Betriebsmittel zu veranlassen.

III. Einen neuen Anbauplan aufzustellen, welcher die Versorgung der gesamten Bevölkerung Hessens soweit wie möglich gewährleistet.“

Dieser Auffassung ist der gesamte Ausschuß; denn die Stellungnahme des Ausschusses zu den einzelnen Problemen ergab immer wieder das Bild, daß wir niemals auf dem einzelnen Sektor etwas erreichen werden, wenn man nicht eine grundsätzliche Änderung vornimmt. Es dürfte nicht möglich sein, auf dem Ernährungssektor etwas Generelles zu tun, ohne daß eine Gesamtplanung in der Produktion, der Erfassung und der Verteilung erfolgt. Ich darf daher noch, um der Verfassungsberatenden Landesversammlung Gelegenheit zu geben, zu diesem Problem Stellung zu nehmen, auf die Petition des Frankfurter Frauenausschusses (Drucksache Abtlg. II/15) verweisen, die folgenden Wortlaut hat:

Dem Frankfurter Frauenausschuß gehen täglich Klagen aus allen Bevölkerungsschichten zu über die ungleichmäßige und unverständliche Art, wie die Verteilung der Rationen besonders für Kinder und Jugendliche vorgenommen wird.

Der Frankfurter Frauenausschuß, dem die Befriedigung der Bevölkerung und vor allen Dingen die Überbrückung des Ernährungs-Engpasses, in dem wir uns zurzeit befinden, sehr am Herzen liegen, verfügt

Festner

über fachlich geschulte Kräfte, die in der Lage sind, als Experten in entsprechenden Gremien beratend mitzuarbeiten; er bittet daher den Ausschuß, über seine Dienste zu verfügen.

Wir möchten besonders darauf hinweisen, daß wir durch den direkten Kontakt mit der Bevölkerung und insbesondere den Hausfrauen und Müttern dazu berufen sind, zu beurteilen, wie mit den vorhandenen Mitteln das bestmögliche erreicht werden könnte.

Der Frankfurter Frauenausschuß weist in diesem Zusammenhang besonders auf die bei der Zusammenkunft der in Groß-Hessen arbeitenden Frauen-Ausschüsse gefaßte Resolution nachstehenden Wortlauts hin und bittet, diesen berechtigten Beschwerden Rechnung tragen zu wollen:

„Um den berechtigten Klagen der Mütter von Kindern von 1 bis 3 und 3 bis 6 Jahren Rechnung zu tragen, stellen die Frauen der am 15. August 1946 stattgefundenen Delegierten-Konferenz der Frauenausschüsse Groß-Hessens den Antrag, das Landesernährungsamt möge bei der Festsetzung der Rationen geeignete Frauen mit hinzuziehen.“

Der Antrag des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft geht dahin:

Die Verfassungberatende Landesversammlung Groß-Hessen wolle beschließen:

Die Petition wird dem Herrn Minister für Ernährung und Landwirtschaft zur Berücksichtigung überwiesen.“

Des weiteren liegt eine Petition des Fachgruppenausschusses der Techniker vor (Drucksache Abtlg. II/16) folgenden Wortlauts:

„Der Fachgruppenausschuß der Techniker in der Gewerkschaft Metall, als die berufene Vertretung der im gesamten Metallgewerbe beschäftigten Techniker, protestiert gegen die ständige ungerechtfertigte Schlechterstellung in der Zuteilung von Lebensmitteln und Berufskleidung gegenüber den Normalarbeitern, deren Versorgung schon an und für sich völlig ungenügend ist.“

Ein Wiederaufbau, eine Steigerung der Produktion, eine Fortentwicklung der Technik, die erforderliche Rationalisierung, Typisierung und Normung, die Einführung arbeitsparender Fertigungsmethoden usw. sind ohne die treudige Mitarbeit der Technikerschaft nicht möglich. Sowohl die Betriebstechniker, als auch die Konstrukteure, Chemiker, Bauführer, Werkmeister usw. müssen nicht nur geistig schöpferische Arbeit leisten, sondern auch manuelle Arbeit, die sich vielfach nicht sonderlich von üblichen handwerklichen Merkmalen der Betriebsarbeiter unterscheidet. Der Gesamtkräfteverbrauch ist erfahrungsgemäß zum Teil noch erheblicher, als der bei einer gleichbleibenden handwerklichen Tätigkeit. Die derzeitige Unterernährung der meisten Angestellten und vornehmlich der steigende Kräfteverfall bei den Technikern und Werkmeistern ist nicht mehr zu verantworten. Die Fehlzeiten nehmen laufend zu, und die Arbeitsintensität nimmt ständig ab. Schätzungsweise dürfte die Leistungsminderung im Durchschnitt 30% betragen. Fälle, wo technische Betriebsbeamte schlapp machen, wo Konstrukteure am Brett vor Schwäche abbauen und wo Ingenieure infolge allgemeiner Erschöpfung Betriebsunfälle erleiden, sind keine Seltenheit.

Die zuständigen Ernährungsbehörden, denen anscheinend jegliche Kenntnis der örtlichen und betrieblichen Zusammenhänge fehlt, rufen mit ihren ungerechten Ernährungsmaßnahmen das Mißtrauen und die Empörung der Bevölkerung hervor. So ist auch die Zurücksetzung der evakuierten Bombengeschädigten, der Flüchtlinge und der übrigen garten- und landlosen Werktätigen in Orten unter 20 000 Einwohnern völlig

unverständlich. Es ist nicht wahr, daß sich diese in den Kleinstädten und in reinen Arbeiterorten wohnenden besser mit Obst, Gemüse und sonstigen zusätzlichen Lebensmitteln, wie es in der amtlichen Verlautbarung heißt, versorgen können. Oder sollen diese Verbraucherkreise auf den schwarzen Einkauf auf dem Lande verwiesen werden?

Da die bisherigen Anträge der Gewerkschaften, einschl. des FDGB von den deutschen Behörden abgelehnt wurden, werden die politischen Parteien gebeten, ihren Einfluß dahingehend geltend zu machen, daß

1. keine weitere Schlechterstellung der Berufstätigen und Hausfrauen in Orten unter 20 000 Einwohnern erfolgt, wie sie von der 92. Zuteilungsperiode ab, sogar in erhöhtem Maße, vorgesehen ist.
2. den beschäftigten Technikern, Werkmeistern und selbständigen Handwerkern die gleichen Zulagen gewährt werden, wie den in den gleichen Betrieben beschäftigten Normalarbeitern.
3. ihnen, genau wie den Arbeitern, die an 5 Tagen der Woche mindestens 12 Stunden von zu Hause abwesend sind, ohne weitere Zulagen zu erhalten, die vorgeschriebene Zuteilung zuzubilligen.

Im übrigen wird der gesamten Technikerschaft im Interesse der Erhaltung ihrer Gesundheit und Arbeitskraft dringend empfohlen, ihre Arbeitsleistung den von den deutschen Ernährungsbehörden angeordneten Lebensmittelzuteilungen anzupassen.“

Auch diese Petition bitten wir die Verfassungberatende Landesversammlung dem Minister für Ernährung und Landwirtschaft zur Erwägung zu überweisen.“

Ich darf abschließend sagen, damit man noch hinreichend Gelegenheit nehmen möge, zu diesen deprimierenden Problem der Ernährung Stellung zu nehmen, daß es unbedingt erforderlich ist, daß wir dem Antrage zustimmen, der einen generellen Anbauplan vorschlägt; denn nur dadurch wird uns Gelegenheit gegeben sein, in der Ernährungsfrage eine entscheidende Wendung herbeizuführen.

Ich darf noch verweisen auf den Antrag Nr. 25 des Abgeordneten Bodenbender, betreffend die Schlacht- und Nutztviehpreise, der folgenden Wortlaut hat:

Die außerordentlich hohe Preisspanne zwischen dem Nutz- und Schlachtviehpreis führt bei den zurzeit notwendigen Beschlagnahmungen — auch von Nutztvieh zu Schlachtvieh — zu überaus großen Härten für die hiervon Betroffenen.

Es wäre daher notwendig, daß ein Ausgleich herbeigeführt würde durch Abführung eines bestimmten Prozentsatzes des erzielten Nutztviehpreises an eine Ausgleichstelle zur Hebung der Schlachtviehpreise ohne konsumententeuererung.

Ich bitte auch zu diesem Antrag Stellung zu nehmen, den wir ebenfalls dem Minister für Ernährung und Landwirtschaft zur Erwägung überreichen wollen.

Präsident:

Meine Damen und Herren! Bei den zahlreichen Anträgen, die zu den verschiedensten Angelegenheiten vorliegen, schlage ich vor, daß wir alle Anträge gleichen Charakters und solche, die dazu in einem Verwandtschaftsverhältnis stehen, möglichst gleich mitbehandeln. Es sind das die Anträge aus den Drucksachen Abteilung II Nr. 14, 15, 16 und 17. Als Redezeit schlagen wir vom Ältestenrat aus 5 Minuten vor. Es ist sonst nicht möglich, die sehr reiche Tagesordnung zu erledigen.

Das Wort hat Herr Minister Häring.

Höring

Minister für Ernährung und Landwirtschaft Höring:

Meine Damen und Herren! Es war im Ernährungsausschuss vereinbart worden, daß der Herr Vorsitzende des Ernährungsausschusses die Ausführungen, die er hier vor der Landesversammlung zu machen beabsichtigte, mir vorher zur Kenntnis bringen solle, damit Mißverständnisse vermieden werden. Ich bin leider am Montag und Dienstag nicht hier gewesen, so daß der Herr Vorsitzende des Ernährungsausschusses mit mir über seine Ausführungen nicht noch einmal sprechen konnte. Ich kann jedoch die Ausführungen, die er hier in seinem kurzen Referat gemacht hat, nicht widersprochen in die Öffentlichkeit hinausgehen lassen.

Es ist zweifellos richtig, daß unsere Ernährungslage im Ganzen äußerst angespannt ist, und zwar auf sämtlichen Gebieten. Wäre das nicht der Fall, dann würden ja größere Mengen Nahrungsmittel verteilt werden können, als dies z. Z. geschieht. Aber es ist ebenso sicher, daß die zuständigen Behörden alles getan haben und weiterhin tun werden, um die Schwierigkeiten zu überwinden, soweit nur irgendeine Möglichkeit dazu besteht.

Über die Kartoffelversorgung, die selbstverständlich die Bevölkerung am meisten interessiert, haben wir uns gestern in Stuttgart mit den Ministern von Württemberg-Baden und Bayern erneut unterhalten. Wir sind einheitlich zu der Auffassung gekommen, zunächst nur eine Einkellerung von $2\frac{1}{2}$ Zentnern je Kopf zuzulassen. Sie wissen, daß im Augenblick die Kartoffelernte noch nicht voll in Gang gekommen ist. Wir können gegenwärtig noch nicht übersehen, wie sie ausfallen wird. Unter Mitwirkung von nahezu 400 landwirtschaftlichen Sachverständigen ist in Hessen die Kartoffelernte abgeschätzt worden. Nach dieser Schätzung müssen wir damit rechnen, daß die Kartoffelernte nicht so gut ausfallen wird, wie im vergangenen Jahre. Das ist im wesentlichen darauf zurückzuführen, daß zum Teil schlechtes Saatgut zur Verfügung stand und daß in die Zeit des Wachstums der Kartoffeln, wie Sie alle wissen, eine längere Periode der Trockenheit fiel. Das hat sich auf die Entwicklung der Kartoffeln sehr ungünstig ausgewirkt. Wir halten es für falsch, wenn wir jetzt, von einer etwas optimistischen Auffassung ausgehend, dazu übergehen würden, die Einkellerung von 3 Zentner zu gestatten, um dann, wenn die Kartoffelernte endgültig feststeht, mitteilen zu müssen, daß die Einkellerung einer solchen Menge nicht vertretbar ist. Wir sind der Auffassung, daß wir jetzt nur die Einkellerung von 2,5 Zentnern zulassen können, damit die einzelnen Haushalte wenigstens die notwendigste Reserve für die kommenden Wintermonate zur Verfügung haben. Wenn die Ernte abgeschlossen ist, werden wir feststellen, ob wir vielleicht noch einen halben Zentner — viel mehr wird kaum in Frage kommen — für die Einkellerung freigeben können. Sie dürfen davon überzeugt sein: wenn es möglich sein wird, auch nur zehn Pfund mehr zu verteilen, dann wird das geschehen.

Ich darf übrigens darauf aufmerksam machen, daß in der englischen Zone nach den Mitteilungen, die uns gestern gemacht wurden, die Einkellerung von nur zwei Zentnern vorgesehen ist, weil auch dort infolge minderwertigen Saatgutes und der Ungunst der Witterung die Ernte geringer eingeschätzt werden muß, als im Vorjahr.

Es liegt also kein Grund zur Beunruhigung vor. Aber selbstverständlich ist auch kein Anlaß gegeben, die Lage auf dem Ernährungsgebiete allzu rosig anzusehen. Wir können nicht mehr tun, als so viel zu erfassen als möglich ist. Ich habe auf Grund der Ernteerträge, die mir inzwischen aus einzelnen Teilen des Landes mitgeteilt worden sind, auch die begründete Hoffnung, daß der Gesamtertrag der Ernte sich doch besser gestalten wird, als es nach den bisherigen Schätzungen anzunehmen war.

Bezüglich der Getreideverwiegung weiß ich genau, daß in dieser Frage die Meinungen stark auseinandergehen.

Aber ich kann Ihnen die Versicherung geben, daß wir durch die Getreideverwiegung doch wesentlich größere Getreidemengen für die Versorgung der Allgemeinheit erhalten haben, so daß diese Maßnahme durchaus gerechtfertigt erscheint. Es ist mir jetzt eine ganze Reihe von Berichten einzelner landwirtschaftlicher Prüfer zugegangen. Daraus ergibt sich, daß, gemessen an der vorjährigen Ablieferung, die in diesem Jahre erfaßten Mengen erheblich höher sind, als im vorigen Jahre. Wir haben die Hoffnung, durch die Getreideverwiegung bis zu 25 000 Tonnen Getreide mehr für die menschliche Ernährung sicherstellen zu können, als 1945/46. Mag die Getreideverwiegung auch einiges Geld kosten — wenn sie sich nur zugunsten einer besseren Ernährung des Volkes auswirkt.

Besonders schwierig liegen die Verhältnisse — das gebe ich offen zu — auf dem Gemüsemarkt. Das ist aber im wesentlichen darauf zurückzuführen, daß unsere Dörfer heute stark übersetzt sind. Es wird viel zu wenig beachtet, daß in den einzelnen Dörfern eine große Zahl von Evakuierten und von Ostflüchtlingen hat untergebracht werden müssen, die aus dem Orte heraus versorgt werden. Das macht sich auch in bezug auf die Milchlieferung bemerkbar. Es sind immerhin, wenn ich nicht irre, über 300 000 Ostflüchtlinge in unseren Dörfern untergebracht. Es ist selbstverständlich, daß deren Bedarf die Schwierigkeiten der Versorgung der rein städtischen Bevölkerung mit Nahrungsmitteln wesentlich vergrößert.

Nicht weniger schwierig ist die Fettversorgung. Sie ist auf Anordnung der Militärregierung höher gehalten worden, als es nach der Auffassung der deutschen Experten möglich gewesen wäre. Wir haben auch jetzt wieder in Hamburg auf einer Tagung der Ernährungssachverständigen aus der amerikanischen und der englischen Besatzungszone die beiden Militärregierungen darauf aufmerksam gemacht, daß es unbedingt notwendig ist, Fett in großer Menge einzuführen, seien es Walöl, Erdnüsse, Palmölkern oder sonstige Ölsaaten. Wir haben darauf aufmerksam gemacht, daß es unbedingt erreicht werden müsse, daß wir pro Kopf der Bevölkerung wöchentlich mindestens 200 Gramm Fett ausgeben können, wenn der Ernährungszustand der Bevölkerung gebessert werden und die Arbeitskraft erhalten bleiben soll. Mit den heimischen Erzeugnissen allein, mit Raps und Milch, können wir es nicht schaffen.

Es ist richtig, daß wir mit der Rapsverwiegung zu spät gekommen sind. Die Rapserte war zum großen Teil schon abgeschlossen, als die Verhandlungen in Stuttgart mit Bayern und Württemberg über die Bewirtschaftung beendet werden konnten. Aber wir rechnen, daß wir von der Rapserte, die auf 5500 Tonnen geschätzt wird, nach Abzug der Prämien, die den Anbauern gewährt werden, immerhin 3000 bis 3500 Tonnen für die Versorgung der Bevölkerung mit Fett erhalten werden.

Von dem Herrn Abg. Feulner wurde die Frage gestellt, wie es komme, daß wir solche Schwierigkeiten in der Milch-, Fett- und Fleischversorgung haben, obwohl unser Milchviehbestand erhöht worden ist. Man kann aber die statistischen Zahlen nicht ohne weiteres als Grundlage für ein Urteil nehmen. Ein erheblicher Teil unseres Viehbestandes besteht aus Kälbern, aus Jungvieh und aus überalterten Tieren, die kaum als Milchspender in Frage kommen, die reif sind für den Schlachter. Die Militärregierung hat uns die Verpflichtung auferlegt, unseren gesamten Viehbestand um 6,7 Prozent zu vermindern. Das bedeutet, daß wir aus dem Rinderbestande Hessens zirka 47 000 Stück Vieh herausziehen müssen. Welche Schwierigkeiten daraus entstehen werden, wird Ihnen jeder Landwirt besser schildern können, als ich es zu tun vermöge. Wir haben in Hessen in fast allen Dörfern sehr viele kleine Landwirte, und wir können nicht in deren Zugtierbestände eingreifen.

(Sehr richtig! bei der CDU)

Wenn wir das nötige Fleisch in die Städte schaffen wollen, dann müssen wir heute schon vielfach in die Milchviehbestände eingreifen. Das ist äußerst unangenehm, und ich habe den Ernährungsintern dringend nahegelegt, es nach Möglichkeit zu vermeiden. Manchmal ist dies jedoch nicht vermeidbar.

Wir haben deshalb gestern in Stuttgart die Militärregierung erneut gebeten, in der Frage der Verminderung der Viehbestände uns Gelegenheit zu geben, nochmals vorstellig zu werden. In dieser Sache sind Württemberg und Bayern mit uns der Auffassung, daß dieser Eingriff in die Viehbestände unsere Milch- und Fettversorgung gefährdet.

Sie dürfen überzeugt sein, daß wir nach Kräften bemüht sind, dieser Schwierigkeiten Herr zu werden. Daß es nicht möglich ist, sie von heute auf morgen zu überwinden, liegt auf der Hand. Aber wenn es nicht immer sich ermöglichen läßt, in den einzelnen Gemeinden in der laufenden Periode die aufgerufene Fleischmenge zu verteilen, dann verfallen die Marken nicht. Die fehlende Fleischmenge wird zu einem späteren Zeitpunkt verteilt.

Es ist im Ernährungsausschuß auch die Frage aufgeworfen worden, ob durch die vom Länderrat getroffene Anordnung, wonach nur derjenige berechtigt sein soll, sich ein Ferkel anzuschaffen, der über 1200 qm Anbaufläche für Futtermittel verfügt, etwa auch die landwirtschaftlichen Arbeiter und überhaupt die Arbeiter draußen in den Landgemeinden betroffen werden, die seit altersher jedes Jahr ihr Schwein großgezogen und geschlachtet haben. Ich kann Sie versichern, daß dies nicht der Fall ist. Das Landesernährungsamt ist von mir angewiesen worden, einen Schlachterlaß herauszugeben, der unter allen Umständen sicherstellt, daß alle diejenigen Personen, die in den letzten Jahren bereits die Schlachterlaubnis besessen haben, auch in diesem Jahre ihr Schwein schlachten können.

(Lebhafter Beifall! — Zuruf des Abg. Schuster)

— Ich bedaure es außerordentlich, Herr Abg. Schuster; aber ich kann es nicht ändern. Die Anordnung ist vom Länderrat in Stuttgart erlassen worden, und es war nicht vorauszusehen, daß sie eine solche Beunruhigung hervorrufen würde. Denn diese Anordnung richtet sich ja in der Hauptsache dagegen, daß fortgesetzt immer neue Personenkreise mit allen möglichen Schlichen und Tücken versuchen, sich als Selbstversorger zu gebärden. Diesem Beginnen müssen wir entgegen treten.

(Sehr gut! bei der ODU)

Denn jeder, der nicht über eine ausreichende Futtergrundlage verfügt, versucht dann auf allen möglichen krummen Wegen von den Bauern sich Kartoffeln und Getreide zu verschaffen. Dem müssen wir entgegenwirken. Denn hier tritt nun wieder die Konkurrenz auf mit der menschlichen Ernährung, und die Notwendigkeit, die menschliche Ernährung sicherzustellen, steht über den Wünschen vieler Personen, als Selbstversorger anerkannt zu werden. Es ist mir erst in den letzten Tagen wieder von der Kreislandwirtschaftskammer Kurhessen mitgeteilt worden, daß seit Mai vorigen Jahres zahlreiche Personen dazu übergegangen sind, sich sogar Kühe anzuschaffen, obgleich sie noch nicht einmal über einen Stall verfügen. Auch diesen Dingen wird nachgegangen werden. Es ist zwar verständlich, daß die Menschen bestrebt sind, sich als Selbstversorger hinzustellen. Aber wir sind der Auffassung, daß die Kuh in den Kuhstall gehört und daß nur derjenige sich eine Kuh halten darf, der über einen Kuhstall sowohl wie über die notwendige Futtergrundlage verfügt. Allen diesen Dingen müssen wir nachgehen, und wir müssen versuchen, dieser Schwierigkeiten Herr zu werden.

Meine Damen und Herren, ich glaube, wir dürfen in der Frage der Ernährung auch nicht allzu schwarz sehen. Ich

freue mich, daß ich Ihnen gerade am heutigen Tage mitteilen kann, daß wir gestern in Stuttgart mit Zustimmung der Militärregierung haben beschließen können, von der 94. Periode ab die Zuteilungen auf über 1300 Kalorien pro Tag zu erhöhen. Wir hoffen, daß eine Erhöhung auf 1550 Kalorien möglich sein wird und daß diese Erhöhung — das ist das Entscheidende dabei — nicht nur für die Wintermonate, wie im vorigen Jahre, wird durchgehalten werden können, sondern daß diese Zuteilungen für dauernd beibehalten werden können. Wir haben der Militärregierung ausdrücklich gesagt, wir gehen an eine Erhöhung der Rationen nur heran, wenn wir die Gewißheit haben, daß wir sie im Februar nicht wieder senken müssen. Sowohl die britische als auch die amerikanische Militärregierung sind der Auffassung, daß sie ausreichende Importe einführen können, um nur diese Erhöhung der Rationen auch für das gesamte Wirtschaftsjahr durchhalten zu können. Wenn es dann noch gelingt, das, was ich schon andeutete, zu erreichen, nämlich eine bessere Fettversorgung durch Einfuhr von Ölsaat irgend welcher Art oder von Wärl, dann würde ja die Ernährung der Gesamtbevölkerung wesentlich günstiger geworden sein.

Wenn ich noch ein Wort sagen darf zu dem Antrag Nr. 14, Drucksache Abt. 2, der die Ablieferungspflicht betrifft, so habe ich ja bereits im Ernährungspolitischen Ausschuß erklärt, daß die Sachverständigen damit beschäftigt sind, eine neue Grundlage auszuarbeiten, und zwar an Hand der Fläche. Die Schwierigkeiten, die dem entgegenstehen, bestehen darin, daß eben der Boden einen verschiedenartigen Ertrag hat, und daß man selbst in einer Gemeindegemarkung Böden erster Klasse hat und Böden sechster, siebenter oder achter Bonität und daß selbstverständlich der Ertrag des Bodens erster Bonität ein anderer ist als bei milderer Güte. Es wird also kaum möglich sein, eine Generalformel zu finden, die allen gerecht wird. Wir werden auch da auf gewisse Schätzungen zurückgreifen müssen, um Unterlagen zu bekommen.

Ebenso schwierig ist es mit den Fleisch- und Fettlieferungen. Aber ich habe schon gesagt, daß in dieser Beziehung bereits Auftrag erteilt worden ist, und ich hoffe, daß ein Plan aufgestellt werden kann.

Vor allem erhoffe ich von einer solchen Änderung, daß wir dann den großen Aufwand an Menschen und Material nicht mehr notwendig haben, der heute nötig ist, die Erfassung durchzuführen. Es sind doch viele Menschen nötig, die wegen der Erfassung die bäuerlichen Haushalte besuchen müssen.

(Zuruf von der ODU: Und die auch noch mit Rucksäcken kommen!)

— Das sollen sie allerdings nicht, und ich möchte sehr wünschen, daß die Bauern derartige Prüfer, die mit Rucksäcken kommen, mit leeren Rucksäcken wieder zurückgehen lassen. Ich wäre sehr dankbar, wenn mir derartige Beamte genannt würden, und ich bitte, das auch zu tun; denn ich kann ja nur eingreifen, wenn ich weiß, gegen wen ich eingreifen soll.

(Sehr richtig! bei der SPD)

Diese allgemeinen Bemerkungen können mich ja zu einem Eingreifen nicht veranlassen. Ich möchte nochmals betonen: Wir sind bemüht, die Produktion zu steigern. Der Anbauplan ist ja so wie so aufgezogen. Es wird in diesem Jahre eine beachtliche Erweiterung der Anbaufläche vorgenommen werden, es wird eine erhebliche Menge Grünland in Ackerland umgebrochen werden müssen. Das alles ist bereits im Gange. Dafür sind schon Ausschüsse eingesetzt worden, die in ihren einzelnen Gemarkungen entsprechende Vorbereitungen treffen können. Wir werden also im kommenden Frühjahr eine größere Ackerfläche haben für Brotgetreide und Kartoffeln, so daß das Bild im nächsten Jahr schon besser aussehen wird, und da wir

Haring

erfreulicherweise in diesem Jahr auch eine wesentlich bessere Düngemittelzuteilung durchführen können als im verflossenen Jahr, so hoffe ich, daß das Schlimmste mit der nächsten Ernte überwunden sein wird. Wir sind bemüht, auf diesem Gebiet alles zu tun, was getan werden kann; aber ich muß immer wieder betonen: Hessen hat sich noch nie aus eigener Kraft ernähren können und wird es auch in Zukunft nicht tun können. Wir werden immer darauf angewiesen sein, aus Nachbarländern irgendwelche Nahrungsmittel zu beziehen. Wir können nur versuchen, aus unserem Boden herauszuholen, was irgendwie bei bester Bewirtschaftung herausgeholt werden kann. Ich bin auch überzeugt, der große Teil der landwirtschaftlichen Bevölkerung macht mit. Auch sie weiß, um was es geht, und die landwirtschaftliche Bevölkerung hat ja wirklich in ihrer Arbeitsfreudigkeit nicht nachgelassen. Ich sehe das jetzt, wenn ich durch das Land fahre. Auf manchen Feldern sind nur drei, vier Frauen emsig und unverdrossen bei der Kartoffelernte. Es ist also so, daß viele Kräfte am Werk sind, die das Beste wollen, und durch gemeinschaftliche Hilfe wird es auch gelingen, den augenblicklichen Schwierigkeiten zu begegnen und sie zu überwinden.

(Lebhafter Beifall)

Präsident:

Meine Damen und Herren, ich bitte die nachfolgenden Redner, alle Fragen zu behandeln, Anträge, Anfragen usw., die mit der Ernährung und Landwirtschaft zusammenhängen. Es handelt sich zunächst um Anträge, die den Ausschuß bereits passiert haben und nun aus dem Ausschuß zurückgekommen sind. Darüber hat der Berichterstatter, Herr Abg. Feutner, gesprochen. Es liegen aber auch neue Anträge vor, die erst noch dem Ausschuß überwiesen werden müssen und von denen ich überzeugt bin, daß sie durch die Antragsteller noch begründet werden sollen. Mit Rücksicht auf die umfangreiche Tagesordnung wollen wir das zusammenfassen, und deswegen meine Bitte, möglichst alle Fragen, die Ernährung und Landwirtschaft betreffen, gleich jetzt mit zu berücksichtigen.

Abg. Graf Matuschka (CDU):

Meine Damen und Herren! In fünf Minuten über das Ernährungsproblem und die Landwirtschaft etwas Ausschlaggebendes zu sagen, ist sehr schwer. Die Ernährungslage in Groß-Hessen ist durch die letzten Ausführungen des Herrn Ministers mit Recht so dargestellt worden, daß wir sie mit unseren eigenen Mitteln nicht wesentlich bessern können. Etwa nur zwei Drittel der Kalorien, die verteilt werden, können im Lande selbst aufgebracht werden, und zwar ist dies auch nur unter Zuhilfenahme von Zufuhren aus Bayern möglich. Wenn wir nun mit der englischen Zone in der Ernährung zusammengelegt werden, so wird die Lage nicht leichter, sondern eher schwieriger. Was wir brauchen, ist eine noch weitergehende Zusammenlegung der Ernährungswirtschaft. Es kann uns grundsätzlich nur geholfen werden auf dreierlei Weise: Entweder wir bekommen wieder die Zufuhren aus dem Osten, aus unserer ostdeutschen Landwirtschaft, wie das früher der Fall war. Dazu ist es notwendig, daß die Landwirtschaft im Osten wieder auf die Beine gestellt wird und daß der eiserne Vorhang fällt. Das Zweite ist, daß wir die Möglichkeit erhalten, im Ausland einzukaufen, und die dritte Möglichkeit ist eben die, wie es zum Teil ja jetzt schon geschieht, daß uns die Besatzungsmächte aus ihren eigenen Mitteln helfen. Es hat keinen Sinn, die Augen davor zu verschließen, daß unsere Bevölkerung auch mit Rationen von 1300 und 1500 Kalorien als Normalverbraucher nicht auskommen kann. Man muß sich nur vor

Augen halten, daß vor 1933 sogar ein Zuchthäusler 2000 Kalorien verzehren durfte.

(Abg. Knothe: Das war die gute Demokratie, die gute Republik!)

— Mit der Demokratie sind wir wieder soweit, aber nicht mit den Kalorien! Wie schwierig ist es doch, mit 1500 Kalorien auszukommen. In unserem eigenen Lande mit unseren eigenen Hilfsmitteln können wir wohl die Ernten etwas erhöhen. Dazu ist es notwendig, daß die Landwirtschaft die Düngemittel bekommt, von denen der Herr Minister sagte, daß die Versorgung darin besser werden soll, daß die Schädlinge abgehalten werden, wie die Wildschweine, über die wir schon so oft debattiert haben und zu deren Bekämpfung erfreulicherweise ja jetzt endlich für Groß-Hessen 400 Gewehre zur Verfügung gestellt wurden. Darüber hinaus ist es aber notwendig, daß wir in der Landwirtschaft auch die Arbeitskräfte finden, die wirklich mitarbeiten wollen, und da fehlt es doch immer noch sehr. Es ist ferner notwendig, daß wir Maschinen und Maschinenteile bekommen; denn all diese Dinge fehlen uns außerordentlich, und dadurch werden wir immer mehr beeinträchtigt. Die Umstellung des Grünlandes und des Waldes auf den Ackerbau wird sich nicht sehr rasch auswirken; das ist eine Maßnahme, die sich erst in der Zukunft auswirken kann.

Was wir nun besonders im landwirtschaftlichen Sektor hervorheben möchten, das sind die Schwierigkeiten, die durch das Auseinanderklaffen der sogenannten Preisschere zu verzeichnen sind. Die Preise der landwirtschaftlichen Produkte werden festgehalten, und die Preise für alle Bedarfsartikel in der Landwirtschaft steigen. Da muß ein Ausgleich geschaffen werden.

Die Tatsache, daß der Normalverbraucher sich immer wieder vor Augen führt, daß er mit den ihm zugeteilten Rationen nicht auskommen kann, hat zur Folge, daß immer mehr im Volke die Auffassung Platz greift: Ich muß mir auf irgendeine Weise noch zusätzliche Nahrungsmittel verschaffen. Dadurch versteift sich immer mehr die Lage! Es fehlt uns die restlose Ablieferung, wir vermissen demzufolge die restlose Verteilung. Die Verhältnisse werden immer schwieriger. Es müssen immer mehr Beamte eingesetzt werden, es wird die Kontrolle immer teurer, und man kann die Dinge doch nicht meistern. Deswegen sind wir der Ansicht, daß man das ganze Problem von einem höheren Gesichtspunkte aus sehen und anpacken muß. Wir müssen versuchen, mehr Lebensmittel aus der Ostzone und aus dem Ausland hereinzubekommen. So, wie wir bisher gehandelt haben, kommen wir auf die Dauer nicht weiter.

Nun zu den einzelnen Anträgen. Selbstverständlich wird von unserer Fraktion der Antrag des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft, der eine Neuordnung der Ablieferungspflicht vorschlägt, unterstützt. Antrag Nr. 15 der Fraktion der KPD, der sich damit beschäftigt, daß bei den Sonderzuteilungen die Kinder im Alter von 1—10 Jahren besonders berücksichtigt werden, ist ebenfalls im Ernährungspolitischen Ausschuß besprochen worden. Er muß dem Ministerium für Ernährung und Landwirtschaft zur weiteren Veranlassung überwiesen werden. Antrag 16 der Fraktion der KPD fordert, daß die Anordnung über die Getreideverwiegung sofort zurückgezogen wird. Dieser Antrag ist meines Erachtens heute nicht mehr durchführbar, weil ja die Getreideverwiegung bereits im Gange ist; sie kann nun nicht plötzlich abgebrochen werden. Das Sammeln von Bucheckern, auf das der Antrag Nr. 17 der KPD hinzielt, sollte in jeder Weise unterstützt werden, und man sollte die Schulkinder dabei einsetzen.

(Zuruf von der CDU: Man darf ihnen aber dann die Erträge nicht abnehmen!)

Die Erträge dürfen den Kindern nicht durch die Schulen abgenommen werden, sondern es muß den Kindern die entsprechende Gegenleistung gewährt werden.

(Minister Häring: Das ist auch beabsichtigt!)

Zu dem Antrage Nr. 27 der Fraktion der CDU, das Großhessische Staatsministerium möge der Beschaffung der vorordentlichen Bedarfsgüter für die Landwirtschaft, besonders von Arbeitsschuhen und Arbeitskleidung sowie Maschineneersatzteilen besondere Aufmerksamkeit zuwenden, brauche ich keine besondere Ausführungen mehr zu machen.

Die Anfrage Nr. 38 der Fraktion der SPD, betreffend die Genehmigung zum Ankauf von Ferkeln, wird von uns unterstützt. Die Angelegenheit kann im großen und ganzen als erledigt angesehen werden, nachdem der Herr Minister Häring erklärt hat, daß den Personen, die seither schon immer geschlachtet haben, auch weiterhin die Möglichkeit gegeben werden soll, ein Schwein großzuziehen und zu schlachten. Es ist auch von unserer Seite ein Initiativ-Antrag eingebracht worden, der dahin geht, daß die Erlasse des Ministeriums, wonach dem kleinen Mann auf dem Lande, der Nichtlandwirt ist, Hausschlachtung untersagt wird und wonach das durch Abreusen gewonnene Getreide nicht gemahlen werden darf, wieder aufgehoben werden sollen.

(Beifall bei der CDU)

Abg. Krüger (KPD). — Unkorrigiertes Stenogramm —

Meine Damen und Herren, es muß festgestellt werden, daß zwischen den Ausführungen des Berichterstatters des Ernährungsausschusses und den Erklärungen, die der Minister für Ernährung und Landwirtschaft hier abgegeben hat, ein kleiner Widerspruch besteht. Wenn Herr Minister Häring erklärt hat, in der Frage der Ernährung bestehe kein Grund zu einer Beunruhigung, so muß ich sagen, daß draußen in der Bevölkerung eben doch eine sehr große Beunruhigung festzustellen ist. Diese Beunruhigung ist nicht etwa nur der Ausfluß von irgendwelchen Gerüchten. Wenn wir die Nachrichten, die in den Zeitungen erscheinen, vergleichen mit den Erklärungen, die aus berufenem Munde abgegeben werden, dann muß man zu der Feststellung kommen, daß irgend etwas faul ist, entweder in der Berichterstattung der Zeitungen oder in den Erklärungen der berufenen Stellen. So wird zum Beispiel im Wiesbadener Kurier vom 24. August gesagt, daß alle Verbraucher 2,5 Zentner Kartoffeln zum Einkellern erhalten. Wenn eine solche Meldung veröffentlicht wird, dann ist selbstverständlich die Bevölkerung der Meinung, daß sie diese Menge auch erhalten wird. Jetzt aber wird festgestellt, daß man noch nicht genau weiß, ob man diese Menge verteilen können. Es wird gesagt, daß man noch nicht übersehen könne, wie die Kartoffelernte ausfällt, und es wird angedeutet, daß man wahrscheinlich diese 2,5 Zentner Kartoffeln nicht verteilen können.

(Minister Häring: Doch! Ich habe es ausdrücklich gesagt!)

In anderen Zeitungen wiederum wird berichtet, daß drei Zentner Kartoffeln zum Einkellern verteilt werden sollen. In dem Wiesbadener Kurier von gestern wird ein Aufsatz gebracht mit der Überschrift: Dreihundert oder vierhundert Gramm Fett? Da muß man sich auch wieder fragen: Wer hat nun wirklich recht? Hier heißt es, der Länderrat habe für diese Periode die Retraction auf 400 Gramm festgesetzt, aber aus den Erklärungen des Herrn Ministerialrat Metz geht hervor, daß in der 93. Periode nur 300 Gramm Fett verteilt werden sollen. In den Wiesbadener Geschäften ist seit gestern überhaupt kein Fett zu bekommen. Es ist deshalb erklärlich, daß die Bevölkerung teurer ist, und diese Beunruhigung wird noch größer, wenn man dann in den Zeitungen fettgedruckt liest: Langsamer Hungertod in Deutschland, und wenn man weiter die Berichte liest, die auf den besorgniserregenden Gesund-

heitszustand unserer Kinder hinweisen. Von der gemischten englisch-französisch-amerikanischen Kommission ist festgestellt worden, daß sich heute in den Großstädten unter der Bevölkerung Anzeichen von Verhungern bemerkbar machen. Es wird weiterhin festgestellt, daß der Gesundheitszustand der Zivilbevölkerung im allgemeinen höchst unbefriedigend ist, und es wird eine gerechtere Verteilung der gesamten Lebensmittelmengen empfohlen. Alle diese Dinge tragen zur Beunruhigung der Bevölkerung bei. Wenn man draußen an Ort und Stelle die Verhältnisse nachprüft, dann findet man, daß doch nicht überall durchgegriffen wird. Man muß feststellen, daß irgendwelche Organisationsfehler vorliegen müssen. Wir haben hier in Wiesbaden einmal eine Stichprobe gemacht bei einem Gärtner. Dieser Gärtner bewirtschaftet vier Morgen Land. Er hatte im Jahre 1945 für 36 RM. Gemüse abgeliefert. Und in diesem Jahre, bis zu dem Zeitpunkte, zu dem die Kontrolle stattfand — das war vor einigen Wochen —, hatte dieser Mann für 700,— RM Gemüse abgeliefert. Dabei hat er, wie von Fachleuten festgestellt worden ist, zurzeit auf seinen Feldern und in seinen Gärten einen Gemüsebestand von mindestens 7000,— RM! Auf die Frage, wohin er eigentlich seine Erzeugnisse liefert, hat er erklärt, daß er hunderte von Verwandten zu beliefern habe. Weiterhin haben wir festgestellt, daß diese Gärtnerei aus dem Verkauf von Frühgemüse eine Einnahme von 10.000 bis 12.000 RM. zu verzeichnen gehabt hat. Das sind die Tatsachen, die wir in diesem einen Falle festgestellt haben. Wenn Sie bei den andern Gärtnern hier gleiche Nachforschungen anstellen, dann werden Sie zu ähnlichen Ergebnissen kommen. Dabei weise ich darauf hin, daß bereits zwei Angestellte der Behörde, die diese Kontrollen durchzuführen hatte, der Gartenbauzentrale wegen Schwarzhandel bestraft worden sind, und daß gegen einen weiteren Angestellten neuerdings auch ein Strafverfahren eingeleitet worden ist. Auch das ist eine Tatsache.

Wir müssen weiter feststellen, daß in der letzten Zeit in den Ernährungsämtern der einzelnen Städte auch nicht alles so ist, wie es sein sollte. Ich denke dabei im besonderen auch an die Stadt Wiesbaden. Hier hat die Kriminalpolizei eingreifen müssen, weil Lebensmittelkarten in größerem Umfange unberechtigterweise entnommen worden sind.

Alles das deutet darauf hin, daß in der Organisation etwas faul ist. Wir haben auch vor gar nicht so langer Zeit gegen den verantwortlichen Leiter des Ernährungsamtes, Herrn Dietz, im Beratenden Landesausschuß ein Mißtrauensvotum eingebracht. Damals wurde von dem Herrn Ernährungsminister erklärt, daß Herr Dietz das beste Pferd im Stalle sei. Es mag ja sein, daß er ein gutes Pferd ist; aber er scheint doch nicht alle Hürden so zu überspringen, wie sie übersprungen werden müssen, und es müßte doch einmal geprüft werden, ob nicht die ganze Organisation einmal unter die Lupe zu nehmen ist.

Es ist wirklich so: Wenn man die Dinge draußen nachprüft, wenn man die Stimmung kennt, die im Volke herrscht, dann muß man zu der Auffassung kommen, daß etwas faul ist. Die Fraktion der KPD hält es deshalb für unbedingt notwendig, daß der ganze Apparat daraufhin untersucht wird, ob nicht doch Organisationsfehler vorliegen.

Ich möchte zum Schluß noch hinweisen auf die Feststellungen, die von dem Verband kurhessischer Molkereifachleute getroffen worden sind. Im Kreise Waldau ist am 8. August eine Kontrolle aller Betriebe, die mehr als zwei Kühe besitzen, durchgeführt worden. Dabei ist folgendes festgestellt worden. Auf Grund der ausgehändigsten Belege durch die einzelnen Probennnehmer wurde die Tagesmenge des jeweils kontrollierten Viehbestandes mit 30 Tagen multipliziert. Diese Summe wurde mit der Milch-

Krüger

menge, die in die Molkerei geliefert wurde, verglichen. Abzüglich der für den Haushalt des Milchlieferanten festgesetzten Tagesmenge ergab das — man höre und staune — eine Fehlmenge von 13 619,9 kg! Rechnet man auf ein Kilogramm Butter 24 kg Milch, ergibt sich eine Butterausbeute von 587 200 g. Dieses Quantum in Wochenrationen von 100 g pro Person eingeteilt können 5072 Personen in einer Woche mit ihrer Zuteilung versehen werden. Das ist nur ein Fall. Es ist also dringend an der Zeit, daß hier eine scharfe Kontrolle einsetzt, damit das Wenige, was wir haben — wir wissen, daß wir wenig haben — nun wenigstens gerecht verteilt wird. Der ganze Apparat muß einmal überprüft werden, um festzustellen, ob hier nicht eine Änderung eintreten kann, die sich dann zugunsten der Ernährung der Bevölkerung auswirkt.

Präsident:

Meine Damen und Herren! Von der CDU ist folgender Antrag eingegangen:

„Die gegenwärtig für die Schlachtviehlieferung gehandhabte Umlage nimmt auf die landwirtschaftlichen Betriebsgrößen keinerlei Rücksicht. Das hat zu Eingriffen in klein- und kleinstbäuerliche Betriebe geführt, die sich zu einer Gefährdung der Bodenbestellung schon jetzt auswirken. Im Kreise Fulda z. B., besonders im Gebiete der Hohen Rhön und des Vogelsberges, machen diese Betriebe von 1 bis 5 Hektar 58 Prozent der Anbaufläche aus. Die Zahl der Fährkühe und Rinder beträgt 10 200 oder 25 Prozent des Gesamtviehbestandes über drei Monate. Ähnlich dürfte es auch in anderen Gebirgskreisen von Groß-Hessen sein. Wir beantragen daher:

das Staatsministerium zu ersuchen, die als Fährkühe benutzten Tiere in den Betrieben bis 5 Hektar bei der Berechnung der Umlage außer Betracht zu lassen.

Außerdem liegt noch eine Anfrage von der Fraktion der SPD vor:

„Was gedenkt die großhessische Regierung zu tun, um die in Bayern vorhandenen, aber wegen Mangel an Transportmitteln nicht zur Verschickung kommenden Kartoffelmengen abtransportieren zu lassen? Hat die Regierung schon Schritte unternommen, um eine bessere Waggogestellung für den Abtransport der Kartoffeln zu erreichen?“

Diese beiden Sachen sind sogenannte Plötzlichkeitsanfragen. Ich muß daher geschäftsmäßig zunächst an die Versammlung die Frage richten, ob sie damit einverstanden ist, daß diese beiden Sachen in der heutigen Sitzung behandelt werden.

Abg. Bauer (KPD):

Ich würde beantragen, daß jede Fraktion erst einmal eine Kopie dieser Anfragen bekommt, denn so geht es nicht, daß das einfach verlesen wird. Es müßten immer gleich einige Durchschläge mit an das Präsidium gegeben werden zur Verteilung an die Fraktionen.

Präsident:

Ich würde vorschlagen, daß wir diese Anfragen dem zuständigen Ausschuß überweisen.

(Abg. Knothe: Einverstanden!)

— Wenn Sie einverstanden sind, dann ist es ja noch einfacher. Zunächst hat jetzt der Herr Abg. Bodenbender das Wort.

Abg. Bodenbender (SPD):

Meine Damen und Herren! Wenn wir über die Ernährungslage reden, wenn wir Stellung nehmen zu der Not draußen im Lande, die dadurch begründet ist, dann dürfen wir doch eines nicht vergessen; daß, soll diese Not be-

hoben werden, außenpolitische Gesichtspunkte mitspielen, daß Deutschland wieder zu einer Einheit werden und der deutsche Osten uns als Basis für die Ernährung wieder zur Verfügung stehen muß. Denn uns allen ist klar, daß wir ohne den deutschen Osten im Westen einfach verhungern müssen.

(Sehr richtig!)

Ich darf darauf hinweisen, meine Damen und Herren, daß die deutsche Landwirtschaft in ihrer Gesamtheit in der Selbsterzeugung von Brotgetreide, Kartoffeln und Fett einen Selbsterzeugerprozentsatz vor 1938 in Höhe von 87 Prozent für die Gesamternährung leistete. Auf Grund der veränderten politischen Verhältnisse, der neuen Grenzen im Osten, der millionenweisen Überführung von Flüchtlingen nach dem Westen ist dieser Satz der Selbstversorgung auf 41 Prozent gesunken. Daraus resultiert unsere ganze Notlage. Und meine Damen und Herren, wenn ich auch betrage, daß eine Erhöhung der Rationen auf 1600 Kalorien durchgeführt werden soll, so sind wir uns doch ganz klar darüber, daß selbst die doppelte Ration nicht ausreichen würde, um dem Arbeiter seine Arbeitskraft zu erhalten.

(Sehr richtig!)

sondern daß dafür mindestens die dreifache Ration notwendig wäre.

Und nun einiges zu Fragen, die mit unserer Ernährungslage zusammenhängen: Wir wissen, daß in der Landwirtschaft ein ungeheurer Raubbau getrieben worden ist. Wir wissen, daß weder Maschinen noch Düngemittel zur Verfügung stehen, und es ist notwendig, daß alles getan wird, um auf diesen Gebieten eine wirksame Erleichterung und Hilfe herbeizuführen. Wir wissen ferner, daß die Versorgung der Landwirtschaft treibenden Bevölkerung mit den täglichen Bedarfs- und Verbrauchsgütern, mit Kleidung und Schuhen eine geradezu katastrophale ist und daß auch hier alles getan werden muß, um die notwendigen Bedarfsgegenstände herbeizuschaffen. Dazu kommt, daß die Wildschweinplage tausende Tonnen von Brotgetreide und anderen Ernährungsmitteln vernichtet hat, die uns jetzt für die menschliche Ernährung fehlen; und so begrüßenswert es an sich ist, daß die amerikanische Militärregierung für ganz Groß-Hessen 400 Gewehre zur Verfügung gestellt hat, so darf ich doch darauf hinweisen, daß diese 400 Gewehre nicht ausreichend sind, um eine wirksame Bekämpfung der Wildschweinplage und überhaupt des Wildschadens zu ermöglichen.

Weil einmal unsere Ernährungslage so katastrophal ist und weil auf der anderen Seite das seitherige Ablieferungssystem so etwas Ähnliches wie ein Polizeistatensystem ist, deshalb hat sich meine Fraktion mit diesen Dingen eingehend beschäftigt und mich beauftragt, im Ausschuß für Ernährung und Landwirtschaft den Antrag zu stellen, eine neue Basis für all diese Dinge zu suchen. Sie finden diese neue Basis in der Drucksache Nr. 14, wo ja diese Dinge eingehend behandelt sind, und zwar in der Richtung, daß endlich einmal der landwirtschaftliche Betrieb klar weiß, was er abzuliefern hat. Der Anbauplan muß sich dann für den einzelnen Landwirt ganz von selbst ergeben, wenn er weiß, ich habe so und so viel Getreide, so und so viel Kartoffeln und so und so viel Öl- und ich habe auch so und so viel Milch und Eier abzuliefern. Gerade zu den letzteren beiden Produkten möchte ich sagen, daß hier die Lage katastrophal ist und daß ein großer Teil der landwirtschaftlichen Betriebe auf diesem Gebiet restlos versagt hat. Es ist draußen im Lande Unausgeworden, daß große Teile der landwirtschaftlichen Betriebe dazu übergegangen sind, nur noch den Hälherstand zu halten, der ihre eigene Eierversorgung garantiert. Dieser Zustand muß beseitigt werden, und deshalb habe ich beantragt, daß auch Eier in diese Ablieferungspflicht mit einbezogen werden. Nur dann können wir zu anderen Verhältnissen gelangen.

Dann zu der Drucksache 17: Nutz- und Schlachtviehpreise. Ich darf zu dieser Umlage an sich ein paar Worte sagen. Gerade diese Schlachtviehumlagen haben draußen nicht zu einer Erhaltung der Arbeitsfreudigkeit in den landwirtschaftlichen Betrieben beigetragen, und es ist auch schon in die Substanz des Zugviehs eingegriffen worden, und zwar dadurch, daß man von seiten der Landwirtschaftskammern eine Futtermittelgrundlage festgelegt hat, die richtungweisend bei den Beschlagnahmungen sein sollte, eine Futtermittelgrundlage von 6 Morgen für ein Stück Großvieh. Diese Festlegung der Morgenzahl für ein Stück Großvieh hat dazu geführt, daß in verschiedenen Kreisen auch schon Fahrkühn als Schlachtviehumlage in Anspruch genommen worden sind. Aber hier kommt ein anderes hinzu. Die Tatsache, daß nicht nur in die Schlachtviehbestände eingegriffen, sondern auch Nutzvieh beschlagnahmt wird, hat dazu geführt, daß Nutzvieh zu einem Preis abgesetzt werden muß, der einfach katastrophal ist. Es hat auf der anderen Seite dazu geführt, daß Beauftragte des Viehwirtschaftsverbandes eine Geschäftspraxis an den Tag gelegt haben, die geradezu als verwerflich bezeichnet werden muß. Es ist vorgekommen, — die Kontrolle darüber fehlt zurzeit —, daß Beauftragte des Viehwirtschaftsverbandes in der einen Gemeinde ein Stück Vieh beschlagnahmt haben, es auf einen Lastkraftwagen verladen und einige Kilometer weiter wieder als Nutzvieh eingestellt haben mit dem Resultat, 1000 bis 1500 Mark in diesen wenigen Stunden verdient zu haben.

(Hört! Hört!)

Das sind Zustände, die unbedingt beseitigt werden müssen. Sie können nur beseitigt werden, wenn dieser Ablieferungsplan, wie er vom Ernährungsausschuß vorgeschlagen ist, zur Durchführung gelangt. In der Zwischenzeit dürfen wir den Minister für Ernährung und Landwirtschaft bitten, sofort eine Verfügung herauszugeben, daß diesem grausamen Eingriff in das Fahrvieh Einhalt geboten wird. Ich darf darauf hinweisen, daß kürzlich einem Landwirt 60 Mark abgezogen worden sind für das Gewicht des Kalbes, das das Vieh bei sich trug. Das zeigt Ihnen, daß man selbst hochträchtiges Vieh abgeholt hat.

Ich wollte noch zur Drucksache 17 sagen, daß deshalb mein Antrag vorliegt, mindestens für beschlagnahmtes Schlachtvieh einen Ausgleich zu schaffen, damit man nicht dem einzelnen Landwirt sein Vieh zu Schlachtviehpreisen wegnimmt und zu Nutzviehpreisen verkauft.

Im übrigen wird ja auch die Frage der Preisbildung der landwirtschaftlichen Produktion einmal einer gründlichen Revision unterzogen werden müssen. Wenn ich daran denke, daß früher, wo der Liter Milch 10 Pfennige kostete, ein Glas Bier 10 Pfennig gekostet hat, und wenn ich dieses Verhältnis heute zugrunde lege, meine Damen und Herren, dann komme ich zu Resultaten, die man einfach nicht mehr vertreten kann. Und wenn ich weiter feststelle, daß alle Produkte, die wir draußen in der Landwirtschaft kaufen müssen, in ihrer Preisgestaltung fast zu 50—60 Prozent übersetzt sind, dann muß irgend etwas geschehen. Ich will nicht einer wahllosen Erhöhung der Preise der landwirtschaftlichen Erzeugung das Wort reden, aber ich halte es für notwendig, daß dann mindestens auf der anderen Seite der ungeheuren Preissteigerung seit dem verfluchten Jahr einmal ganz gründlich zu Leibe gegangen wird, wie ich überhaupt in diesem Zusammenhang einmal die Frage aufwerfen möchte: Welche Funktionen hat eigentlich das Landwirtschaftsamt von Groß-Hessen zu erfüllen? Denn auch dort geschähen Dinge, die im engsten Zusammenhang mit dieser Materie stehen, auf die ich aber hier nicht näher eingehen will.

Noch ein Wort zur Drucksache 38, betreffend Genehmigung zum Erwerb von Ferkeln.

Das Landesernährungsamt in Kassel hatte diesen berechtigten Erlaß herausgegeben, der in den davon be-

troffenen Kreisen zu einer außerordentlich starken Beunruhigung geführt hat. Wir müssen auch hier zur Ruhe und Stetigkeit kommen. Deshalb halte ich es für erforderlich, daß, bevor derartige Erlasse herausgegeben werden, mindestens der Ausschuß für Ernährung und Landwirtschaft dazu gehört wird.

(Sehr richtig! bei der SPD)

damit nicht solche Dinge geschehen, und nicht diese ungeheure Beunruhigung eintritt. Es muß Klarheit geschaffen werden, bevor solche Erlasse herauskommen.

(Sehr richtig! bei der SPD)

Verwundern müssen wir uns darüber, daß nach einer Mitteilung, die uns zugegangen ist, das Landesernährungsamt eine Verfügung erlassen hat, wonach die Mühlen das Getreide, das durch Ährenlesen gewonnen wurde, nicht in Mehl umtauschen dürfen. Wenn auf der einen Seite der Minister für Ernährung und Landwirtschaft die Bevölkerung zum Ährenlesen aufruft, dann kann man auf der anderen Seite nicht den Umtausch dieses durch Ährenlesen gewonnenen Getreides verbieten.

(Sehr richtig! bei der SPD)

Dann muß man den Leuten schon die Möglichkeit geben, ihr Ährenlese-Getreide gegen Nahrungsmittel umzutauschen. Deshalb hatte ich im Ausschuß für Ernährung und Landwirtschaft den Antrag gestellt, daß mindestens 50 kg des durch Ährenlesen gewonnenen Getreides zum Umtausch freigegeben werden sollen.

Ich möchte von dem Herrn Minister für Ernährung und Landwirtschaft gern wissen, ob das Landesernährungsamt, oder die zuständige Ministerialabteilung irgend etwas unternommen hat, um einen Sofortierlaß herauszubringen, der den Leuten die Möglichkeit gibt, in den Genuss ihrer Arbeit zu kommen.

(Beifall bei der SPD)

Abg. Kredel (LDP):

Meine Damen und Herren! Ich könnte im Anschluß an die Ausführungen meiner Herren Vorredner noch eine ganze Menge von Tatsachen ausführen. Das würde aber über die Redezeit weit hinausgehen, und ich will versuchen, mich an diese Redezeit zu halten.

Ich möchte zunächst sagen, daß auch wir dem Antrage, einen neuen Anbauplan aufstellen zu lassen, zustimmen werden. Wir betrachten das allerdings nur als eine Notmaßnahme. Denn eines Tages werden wir ja doch wieder zu einem freien Wirtschaften übergehen müssen. Das wird dann auch den Einzelnen anreizen, sein Bestes herzugeben. Wir wünschen, daß man in diesem Anbauplan zwar die Menge festlegt, damit der Bauer weiß, was er abzuliefern hat, daß man aber hinsichtlich der Fläche, die bestellt werden soll, den Bauern etwas freie Hand läßt. Es wird sich dann zeigen, daß der Mann, der seinen Acker richtig zu nutzen versteht, auch aus einer kleineren Bodenfläche die Menge herausholen wird, die sonst eine größere Fläche, die aber nicht so gut bewirtschaftet wird, ergibt. Auch das würde einen Anreiz bieten. Über den Erlaß des Ministeriums bezüglich der Hausschlachtungen und der Aufzucht von Ferkeln ist von den einzelnen Rednern ausführlich gesprochen worden. Der Herr Minister hatte schon im Ernährungsausschuß mitgeteilt, daß eine neue Verfügung erlassen werden soll, die dazu beitragen wird, daß die jetzt entstandene Beunruhigung zum großen Teil behoben wird.

Nun ist es aber tatsächlich so, daß in der letzten Zeit eine Reihe von anderen Verordnungen erlassen worden sind, die ebenfalls Anlaß zur Beunruhigung gegeben haben. Das bezieht sich vor allem auf den erwähnten Erlaß, wonach das Vermahlen des durch Ährenlesen gewonnenen Getreides verboten wird. Auch wir sind der Ansicht, daß es

Kradel.

nicht richtig ist, erst zum Ährenlesen aufzufordern, dann aber das Vermahlen des so gewonnenen Getreides zu unterbinden. Es wird damit nur das eine erreicht, daß die Leute dann dieses Getreide auf schwarzem Wege vermahlen lassen. Wir bitten darum, dass durch eine neuerliche Verordnung den Leuten die Möglichkeit gegeben wird, wenigstens 50 kg des durch Ährenlesen gewonnenen Getreides den Mühlen anzuliefern.

Genau so verhält es sich mit dem Tabak. In den letzten Tagen ist in den Zeitungen eine Verfügung veröffentlicht worden, wonach die gesamte Tabakernte beschlagnahmt wird. Ich kann mir nicht vorstellen, daß auch der Tabak, den der einzelne innerhalb der freigegebenen Grenze angebaut hat, der Beschlagnahmung unterliegt. Aber der Erlaß hat dazu geführt, daß in der Bevölkerung eine so große Beunruhigung um sich gegriffen hat, daß eine ganze Reihe solcher Kleinanbauer die Tabakpflanzen herausgerissen, die noch nicht reifen Blätter geerntet und sogar die Stengel verbrannt haben, weil sie befürchteten, daß diese Pflanzen von der Erfassungsbehörde beschlagnahmt würden. Meine Damen und Herren, so geht es nun wirklich nicht! Es hätte dann in dieser Verordnung darauf hingewiesen werden müssen, daß der Tabak, den der einzelne sich angepflanzt hat, meinetwegen bis zu 15 oder 20 Pflanzen, nicht mit erfaßt wird. Dann wäre von vornherein alles klar gewesen.

Ich bitte den Herrn Minister auch darum, daß er, wie er uns das im Ausschuß schon zugesagt hatte, vor dem Erlaß solcher Verordnungen mit dem Ausschuß kurz einmal Rücksprache nimmt, damit die Ausschußmitglieder, die ja doch in enger Beziehung zur Bevölkerung stehen, die Möglichkeit haben, ihre Meinung zu der betreffenden Verordnung zu sagen.

Ebenso verhält es sich mit der Verordnung über das Auspressen der Zuckerrüben. Zuerst hat sich jeder von uns gesagt: Zucker kann man uns nicht geben, also versuchen wir, uns etwas Zuckerrübensamen zu besorgen; das Päckchen kostet 25 Pfg., ein kleines Stück Land hat man zur Verfügung. Wir haben unsere Zuckerrüben gepflanzt, und jetzt wird uns das Auspressen untersagt. Was wird nun geschehen? Jeder von uns wird versuchen, seine Zuckerrüben, so gut oder so schlecht er es vermag, im eigenen Haushalt auszupressen und den Sirup einzukochen. Dabei wird eine Menge von Brennmaterial verbraucht werden. Es wäre unserer Meinung nach richtiger gewesen, wenn man bestimmt hätte, daß dem kleinen Anbauer eine gewisse Menge, vielleicht drei bis fünf Zentner, zum Auspressen belassen wird und daß nur die darüber hinausgehende Menge abgeliefert werden muß, entweder bei der Sammelstelle oder bei der Obstverwertungsstelle. Ich habe gehört, daß die Obstpressereien bereit sind, die Zuckerrüben zu verarbeiten. Aber ein generelles Verbot, diese kleinen Mengen zu verwerten, führt zu nichts. Es führt nur dazu, daß auch das noch, was sonst an Rübenschnitteln oder an Abfällen übrig bleibt, nicht der Verwertung als Viehfutter zugeführt wird, sondern auf dem Abfallhaufen endet.

(Zuruf von der LDP: Das ist Bürokratie!)

So können wir nicht arbeiten. Wir müssen vernünftig und praktisch denken.

Das sind nur einige Anregungen. Die Mitglieder des Ausschusses sind gerne bereit, mitzuarbeiten, damit wir das Beste aus allen Sachen herausholen können.

Nun aber eine andere Sache. Es ist so viel von unserer Fettnot gesprochen worden. Wir haben gehört, daß die CDU den Antrag wegen Einleitung einer Sammelaktion für Bucheckern unterstützt. Auch ich beschäftige mich mit dieser Frage; denn auch ich verfüge über einige Buchenbäume. Es ist wirklich so, daß wir in diesem Jahr mit einem reichen Anfall an Bucheckern rechnen können.

Man rechnet theoretisch in Hessen mit 500 000 t Bucheckern. Es wäre zu wünschen, wenn diese Menge erreicht würde. Dann könnten wir unsere Bevölkerung auf Jahre hinaus mit Öl versorgen. Ich bin aber Praktiker und kein Theoretiker; daher erwähne ich diese Zahlen nur, um einen Überblick zu geben. Ich weiß, daß wir nur einen Teil dieser Ernte erfassen können, aber selbst bei einem kleinen Teil haben wir schon eine zusätzliche Fettversorgung; die ganz beachtlich ist. Jetzt ist der richtige Zeitpunkt zum Einsammeln der Bucheckern. Seit gestern fallen die reifen Bucheckern in Mengen. Es wird die allerhöchste Zeit, mit der Sammelaktion einzusetzen. Man sollte sofort durch den Rundfunk und durch die Presse vor allem die Schulen veranlassen, eine großartige Sammelaktion in die Wege zu leiten. Man sollte auch die Sammelaktion nicht einengen dadurch, daß man etwa nur 50% oder irgendeine Teilmenge den Sammlern überläßt und verlangt, daß alles andere abgeliefert werden muß. Im Ernährungsausschuß hat man die Auffassung vertreten, daß man für 6 kg Bucheckern 800 g Öl geben sollte. Ich glaube, man sollte, soweit es sich um private Sammeltätigkeit handelt, diesen Satz annehmen. Bezüglich der Mengen, die durch Schulen oder auf Grund sonstiger zusammengefaßter Aktionen abgeliefert werden, kann man ja einen anderen Maßstab festsetzen, obwohl man auch da den Satz berücksichtigen sollte, daß man dem Ochsen, der da drischt, nicht das Maul verbinden soll. Man soll immer wieder einen Anreiz geben. Denn nur mit diesem Anreiz ist heute das Höchste zu schaffen.

Ich darf damit meine Ausführungen schließen und möchte den Herrn Minister nochmals bitten, von unserer Bereitwilligkeit, mitzuarbeiten, Gebrauch zu machen.

(Beifall bei der LPD)

Abg. Dehlinger (CDU):

Meine Damen und Herren! Die hessischen Landwirte, für die zu sprechen ich die Ehre habe, tragen die Verantwortung für die Gesunderhaltung unserer Mitmenschen. Das wissen wir, und wir sehen deshalb mit großer Sorge die weitere Überfüllung unseres Lebensraumes mit Flüchtlingen, durch die unsere Bevölkerung so vergrößert wird, daß wir nicht mehr 70 bis 80 Prozent der Ernährung aufbringen können, sondern nur noch 40 bis 50 Prozent. Wir Landwirte sind deshalb mit einer Planwirtschaft einverstanden. Wir wissen, daß die Zwangswirtschaft, wie sie während des Krieges gehandhabt wurde, jetzt nicht ohne weiteres fallen gelassen werden kann. Wir wünschen nur, daß die Planwirtschaft sich in maßvollen Grenzen hält und daß wir dabei als Landwirte Herr im eigenen Hause bleiben.

(Sehr gut! bei der CDU)

Wir sind deshalb im Ernährungsausschuß für den Antrag eingetreten, daß nicht nur die Anbauflächen festgesetzt werden für die einzelnen Früchte, sondern daß uns aufgegeben wird, welche Gewichtsmenge wir abzuliefern haben. Das ist für die Allgemeinheit auch viel besser. Denn dann erübrigen sich viele Maßnahmen, die bisher durchgeführt werden mußten. Es wird dann auch nicht mehr nötig sein, das Getreide hinter der Maschine zu wiegen. Es wird nicht mehr nötig sein, uns vorzuschreiben, wie groß die Futteranbaufläche sein muß. Wir wissen selber am besten, welche Flächen wir anzubauen haben. Wir wissen, was unsere Betriebe leisten können.

Wir sind auch damit einverstanden, daß uns ein Liefer-Soll in Kilo Fleisch auferlegt wird. Wir warten darauf, daß auf diese Art die Kommissare von unseren Höfen verschwinden, die uns nur in unsere Wirtschaft hineinreden, ohne sie zu verstehen. Wir legen Wert darauf, daß vom 1. Oktober ab uns diese Liefermenge aufgetragen wird. Wir wissen, welche großen Aufgaben damit den Sachverständigen, die in der Regierung und in den Landwirtschaftskammern sitzen, übertragen werden müssen. Ich habe

schon die Herren von der Regierung gebeten, mit Überstunden zu arbeiten und genau so daran zu gehen wie wir in der Hackfruchtente arbeiten müssen, daß sie uns möglichst schnell unser Liefer-Soll aufgeben, damit wir Landwirte wieder mit Interesse an unsere Arbeit herangehen können. Das Interesse hat nachgelassen, das kann man nicht leugnen. Wir hoffen auch, daß wir die nötigen Hilfskräfte für diese Aufgaben haben werden. Bisher war es leider so, daß wir in unseren Betrieben täglich, stündlich, viertelstündlich von Leuten überlaufen wurden, die uns bitten, ihnen zusätzliche Nahrungsmittel zu geben. Verlangen wir von ihnen, sie sollen zum Beispiel bei der Kartoffelernte helfen, so ist das vielfach ein Mittel gewesen, die Leute zu vertrieben. Ich habe es angewandt, um mir die Leute fernzuhalten. Es ist heute noch bei dem größten Teil der Bevölkerung eine Schande, auf dem Feld zu arbeiten. Die Leute wollen nur unsere Erzeugnisse haben; sie wollen sogar Milch haben. Würde ich ihnen aber zumuten, in den Stall zu gehen und auszumisten, so wäre das für sie die größte Beleidigung.

Wir waren noch in diesem Frühjahr ohne die notwendigen Hilfskräfte, und erst die aus dem Sudetenland kommenden Flüchtlinge erlauben uns, unsere Betriebe wieder planmäßig zu führen. Schuld daran sind auch die uns für unsere Produkte gezahlten Preise. Ich habe schon im Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft darauf hingewiesen, daß der Rückgang der Schweinefleischlieferungen nicht erst seit 1945 oder 1946 datiert. Er liegt schon weiter zurück. Der Rückgang war unvermeidlich, weil die Preise für Schweinefleisch viel zu niedrig sind, ebenso auch die Preise für Kalbfleisch. Wir bekommen für den Zentner Schweinefleisch etwa siebzig Mark, die Erzeugungskosten betragen jedoch mindestens neunzig bis hundert Mark.

(Hört, hört!)

Es ist für uns heute tatsächlich fast einerlei, ob ein Kalb tot zur Welt kommt oder ob man es nach zehn Tagen verkauft. Man hat keinen Verlust dabei. Das sind keine Preise, die erträglich sind, und deshalb waren wir auch nicht in der Lage, unsere landwirtschaftlichen Arbeiter nur einigermaßen ausreichend im Vergleich mit der Industrie zu bezahlen. Deshalb hat diese Verachtung der Landarbeit so um sich gegriffen. Der Rückgang in der Erzeugung von Milch ist auch darauf zurückzuführen, daß die Erträge der Milchwirtschaft wesentlich zurückgegangen sind, weil wir dem Vieh nichts mehr bieten können. Wir sind restlos auf Wirtschaftsfutter angewiesen und müssen die vielen natürlichen Futtermittel, wie Hafer und Gerste, und zwar Gerste zu 60 Prozent, Hafer zu 25 Prozent für die menschliche Ernährung abgeben. Wir sind deshalb dafür eingetreten, auch wir Abgeordneten der ODU, daß uns ein Liefer-Soll aufgetragen wird in Fleisch, Milch, Eiern, jeder Art von Getreide, Zuckerrüben. Nebenbei gesagt: die Bewirtschaftung im Zuckerverbandsverband hat sich durchaus bewährt. Schon seit einem Dutzend Jahren haben sie uns nicht nur die Anbaufläche vorgeschrieben, sondern uns auch ein Liefer-Soll aufgetragen, das meistens noch überschritten wurde. Die Folge dieser Planwirtschaft muß sein, daß wir wieder als ehrliche Menschen dastehen, nicht verachtet oder gehaßt von unseren Mitmenschen. Man muß uns glauben, daß wir nicht mehr geerntet haben, als wir in den verschiedenen Jahren abliefern konnten. Das Anbau-Soll soll so hoch sein wie nur irgend möglich, wenn wir die nötigen Hilfsmittel bekommen. Vom Herrn Minister wurde schon zugesagt, daß die Düngemittelerzeugung wesentlich erhöht ist, so daß wir in dieser Art doch wieder die nötige Unterstützung haben. Wenn uns die benötigten Maschinen und Geräte zugewiesen werden können, dann können unsere Betriebe wieder nutzbringend arbeiten, und wir werden unsere Pflicht erfüllen.

Wegen der Frage der Hausschlachtung wurde ja schon

verschiedentlich erwähnt, daß eine Fläche von zwölf Acren genügen soll, den Leuten das bisher herangefttete Schwein freizugeben. Ich selbst bin auch dafür eingetreten, daß auch die Mithilfe in der Landwirtschaft als Grundlage für die Aufzucht eines Schweines gelten soll. Aber 50 Tage Arbeit hatte ich für zu wenig. Ich habe verlangt, daß mindestens 150 Tage Arbeit in der Landwirtschaft nachgewiesen werden sollen, um die Berechtigung zur Hausschlachtung zu geben. Nebenbei kann ich versichern, daß die Lieferung von Ferkeln jetzt kein Problem mehr sein wird. Die Zuchten sind derart überholt worden, daß wieder genügend Ferkel angeboten werden.

Über die anderen Anträge brauche ich wohl nichts mehr zu sagen. Wir sind in der ODU ebenfalls für die Bearbeitung dieser Petitionen oder für die Überweisung an den Minister.

Abg. Dietz (KPD):

Meine Damen und Herren! Wir freuen uns, daß der Ernährungspolitische Ausschuss in seiner Gesamtheit jetzt zu der Überzeugung gekommen ist, daß die Anträge zweckmäßig waren, die wir schon im Landesausschuss gestellt hatten, daß man dem Landwirt vor Beginn der Ernte und vor der Anpflanzung seiner Früchte sagen soll, was er abliefern muß. Hätte man damals unseren Antrag angenommen, dann wäre jetzt die Arbeit der Regierung viel leichter. Wenn mein Vorredner forderte, daß bis spätestens Oktober den Landwirten gesagt werden muß, was sie im nächsten Jahr abzuliefern haben, so kann ich dem nur zustimmen.

Ich möchte ganz kurz, da die Redezeit sehr beschränkt ist, auf einige Fragen eingehen. Es ist schon gesprochen worden über den Erlaß, der über diese B-Schweine der Selbstversorger Gruppe B herausgegeben worden ist, daß nämlich keine Schweine gehalten werden dürfen, wenn die Besitzer nicht so und so viel Ackerfläche ihr eigen nennen. Ich verweise darauf, daß im Oktober in der Verordnung Nr. 59 ein Erlaß herausgegeben worden ist seitens des Landes-Ernährungsamtes, daß man nicht kleinlich verfahren soll bei der Ausgabe von Einkaufscheinen für Ferkel, sondern man solle den Kreis der Einkäufer erweitern. Das habe ich als Bürgermeister getan, und die Folge war, daß ein Teil Leute, die die Futtergrundlage hatten durch fünfzig-tägige Mitarbeit in der Landwirtschaft, die Grundnahrung entweder aus eigenen Erzeugnissen oder unter Mithilfe von Verwandten und Bekannten sicherstellen konnten, sich Ferkel anschafften. Als diese neue Verordnung herauskam, war die Arbeitsfreudigkeit der Leute, die sich vom Frühjahr bis zum Herbst der Landwirtschaft zur Verfügung stellen, dahin, besonders auch, deswegen, weil sie auch ihre fünfzig-tägige landwirtschaftliche Arbeit nicht mehr berechnigte, ein Schwein zu halten, und wir waren froh, als wir hörten, daß diese Verordnung aufgehoben worden sei.

Meine Damen und Herren, eine andere Frage ist die der Fleischversorgung, die von meinem Vorredner schon berührt wurde. Aber wir, die wir mitten unter den Landwirten stehen, wissen, was für eine Stimmung bei den Landwirten herrscht, wenn sie für eine Kuh, die sie für Schlachtzwecke verkaufen müssen, selbst wenn sie noch acht oder zehn Liter Milch gibt, und die sie vor einem Jahr für 1500 Mark gekauft haben, nun ein Jahr später nur noch 350 Mark bekommen. Daß dadurch die Arbeitsfreudigkeit der Landwirte beeinträchtigt wird, ist klar.

Man spricht in der städtischen Bevölkerung sehr viel von dem Bauern, der alles verschleibt. Man muß aber dem Bauer auch das geben, was er braucht. Er hat in den letzten Kriegsjahren nichts an Schuhen und Kleidung bekommen. Der Bauer ist verlumpert und verarmt an Kleidung, und wenn Sie sehen, mit welcher geflickten Hose der Bauer auf das Feld geht, dann werden auch Sie sagen, man muß dem

Dies

Bauern auf ordnungsmäßigem Wege Gelegenheit geben, das zu erwerben, was er braucht. Dann hört der Bauer von selbst auf, für seine Produkte mehr zu nehmen oder sie umzutauschen gegen Dinge, die er notwendig braucht.

Wir haben den Antrag Drucksache Abtlg. I Nr. 12 eingebracht:

Die im Jahre 1849 dem Freiherrn Wamoldt von Umstadt in Birkenau zuerkannten Sonderrechte, wie die unumschränkte Fischnutzung in der Weschnitz und ihren Zuflüssen, sowie die daraus resultierenden Verpflichtungen der Gemeinde Birkenau werden für erloschen erklärt.

Das Staatsministerium wird ersucht, unverzüglich die notwendigen Verordnungen zu erlassen.

Wir möchten Sie bitten, dafür zu stimmen, daß das alte Vorrecht aufgehoben wird. Schon 1919 hat die Gemeindevertretung von Birkenau den Antrag gestellt, diesen alten Zopf abzuschneiden, aber es wurde darauf erklärt, die Revolution hätte versäumt, dieses Recht aufzuheben, und jetzt sei nichts mehr zu machen. Jetzt ist aber die Zeit gekommen, dieses Sonderrecht abzuschaffen, und ich möchte Sie nochmals bitten, mit uns dafür einzutreten.

Ferner haben wir den Antrag Drucksache Abtlg. I Nr. 15 eingebracht:

Bei der Ausgabe von Sonderzuteilungen ist darauf zu achten, daß die Kinder im Alter von 1 bis 10 Jahren nicht unberücksichtigt bleiben.

Es wird von verschiedenen Seiten behauptet, gerade diese Kategorie von Kindern sei gut genährt. Diese gute Ernährung geht aber auf Kosten der Mütter, die von ihrer Zuteilung das meiste ihren Kindern zuschieben, um sie bei dem Aufbau ihres Körpers zu unterstützen.

(Sehr richtig! bei der KPD)

Der Antrag Drucksache I, Nr. 16 lautet:

Das Landwirtschafts-Ministerium ist zu beauftragen, die „Anordnung über Getreideverwiegung“ sofort zurückzuziehen und an deren Stelle ein Abgabe-Soll, progressiv gestaffelt nach Betriebsgröße und Bodengüte, festzusetzen.

Ich stimme mit allen Rednern darin überein: das Getreide ist zum großen Teil verwogen und ich, der ich mitten unter den Bauern stehe, bin nicht der Meinung, daß das Mehr, das aufgekommen ist, auf die Verwiegung zurückzuführen ist, sondern es kommt daher, daß ein großer Teil Brotgetreide mehr angepflanzt wurde und daß auch die Getreidernte besser ausgefallen ist, als im vorigen Jahr. Ich weiß auch als Bürgermeister, daß man beim Verwiegen nicht eine genaue Kontrolle ausüben kann. Sie wissen ganz genau, bei jeder Verordnung ist sofort ein Hintertürchen da, durch das man schlüpfen kann.

Der Antrag Nr. 17, der sich auf das Sammeln von Bucheckern bezieht, ist von allen Rednern begrüßt worden. Wir bitten die Regierung, dafür zu sorgen, daß auf schnellstem Wege über den Rundfunk und durch die Presse eine großzügige Propaganda entfaltet wird, um die großen Mengen Bucheckern für die Volksernährung sicherzustellen. Wir haben in diesem Jahre eine außerordentlich gute Bucheckernernte zu verzeichnen; sie muß voll genutzt werden. Man darf aber nicht zu gleicher Zeit wieder verordnen, daß die Bucheckern abgeliefert werden müssen, ohne daß eine entsprechende Gegenleistung erfolgt. Sonst ist die Bucheckernernte zur Hälfte verloren. Denn dann wird sich niemand finden, der sich der Mühe unterzieht, die Bucheckern einzusammeln. Den Sammlern muß der Ertrag ihres Fleißes restlos zugute kommen. Die Regierung muß die Ölmühlen anhalten, daß sie das gewonnene

Öl restlos an die Personen ausliefern, die die Eckern gesammelt haben.

(Sehr richtig! bei der KPD)

Wir kennen die Dinge, wie sie auf dem Lande liegen, und wir wissen, daß es bei jeder Sache eine Möglichkeit gibt, die Verordnungen zu umgehen. Viele Ölmühlen befinden sich heute in Privatbesitz. Alle Verordnungen werden illusorisch, weil es so viele Ölmühlen gibt, daß sie überhaupt nicht kontrolliert werden können.

Das Gleiche gilt für das Getreide. Wenn man zum Ährenlesen auffordert, dann muß man auch das Getreide, das damit gewonnen wird, zur Vermahlung freigeben. Wenn Sie eine Verordnung erlassen, die das Vermahlen verbietet, so wird sie ja doch umgangen. Die Leute brauchen ihr Ährenlesegetreide nur zum Bäcker zu bringen, der es ihnen gegen Brot umtauscht und es dann von sich aus zum Vermahlen in die Mühlen gibt. Man sollte bei dem Erlaß solcher Verordnungen sich immer davon leiten lassen, daß der Fleiß belohnt wird.

Noch ein Wort zu dem Antrag Nr. 25 der SPD, der sich mit der Preisspanne zwischen Nutzvieh und Schlachtvieh befaßt. Meine Damen und Herren, wir können diesem Antrage nicht zustimmen, und zwar deshalb nicht, weil er zu unerwünschten Weiterungen führen würde. Wir stehen auf dem Standpunkte, daß eine gründliche Kontrolle notwendig ist und daß die Preise für Nutzvieh zurückgeführt werden auf den Stand, auf den sie gehören; sie müssen in Einklang gebracht werden mit den Schlachtviehpreisen. Wir glauben nicht, daß das durch eine solche Ausgleichsstelle erreicht werden kann. Es würde ja so sein, daß der Staat die Kosten für eine solche Ausgleichsstelle tragen müßte, und das kann nicht Zweck der Übung sein. Also die Preise für Nutzvieh müssen in Einklang gebracht werden mit den Preisen für Schlachtvieh.

(Sehr richtig! bei der KPD)

Abg. Wagner (SPD):

Es ist unnötig, von der Not zu sprechen; es ist ebenso unnötig, dem Bauer ein Lied zu singen, aber es ist notwendig, die Frage sich zu überlegen, wie man zu einer Intensivierung der Landwirtschaft kommen kann. Wir alle sollten uns überlegen, ob die Maßnahmen, die getroffen werden, zu einer Intensivierung oder zu einer Extensivierung der Landwirtschaft führen, und ich bin geneigt, zu glauben, daß die Maßnahmen in bezug auf die Landwirtschaft, die von der hessischen Landesverwaltung getroffen worden sind, nicht dem ersten, sondern dem zweiten Ziele zusteuern. Es ist ein Ding der Unmöglichkeit, die Menschen zur Höchstleistung zu veranlassen, wenn sie keinen Gewinn davon haben, wenn man sie an dem Erfolg ihres Mühens nicht partizipieren läßt. Die Erlasse über das Ährenlesen, über die Tierhaltung usw. belohnen nicht den Fleißigen, sondern den Bequemen; sie bestrafen den Fleißigen. Wenn wir das schon vor über einem Jahr von einer Dienststelle vorgeschlagene Erfassungssystem einführen, wonach lediglich eine Auflage gemacht wird, und zwar nicht in der einfachen Form, wie es hier dargestellt worden ist, daß der Bauer so und soviel Roggen, so und soviel Kartoffeln, so und soviel Fleisch abzuliefern hat, sondern in der Form, daß man ihm eine Generalleistung auferlegt, daß man diese Dinge auf einen Generalnenner bringt in der Form irgendeiner Einheit, entweder der Roggeneinheit, bezogen auf eine Wirtschaftseinheit, dann kommen wir dazu, denjenigen zu belohnen, der mehr leistet, indem wir ihm das was über dem Ablieferungssoll liegt, zur freien Verfügung belassen. Entweder gebe ich ihm eine Zulage, oder aber ich gebe ihm, was viel besser ist, die Möglichkeit, die Güter, die er benötigt, sich auf dem regulären

Wege zu beschaffen. Dann braucht er nicht auf den Schwarzen Markt zu gehen. Ich muß den Bauer belohnen, der über das Abflorungssoll hinaus Erträge aus seinem Boden herauswirtschaftet. Dann kann ich auch — das ist immer das A und O — mehr verteilen. Wir sind bisher immer so vorgegangen, daß das Verteilungsprinzip in den Vordergrund gestellt wurde, nicht, wie es richtig ist, das Produktionsprinzip. Das zur grundsätzlichen Seite des Problems.

Ich möchte dringend bitten, daß der Herr Minister seine Dienststellen anweist, in Zukunft die Dinge nicht vom grünen Tisch aus zu beurteilen, sondern in das Volk hinein zu gehen, in Verbindung zu treten mit den kleinen Erzeugern, mit dem Manne, der sich atquält, Ähren zu lesen und Bucheckern zu sammeln. Man wird dann zu der Einsicht kommen, daß die Leute dieser Mühe sich nicht deswegen unterziehen, damit die Menschen in der Stadt mehr zu essen bekommen, sondern damit sie selber etwas zu essen haben. Dadurch werden ja auch die Städte entlastet, und die Mehrerzeugung an Produkten ermöglicht es uns dann, den Städtern, das zu geben, was sonst unmöglich wäre.

Vizepräsident Bauer:

Damit ist die Rednerliste erschöpft. Das Wort hat Herr Minister Höring.

Minister Höring:

Meine Damen und Herren! Ich bin der Auffassung, daß das Hauptziel des Ministeriums für Landwirtschaft und Ernährung darin besteht, eine Intensivierung der Landwirtschaft zu erreichen. Wir müssen eine Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion anstreben. Man kann nicht sagen, daß wir dieses Ziel nicht auch dadurch fördern würden, daß man den Landwirt an den Erträgen entsprechend beteiligt. Sie wissen, daß dieser seinen bevorzugten Anteil erhält beim Zuckerrübenbau, beim Raps, dem Flachs und bei der Schafwolle. Wenn jetzt der angeordnete Wiesenumbau durchgeführt wird, dann ist vorgesehen, daß der Landwirt dafür eine erhöhte Fleischration erhält. Er soll für seine Arbeit auch die Möglichkeit erhalten, seine Lebensführung besser zu gestalten. Diese Berücksichtigung hat natürlich auch eine Grenze. Denn auf der andern Seite gehen uns aus den Kreisen der Nichtlandwirte täglich Schreiben zu, in denen uns jeder Bissen vorgerechnet wird, den die Landwirte mehr erhalten, als die städtische Bevölkerung. Aus diesem Dilemma kommen wir natürlich nie heraus. Es ist nun einmal so, daß heute jeder den andern auf den Teller sieht, und wenn er feststellt, daß der eine einen Brocken mehr hat als er, dann heißt es gleich: es wird keine gerechte Erfassung und keine gerechte Verteilung durchgeführt. Wir haben in die landwirtschaftlichen Betriebe so weit eingegriffen, als es erträglich erscheint. Ich selber wehre mich dagegen, daß man dieses System der Eingriffe immer noch weiter steigern will. Ich freue mich über jeden Weg, der mir gezeigt wird, um solche Eingriffe zu vermeiden. Aber ganz lassen sie sich leider nicht vermeiden; denn nicht alle Landwirte sind bereit, in vollem Maße ihre Pflicht zu tun. Schätzungsweise sind es 15 bis 20 Prozent, die sich nur durch scharfe Eingriffe bewegen lassen, ihre Pflicht gegenüber der Gesamtheit der Bevölkerung zu tun.

Und glauben Sie doch bitte nicht — ich muß mich und auch meine Beamten gegen einen solchen Vorwurf verwahren —, daß wir alles nur vom grünen Tisch her regeln. Alle Maßnahmen werden eingehend mit den Vertretungen der Landwirtschaft besprochen, mit der Landwirtschaftskammer, mit den Kreis- und Ortslandwirten, also mit Leuten, die mitten in der Praxis stehen. Aber

wenn Sie fünf Leute zusammennehmen und deren Meinung über irgend eine Frage hören wollen, dann werden Sie feststellen, daß jeder von diesen fünf Leuten eine andere Auffassung vertritt. Sie werden nie eine übereinstimmende Antwort auf eine Frage erhalten. Was der eine für richtig hält, das hält der andere für falsch. Wir können daher nur versuchen, den Weg zu gehen, der uns gangbar erscheint, nachdem wir alle Seiten gehört haben.

Im übrigen muß ich Sie immer wieder darauf aufmerksam machen, und ich bitte Sie, das nie zu vergessen, daß alle Fragen der Rationierung ja letztlich nicht von uns, sondern von der Militärregierung entschieden werden. Und ich muß Sie weiter darauf aufmerksam machen, daß das Hessische Ministerium für Ernährung und Landwirtschaft nicht von sich aus diese Dinge zu erledigen vermag, sondern daß wir gezwungen sind, die Dinge mit Bayern und Württemberg zu koordinieren in Zusammenarbeit mit der Berliner Zentralstelle. Wir müssen viele Maßnahmen durchführen, die wir wirklich nicht gern veranlassen. Auf der andern Seite müssen wir um manche Maßnahme kämpfen, und wir erhalten erst nach langem Hin und Her die Erlaubnis, dieses oder jenes zu tun.

Sie werden auch in Zukunft Gelegenheit haben, eine gewisse Kritik zu üben, und wir werden diese Kritik über uns ergehen lassen müssen, weil ich eben manche Dinge auch bei allerbestem Willen nicht ändern kann. Es ist gesprochen worden über die Beschlagnahme des Tabaks, über das Verbot des Abpressens der Zuckerrüben. Ich bin im Anfang dafür eingetreten, daß man die Zuckerrüben freigeben solle. Aber dann sind meine Fachleute gekommen und haben mir erklärt: Wenn wir die Zuckerrüben vollkommen freigeben, dann schwimmt uns die halbe Zuckerrübenanrate von den Fabriken weg in die kleinen Pressereien; und dann wird das Geschrei anheben: Wo bleibt der Zucker? Warum wird kein Zucker verteilt? Sie wissen ja, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen jeder versucht, zu einigen Zentnern Zuckerrüben zu kommen, auch derjenige, der keine angebaut hat. Wir haben zum Ährenlesen aufgefordert. Als wir das taten, haben wir uns aber nicht träumen lassen, daß wenige Tage danach die Leute mit Zentnersäcken ankamen, mit Getreide, das sie angelich gelesen haben wollten und das sie nun zum Vermahlen brachten. Das kann mir niemand weismachen, daß man, selbst wenn eine ganze Familie sich daran beteiligt, auf einem abgerechten Acker nun noch zentnerweise das Korn lesen könnte. Man weiß, welche krummen Wege auch hier wieder gegangen werden. Wir waren deshalb genötigt, hier einen Stop zu machen. Denn wir müssen vermeiden, daß auf dem Umwege über das angebliche Ährenlesen hunderte, ja tausende von Zentnern Brotgetreide der allgemeinen Volksernährung verloren gehen. Bei den heutigen schwierigen Verhältnissen ist es eben so, daß 99 Prozent, ich möchte fast sagen 100 Prozent der Menschen bereit sind, alle Gesetze und Verordnungen zu übertreten, wenn es sich darum handelt, einen Bissen mehr in den Mund zu bekommen.

Meine Damen und Herren, Sie dürfen mir glauben, daß wir nach Kräften bemüht sind, alles zu tun, was wir nur irgend tun können. Ich bin auch — das habe ich schon erklärt — sehr gern bereit, mit allen Einrichtungen zu verhandeln und mit den einzelnen Vertretern mich darüber zu unterhalten, welche Maßnahmen wir treffen können, auch mit dem Ernährungsausschuß. Und wenn erst die Landwirtschaft einmal selber eine eigene Organisation besitzt, werde ich mich auch gerne mit dieser Organisation in Verbindung setzen. Ich bin ja immer der Auffassung, daß zehn Köpfe mehr wissen als einer, und daß man aus dem Abwägen der verschiedenen Meinungen schließlich den bestmöglichen Weg herausfinden kann, den man in solchen schweren Zeiten zu gehen vermag. Also ich bitte

Höring

Sie zu glauben, daß wir keine Arbeiten vom grünen Tisch aus liefern wollen.

Ich will aber nicht unterlassen, noch einmal ganz entschieden dagegen Einspruch zu erheben, daß an den Worten, die ich bezüglich der Kartoffelinkellerung gesagt habe, gezweifelt wird, wie ich es aus den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Krüger entnehmen mußte. Ich habe ausdrücklich erklärt, daß wir uns entschlossen haben, in der amerikanischen Zone zweieinhalb Zentner einzukellern und daß wir uns die Entscheidung darüber, ob mehr eingekellert werden kann, vorbehalten müssen bis zu dem Augenblick, wo wir übersehen können, wie die Ernte ausgefallen ist. Daß schon die Einkellerung von zweieinhalb Zentner Kartoffeln in den Großstädten ein Verkehrs- und Transportproblem ersten Ranges darstellt, liegt auf der Hand. Es sind alle Maßnahmen eingeleitet worden, auch im Einvernehmen mit der Militärregierung, weil unter allen Umständen versuchen wollen, noch vor Beginn der kalten Jahreszeit in die Städte so viel Kartoffeln hereinzubringen, daß die Bevölkerung damit versorgt ist und in den Wintermonaten keine Gefährdung entstehen kann. Aber die Bevölkerung muß sich klar sein darüber, daß, selbst wenn wir etwas Zusätzliches verteilen können, mit Kartoffeln hausgehalten werden muß. Das weiß auch der Bauer. Ich glaube nicht, daß die Bauern noch größere Mengen zusätzlich abgeben können. Sie brauchen auch für den eigenen Haushalt, für die Arbeitskräfte und auch für den Viehstall Kartoffeln. Ich muß also auf alle Fälle darauf aufmerksam machen, daß wir leider haushalten müssen auch mit der Kartoffel und daß die Bevölkerung nicht glauben darf, daß die Lage so ist, daß sie sich nun an Kartoffeln so satt essen kann, wie ich es ihr von Herzen gönnen würde.

Wir alle wissen, daß die Ernährung zu gering ist. Wir können es aus eigener Kraft nicht ändern, aber wir bemühen uns — auch davon bitte ich überzeugt zu sein —, die Ernährungslage zu bessern. Wir haben der Militärregierung gegenüber mit allen Persönlichkeiten, die uns zur Verfügung stehen, mit den Wissenschaftlern sowohl wie auch den Fachleuten, immer wieder betont die Notwendigkeit einer Steigerung der Milcherzeugung durch Zufuhr von Kraftfutter, einer Verbesserung der Fettversorgung durch Zufuhr von Ölfrüchten, deren Rückstände wieder in den Viehstall zu wandern vermögen, und einer Verbesserung unserer Eiweißernährung, damit die gesundheitlichen Schäden ausgeglichen werden, die durch die jahrelange Unterernährung entstanden sind. Es wissen ja alle, daß wir die ganzen Kriegsjahre hindurch viel zu wenig Eiweiß erhalten haben. Das ist keine Erscheinung von heute, sondern eine Erscheinung, die 5 bis 6 Jahre zurückreicht. Also ich bitte Sie, doch etwas Vertrauen in die landwirtschaftliche Verwaltung zu setzen. Wir wollen tun, was wir können.

Und nun noch ein Wort zu den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Krüger. Er hat unter anderem angeführt, daß irgendetwas schwarze Geschäfte in der Gartenbauzentrale vorgekommen seien, und daß hier in Wiesbaden Unregelmäßigkeiten in der Lebensmittelzentrale vorgekommen sind. Ja, meine Damen und Herren, vor Unregelmäßigkeiten einzelner Menschen kann sich keine Behörde schützen, in der heutigen Zeit weniger als je. Unterschlagungen kann ich auch nicht verhindern, wenn ich Gesetze erlassen würde, so schroff wie irgend etwas; das hülfte in solchen Fällen doch nicht. Man kann aber solche Einzelvorkommnisse nicht dem Ernährungsministerium oder den Beamten der Ernährungsämter in ihrer Allgemeinheit zur Last legen, denn wir führen ja schließlich nur die Oberaufsicht.

(Sehr richtig! bei der CDU)

Es sind doch immerhin einige tausend Menschen in der Ernährungswirtschaft beschäftigt, und für jeden kann ich nicht die Hand ins Feuer legen. Trotzdem kann ich zu meiner Freude wohl sagen: die Mehrzahl hält trotz der großen Versuchung stand, kann sonst würden wir in viel größerem Umfang Skandale erleben. Ich verwahre mich jedenfalls ganz entschieden dagegen, daß dem Beamten meines Ministeriums die Verantwortung für unerfreuliche Geschehnisse in Wiesbaden zugeschoben wird, die der Staatsanwalt hoffentlich klärt und zur Bestrafung bringt.

Präsident:

Die Rednerliste ist erschöpft. Ich frage den Herrn Berichterstatter, ob er noch einmal das Wort wünscht.

Abg. Feutner (KPD):

Ich darf noch einmal bitten, die von dem Ausschuss bereits bearbeiteten Anträge der Staatsregierung zu überweisen und die jetzt gestellten Anträge dem Ernährungs-politischen Ausschuss zuzuleiten.

Dann darf ich noch einmal darauf hinweisen, daß die Bildung des bizonalen Büros aus drei Vertretern der amerikanischen und drei Vertretern der britischen Zone nicht geeignet ist, Beschlüsse über unsere Ernährungslage so zu fassen, daß das Mitbestimmungsrecht des Parlaments gewährleistet ist. Ich möchte weiter sagen, daß es uns nicht möglich ist, auf Grund der Zonenwirtschaft unsere Ernährungsfrage zu lösen. Hier ist es notwendig, daß die Zonengrenzen fallen und ein einheitliches deutsches Reich entsteht; denn nur so haben wir die Gewähr, daß wir auf dem Ernährungssektor alle Schwierigkeiten überwinden können.

Präsident:

Mit der Frage, die der Berichterstatter eben berührt hat, wird sich die Versammlung noch beschäftigen, denn es liegen von den verschiedenen Fraktionen entsprechende Anträge vor.

Für den Abschluß dieser Ernährungsdebatte möchte ich nun aufgreifen, was der Berichterstatter beantragt hat, nämlich daß wir alle die Anträge — ich kann mir die Verlesung ersparen, denn es sind noch drei Anträge von der LPD hinzugekommen —, soweit sie den Ausschuss bereits passiert haben, nunmehr der Staatsregierung überweisen. Alle die anderen Anträge, die sachlich hierher gehören, werden wir zunächst dem zuständigen Ausschuss zuleiten, damit dort gründliche Arbeit geleistet wird.

Ich darf mir sodann den Vorschlag erlauben, daß Sie bei der Bedeutung dieser ganzen Fragen mich ermächtigen, die Anträge sofort, wenn es notwendig ist, an die Staatsregierung weiterzugeben, damit unsere Bevölkerung auch einen Nutzen davon hat. Sind die Damen und Herren damit einverstanden, daß ich in diesem Sinne verfare? Es erhebt sich kein Widerspruch. Dann erkläre ich also die Anträge in besagtem Sinne für angenommen.

Meine Damen und Herren! Ich habe Ihnen bereits heute mittag eingangs der Sitzung verkündet, daß eine Erklärung hier abgegeben werden soll. Wir schalten jetzt diese großen politischen Fragen ein, die wir ursprünglich heute nachmittags als erste behandeln wollten.

Meine Damen und Herren! Namens der Verfassungsberatenden Landesversammlung habe ich folgende Erklärung abzugeben:

Die Verfassungsberatende Landesversammlung begrüßt die Rede des Herrn amerikanischen Staatssekretärs mit der er, nach den Erklärungen der Pariser Außenminister-Konferenz, am 6. 9. 1946 in Stuttgart die deutsche Frage nicht nur für das deutsche Volk, sondern auch für die Welt erneut aufgerollt hat.

Dr. Köhler

Vor allem begrüßt sie die Feststellung, daß das Deutsche Volk an der Lösung aller es angehenden Fragen selbst mitwirken soll.

Es erfüllt die Versammlung mit Genugtuung, daß die wirtschaftliche und politische Einheit Deutschlands als die unerläßliche Voraussetzung für die Erhaltung des Daseins unseres Volkes bestätigt wurde.

Sie hofft, daß auch die endgültige Festsetzung aller deutschen Grenzen von dem Grundsatz der Erhaltung der Lebensfähigkeit Deutschlands bestimmt wird.

Die Versammlung macht sich in vollem Umfang die Erklärung des Herrn Staatssekretärs zu eigen, daß es weder im Interesse des deutschen Volkes noch im Interesse des Weltfriedens liegt, Deutschland zu einer Schachfigur oder einem Teilnehmer in machtpolitischen Auseinandersetzungen werden zu lassen. Sie ist sich nur zu genau bewußt, daß machtpolitische Bestrebungen der deutschen Politik dem deutschen Volke in der Vergangenheit nur geschadet haben und ihm in der Zukunft nur wieder schaden würden.

Nach den wiederholt bestätigten Grundsätzen des Potsdamer Abkommens soll die deutsche Einheit sich aufbauen auf einer dezentralisierten politischen Struktur und nach den Grundsätzen der demokratischen Selbstverwaltung. In Übereinstimmung mit diesen Grundgedanken sind wir überzeugt, daß allein die Stärkung der neuen demokratischen Kräfte die Gewähr dafür bietet, daß das neue Deutschland seinen Aufgaben gerecht wird. Es entspräche daher diesem Leitgedanken, wenn ein deutsches Zwischen- oder Vorparlament aus Vertretern der Landtage geschaffen würde. Seine Aufgabe wäre es, gemeinsam mit einem zu bildenden deutschen Nationalrat organisatorisch und politisch das Werden der deutschen Einheit vorzubereiten.

Die Landesversammlung bittet deshalb die amerikanische Militärregierung, zu ermöglichen, daß die Landtage nicht nur der US-Zone, sondern auch der anderen Zonen miteinander in Verbindung treten, um die Bildung eines derartigen Zwischen- oder Vorparlaments einzuleiten.

Dies möge als ein Zeichen dafür genommen werden, daß der Gedanke der Demokratie in Deutschland lebendig voranschreitet.

Am deutschen Volke liegt es nun, den Sinn der Stunde zu begreifen und mitzuarbeiten am Aufbau der deutschen Demokratie, der deutschen Einheit.

Meine Damen und Herren! Ich erteile nun im Anschluß an meine Erklärung zunächst Herrn Dr. Köhler, dem Vorsitzenden der CDU-Fraktion, das Wort. Nach ihm wird Herr Abgeordneter Dr. Bergsträßer von der SPD sprechen, dann Herr Bauer von der KPD und dann Herr Euler von der LPD.

Abg. Dr. Köhler:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Erklärung, die soeben der Herr Präsident der Verfassungsberatenden Landesversammlung von Groß-Hessen verlesen hat, geht zurück auf einen Antrag der CDU, und ihre Formulierung beruht auf einem Vorentwurf, der ebenfalls von meiner Fraktion stammt. Ich darf die Vorgeschichte dieser Erklärung insoweit erläutern, als ich als Vorsitzender des Hauptausschusses anläßlich der Pressebesprechung am 12. September dieses Jahres im Anschluß an die Beratungen des Verfassungsausschusses schon in der Öffentlichkeit darauf hinweisen konnte, es sei beabsichtigt, den Hauptausschuß der Verfassungsberatenden Landesversammlung einzuuberufen angesichts des politischen Ereignisses, das sich am 6. September in Stuttgart abgespielt hat. Der Außenminister der Vereinigten Staaten ist persönlich nach Deutschland gekommen, um in Stuttgart die Auf-

fassung seines Landes zur deutschen Frage vorzutragen. Die Herren Ministerpräsidenten der drei Länder der amerikanischen Zone hatten unmittelbar im Anschluß an die Rede des Außenministers der Vereinigten Staaten in einer Pressekonferenz ihre Meinung zu diesen Ausführungen dargelegt, und es ist deshalb eine Selbstverständlichkeit, daß auch die Landesversammlung unseres Landes zu dieser Rede Stellung nimmt. Denn ganz abgesehen davon, daß, wie es in der Erklärung, die eben verlesen worden ist, bereits zum Ausdruck kommt, die Herstellung der wirtschaftlichen und politischen Einheit Deutschlands die entscheidende Grundlage für die Erhaltung des Daseins unseres Volkes abgibt, eröffnet die Rede des Herrn amerikanischen Staatssekretärs gleichzeitig auch staatsrechtliche und verfassungsrechtliche Perspektiven, die wiederum es als gerechtfertigt erscheinen lassen, wenn wir als Landesversammlung zu diesem Vorgang Stellung nehmen.

So viel zur Vorgeschichte.

Mein sehr verehrten Damen und Herren! Wenn wir die Entwicklung der demokratischen Institutionen in der amerikanischen Zone rückblickend einmal überschauen, so kann in dieser Stunde folgendes festgestellt werden: Innerhalb Deutschlands sind die entscheidenden Schritte für das Werden einer Demokratie zunächst in der amerikanischen Zone getan worden mit der Bildung der drei Länder, anschließend mit der Bildung des Länderrats und dann der Einberufung der Beratenden Landesausschüsse in den ersten Monaten dieses Jahres. Im Verlaufe der dann stattgefundenen Wahlen haben sich die Verfassungsberatenden Landesversammlungen herausgebildet, so daß zur Stunde festgestellt werden darf, daß der Gedanke der Demokratie nach der formalen Seite hin innerhalb Deutschlands in der amerikanischen Zone seinen stärksten Ausdruck gefunden und die meisten Fortschritte erreicht hat. Es muß in der Öffentlichkeit einmal klipp und klar ausgesprochen werden, daß bisher die politischen Parteien nicht etwa die Träger der Verantwortung für die Gesamtheit des politischen Geschehens gewesen sind und daß sie es auch heute noch nicht sind. Sondern diese Eigenschaft werden sie erst dann besitzen, wenn im Anschluß an die Verabschiedung der Landesverfassungen auf Grund der einschlägigen Bestimmungen ordnungsgemäß die Landtage gewählt sein werden, deren Aufgabe es dann sein wird, auf dem parlamentarischen Wege die Regelungen einzusetzen. Diese Feststellung muß deshalb getroffen werden, weil nach der Erklärung des Herrn amerikanischen Außenministers über die künftige organisatorische und politische Gestaltung der wirtschaftlichen und politischen Einheit Deutschlands breiten Kreisen unseres Volkes nunmehr mit Nachdruck die Frage sich aufdrängen muß, welche Möglichkeiten die politischen Parteien besitzen, auf diese Dinge einzuwirken bzw. in welcher Art und Weise sie an dem jetzt einsetzenden für die Gestaltung unserer Zukunft entscheidenden Geschehen zu beteiligen oder dafür verantwortlich zu machen sind. Der Herr amerikanische Außenminister hat in seiner Stuttgarter Rede für die Verantwortlichkeit des deutschen Volkes und seiner neuen demokratischen Kräfte sehr wesentliche Feststellungen getroffen, von denen ich bei dieser Gelegenheit einige doch hervorheben möchte.

Das ist zunächst einmal die Äußerung, daß die amerikanische Regierung auf dem Standpunkt steht, es solle dem deutschen Volke innerhalb ganz Deutschlands die Hauptverantwortung für die Regelung seiner eigenen Angelegenheiten bei geeigneten Sicherungen jetzt übertragen werden. Damit, meine Damen und Herren, wird eindeutig zum Ausdruck gebracht, darin liegt die große innenpolitische Bedeutung dieser Erklärung —, daß dem deutschen Volke die Möglichkeit gegeben werden soll, an der Gestaltung der innerpolitischen Verhältnisse Deutschlands unter eigener Verantwortlichkeit mit-

Dr. Köhler

zuarbeiten. In Konsequenz dieser Auffassung kam weiterhin zum Ausdruck, daß dem deutschen Volke nunmehr auch die Gelegenheit zur Bildung einer vorläufigen deutschen Regierung gegeben werden solle. Diese vorläufige deutsche Regierung könne aber nicht von den einzelnen Regierungen bestimmt werden, sondern sie solle aus einem deutschen Nationalrat bestehen, der sich aus den nach demokratischen Prinzipien verantwortlichen Ministerpräsidenten oder aus anderen leitenden Beamten der verschiedenen Länder oder Provinzen zusammensetzen möge. Dieser deutsche Nationalrat soll verantwortlich sein für die sachgemäße Erfüllung der den zentralen Verwaltungsbehörden obliegenden Aufgaben. Und nun kommt die innenpolitisch für die Gestaltung unserer Demokratie sehr wesentliche Feststellung: Dieser Nationalrat soll auch mit der Vorbereitung einer Bundesverfassung beginnen, über die dann die später einzuberufende deutsche Nationalversammlung entscheiden soll.

Meine Damen und Herren, ich kann im Auftrage der Fraktion der CDU hier folgendes zum Ausdruck bringen: Wir sind der Auffassung, daß jetzt — wenn ich es einmal so bezeichnen darf — die Stunde für die werdende und in uns wieder lebendig gewordene Demokratie gekommen ist. Wir sind der Meinung, daß in den vor uns liegenden Monaten, in denen sich das Werden der kommenden wirtschaftlichen und politischen Einheit Deutschlands vorbereitend gestalten soll, unter allen Umständen mitwirken muß die Gesamtheit der neuen demokratischen Kräfte in Deutschland, verkörpert durch die bereits bestehenden Verfassungsberatenden Landesversammlungen und die Landtage und ähnliche Einrichtungen des Volkswillens in anderen Zonen. Die Kardinalfrage ist die, ob und inwieweit der Nationalrat etwa allein entscheidende Beschlüsse fassen soll für die Gestaltung dieser für unser Schicksal so wichtigen Fragen, oder ob daneben auch der Wille des Volkes, verkörpert in den bestehenden Landtagen und Verfassungsberatenden Landesversammlungen, seinen Ausdruck finden soll. Wenn nach den Erklärungen des Herrn amerikanischen Außenministers die Grundlage für den Aufbau der deutschen Einheit die dezentralisierte politische Struktur und die Grundsätze der demokratischen Selbstverwaltung maßgebend und grundlegend sein sollen, dann würde es nach unserer Auffassung nur eine ganz natürliche Konsequenz sein, wenn ein Gremium gebildet werden würde aus den Vertretern der vorhandenen Landtage, das dann gemeinschaftlich zumindest mit dem deutschen Nationalrat an die Vorbereitung und Lösung dieser Frage unserer künftigen Einheit heranzugehen hätte.

Meine Damen und Herren, wir sind der Auffassung, daß die Gesamtentwicklung, die wir bisher im Verhältnis der bestehenden Regierungen zu den bestehenden Landtagen haben beobachten können, es zwingend erforderlich macht, in dieser Situation klarzustellen, daß die kommende deutsche Einheit nicht nur ein Werk der Regierungsorgane, sondern auch ein Werk der Volksvertretungen sein muß.

(Sehr richtig! bei der CDU)

Aus diesem Grunde haben wir vorgeschlagen, ein Zwischenparlament oder ein Vorparlament zu bilden aus den Vertretern der bestehenden Landtage. In welchem Rechtsverhältnis der Nationalrat zu diesem Zwischenparlament oder Vorparlament stehen soll, das ist eine Frage, die im Augenblick nicht geklärt zu werden braucht. Es kommt in dieser Stunde entscheidend nur darauf an, daß der Gedanke der Sicherstellung der Mitwirkung der vorhandenen Volksvertretungen eindeutig nach außen hin seinen Ausdruck findet. Ich könnte mir vorstellen, daß man so etwas wie eine Art Zwischenverfassung schafft bzw. daß die Besatzungsmächte die Rechtsgrundlage schaffen, auf

der dann das Zusammenwirken zwischen Nationalrat und dem Zwischen- oder Vorparlament sichergestellt wird. Aber das ist eine Frage, über die man im Augenblick keine näheren Ausführungen zu machen braucht, sondern die der weiteren Entwicklung der Dinge überlassen werden kann.

Meine Damen und Herren, der Ministerpräsident des Landes Groß-Hessen, Herr Prof. Dr. Geiler, hat kürzlich auf einer Pressesprechung angekündigt, daß die Ministerpräsidenten der vier Zonen sobald als möglich zusammenkommen würden. Diese Zusammenkunft soll ja nunmehr am 4. und 5. Oktober in Bremen stattfinden. Wir begrüßen gewiß diese Initiative der Ministerpräsidenten, in Konsequenz der Ausführungen der Stuttgarter Rede nun von sich aus weitere vorbereitende Schritte zu unternehmen. Wir müssen aber sagen, daß es zweckmäßiger gewesen wäre, einen solchen Schritt zumindest in der Form zu unternehmen, daß gleichzeitig auch den zuständigen Verfassungsberatenden Landesversammlungen von dieser Absicht Kenntnis gegeben würde. Ich glaube, dann wäre der Wiederhall der politischen Bedeutung eines solchen Schrittes sicherlich nicht geringer, sondern größer gewesen.

(Lebhafte Zurufe von der CDU: Sehr richtig!)

Wir sind darüber hinaus auch der Meinung, daß es zweckmäßig wäre, wenn gerade in diesem entscheidenden Stadium des Werdens der neuen Dinge an dieser Konferenz der Ministerpräsidenten auch die Vertreter der Volksvertretungen teilnehmen würden.

(Sehr wahr! bei der CDU)

Es wird ja nun in Konsequenz der gemeinsamen Erklärung der vier Parteien hoffentlich möglich sein, daß die Landtage innerhalb nicht nur der US-Zone, sondern auch in den anderen Zonen miteinander in Verbindung treten, um so bald als möglich die Besprechungen wegen der Bildung eines Zwischen- oder Vorparlaments aufzunehmen.

Meine Damen und Herren! Die Welt möge aus diesem gemeinsamen Vorschlag aller vier Parteien ein Zwischen- oder Vorparlament zu bilden, eines entnehmen, wie es am Schluß unserer Erklärung gesagt worden ist: Dieser unser Vorschlag möge als Zeichen dafür aufgenommen werden, daß der Gedanke der Demokratie in Deutschland lebendig voranschreitet. Wenn in diesem Sinne diese Erklärung der Landesversammlung, die sie heute vor aller Öffentlichkeit abgibt, aufgenommen wird, dann bin ich persönlich der Überzeugung, daß wiederum ein entscheidender Schritt vorwärts getan wird in der Wiedergewinnung Deutschlands, in der Wiedergewinnung einer Stellung und Bewertung Deutschlands in den Augen der Welt.

(Lobhafter Beifall und Händeklatschen.)

Abg. Dr. Bergsträsser (SPD):

Meine Damen und Herren! Es ist schon gesagt worden, daß diese Entschließung aus dem Verfassungsausschuß und aus seiner Arbeit hervorgegangen und daß sie von allen Parteien gemeinsam gefaßt, redigiert und dem Hauptausschuß zugeleitet worden ist. Ich glaube, diese Entschließung ist im Grunde genommen eine Folgerung, und zwar eine sehr aktive Folgerung aus dem, was wir nun seit langer Zeit als den eigentlichen Sinn gerade der Politik betrachten können, die von der Regierung der Vereinigten Staaten und von den Militärregierungen in der amerikanischen Zone als den Organen der Regierung der Vereinigten Staaten verfolgt worden ist. Die gemeinsame deutliche Linie dieser Politik ist eben doch die, daß Deutschland in eine demokratische Verfassung übergeführt werden soll. In diesem Ziel stimmen wir als So-

zialdemokraten und ich glaube, stimmen alle hier anwesenden Fraktionen mit der Politik der Vereinigten Staaten überein. Aber gerade weil wir das tun, so halten wir es für recht, in diesem Augenblick deutlich darauf hinzuweisen, daß eine demokratische Gestaltung und eine demokratische Entwicklung Deutschlands, eine Entwicklung, die doch selbstverständlich getragen sein muß nicht nur von einer lauen oder halbpassiven Zustimmung, sondern von der tätigen wollenden Mitarbeit der Bevölkerung, nur möglich ist, wenn den eigentlichen Trägern demokratischer Gestaltung — und das sind die politischen Parteien —, wenn also den politischen Parteien die Möglichkeit gegeben wird, in allen Vorstadien und Stadien der Entwicklung aktiv an der Gestaltung der Verhältnisse mitzuarbeiten.

Aus diesem Gedanken heraus ist die Resolution, diese Erklärung erwachsen, und zwar in einer Zeit, in der die Zuständigkeiten zwischen Regierungen und den Parteien und den Landtagen und den Volksvertretungen noch durchaus unklar sind; ich möchte fast sagen, in einer Weise unklar sind, die nicht ganz ohne Gefahr ist für die zukünftige demokratische Entwicklung.

(Sehr richtig! bei der SPD)

und zwar nach den verschiedensten Seiten hin. Es geht nicht an, daß gegenüber den wichtigsten nicht nur wirtschaftlichen, sondern — ich lege Nachdruck gerade darauf — auch politischen Problemen die Parteien nebeneinander gestellt werden. Wir sind uns durchaus klar darüber — und je erfahrener man in politischen Dingen ist, desto klarer ist man sich wohl darüber —, daß in jeder Regierung und vor allem in jedem bürokratischen Körper die Tendenz vorhanden ist, möglichst selbständig und ungestört von irgend welcher Aufsicht oder Mitrede und Mitarbeit zu handeln. Aber gerade wenn man eine Demokratie aufbauen will, ist niemals der Augenblick früh genug, der Bürokratie zu sagen, daß sie ein Organ, ein Beauftragter und nicht ein selbständig Handelnder ist.

(Sehr richtig! bei der SPD)

— Ich habe das in meiner ersten Rede im Plenum ausgeführt, und ich glaube, man kann das nicht oft genug wiederholen. Wenn aber bei dieser Vorarbeit für die deutsche Einheit nicht den Volksvertretungen die Möglichkeit gegeben wird, mitzuarbeiten und — ich sage das Wort — mitzubestimmen, dann würde ein Augenblick verfehlt für die Mitarbeit und für die Verantwortung der Parteien, der sich vielleicht später böse würde auswirken können.

Das ist das eine. Und da ist auch etwas anderes noch zu betonen. Wenn wir die verschiedensten politischen Kräfte nicht nur in unserem Lande, sondern in Deutschland betrachten, und wenn wir nun betrachten, wie das Problem der zukünftigen einheitlichen Gestaltung Deutschlands erörtert wird, so müssen wir doch feststellen, daß da und dort Bestrebungen sich regen, und zwar regen bei denen, die augenblicklich als Regierende die Verantwortung in den Händen haben, Bestrebungen, die mit einem dezentralisierten und, sagen wir einmal föderativen Aufbau Deutschlands nicht mehr viel zu tun haben, sondern die nach einer Seite hin gehen, einer Lockerung des Verhältnisses der Einheit Deutschlands, die wir nicht billigen können. Wir wollen davon ausgehen, daß es zwar im Augenblick eine deutsche Regierung nicht gibt, daß diese Regierung aber doch existent ist, das heißt, sie ist im Augenblick nicht aktiv, aber sie besteht weiter. Ihre Befugnisse werden im Augenblick ausgeübt vom Kontrollrat, und was wir hier tun, das ist das Ausüben eines Rechtes als Volksvertretung, das delegiert worden ist vom Kontrollrat genau so wie ja die Regierungen hier ihr Recht ausüben, weil es ihnen vom Kontrollrat delegiert worden ist.

Wenn wir von diesem Gesichtspunkt ausgehen, daß also eine Einheit Deutschlands, wenn auch inaktiv, noch besteht, dann müssen wir uns um so mehr all den Bestrebungen gegenüber ablehnend verhalten, die das, was nun als Einheit noch vorhanden ist — ich möchte es bezeichnen als föderalistische, nicht über eine ganz lose Organisation von selbständigen Staaten hinausgehende Politik —, verändern wollten. Im übrigen betrachten wir gerade die politischen Parteien, wenn ihnen die Gelegenheit gegeben wird, in einem derartigen Organ, einem, sagen wir: Parlament zu arbeiten, als ein Band der ja deutlich von dem Staatssekretär der Vereinigten Staaten als notwendig bezeichneten Einheit Deutschlands.

Die politischen Parteien sind, da sie ja über die Zonengrenzen hinausreichen, leichter geeignet, ein derartiges Band zu sein als unter Umständen Regierungen, die glauben, in gewisse Schwierigkeiten zu kommen gegenüber manchen egoistischen Einstellungen, wenn sie allzu viel Zugeständnisse an eine allgemeine Organisation machen würden. Und deswegen glauben wir, daß diese Resolution, diese Erklärung, deren eigentliche Bedeutung ja gerade darin liegt, daß sie dieses Vorparlament verlangt, daß diese Erklärung eine Notwendigkeit ist, und daß sie ergänzen soll das, was gesagt worden ist, gerade auch gesagt worden ist von deutscher Regierungseite über den Ausbau unserer Zukunft. Es wird denn doch so sein, daß auch das Ansehen der Demokratie, das ja nicht nur unser Ansehen als Abgeordnete ist, unser Ansehen als Landtag davon abhängt. Nur, wenn die Demokratie in Deutschland angesehen ist und angesehen bleibt, kann man sie ausbauen. Dieses Ansehen der Demokratie hängt davon ab, daß eine derartige Möglichkeit der Mitarbeit der Volksvertreter, seien es nun die gewählten Volksvertreter oder seien es für Zonen, in denen sie im Augenblick noch nicht vorhanden sind, die Vertreter der politischen Parteien, die dort zu Zonenbeiräten oder in den einzelnen Ländern zu Beiräten zusammengetreten sind, geschaffen wird; sie müssen mit eingeschaltet werden in diese ganze Entwicklung. Ohne sie würde eine wirkliche demokratische Gestaltung und eine demokratische Willensbildung der Bevölkerung nicht möglich sein.

Wir stehen in einer Zeit — wir wissen das sehr wohl —, in der viele Menschen in Deutschland und auch bei uns sagen: Warum Verfassungen machen, warum Verfassungen ausarbeiten in einem Augenblick, da wir dringendere Nöte haben, wo die Brennholzfrage, die Frage der Ernährung so dringend sind? Und gerade diesen Menschen müssen wir zeigen, daß die Fragen des täglichen Lebens aufs engste verbunden sind mit der Frage der staatlichen Gestaltung.

(Sehr richtig! bei der SPD)

Wenn wir das nicht täten und es nicht tun wollten, dann würden wir einer Entwicklung schaden, die wir alle wünschen, und wir wissen genau, daß nicht nur von der äußeren, sondern, was mehr ist, von der inneren demokratischen Gestaltung in Deutschland, Deutschlands Zukunft abhängt.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Abg. Bauer (KPD):

Meine Damen und Herren! Namens der Fraktion der KPD bin ich in der glücklichen Lage, der vorgelegten Erklärung, die auf die Initiative aller Parteien des Parlaments zurückzuführen ist und die unter Mitwirkung aller Parteien zustande kam, zuzustimmen. Wir bedauern eines: daß diese erste Erklärung eines Parlaments auf deutscher Seite nicht von einer Stelle kommt, in der alle Teile Deutschlands vertreten sind. Wir sind nur ein ganz kleiner Teil dieses Deutschlands, und wir fassen auch die Vorschläge, die wir in unserer Erklärung machen, als

Hauer

einen Vorschlag an alle anderen Deutschen auf, denn wir wollen mit ihnen gemeinsam diskutieren und gemeinsam festlegen: Welches ist der beste Weg, der zur Einheit Deutschlands führt? Darüber hinaus begrüßen wir diese Erklärung, weil sie nach unserer Meinung der internationalen Öffentlichkeit gegenüber von Bedeutung ist. Es kommt tatsächlich darauf an, daß die Welt erfährt, daß das deutsche Volk oder die politischen Vertreter des deutschen Volkes eine etwas andere Stellung zu den internationalen Ereignissen einnimmt, als es zum Beispiel die Frankfurter Börse getan hat, die glaubte, die Rede des Herrn Staatssekretärs der Vereinigten Staaten von Amerika mit einer zehnprozentigen Hausse beantworten zu müssen. Ich glaube kaum, daß diese Tatsache, von der die gesamte Weltpresse berichtet hat, dazu angetan ist, das Ansehen des deutschen Volkes in der Welt zu steigern. Ich glaube vielmehr, daß die Erklärung, die wir heute hier abgeben, zweifellos den Menschen im Ausland zeigen wird, daß es in Deutschland auf allen Seiten Kräfte gibt, die bemüht sind, vom demokratischen Standpunkt aus an alle Probleme heranzugehen. Es wurde hier schon gesagt, daß für uns die deutsche Einheit als solche noch besteht und daß wir unsere Aufgabe darin sehen, diese deutsche Einheit aus dem Schlafzustand, wenn wir es so bezeichnen wollen zum Leben, und zwar baldigst zum Leben zu erwecken; zum Leben zu erwecken durch eigene deutsche Hand. Das ist für uns das Entscheidende, und das ist das, was wir als Kommunisten in der Erklärung des Staatssekretärs der Vereinigten Staaten von Amerika begrüßen, was wir begrüßen in der Erklärung des Außenministers der Sowjet-Union, was wir begrüßen in der Erklärung des Außenministers des Vereinigten Königreichs Groß-Britanien, was wir begrüßen in den Feststellungen der Konferenz der Außenminister in Paris.

Meine Damen und Herren! Diese Außenminister-Konferenz hat festgelegt, daß in den nächsten Monaten der Friedensvortrag mit Deutschland vorbereitet werden soll. Das gibt uns als deutschem Volke die einzigartige Chance, unsere Meinung dazu zu sagen, nämlich dadurch, daß wir durch ein demokratisches Bekenntnis zum Ausdruck bringen, wie wir uns die Gestaltung Deutschlands, wie wir uns die Zukunft Deutschlands vorstellen. Und da allerdings teile ich die Auffassung meiner Herren Vordredner: daß es auf keinen Fall einigen Ministerpräsidenten oder gar einigen höheren Beamten nur überlassen bleiben darf, der Meinung des deutschen Volkes einen Ausdruck zu geben.

Wir sind der Meinung, daß gewiß ein Nationalrat zu begrüßen wäre; aber nicht ein Nationalrat, wie einige wenige Herren in Deutschland sich ihn vorstellen, ein Nationalrat, der in Wirklichkeit nach den Gedanken dieser Herren nichts anders darstellen würde als die Verankerung einer Idee, deren Verwirklichung von ihnen schon lange gefordert wird, nämlich der Schaffung eines deutschen Staatenbundes. Setzen Sie die Ministerpräsidenten der verschiedenen Länder zusammen, dann erwächst daraus ganz automatisch die große Gefahr, daß aus der deutschen Einheit eine deutsche Zersplitterung und ein einfacher Staatenbund wird, in dem die Regierungschefs' zusammenkommen, um nun die friedlichen Beziehungen zueinander auszuhandeln. Wir haben eine andere Auffassung von der deutschen Einheit. Wir sehen alle Probleme, mag es sich nun handeln um das Problem der Ernährung, um das Problem der Wirtschaft, um das Finanzproblem oder um außenpolitische Probleme, nicht von einem hessischen, nicht von einem bayerischen, nicht von einem sächsischen Standpunkte aus an, sondern wir bemühen uns, alle diese Probleme ausschließlich von einem deutschen Standpunkte aus zu sehen. Wir müssen als Deutsche gemeinsam versuchen, zunächst einmal allein die Probleme zu lösen. Gelingt uns das nicht, dann

müssen wir als Gesamtdeutschland mit der übrigen Welt zusammen an die Lösung aller Aufgaben herangehen.

Wir begrüßen es insbesondere, daß in dem Schlußsatz der Erklärung festgestellt wird, daß es die Aufgabe des deutschen Volkes ist, mitzuarbeiten am Aufbau der deutschen Demokratie, der deutschen Einheit. Damit wird eindeutig zum Ausdruck gebracht, daß der Aufbau einer wahren Demokratie auf das engste verbunden ist mit dem Aufbau der deutschen Einheit. Wir als KPD haben diesen Standpunkt seit Monaten vertreten. Wir glauben aber, daß es in dieser Zeit der Entscheidung — so möchte ich sie nennen — nicht so sehr darauf ankommt, nur davon zu sprechen, daß die deutsche Demokratie die Voraussetzung für die deutsche Einheit ist, sondern vielmehr darauf, daß wir tatsächlich den nächsten Schritt tun, um zur Tat zu kommen. Gewiß, es gibt bei uns sehr viele demokratischen Entwicklungen. Kein Mensch kann es wegleugnen. Aber betrachtet man die Dinge so wie sie sind, dann müssen wir feststellen, daß doch noch viele undemokratische Tendenzen vorhanden sind; nicht nur beim Volke, bezüglich dessen es ja gar nicht erstaunlich ist, wenn man sich die zwölfjährige faschistische Erziehung vor Augen hält. Wir stellen diese Tendenzen leider insbesondere fest bei den höchsten Instanzen, von denen man oft den Eindruck hat, daß sie der Überzeugung sind: Undemokratisch oder autoritär läßt es sich doch besser regieren! Aus diesem Grunde fordern wir, daß die zukünftige Gestaltung Deutschlands übernommen wird von den aktiven Vertretern des neuen deutschen politischen Lebens, von den Trägern der neuen deutschen Demokratie, seien es die Parteien, seien es die gewählten Volksvertreter oder die vorläufig von den Parteien benannten Volksvertreter; das kommt auf das Gleiche hinaus. Es müssen — und da unterstreiche ich das, was von den Kollegen Dr. Köhler und Dr. Bergtraußer gesagt worden ist — die lebendigen Kräfte in Deutschland hinzukommen, um das neue Deutschland zu schaffen, um ihre Meinung dem deutschen Volke, aber auch der ganzen Welt sagen zu können. Dann wird etwas vorbereitet werden können — ich betone: vorbereitet werden können —, das im Sinne der Demokratie, im Sinne des Weltfriedens liegt und das dann letztlich vom deutschen Volke allein entschieden werden muß. Denn erste und letzte Instanz in der Demokratie, in der Frage der Gestaltung des neuen Deutschlands muß sein das deutsche Volk! In diesem Sinne fassen wir die Erklärung der vier Parteien, die heute hier abgegeben wurde, auf.

(Beifall bei der KPD)

Abg. Euler (LDP) — Unkorrigiertes Stenogramm —

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Angesichts der schwierigen Aufgaben, die uns diese Zeit stellt, sind die Parteien als die Träger der politischen Kräfte geeint in der Überzeugung, daß Deutschland nur als Demokratie den Weg in die Zukunft findet. Deutschland wird eine Demokratie sein, oder es wird nicht sein. Eine Demokratie aber braucht nötiger als jede andere Staatsform eine hinreichende wirtschaftliche Existenzgrundlage. Denn ein Volk wird nicht in der Lage sein, sich in seinen Lebensäußerungen durch Vernunft und Einsicht bestimmen zu lassen, wenn es beständig von den peinvollsten Nöten und von der Verzweiflung heimgesucht wird. Wir danken dem amerikanischen Außenminister dafür, daß er der Welt unseren gegenwärtigen Zustand und die aus ihm entspringenden Gefahren geschildert und wirksame Mittel zur Abhilfe der Nöte aufgezeigt hat. Es trifft zu — wir erleben diese Wahrheit jeden Tag —, daß ein Zustand, der dadurch gekennzeichnet ist, daß die Grenzen zwischen den vier Besatzungszonen weit schwieriger zu überwinden sind als die Grenzen zwischen unabhängigen Staaten, und daß

Euler

der Kontrollrat dieses viergeteilte Deutschland weder selbst regiert noch es ihm gestattet, sich selbst zu regieren, wie Außenminister Byrnes sagte, die Gefahr einer ungeheuren Verelendung mit sich bringt. Wir empfanden es als erlösend, daß der amerikanische Außenminister diesen Zustand einer betrüblichen Wirklichkeit in eindeutiger Weise festgestellt und daraus die Konsequenz gezogen hat, daß die amerikanische Regierung die Verantwortung für die Fortdauer dieses Zustandes und der sich daraus ergebenden Gefahr eines unnötigen Anwachsens der wirtschaftlichen Not ablehnen müsse. Wir begrüßen dankbar jede Maßnahme einer jeden Besatzungsmacht, die darauf gerichtet ist, die wirtschaftliche und politische Einheit wiederherzustellen, damit der freie Austausch von Waren, Personen und Ideen innerhalb Deutschlands als unerläßliche Voraussetzung eines nur einigermaßen tragbaren Lebensstandards in Gang kommen kann. Die wirtschaftliche Einheit Deutschlands ist ohne die politische Einheit nicht effektiv zu machen, weil aus der politischen Sphäre immer wieder schwerwiegende wirtschaftliche Störungen erwachsen. Deshalb messen wir dem Vorschlage des amerikanischen Außenministers, einen deutschen Nationalrat zu bilden, eine entscheidende Bedeutung bei. Allerdings glauben wir mit den andern Parteien, daß es gut wäre, dem deutschen Nationalrat in der Gestalt eines Vor- oder Zwischenparlaments ein Organ beizugeben, das in sich den demokratischen Volkswillen verkörpert.

Wenn wir gemeinsam mit den anderen Parteien uns gestatten, der amerikanischen Militärregierung diese Anregung zu unterbreiten, so glauben wir damit lediglich aus unserm demokratischen Verantwortungsgefühl heraus zu handeln. Es besteht aller Anlaß zu der Annahme, daß es der Ausbreitung und der Vertiefung des demokratischen Verantwortungsgefühls, der demokratischen Gesinnung in Deutschland abträglich ist, wenn die entscheidende Arbeit zur Entwicklung der deutschen Einheit ausschließlich von der Regierungsexekutive und der leitenden Ministerialbürokratie geleistet wird.

(Sehr wahr! bei der LDP)

Ein höherer demokratischer Beamter, Dr. Pollack, wies bei seiner Rückkehr aus den Vereinigten Staaten als einer Art Summe der deutschen Erfahrungen auf die Gefahr einer neuen bürokratischen Gesinnung zu Lasten der jungen Demokratie hin. Wir fühlen uns für die Bewältigung der großen Erziehungsaufgabe verantwortlich, deren Ziel die Sicherung der Demokratie in jedem einzelnen Deutschen ist. Die Erfüllung dieser Aufgabe wird erschwert, wenn nicht unmöglich gemacht, wenn das deutsche Volk feststellt, daß vielleicht noch für lange Zeit die gesamte Initiative zur Entwicklung der deutschen Einheit ausschließlich in den Händen der Ministerialbürokratie liegt. Es würde dann mit Recht der Eindruck entstehen, daß die Länderparlamente nichts anderes als eine Art demokratischer Kulissee darstellen. Nicht zuletzt sollte auch beachtet werden, daß sich unter diesem Eindruck wertvolle Persönlichkeiten bestimmen lassen könnten, dem parteipolitischen Leben fernzubleiben oder sich von ihm zurückzuziehen. Gerade weil wir eine fruchtbare Demokratie in Deutschland wollen, müssen wir wünschen, daß dem unmittelbaren Organ des Volkes rechtzeitig Aufgaben von entscheidender Bedeutung übertragen werden. Nur dann wird die Demokratie sagen können, daß sie das neue deutsche Haus erbaut hat, nicht aber, daß sie ihren Einzug erst halten durfte, nachdem das Haus von der Ministerialbürokratie erbaut worden war. Sollte letzteres eintreten, so befürchten wir, daß das Haus kein so recht demokratisches sein wird. Diese Erwägungen veranlassen die gemeinsame Entschließung der vier Parteien, deren Einmütigkeit uns mit besonderer Genugtuung erfüllt. Die demokratische Parteien verkörpern den Friedenswillen

des deutschen Volkes, der nicht nur dem Grauen zweier Weltkriege, sondern der klaren Einsicht entspringt, daß Deutschland wie alle anderen europäischen Nationen nur in einem dauerhaften Frieden die ungeheuren materiellen, seelischen und geistigen Leiden einer nunmehr seit 30 Jahren bestehenden Existenzkrise überwinden kann. Wir glauben, daß dem verständlichen Sicherheitsbedürfnis der anderen Völker auf keine bessere Weise Genüge geschehen kann als dadurch, daß den demokratischen Kräften in Deutschland die Gelegenheit gegeben wird, ein neues Deutschland zu bauen und an der Errichtung einer guten europäischen Ordnung teilzunehmen.

(Sehr richtig!)

Die Erfahrungen der Vergangenheit sagen den Völkern der Welt, daß Frieden und Wohlergehen unteilbar sind und kein Volk Frieden und Wohlergehen für sich auf Kosten eines anderen Volkes erlangen kann, wie soeben Außenminister Byrnes überzeugend sagte. Wir geben der Hoffnung Ausdruck, daß diese Erkenntnis die Völker der Welt dem demokratischen Deutschland die Grenzen zugestehen läßt, die erforderlich sind, wenn Deutschland nicht der Verelendung anheimfallen und ein Herd der Verzweigung mitten in Europa werden soll.

(Sehr richtig! bei der LDP)

Wir meinen, daß nicht nur die politische Zugehörigkeit des Ruhrgebietes und Rheinlandes zu Deutschland gewahrt sein soll, sondern daß auch das Saargebiet und die Gebiete östlich der Oder bei Deutschland verbleiben sollen. Ein von kraftvollem demokratischen Leben erfülltes Deutschland dieses territorialen Umfangs dürfte die ihm zugewiesenen Aufgaben im Herzen Europas freudig erfüllen können. Wir sind von dem Willen erfüllt, diese höchste deutsche Zukunftsaufgabe zu lösen, von dem Willen, den andern Völkern die Nützlichkeit Deutschlands beim Aufbau einer europäischen Ordnung des Friedens und des Wohlstandes im Bunde der vereinten Nationen zu beweisen.

(Beifall bei der LDP)

Stellvertr. Ministerpräsident Dr. Hilpert:

Meine Damen und Herren! Jedem Deutschen wird es mittlerweile klar geworden sein, daß der denkwürdige Freitag, an dem der Außenminister der Vereinigten Staaten in Stuttgart gesprochen hat, einen Markstein bedeutet in der Richtung, daß damit zum ersten Mal wieder das deutsche Problem von höchster Warte und nicht nur vom deutschen, sondern vom Standpunkt der gesamten Welt in den Brennpunkt der Erörterungen gestellt worden ist. Sie alle haben davon Kenntnis, daß die Ministerpräsidenten der drei Länder der US-Zone in einer besonderen Entschließung, die sich inhaltlich in vielen Punkten mit Ihrer heutigen Erklärung deckt, dieses Ereignis festgehalten haben, ausgehend von der Überzeugung, daß nunmehr der Zeitpunkt gekommen ist, daß wir als deutsches Volk die deutsche Frage nicht wieder in Vergessenheit geraten lassen dürfen. Aus diesem Grunde begrüßt es auch die Regierung ganz besonders, daß Sie heute, wo Sie zum ersten Mal wieder im Plenum zusammengetreten sind, die Gelegenheit benutzt haben, sich über die brennenden Fragen des Alltags zu erheben und in einer gemeinsamen Erklärung nochmals die Gedankengänge zu unterstreichen, die, wie gesagt, auch die Ministerpräsidenten in ihrer Erklärung der Welt bekanntgegeben haben. Ich darf Ihnen im Namen der großhessischen Staatsregierung erklären, daß die großhessische Staatsregierung sich vollinhaltlich dieser Erklärung anschließt. Ich darf das deswegen sagen, weil ich volles Verständnis dafür habe, daß die Optik der Tätigkeit der Regierung heute so aussieht, als ob sie der Ausdruck ungestörter Arbeit sei. Herr Prof. Dr. Bergstraefer ist falsch unterrichtet, denn unter Störungen haben wir genügend

Dr. Hilpert

zu leiden, sicherlich unbeobachtet und unkontrolliert. Oft müssen wir Tatsachen schaffen, die mit demokratischen Grundsätzen nicht in Einklang zu bringen sind. Wie ich gehört habe, haben wir morgen zu der Frage einer parlamentarischen Vertretung beim Länderrat und zu der Frage einer parlamentarischen Vertretung bei den lizonalen Einrichtungen Stellung zu nehmen. Ich bitte es mir deshalb nicht zu verbieten, wenn ich auf alle grundsätzlichen Fragen, die ich einmal auf die kurze Formel bringen will: Wie können wir es fertig bringen in der US-Zone, daß unsere demokratischen Körperschaften durch die Ereignisse heute nicht überspielt werden, heute nicht eingehe. Ich werde morgen anhand von konkreten Dingen meinen Standpunkt zu dieser Frage kundtun. Ich möchte nur sagen: Wir selbst in der Regierung empfinden es tagtäglich, wie stark uns diese „falsche Optik“ — möchte ich sagen — in unserer Arbeit belastet und wie sie geeignet ist, zwischen dem Parlament und der Regierung Differenzen herauszuarbeiten, die gar nicht vorhanden sind. Das zum Ausdruck zu bringen soll dadurch geschehen, daß wir auch hinsichtlich des Nationalrats Ihre über die Vorschläge der Ministerpräsidenten hinausgehende Erklärung uns als großhessische Staatsregierung zu eigen machen.

(Lebhaftes Bravo!)

Ich möchte Ihnen in diesem Zusammenhang aber auch sagen: das ist die Tendenz der großhessischen Staatsregierung von Anfang an gewesen. Wir haben bei allen offiziellen und inoffiziellen Verhandlungen — und ich habe ja in den letzten vier Wochen den Vorsitz im Länderrat gehabt — Gelegenheit genommen, darauf hinzuweisen, daß es notwendig ist, in jedem Falle die parlamentarischen Körperschaften hinzuzuziehen.

(Beifall bei der CDU)

Welche technischen Schwierigkeiten dem oft entgegenstehen, meine Damen und Herren, das würden Sie nur dann restlos anerkennen können, wenn wir in der Lage wären, wenigstens stundenweise unsere Sitzplätze zu vortauschen.

(Zuruf von der CDU: Ausgezeichnet!)

Welche allgemeinen politischen Schwierigkeiten dem entgegenstehen, das wird in öffentlicher Sitzung zu prüfen nicht möglich sein. Alles das wollen wir tragen als Regierung, wenn Sie Ihrerseits davon überzeugt sind, und deshalb unser einstimmiges Dahinterstellen hinter diese Erklärung, daß wir selbst in der Tendenz beim Aufbau eines wirklichen demokratischen Staates mit Ihnen übereinstimmen, wobei ich bemerke, daß das Prinzip der Demokratie hoch keineswegs feststeht. Ich möchte also sagen, daß wir wirklich restlos mit Ihnen zusammenstehen, um diese Arbeit durchzuführen.

(Bravo! bei der CDU)

Wenn der Herr Ministerpräsident schon auf der Pressekonferenz eine Erklärung abgegeben hat, daß es nun höchste Zeit sei, die Vierzonenkonferenz der Regierungschefs zusammenzuberufen, so kann ich Ihnen sagen, daß diese Konferenz am 4. und 5. Oktober stattfindet, und ich darf Ihnen weiter sagen, daß das Kabinett heute vormittag beschlossen hat, in der Erwartung, daß hinsichtlich des technischen Vorschlages dann der Hohe Landtag bereit ist, sich eine weise Selbstbeschränkung in der Teilnehmerzahl aufzuerlegen, Vertreter des Parlaments mit nach Bremen zu nehmen.

(Bravo! bei der CDU)

Sie wollen auch daraus erkennen, daß es, soweit es sich um die großhessische Staatsregierung handelt, an sich in der grundsätzlichen Betrachtung der Frage überhaupt keine Differenzen gibt; denn das wäre doch wohl schlimm, wenn wir in dieser Frage Differenzen hätten. Herr Pro-

fessor Dr. Bergstraeßer hat vorhin erklärt, das Reich sei noch existent, und er hat es juristisch begründet. Ich weiß nicht inwieweit seine juristische Begründung zutreffend ist. Ich habe mir von Verfassungsrechtlern bestätigen lassen, daß diese Theorie nicht unbedingt richtig ist. Aber, meine Damen und Herren, das Reich ist existent, denn das Volk ist existent! (Starker Beifall)

Und in dem Volk lebt das Bekenntnis zum Reich, und in dem Volk lebt die Erkenntnis der Notwendigkeit des Zusammenschlusses, und daraus ergibt sich eben umgekehrt die Folgerung, die in der Erklärung festgelegt wurde und der wir zustimmen, daß nur mit dem Volk ein wirklich demokratischer Staatsaufbau möglich ist.

(Starker Beifall und Händeklatschen bei der CDU)

Präsident:

Meine Damen und Herren! Ich hoffe, es dürfte Einmütigkeit unter den vier Fraktionen bestehen, daß wir mit Freude und Genugtuung die Worte des Herrn stellvertretenden Ministerpräsidenten vernommen haben und auch würdigen.

Ich halte es nach Lage der Dinge aber für notwendig, daß ich nach parlamentarischem Brauch die Frage stelle: Ja oder nein? Ich bitte Sie deshalb, soweit Sie für die von den vier Fraktionen abgegebene Erklärung sind und mit Ja stimmen wollen, sich von Ihren Plätzen zu erheben. — Ich konstatiere die einstimmige Annahme und danke Ihnen. (Bravo!)

Meine Damen und Herren! Ich glaube richtig zu handeln, wenn ich diese Erklärung nunmehr an den Herrn Ministerpräsidenten weiterleite mit der Bitte, sie an die Militärregierung weiterzugeben, ferner an den Länderrat und an die zuständigen Stellen in Berlin. Ich darf daran die Hoffnung knüpfen, daß unser Vorgehen auch Erfolge zeitigen wird, die sich auswirken mögen in unserem ganzen gemeinschaftlichen Streben nach einem einheitlichen Deutschland, getragen von seiner Bevölkerung und geführt von seinen Parlamenten. Damit ist dieser Vorgang abgeschlossen.

Ich schlage Ihnen nun vor, daß wir nicht den Punkt 2: Bericht des Sozialpolitischen Ausschusses, behandeln, sondern den Punkt 3:

Bericht des Finanz- und Haushalt-Ausschusses.

Das hat seine Begründung darin, daß der Vertreter des Herrn Finanzministers, Herr Prof. Dr. Noell, von der Nahmer, morgen nicht hier sein kann und wir doch großen Wert darauf legen, daß bei der Bedeutung dieser Beratung ein Vertreter des Finanzministers zugegen ist. Ich glaube, wenn wir uns alle beeilen und die fünf Minuten Redezeit etwas besser beachten als beim ersten Punkt, dann können und müssen wir heute wenigstens diesen Punkt noch erledigen; denn sonst wird es morgen unmöglich sein, das weitere große Aufgabengebiet zu bewältigen.

Ich darf wohl annehmen, daß Sie alle einverstanden sind, und bitte Sie, nun diese Drucksachen zur Hand zu nehmen. Wir werden zuerst behandeln die Frage der Kredite, dann den Finanzausgleich und als drittes den Haushalt des Landtags. Der Herr Abg. Heißwolf als Berichterstatter des Finanzausschusses wird uns darüber berichten.

Berichterstatter Abg. Heißwolf (SPD):

Der Finanzausschuß hat sich mit dem unter Nr. 6 der Drucksachen Abteilung I abgedruckten Entwurf eines Gesetzes über die Beschaffung von Geldmitteln beschäftigt. Die Regierung, insbesondere das Finanzministerium hat sich veranlaßt gesehen, diese Vorlage einzubringen, um für

unwendige industrielle Erwerbungen, die im Interesse des Landes liegen, die nötigen Geldmittel zur Verfügung zu haben. Von Seiten des Ausschusses wurde darauf hingewiesen, daß die Flüssigkeit der staatlichen Geldmittel doch so groß sei, daß die Aufnahme dieses Kredits nicht unbedingt notwendig erweise. Von der Regierung aber wurde erklärt, daß die Mittel, die hier angefordert werden, nicht im Rahmen des laufenden Haushalts verwendet werden sollen, sondern daß sie dazu dienen sollen, besondere Maßnahmen durchzuführen, die sich auf Grund der Entwicklung auf dem wirtschaftlichen Gebiete unter Umständen als notwendig erweisen. Der Kredit in Höhe von 35 Millionen RM. soll von einem Privatkonzern gegeben werden. Wir haben die Frage gestellt, ob nicht die öffentlichen Anstalten des Landes, die Sparkassen, die Landesbanken usw. in der Lage seien, diesen Kredit zu geben. Diese Frage wurde bejaht, und aus diesem Grunde glaubte der Finanzausschuß erklären zu müssen: Unter den gegenwärtigen Verhältnissen ist es nicht notwendig, einen Privatkonzern für Anleihen heranzuziehen, wenn die öffentlichen Institute in der Lage sind, einen solchen Kredit zu gewähren. Der Finanzausschuß hat infolgedessen beschlossen, der Landesversammlung vorzuschlagen, diese 35 Millionen RM aus dem Beschluß herauszulassen. Das soll aber nicht bedeuten, daß etwa dieser Kredit grundsätzlich abgelehnt werden soll. Im Gegenteil, es wurde einstimmig vom Finanzausschuß die Auffassung vertreten: Wenn zur Durchführung von wirtschaftlichen Maßnahmen die Aufnahme eines solchen Kredits sich als notwendig erweisen sollte, dann würde dieser Kredit vom Finanzausschuß sowohl wie annehmbar auch vom Plenum ohne weiteres genehmigt werden. Der Beschluß des Finanzausschusses, keine Summe einzusetzen, die 35 Millionen RM auszunehmen und zu sagen, daß der Minister der Finanzen ermächtigt wird, zur vorübergehenden Verstärkung der Betriebsmittel Kredite aufzunehmen, soll natürlich keine Generalvollmacht für den Finanzminister sein, daß er nun jederzeit Kredite in jeder beliebigen Höhe aufnehmen könne. Irgendwelche Bedenken nach dieser Richtung hin können auch nicht geltend gemacht werden, weil ja jeder Kredit zunächst einmal vom Staatsministerium in seiner Gesamtheit und dann auch vom Finanz- und Haushalts-Ausschuß genehmigt werden muß.

Aus den Erwägungen heraus, die ich eingangs meiner Ausführungen dargelegt habe, schlagen wir vor, den Minister der Finanzen zu ermächtigen, zur vorübergehenden Verstärkung der Betriebsmittel der Staatskasse Kredite aufzunehmen. Wir schlagen weiter vor, den Artikel 2 wie folgt zu fassen:

Die Kredite sind bei öffentlichen Instituten aufzunehmen.

Der Artikel 2 des Entwurfs wird Artikel 3.

Wenn die wirtschaftliche Entwicklung sich so gestalten sollte, daß die Aufnahme eines Kredits sich notwendig macht, dann wird die Landesversammlung ohne weiteres bereit sein, die Aufnahme eines solchen Kredits, auch wenn er 35 Millionen RM übersteigen sollte, zu genehmigen. Ich bitte Sie, dem Gesetzentwurf in der Form, wie er vom Finanz- und Haushalts-Ausschuß abgeändert worden ist, zuzustimmen.

Ministerialdirektor Dr. Dr. Noell v. d. Nahmer:

Meine Damen und Herren! Im Namen der Staatsregierung darf ich folgende Erklärung abgeben: Erst gestern abend habe ich von dem Antrag des Haushalts- und Finanzausschusses Kenntnis erhalten. In der Ausschusssitzung habe ich Gelegenheit gehabt, die Gesetzesvorlage eingehend zu begründen. Das Ergebnis der Beratungen habe ich dahin gehend aufgefaßt, daß ein besonderes, vom Herrn Minister der Finanzen vorbereitetes Anleihenprojekt vom Ausschuß abgelehnt worden, das Gesetz über die Ermächtigung zur

Aufnahme von Kassenkrediten dagegen in der vom Herrn Minister der Finanzen vorgelegten Fassung angenommen sei. Das Gesetz ist, wie sich aus der Begründung ergibt, nur deshalb vorgelegt worden, weil wir den Haushaltsplan aus technischen Gründen leider nicht rechtzeitig fertigstellen konnten. In das Staatshaushaltsgesetz jedes Landes wird regelmäßig eine Bestimmung aufgenommen, wonach der Minister der Finanzen ermächtigt ist, zur vorübergehenden Verstärkung der Mittel der Staatskasse Kredite aufzunehmen. Im Ausschuß hat man die Auffassung vertreten, daß es sich mit Rücksicht auf die lange Dauer der Etablieren empfehle, die dem Finanzminister zu erteilende Ermächtigung zur Aufnahme eines Kassenkredits nicht auf den Betrag von 35 Millionen RM zu beschränken, da man nie wissen könne, welche finanziellen Notwendigkeiten sich noch ergeben können. Das Staatsministerium hat jedoch Bedenken gegen diese unbeschränkte Vollmacht, die Sie erteilen wollen, da das ein völliges Novum in der Geschichte der Finanzwirtschaft und des Parlamentarismus wäre. Man sollte nach Ansicht des Staatsministeriums von dem allgemein üblichen Brauch, die Ermächtigung auf einen bestimmten Betrag zu begrenzen, nicht abweichen.

Das Staatsministerium hat auch gegen die vom Finanz- und Haushalts-Ausschuß vorgeschlagene Formulierung des Artikels 2 Bedenken. Der Herr Minister der Finanzen hat von dem Wunsche des Ausschusses Kenntnis genommen, wonach Kredite in erster Linie bei unseren eigenen Banken aufgenommen werden sollen, der Landesbank in Darmstadt, notfalls bei den beiden anderen großen Landesbanken, sowie anderen öffentlich-rechtlichen Instituten. Es ist selbstverständlich, daß dieser Wunsch des Ausschusses respektiert werden wird. Zurzeit besteht eine Notwendigkeit zur Kreditaufnahme überhaupt nicht. Wenn diese jedoch einmal eintreten sollte, können wir mit Artikel 2 der Ausschußvorlage in Schwierigkeiten kommen. Der normale Weg für die Aufnahme eines derartigen Kassenkredits wäre die Ausgabe von Schatzwechseln. Artikel 2 würde nun bei strenger Auslegung verbieten, die Schatzwechsel dort unterzubringen, wo jeweils die besten Bedingungen gemacht werden.

Darüber hinaus muß man sich die wirtschaftspolitische Tragweite des Artikels 2 vor Augen halten, Artikel 2 dürfte weit über den unmittelbaren Zweck dieses Gesetzes hinausgreifen. Will das Hohe Haus die sonstigen Banken grundsätzlich von dem Staatskreditgeschäft ausschließen? Ich darf darauf hinweisen, daß damit eine grundsätzliche Frage der Liquiditätspolitik der Banken angeschnitten wird. Überall in der Welt ist der Schatzwechsel ein Liquiditätspapier ersten Ranges. Wollen Sie soweit gehen, daß der hessische Schatzwechsel von der Staatshauptkasse grundsätzlich überhaupt nicht mehr bei irgendwelchen nichtöffentlichen Banken angeboten werden darf? Die Staatsregierung glaubt auf diese Konsequenzen noch einmal hinweisen zu müssen und bittet darum, mit Rücksicht auf die für die Finanzierung des Staates entstehenden Schwierigkeiten und die wohl nicht beabsichtigten Auswirkungen auf die Liquiditätspolitik der Banken auf diese Bestimmung zu verzichten.

Ich betone noch einmal, daß der Herr Minister der Finanzen den Wunsch des Ausschusses berücksichtigen und bei der Aufnahme eines etwa notwendig werdenden Kredits zunächst an unsere eigene Bank herantreten wird, die zu 50 Prozent dem Staate gehört. Sollen wir aber die sehr angesehenen Genossenschaftsbanken, wie z. B. die Wiesbadener Bank, bei solchen Kreditgeschäften einfach ausschließen? Wenn man diese Frage stellt, wird man die Bedenken des Staatsministeriums wohl als berechtigt anerkennen müssen. Das Gesetz hat nur untergeordnete, finanztechnische Bedeutung. Ich bitte, dem Gesetz keine

Dr. Noell u. d. Nohmer

größere Bedeutung, als ursprünglich beabsichtigt war, beizulegen.

Die Staatsregierung bittet deshalb das Hohe Haus, die ursprüngliche Fassung des Gesetzes wieder herzustellen, die auch von der Militärregierung gebilligt worden ist, und die Vorlage Nr. 5 in der ursprünglichen Fassung anzunehmen.

Abg. Dr. Raabe:

Meine Damen und Herren! Die Ausführungen des Herrn Vertreters der Staatsregierung veranlassen mich, den Antrag zu stellen, die Vorlage Nr. 5 an den Finanz- und Haushalts-Ausschuß zurückzuverweisen. Gerade der Gesichtspunkt der Ausgabe von Schatzanweisungen macht eine nochmalige Beratung im Haushalts-Ausschuß notwendig. Die Verabschiedung des Gesetzes ist nicht eilbedürftig, da ja nach der Erklärung des Vertreters des Staatsministeriums die Staatshauptkasse zurzeit noch liquide ist. Es ist selbstverständlich, daß, wenn zur Deckung vorübergehender Ausgaben ein kurzfristiger Kredit aufgenommen werden soll, das Haus dazu seine Zustimmung geben wird. Das haben im Finanz- und Haushalts-Ausschuß auch Klipp und klar alle Parteien zum Ausdruck gebracht.

Da, wie gesagt, die Verabschiedung der Vorlage nicht eilt, bitte ich Sie, dem Antrage auf Zurückverweisung der Vorlage an den Finanz- und Haushalts-Ausschuß zuzustimmen, damit wir Gelegenheit haben, zu den Ausführungen des Herrn Vertreters des Staatsministeriums Stellung zu nehmen.

Präsident:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Es ist vorgeschlagen worden, die Vorlage Nr. 5 zur nochmaligen Verhandlung an den Finanz- und Haushalts-Ausschuß zurückzuverweisen. Widerspruch erhebt sich nicht. Ich stelle fest, daß der Antrag angenommen ist. Die Vorlage geht an den Finanz- und Haushalts-Ausschuß zurück.

Abg. Wittrock, Christian (SPD) zur Geschäftsordnung:

Die Uhr zeigt jetzt 18.15 Minuten. Meine Fraktion muß heute noch eine Fraktionssitzung abhalten. Es ist unmöglich, daß wir jetzt noch weiter tagen können. Ich stelle den Antrag, die Sitzung jetzt abzubrechen.

Präsident:

Ich bitte diesen Antrag anzulehnen. Es ist unmöglich, das gewaltige Arbeitspensum bis morgen Abend zu erledigen, wenn wir heute nicht mindestens noch die Beratung des Haushaltsplanes zu Ende führen. Ich muß es natürlich dem Ermessen des Hauses überlassen. Ich lasse über den Antrag des Herrn Abg. Wittrock abstimmen und bitte die Damen und Herren, die dafür sind, daß wir unsere Beratungen jetzt abbrechen, sich von Ihren Plätzen zu erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. Der Antrag ist mit 33 gegen 26 Stimmen angenommen. Wir müssen die Verhandlungen jetzt abbrechen. Ich vertage die Sitzung auf morgen früh 9.00 Uhr.

(Unterbrechung der Sitzung 18 Uhr 17 Minuten.)

Wiedereröffnung der Sitzung

Donnerstag, den 19. September 1946, 9 Uhr.

Präsident Witte:

Meine Damen und Herren! Die Sitzung ist wieder eröffnet. Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, muß ich Ihnen bekanntgeben, daß die Frau Abg. Sevenich und der Herr Abg. Nölle um weiteren Urlaub nachgesucht haben. Wenn kein Widerspruch erfolgt, nehme ich an, daß das Haus damit einverstanden ist. — Der Urlaub ist erteilt.

Ich schlage nun vor, die Tagesordnung etwas umzustellen. Wir müssen es tun, weil mit Rücksicht auf die Arbeiten des Verfassungsausschusses die Tagesordnung unter allen Umständen heute erledigt werden muß. Ich schlage vor, daß wir heute morgen zunächst den Punkt 2 der Tagesordnung: Bericht des Sozialpolitischen Ausschusses, und daran anschließend Punkt 5 der Tagesordnung: Bericht des Flüchtlingsausschusses, erledigen. Sollte es die Zeit gestatten, dann werden wir noch den Bericht des Kommunalpolitischen Ausschusses erledigen. Wir werden dann in die Mittagspause eintreten und heute Nachmittag das Gesetz über den Finanzausgleich zur Besprechung stellen. Dann würden wir die Frage des Länderrats und andere wichtige Anträge, die unter allen Umständen heute erledigt werden müssen, behandeln. Bleibt dann noch Zeit übrig, dann nehmen wir alle andern Dinge, deren Erledigung vorgesehen ist, zusammen. Ich bin überzeugt: wenn die Herren Abgeordneten eine weise Beschränkung sich auferlegen, wird es möglich sein, alle Punkte zu erledigen.

Wenn kein Widerspruch erfolgt, nehme ich an, daß das Haus mit der Umstellung der Tagesordnung einverstanden ist. — Widerspruch erfolgt nicht. Wir treten dann in die Behandlung des Punktes 2 der Tagesordnung ein:

Bericht des Sozialpolitischen Ausschusses.

Der Herr Abg. Stock als Berichterstatter hat das Wort.

Abg. Stock (SPD):

Meine Damen und Herren! Der Sozialpolitische Ausschuß hat den sehr umfangreichen Stoff, der auf dem Arbeitsgebiete des Ministeriums für Arbeit und Wohlfahrt vorliegt, in zwei Tagen in drei Sitzungen erledigt. Eine Reihe von Petitionen befinden sich noch in der Bearbeitung; andere, die besonders dringlich waren, haben wir herausgegriffen und sie gleich mit erledigt. Soweit das geschehen ist, werde ich über sie mit berichten.

Zunächst das Ministerium für Arbeit und Wohlfahrt als solches. Wir haben den Herrn Minister gebeten, uns einen Bericht zu erstatten über die sozialpolitische Lage im allgemeinen, über das Arbeits- und Tarifrecht, über die Arbeitsverwaltung, über die Sozialversicherung, über die öffentliche Fürsorge, die Jugendfürsorge, die Flüchtlingsfürsorge, über das Wohnungs- und Siedlungswesen, kurzum über alle Fragen, die im Vordergrund des Interesses stehen und die einer planmäßigen Bearbeitung bedürfen. Es kamen hinzu die Fragen der Kriegsverehrten und der Kriegsgefangenen, die Fragen des Lohn- und Steuerrechts usw.

Wir haben aus dem Munde des Herrn Ministers gehört, daß das Ministerium für Arbeit und Wohlfahrt noch keine bleibende Stätte gefunden hat, daß es in einer Notunterkunft seine Arbeiten erledigen muß, daß von den 104 Planstellen bis jetzt nur 71 besetzt sind, daß also die Raum- und die Personalfrage noch nicht gelöst ist.

Ich stelle das an die Spitze meiner Ausführungen aus einem ganz bestimmten Grunde. Die Arbeitsministerien sind die jüngsten Ministerien, die im Reiche und in den Ländern gebildet wurden. Die übrigen Ministerien, die Ministerien des Innern, der Justiz usw. sind schon seit langem fest verwurzelt. Die Arbeitsministerien sind namentlich in den Ländern früher immer als Stiefkinder behandelt worden; man hat gern die Auffassung vertreten, daß sie nicht so unbedingt notwendig seien usw. Wenn ich das besonders hervorhebe und wenn ich die Tribüne des Parlaments dazu benutze, um die Tätigkeit des Ministeriums für Arbeit und Wohlfahrt besonders hervorzuheben, so tue ich das deswegen, weil wir die Auffassung vertreten, daß alle die Belange, die dieses Ministerium angehen, in Zukunft in den Vordergrund gestellt

werden müssen. Bei der großen Bedeutung, die den Arbeiten des Ministeriums für Arbeit und Wohlfahrt zukommt, legt der Ausschuß besonderen Wert darauf, daß auch im Plenum unterstrichen wird, welche wichtige Rolle in unserem Wirtschaftsleben die sozialen Fragen spielen, und daß die Bedeutung dieser Fragen vom gesamten Hause anerkannt wird.

Über den Stand der Arbeiten im Arbeitsministerium hat der Herr Minister selbst berichtet. Zunächst ein paar Worte zu der Arbeitsmarktlage.

Der Stand der Beschäftigten im Lande Groß-Hessen betrug am 3. 9. 46 959.058 bei einer Bevölkerungszahl von nahezu 4 Millionen. Es stand also der vierte Teil der Einwohner des Landes Groß-Hessen als Lohn- und Gehaltsempfänger in einem Beschäftigungsverhältnis. Die Zahl der Arbeitslosen betrug an dem genannten Stichtage 80'838. Dabei ist interessant die Feststellung, daß von den Ostflüchtlingsen, die im Lande Hessen untergebracht worden sind, bereits 43 400 in den Produktionsprozess eingegliedert wurden. Durch die Veränderung der wirtschaftlichen Verhältnisse hat eine umfassende Umschulung der Arbeitskräfte stattfinden müssen. Es befinden sich zurzeit 1453 Arbeitnehmer in der Umschulung.

(Zurufe von der CDU: Zu wenig!)

Die Frage der Wiederbelebung der Arbeitslosenunterstützung wird zurzeit vom Länderrat geprüft. Nach den Informationen, die ich besitze, kann angenommen werden, daß der Länderrat schon in den nächsten Tagen diese Frage zum Abschluß bringen wird. Zurzeit sind die Konten der Arbeitslosenversicherung durch die Militärregierung noch gesperrt. In welchem Umfange die Arbeitslosenversicherung wieder in Kraft gesetzt werden kann, das ist eine Frage, die beraten werden muß. Wir sind der Auffassung, daß die in Not geratenen Opfer nicht vergessen werden dürfen. Andererseits werden wir aber auch darauf sehen müssen, daß die vorhandenen Arbeitskräfte weitestgehend in den Produktionsprozeß eingegliedert werden. Der einzelne kann nicht immer darauf bestehen, daß ihm eine Beschäftigung zugewiesen wird in dem Berufe, den er erlernt hat. Diese Frage wird aber immer individuell geprüft und behandelt werden müssen. Wir werden in aller Kürze dazu kommen, daß denen, die arbeitslos geworden sind, wieder eine Unterstützung auf gesetzlicher Grundlage gezahlt wird.

In diesem Zusammenhang darf ich auf das Arbeitsverpflichtungsgesetz hinweisen, das vom Kontrollrat auf Grund des Befehls Nr. 3 erlassen worden ist und darf erklären, daß ein solches Arbeitsverpflichtungsgesetz auch nach der Auffassung des Ausschusses notwendig ist. Wir benötigen es, damit es als Regulator diene und um denen, die sich irgendwie ihrer Verpflichtung, in den Arbeitsprozeß sich einzureihen, entziehen, klarzumachen, daß sie verpflichtet sind, der Gesamtheit des Volkes auch ihre Arbeitskraft zur Verfügung zu stellen.

Die öffentliche Fürsorge fordert noch mehr eine enge Zusammenarbeit mit den Wohlfahrtsorganisationen aller Art. Es ist freudig anzuerkennen, daß die Wohlfahrtsorganisationen hier in enger Zusammenarbeit wirken. Es sollte aber kein Wettlauf mit fremden Mitteln unter den verschiedensten Arten von Wohlfahrtsorganisationen stattfinden. Hier gebietet die Not zusammenzuhalten. Wohlfahrtsorganisationen sollten nach keiner Seite hin nur ein Abglanz einer politischen oder absolut religiösen Auffassung sein. Hier muß zusammengedrückt werden, und das ist heute nötiger denn je.

Die Fürsorgerrichtsätze hat der Herr Minister um 30 Prozent erhöht. Die Auswirkungen, die dadurch entstehen, sind im einzelnen noch zu prüfen, auch insofern, als dadurch Löhne, in der Hauptsache die Mindestlöhne, die mit 85 Prozent der Fürsorgeleistungen überschritten werden,

einer Revision unterzogen werden müssen. Es wird Aufgabe der zuständigen Instanzen sein, zu prüfen, wenn schon durch Verteuerung der Lebensmittel, Verteuerung des täglichen Bedarfs usw. es nötig war, die Fürsorgerrichtsätze zu erhöhen, inwieweit hier auch eine Angleichung und Verbesserung der Löhne der geringbezahlten Arbeiter möglich ist

(Sehr richtig! bei der SPD)

und ob die Leistungen der Sozialversicherung usw. nicht ebenfalls einer Revision unterzogen werden müssen. Die Not als solche ist da, die Teuerung ist vorhanden, die Entschließung ist da, und nunmehr müssen die Konsequenzen daraus gezogen werden.

Der Herr Minister hat des weiteren mitgeteilt, daß eine unentgeltliche Betreuung der Fürsorgempfänger mit Winterbrand und Kartoffeln in Aussicht genommen sei, des weiteren, daß die Amerikahilfe mit 50 Prozent für die Schulkinderpeisung eingesetzt werden soll. Er hoffe hier in Verhandlungen mit der amerikanischen Militärregierung Erfolg zu haben.

Einen erschreckenden Einblick in die Auswirkungen des Krieges bot die Jugendfürsorge. Die Auswüchse in der Verwahrlosung unserer Jugend sind enorm. Die Zahlen, die uns da bekanntgegeben wurden und die durch einzelne Mitglieder im Ausschuß noch ergänzt wurden, sind von einem derartigen Einfluß auf alles, was als Aufgabengebiet zu bewältigen ist, daß ich sie gar nicht wiedergeben, sondern hier nur zum Ausdruck bringen will. Hier zeigt sich so recht die Hinterlassenschaft der Naziverbrecher.

(Sehr richtig! bei der SPD)

Ich möchte auch in diesem Kreise sagen: ein Appell dieses Hauses an das Gewissen der Eltern, Lehrer, Erzieher und alle, die auf die Erziehung Einfluß haben, darf kein leerer sein, wenn gefordert wird, alles zu tun, um die Jugend aus einer falschen Ideologie, aus dem Wahn und Hang zu Führertum und Militarismus heraus wieder zu gesitteten, gehorchenden und die Eltern und die Leistungen ehrenden Menschen zu erziehen.

(Bravo!)

Ich will über die Preise und Löhne und über die Debatte und Unterhaltungen, die sich darüber entwickelt haben, keine großen Ausführungen machen. Allein die Tatsache steht fest, und der Sozialpolitische Ausschuß ist mit dem Herrn Minister darin einig, daß vom Länderrat zu fordern ist, daß, wenn den Dingen Einhalt geboten werden soll, eine schärfere Preisüberprüfung und Preiskontrolle nach dem Stande vom Mai 1945 das Richtige ist.

In diesem Zusammenhang ist genau so wichtig, hervorzuheben, daß, um dem Bauarbeitermangel abzuwehren, es jetzt endlich an der Zeit wäre, daß die Militärregierung dem am 8. Februar 1946 durch die Länderregierungen der US-Zone gestellten Antrag auf Erhöhung der Löhne dieser Branche entspricht. Sowohl diese Löhne als auch die Löhne in der Landwirtschaft und im Bergbau bedürfen einer Erhöhung.

(Sehr richtig! links)

Alle in diesen Berufen Beschäftigten stehen im Vordergrund, wenn unsere Wirtschaft aufgebaut werden soll. Sie sind an sich im Lohn zurückgeblieben, aber diese Arbeiten sind bevorzugt nötig, und auch aus diesem Grunde muß man den Wünschen dieser Arbeiter entsprechen. Die Ausschußmitglieder unterstützen die Zielsetzungen, besonders auch die Ausführungen des Herrn Ministers, die es erwünscht erscheinen lassen, daß die Vollmachten der deutschen Behörden seitens der Militärregierung erweitert werden, um in diesen Fällen schneller handeln zu können. Das, meine Damen und Herren, über die allgemeine sozial-

Stade

politische Lage des hessischen Landes und die Stellungnahme des Ausschusses.

Nun hat der Ausschuß eine Reihe von Petitionen zu erledigen gehabt, von denen er die dringlichsten herausgezogen hat, die ich in Kürze behandeln will. Zunächst eine Petition des Betriebsrates der Opel-Werke in Rüsselsheim, die Lohnsteuer betreffend. Sie lautet:

a) Wie aus Mitteilungen der Presse ersichtlich ist, tritt der Abzug für die erhöhte Lohnsteuer auf Grund der Gesetze im französischen Gebiet erst ab 1. Juli 1946 in Kraft. Ebenso wird die Veränderung des Familienstandes auch erst ab 1. Juli 1946 berücksichtigt.

Es findet selbstverständlich die größte Beachtung unter der werktätigen Bevölkerung, daß eine solche Regelung trotz Kontrollratsgesetz möglich ist. Es wird auf das stärkste beanstandet, daß im amerikanischen Gebiet diese Regelung, die einen Härteausgleich bedeutet, keine Anwendung findet.

Zur Illustrierung führen wir einige Beispiele auf:

1. Von zwei im Betrieb beschäftigten Arbeitern mit RM 300.— monatlichem Lohn Einkommen zahlt bis zum 1. Juli 1946 der im französisch besetzten Gebiet wohnende RM 33,70 Lohnsteuer nach Steuerklasse III, während der im amerikanisch besetzten Gebiet Wohnende, der ebenso wie der erstere verwitwet oder geschieden ist, RM 60,30 monatlich zahlen muß, wozu noch die Nachzahlungen ab 1. 1. 1946 kommen.

2. Bei einem Arbeiter, dessen Kinderermäßigung von 3 Kindern auf 1 Kind herabgesetzt wurde, beträgt die Mehrsteuer monatlich RM 10,90.

3. Ein seither als verheiratet mit 2 Kindern Geltender, der jetzt als ledig geführt wird, bezahlt monatlich RM 41,80 mehr als ein Gleichgestellter aus der Französischen Zone, für den diese Erhöhung erst ab 1. 7. 1946 gilt (diese Fälle sind tatsächlich eingetreten). Der Mann aus der amerikanischen Zone bezahlt also, da diese Regelung für ihn rückwirkend ab 1. 1. 1946 in Kraft getreten ist, insgesamt RM. 250,80 mehr, als ein Kollege aus der französischen Zone.

b) Als eine besonders große Härte wird die Herabsetzung der Grenze für die Kinderermäßigung von 18 auf 16 Jahre empfunden.

c) Wenn man grundsätzlich von der Voraussetzung ausgeht, daß Mehrarbeit über 48 Stunden bei der gegenwärtigen Lebenshaltung von den Arbeitern abgelehnt wird, selbst wenn diese Arbeit für öffentliche Sicherheit oder für dringende Aufträge der Militärregierung verrichtet werden muß, so ergibt sich infolge der Unmöglichkeit eines Entgegenkommens in Form einer Lebensmittelsonderzuteilung die Notwendigkeit, den über 48 Stunden geleisteten Arbeitslohn, der ja kein regelmäßiger Normalverdienst ist, von der in dem Kontrollratsgesetz vorgesehenen progressiven Steigerung auszunehmen, um den Arbeitern durch tatsächliches Auszahlen des Mehrverdienstes einen Anreiz zu geben. Selbst wenn man in Erwägung zieht, daß die Mehrarbeitszuschläge bei der Steuerberechnung nicht berücksichtigt werden, ist die Auswirkung bei Überstundenleistung für den Arbeiter eine Härte und er fühlt sich für seine besondere Leistung noch dazu bestraft. Seiner ausnahmsweisen Leistung gebührt ausnahmsweise Anerkennung, die unbedingt ihren finanziellen Niederschlag finden muß.

Wir bitten Sie, alle Schritte zu tun, die geeignet sind, baldigst einen gerechten Ausgleich in der steuerlichen Belastung der Arbeitnehmer (vor allem der einzelnen Zonen) herbeizuführen.

Die Lohnsteuer beruht auf einem Gesetz des Kontrollrats, aber die Lohnsteuer wird dennoch in der Ausführung

nicht gleichmäßig in den Zonen behandelt, und das führt dazu, daß beispielsweise im französisch besetzten Gebiet die Arbeiter weniger Lohnsteuer abgezogen bekommen als in der amerikanisch besetzten Zone; weniger Lohnsteuer, auch wenn sie den Lohn auf amerikanisch besetztem Gebiet verdienen. Da ergeben sich Unterschiede, die merklich sind. Von zwei beschäftigten Arbeitern mit 300 Mark monatlichem Einkommen zahlte bis 1. Juli der im französischen Gebiet wohnende 33,70 Mark; während der im amerikanisch besetzten Gebiet wohnende im selben Betrieb arbeitende 60,30 Mark monatlich Lohnsteuer zu entrichten hatte. Bei einem Arbeiter, dessen Kinderermäßigung von drei Kindern auf eins herabgesetzt wurde, beträgt die Mehrsteuer 10,90 RM. Bei Verheirateten mit zwei Kindern wirkt es sich so aus, daß in der französischen Zone monatlich 41,80 Mark zu zahlen waren, während der Mann aus der amerikanischen Zone, da bei ihm die Regelung rückwirkend ab 1. 1. 1946 in Kraft getreten ist, insgesamt 250,80 Mark zu zahlen hatte.

Da es sich um ein Kontrollratsgesetz handelt, das eine so unterschiedliche Anwendung findet, ist es nötig, zu prüfen, was zu tun ist, und deshalb bitten wir, den Antrag N. 4 anzunehmen:

Die Petition wird dem Herrn Minister für Arbeit und Wohlfahrt zur Berücksichtigung überwiesen mit der Bitte, diese Petition im Benehmen mit dem Herrn Minister der Finanzen an maßgebender Stelle zur Sprache zu bringen, da es sich um ein Kontrollratsgesetz handelt.

Eine weitere Petition, die Kriegsgefangenen betreffend, ist eingereicht von der Ortgruppe der SPD Buchenau a. d. Lahn, und zwar beschäftigt sich die Petition mit der Frage der Freilassung aller Jugendlichen, die sich in Gefangenschaft befinden. Sie hat folgenden Wortlaut:

„Alle Jugendlichen, welche ab 1. 1. 1919 geboren sind und sich in Gefangenschaft befinden, haben in den meisten Fällen das heibratsfähige Alter erreicht. Diese Jugendlichen wurden zum größten Teil aus der Lehre sowie von der Schule zum RAD oder direkt zur Wehrmacht überführt.

Diese Jugend denkt mit Frauen an ihr zukünftiges Schicksal, da sie nicht weiß, bis zu welcher Stunde die langersehnte Entlassung kommt. Ihr Schicksal ist insofern ungewiß, da sie mit einem Alter von 20 bis 27 Jahren noch keinerlei Beruf erlernt haben.

Es ist Pflicht aller Parteien, an den Herrn Kommandierenden der USA-Zone heranzutreten, daß diese Jugend in die Heimat überführt wird, um einen Beruf zu erlernen.“

Meine Damen und Herren! Diese Petition gab dem Ausschuß Gelegenheit zu einer eingehenden Aussprache über das Kriegsgefangenenproblem überhaupt. Ich bin beauftragt, hier von der Tribüne des Parlaments, wahrscheinlich als dem ersten Parlament des neu erstehenden deutschen Reiches, über diese Frage einige Bemerkungen zu machen.

Es dreht sich jetzt nicht mehr darum, einen Teil der Gefangenen aus der Kriegsgefangenschaft frei zu bekommen, sondern um die gesamten Kriegsgefangenen. Es handelt sich hier um eine Angelegenheit des gesamten Volkes. Die Kriegsgefangenenfrage muß schnellstens gelöst werden.

(Sehr richtig!)

Die Sorge um die Kriegsgefangenen, die Sorge der Frauen um ihre Männer, der Eltern um ihre Söhne, der Kinder um ihre Väter ist groß. Ich habe versucht, von allen Instanzen, die sich mit der Frage der Kriegsgefangenen beschäftigen, dem Roten Kreuz, dem Caritas-Verband usw.

das einschlägige Material zu sammeln, und ich muß Ihnen mitteilen, daß die Zahl der noch in Kriegsgefangenschaft befindlichen einschließlich der Vermissten, über die noch keine Nachricht eingegangen ist, immer noch nahezu 4 Millionen beträgt.

(Hört, Hört!)

Ich habe auch versucht festzustellen, wie groß die Zahl der Gefangenen in den einzelnen Ländern ist. Es ist auch geprüft, wie weit sich die einzelnen Länder bemühen, die Kriegsgefangenen zu entlassen, welche Maßnahmen dort in bezug auf ihre Versorgung getroffen wurden, wie die postalischen Verhältnisse sind usw. Es darf gesagt werden, daß sich die Organisationen des Roten Kreuzes, des Caritas-Verbandes usw. die erdenklichste Mühe geben, das Schicksal unserer Kriegsgefangenen zu erleichtern. Es muß aber andererseits auch gesagt werden, daß diese Organisationen auch heute noch erheblichen Schwierigkeiten begegnen, um die notwendigen Arbeiten erledigen zu können. Nun haben wir dieser Tage durch die Rede des Herrn Außenministers Byrnes gehört, daß die amerikanische Regierung sich mit der Kriegsgefangenenfrage beschäftigt hat, und der Außenminister Byrnes der USA gibt bekannt:

„Die Vereinigten Staaten haben fast alle in ihrem Lande befindlichen Kriegsgefangenen nach Deutschland zurückgeschickt. Wir unternehmen unverzüglich Schritte, um die in anderen Teilen der Welt befindlichen deutschen Kriegsgefangenen baldigst zurückzusenden.“

Diese Worte wirken erlösend. Wir wissen dadurch, daß wenigstens von einem Lande die Kriegsgefangenenfrage restlos gelöst werden soll.

Durch die Presse und durch den Rundfunk haben wir weiter erfahren, daß auch die englische Regierung sich mit dieser Frage beschäftigt. Wir hören, daß jeden Monat 15 000 Kriegsgefangene nach Hause geschickt werden sollen.

(Zuruf von der SPD: Zu wenig!)

Es befinden sich im englischen Mutterlande zurzeit noch 380 000 Kriegsgefangene, und weitere 115 000 befinden sich noch in den Dominien. Wenn monatlich 15 000 Kriegsgefangene entlassen werden, wird noch eine sehr lange Zeit vergehen bis zu dem Zeitpunkte, wo der letzte Kriegsgefangene heimgekehrt sein wird. Wir haben indessen die Hoffnung, daß mit dem weiteren Abebben des Kriegsgeistes auch in England in nächster Zeit der Gedanke sich durchsetzen wird, daß man die Zahl der in jedem Monat zu entlassenden Kriegsgefangenen vergrößern wird und daß damit der Zeitpunkt, wo der letzte Kriegsgefangene heimkehren kann, wesentlich näherücken wird. Wir wissen wenigstens, daß diese Länder sich mit der Frage der Entlassung der Kriegsgefangenen beschäftigen, und so ist der Zeitpunkt, da der letzte Kriegsgefangene nach Hause kommt, wenigstens abzusehen. Bei der großen Zahl der Kriegsgefangenen aber, die sich in diesen Ländern noch befinden, muß die Frage der Kriegsgefangenen noch als sehr ernst angesehen werden. Nach den Zahlen, die wir vom Roten Kreuz erhalten haben, beträgt die Zahl der Kriegsgefangenen, die sich in diesen beiden Ländern befinden, zurzeit noch etwa eine Million.

Was die in den anderen Ländern noch zurückgehaltenen vier Millionen Kriegsgefangenen betrifft, so sind wir über deren Heimkehr noch völlig im Unklaren. In Frankreich sollen sich noch an 800 000 Kriegsgefangene befinden. Wieviele Kriegsgefangene sich noch in den Ostländern befinden, war nicht festzustellen.

Die postalischen Verhältnisse sind wenig günstig, und in den Kreisen der betroffenen Eltern, Frauen und Kinder herrscht eine große Sorge auch deswegen, weil von meh-

rerer 100 000 Kriegsgefangenen bis heute noch keinerlei Nachricht eingegangen ist.

(Zurufe von der SPD: Sehr richtig! Das ist die Demokratie Rußlands!)

Bei dieser trostlosen Lage der Verhältnisse hält der Ausschuß es für notwendig, daß von dieser Stelle aus ein offenes Wort an alle gerichtet wird.

(Sehr richtig! bei der SPD)

Seit fünfviertel Jahren ruhen nunmehr die Waffen. Un-erhörtes Leid hat dieser Krieg über die ganze Welt gebracht. Das Leid des deutschen Volkes aber wird noch stark vermehrt dadurch, daß diese große Zahl der Kriegsgefangenen noch nicht in die Heimat zurückgekehrt ist.

(Sehr wahr! bei der SPD)

Wir bekennen: Militaristische und nationalistische Doktrinen sind die Ursachen dieses Übels, und von Deutschland haben diese Doktrinen des Wahnsinns ihren Ausgang genommen. Wir wissen: der Fluch der ganzen Welt lastet auf uns, dem deutschen Volke. Die Nazis werden für diese Ungeheuerlichkeit ihrer Politik geradestehen müssen; sie dürfen ihrer Strafe nicht entgehen. Bedenke man aber überall in der Welt: Nicht alle Deutschen waren Nazis, nicht alle Deutsche waren Militaristen!

(Sehr gut! bei der SPD und CDU)

Niemals haben die Nazis in freier Abstimmung die Mehrheit im deutschen Volke gehabt.

Und nun, da wir beginnen, den deutschen Staat auf der Grundlage der Demokratie neu zu errichten, soll man wissen: Diese im Geiste der Demokratie und im Geiste des Humanismus begonnene Aufbauarbeit leidet stark darunter, daß unsere Kriegsgefangenen noch immer nicht in die Heimat zurückgekehrt sind, ja daß über das Schicksal von Hunderttausenden noch immer eine völlige Ungewißheit herrscht. Das seelische Leid, das auf den Eltern, auf den Kindern, auf den Geschwistern dieser Kriegsgefangenen lastet, ist groß. Die Sache der Freiheit, der Menschenliebe und der Völkerverständigung wie auch dem Frieden würde ein großer Dienst geleistet werden, wenn man den Eltern die Söhne, den Frauen ihre Männer, den Kindern den Vater zurückgeben würde. Für die junge Demokratie aber, die in Deutschland aufgerichtet werden soll, würde die baldige Heimkehr der Kriegsgefangenen eine nicht zu unterschätzende Unterstützung darstellen.

(Sehr richtig! bei der SPD)

Meine Damen und Herren! In Verbindung mit dieser Erklärung empfiehlt Ihnen der Sozialpolitische Ausschuß, die Petitionen, die sich auf die Freilassung der Kriegsgefangenen beziehen, dem Herrn Ministerpräsidenten zur Berücksichtigung zu überweisen mit der Bitte, alles zu versuchen, damit die Kriegsgefangenen in allen Ländern baldigst freigelassen werden.

Der Sozialpolitische Ausschuß hat sich weiter mit den Petitionen beschäftigt, die sich auf die Versorgung der Kriegsbeschädigten und der Hinterbliebenen der Kriegsoffer beziehen. Diese Petitionen sind im Ausschuß durchgesprochen worden. Die Not, unter der speziell diese Opfer des Krieges zu leiden haben, ist groß und bedarf dringend der Abhilfe. Wir haben deshalb der Besprechung dieser Dinge sehr viel Zeit gewidmet, um ihnen gerecht zu werden.

In diesem Zusammenhange ist auch das neue Gesetz betreffend die Versorgung der Kriegsbeschädigten und der Hinterbliebenen, mit behandelt worden. Das alte Versorgungsgesetz wurde durch die Militärregierung aufgehoben. An die Stelle des Rechtsanspruchs auf Versorgung ist die öffentliche Fürsorge getreten. Es sind wegen dieser Frage eingehende Verhandlungen gepflogen worden, die bis in den Mai des vorigen Jahres zurückgehen. Heute nun kann

Stoek

ich Ihnen mitteilen, daß vom Länderrat ein neues Versorgungsgesetz beschlossen worden ist, das allerdings noch der Genehmigung durch die Militärregierung bedarf. Mit diesem Gesetz wird die Versorgung der Kriegsbeschädigten und der Hinterbliebenen in neue Bahnen gelenkt werden. Es wird darin zunächst einmal festgelegt, daß an die Stelle der Fürsorge ein Rechtsanspruch auf Versorgung tritt. Was die Höhe der Unterstützungssätze anlangt, so bleibt das neue Gesetz allerdings hinter dem alten Versorgungsgesetz zurück. Es war nicht möglich, im vollen Umfange das zu erreichen, was man im Interesse der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen gern erreicht hätte. Die Widerstände, die sich der Förderung entgegenstellten, die Versorgung der Kriegsbeschädigten und der Hinterbliebenen in einem besonderen Gesetz zu regeln und ihnen einen Rechtsanspruch auf Unterstützung einzuräumen, waren so erheblich, daß es einer langen Zeit und sehr großer Anstrengungen bedurfte, um sie zu überwinden und das Gesetz in der vorliegenden Fassung zustande zu bringen. Deshalb wird nicht von einem Kriegsversehrten-Versorgungsgesetz gesprochen, sondern von einem Gesetz aus den durch den Krieg bedingten Ursachen. Die Hauptversorgungsämter, die Versorgungsämter, als Organisationen sehr eng verknüpft mit der militaristischen Idee, sollen verschwinden.

Aus diesen Schwierigkeiten heraus erhielt das Gesetz die Fassung, wie sie jetzt vorliegt. Auf Grund dieses neuen Gesetzes werden zukünftig die Kriegsbeschädigten, die Hinterbliebenen und alle die Personen, die aus durch den Krieg bedingten Ursachen beschädigt sind, versorgt werden. Die Rente wird gewährt, in Höhe der Beträge der gesetzlichen Unfallversicherung. Man hat lange darüber verhandelt, ob die Entschädigung zu zahlen sei im Rahmen der Invalidenversicherung, oder nach den Entschädigungsrichtlinien der Unfallversicherung. Da es sich aber in den meisten Fällen um eine Teilbeschädigung handelt — nur in den wenigsten Fällen handelt es sich um volle Beschädigung —, blieb kein anderer Weg übrig, als das Schema der Unfallversicherung. Der Berechnung der Rente wird der Jahresarbeitsverdienst zu Grunde gelegt. Die Rente wird je nach dem Grade der Beschädigung unterschiedlich festgesetzt. Der Jahresarbeitsverdienst wird aber nach oben begrenzt. Er ist je nach der Ortsgruppe festgesetzt worden auf 1600,— RM, 1700,— RM und in der höchsten Ortsgruppe auf 1800,— RM. Zwei Drittel dieses Jahresarbeitsverdienstes werden als Vollrente gezahlt; das sind also 90,— RM, 95,— RM oder 100,— RM je nach der Ortsgruppe als Vollrente pro Monat. Dazu wird eine Sonderrente gewährt für Blinde oder für sonstige Hilfsbedürftige in Höhe bis zu 75,— RM monatlich. Je nach dem Grade der Erwerbsbeschränkung wird die Rente gestaffelt von 30% aufwärts. Auch den Witwen der Kriegsopter wird eine Hinterbliebenen-Rente gezahlt; allerdings nur in dem Falle, daß sie in ihrer Arbeitsfähigkeit um mindestens 50% beschränkt sind, und in den Fällen, in denen sie das 60. Lebensjahr überschritten haben. Eine Witwenversorgung ohne diese Einschränkung glaubt der Staat nicht übernehmen zu können, abgesehen davon, daß die Genehmigung der Militärregierung für eine derartige Regelung nicht zu haben sein würde.

Zu den Rentenbeträgen treten dann noch Kinderzulagen hinzu, sofern die Erwerbsbeschränkung 50% und mehr beträgt. Die Kinderbeihilfen werden gezahlt in Höhe von 10% der Rente bis zum 16. Lebensjahr, wenn die Kinder sich in Berufsausbildung befinden bis zum 18. Lebensjahr.

Wir werden uns an anderer Stelle noch mit dem Inhalt des Gesetzes und seiner Durchführung eingehend zu beschäftigen haben. Für das Gros der Kriegsbeschädigten, das den Weg zur Fürsorge nicht gehen wollte oder konnte, wird das neue Gesetz den Vorteil haben, daß diese Kriegsbeschädigten nun wieder einen Rechtsanspruch haben und

nicht auf die allgemeine Fürsorge angewiesen sind. Aber worauf ich besonders hinweisen wollte, ist der Geist des Gesetzes, das ist der Geist, den wahrscheinlich auch die Versammlung billigt dahingehend: die Kriegsbeschädigten wieder in den Erwerbsprozeß einzuschalten. Wir müssen versuchen, den Kriegsbeschädigten die Möglichkeit zu geben, wieder am Leben vollen Anteil zu haben, wir müssen den Eindruck von ihnen nehmen, als wären sie ausgeschlossen von dem, was den anderen Menschen zusteht, wir müssen ihnen einen Lebensinhalt geben.

(Sehr richtig!)

7 Deshalb werden wir alles versuchen müssen, um die Kriegsbeschädigten in Arbeit zu bringen, soweit sie irgendwie noch einer Tätigkeit nachgehen können. Dies wird nötig sein im Interesse der Kriegsbeschädigten, es wird aber auch im Interesse des Staates nötig sein. Die Opfer sind so ungeheuerlich; daß man nicht in jedem Falle helfen kann. Dadurch, daß die Kriegsbeschädigte wieder in Arbeit gebracht werden, wird erreicht, daß auch für den Staat eine gewisse Erleichterung eintritt; denn die Ausgaben, die dem Staat durch dieses Gesetz verursacht werden, belaufen sich auf 116 Millionen Mark im Jahre. Der Sozialpolitische Ausschuß unterbreitet Ihnen deshalb folgenden Antrag:

Die Verfassungsberatende Landesversammlung Groß-Hessens nimmt mit Befriedigung davon Kenntnis, daß durch das in Aussicht genommene Gesetz des Kontrollrats den Opfern des Krieges in ihrer so trostlosen Lage sowohl fürsorglicher als im Erwerbsleben, wie auch finanziell geholfen werden soll.

Die Verfassungsberatende Landesversammlung Groß-Hessens ist der Auffassung, daß die Not des Landes es nicht erlaubt, den Bedürfnissen der Opfer des Krieges so zu entsprechen, wie es in Anbetracht ihrer Notlage notwendig wäre. Einstweilen wird aber durch dieses voraussichtlich kommende Gesetz des Kontrollrats der dringendsten Notlage abgeholfen.

In Verbindung mit diesem Antrag bitten wir Sie, die gesamten Petitionen, die ich Ihnen vorhin bekanntgegeben habe, als erledigt zu erklären und diesen Antrag anzunehmen.

Meine Damen und Herren! Es war der Wunsch des Ausschusses, recht schnell in eine Beratung über die Reform der Sozialversicherung einzutreten. Wir haben das ausgiebig getan. Ich bin beauftragt, Ihnen den Bericht, den ich dort als Berichterstatter gegeben habe, auch hier vorzutragen und Sie nachher um Annahme der Entschließung des Sozialpolitischen Ausschusses zu bitten. Die deutsche Sozialversicherung ist ohne Beispiel in der Weltgeschichte erstanden. Die Geburtsfehler, die nicht durch die Regierungsorgane hervorgerufen sondern von außenher hineingebracht wurden, haben sich die ganzen Jahre erhalten und waren die Ursache, daß die Sozialversicherung Hemmnungen in der Entwicklung aufwies. Selbst Bismarck und Wilhelm I. waren nicht in der Lage, den Einfluß der Schwerindustrie auszuschalten. Auch Posadowsky hat in den Jahren 1896 und 1897, als man sich über eine Neuregelung der Sozialversicherung unterhielt, nicht durchzusetzen vermocht, was vom Standpunkt einer gesunden Sozialversicherung nötig gewesen wäre. Heute, wo wir in einer neuen Epoche unserer staatlichen Entwicklung stehen, ist es nötig, diese Frage erneut aufzugreifen, und zwar unter Berücksichtigung all der Mängel, die sich in den letzten Jahren ergeben haben, damit die Sozialversicherung für die Zukunft segensreicher wirken kann. Es handelt sich nicht mehr um eine Frage der Zweckmäßigkeit, sondern es ist jetzt eine Frage der Notwendigkeit, unsere Sozialversicherung zu reorganisieren. Heute ist entscheidend der Lastenausgleich, die Leistungserhaltung und der Ausbau der Organisation. Mehr und mehr sind

in der Sozialversicherung, insbesondere bei der Krankenversicherung die Sachleistungen gegenüber den Barleistungen in den Vordergrund getreten. War es ursprünglich der Zweck der Sozialversicherung, den Kranken nur Ersatz dafür zu schaffen, was sie im Krankheitsfälle nicht verdienen konnten, so bestehen die Leistungen der Sozialversicherung jetzt überwiegend in Sachleistungen, ärztlicher Hilfe, Krankenhaushilfe, Hilfe mit Medikamenten, der Familienhilfe usw. Alle diese Hilfen sind in den Vordergrund gerückt gegenüber dem Krankengeld, um damit dem Leben als solchem den Vorrang zu geben. Das Leben zu erhalten und nicht nur den entgangenen Arbeitsverdienst zu ersetzen ist das erstrebenswertere Ziel. So ist es gekommen, daß bei den Krankenkassen beispielsweise die Ausgaben für Barleistungen von 86 $\frac{2}{3}$ % auf 35% gesunken sind, während andererseits die Sachleistungen inklusive der Familienhilfe von ehemals 33% auf zwei Drittel der gesamten Leistungsausgaben, also auf 66 $\frac{2}{3}$ % gestiegen sind. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß in Zukunft die qualifizierte ärztliche Leistung noch mehr im Vordergrund des Aufgabengebietes der Sozialversicherung stehen wird, wie seither. An die Stelle des Hörrohrs des Arztes ist längst der Röntgenapparat getreten, und dadurch, daß die Röntgenapparate durch Errichtung von Ambulatorien, durch Zusammenschluß von Ärzten, auch Ambulatorien der Sozialversicherungsträger, ihre Auswertung erfuhren, wurden auch die Kosten für die Behandlungsmethode geringer und damit der Masse der Menschen zugänglicher. Ich betone: die qualifizierten Leistungen der medizinischen Wissenschaft müssen dem ganzen Volke, auch dem geringstverdienenden Arbeiter im Falle von Krankheit zur Verfügung stehen. Die Zahl der Pflegefälle in den Krankenhäusern ist enorm gestiegen, ein Beweis dafür, daß die ärztliche Betreuung im Krankenhaus gut ist. Die Zahl der Betten in den Krankenhäusern hat sich in den letzten 20 Jahren verzehnfacht. Der Arbeiter will aber aus dem Odium befreit sein, daß er vom „Kassenarzt“ behandelt und im Krankenhaus nur in der dritten Klasse untergebracht wird. Der neue Staat wird es nicht zulassen können, daß die Behandlung der Kranken klassenmäßig geschieht.

(Sehr richtig! links)

Das sind Gedankengänge, die mit diesem Fragenkomplex zusammenhängen. Der Mensch muß über Allem stehen! So wie wir einen Ausgleich der Lasten brauchen, so brauchen wir auch einen Ausgleich der Lasten der einzelnen Versicherungsträger deshalb, weil wir wissen, daß einzelne Krankenkassen nicht in der Lage sind, die primitivsten Leistungen zu erfüllen, während andere Krankenkassen, nur weil sie über ein gutes Versichertenmaterial verfügen, bei einem geringen Beitrag in der Lage sind, größte Leistungen zu gewähren.

Das Gleiche, was ich über die Krankenversicherung gesagt habe, ist auch über die Rentenversicherung zu sagen. Die Rentenversicherung zeigt folgendes Bild: In der Angestelltenversicherung wird Rente gewährt bei 50% Erwerbsbeschränkung; die Witwenrente erhält jede Witwe. In der Invalidenversicherung ist die Bewertung von Rente 66 $\frac{2}{3}$ %. Witwenrente erhalten nur die invaliden Witwen.

Meine Damen und Herren! Das sind Gegensätze, die sich im neuen Staat nicht mehr vertragen. Daß die Angestelltenversicherung bei gleichen Beiträgen in der Lage war, diese Leistungen zu gewähren, ist nur darauf zurückzuführen, daß die Gehälter der Angestellten eine höhere Einnahme möglich machten und daher die Angestelltenversicherung ohne Reichszuschuß in der Lage war, bei gleichem Beitrag die Renten zu gewähren, während die Invalidenversicherung einen Reichszuschuß von einer Milliarde im Jahr benötigte.

Meine Damen und Herren! Dieser Reichszuschuß soll

künftig wegfallen, und da ergibt sich für uns die Frage: Wie soll denn in Zukunft überhaupt noch Rente in der Invalidenversicherung gewährt werden? Die Milliarde Reichszuschuß bedeutet, daß 55% der Invalidenrenten aus ihr bezahlt würden, während nur 47% aus eigenen Beiträgen aufgebracht wurden. Wenn also der Reichszuschuß wegfällt, müßte die Rente, die durchschnittlich 44,— RM beträgt, auf die Hälfte reduziert oder der Beitrag, der 5,6% beträgt, müßte verdoppelt werden. Es wird keines von beiden gehen. Es wird unmöglich sein, für eine Kategorie von Beschäftigten, nämlich die Angestellten, den Beitrag mit 5,6% festzusetzen und die Rentenhöhe wie bisher zu belassen, weil der Verdienst die Einnahmen garantiert, während auf der anderen Seite die Rentenversicherung der Arbeiter Not leidet. Es geht eben nicht, auf die Dauer eine Sozialversicherung zu erhalten und leistungsfähig zu gestalten, in der nur Beschäftigte mit einem geringen Verdienste versichert sind. Leistungsfähig wird die Versicherung erst dann, wenn auch die Beschäftigten mit größerem Einkommen in die Sozialversicherung einbezogen werden.

Präsident:

Herr Abgeordneter Stock, Sie haben die Redezeit erheblich überschritten. Ich gebe ohne weiteres zu, daß es bei der großen Bedeutung Ihres Berichts, der alle sozialen Aufgaben in sich vereint, unmöglich ist, den Bericht noch weiter zusammenzudrängen. Da eine Abmachung des Ältestenrates vorliegt, halte ich mich jedoch für verpflichtet, die Frage an das Haus zu stellen, ob es bereit ist, in diesem Falle eine Ausnahme zu machen.

(Zuruf von der SPD: Jawohl!)

weil es sich, wie ich sagte, um die großen sozialen Fragen handelt, an denen alle vier Fraktionen das gleiche Interesse haben. — Sind Sie damit einverstanden, daß der Herr Abgeordnete Stock seinen Bericht fortsetzt? Natürlich mit möglichster Kürze, damit keiner sich betroffen fühlt, und weil gestern der Herr Abgeordnete Feutner sich größter Kürze befleißigt hat.

(Sehr richtig! bei der CDU)

Abg. Dr. Köhler (CDU) (zur Geschäftsordnung):

Darüber, daß dem Thema, das der Herr Berichterstatter zu behandeln hat, eine große Bedeutung zukommt, kann gar kein Zweifel bestehen. Darüber sind wir uns alle einig. Es handelt sich aber darum, daß wir versuchen müssen, die vorliegende reichhaltige Tagesordnung unter allen Umständen zu erledigen. Ich kann mich deswegen mit einer weiteren Verlängerung der Redezeit nur dann einverstanden erklären, wenn der Herr Präsident die Verantwortung dafür glaubt übernehmen zu können, daß dadurch die Erledigung der übrigen Punkte der Tagesordnung bis heute abend nicht in Frage gestellt wird.

Abg. Bauer (KPD) (zur Geschäftsordnung):

Auch ich bin mir selbstverständlich klar darüber, daß diese Dinge ausführlich behandelt werden müssen. Ich muß mich aber dagegen wenden, daß der Beschluß, den vorgestern der Ältestenrat gefaßt hat, wonach jedem Berichterstatter eine Redezeit von zehn Minuten zur Verfügung gestellt werden sollte, nicht beachtet und die Redezeit um das Siebenfache verlängert wird. Es muß meiner Meinung nach darauf gehalten werden, daß alle Berichterstatter gleichmäßig behandelt werden, daß ihnen unterschiedslos die gleiche Zeit zur Verfügung gestellt wird. Ich habe meinen Kollegen Feutner gebeten gehabt, sich strikte an die zehn Minuten Redezeit zu halten. Darüber hinaus muß auch ich Wert darauf legen, daß die wichtigsten Punkte, die auf der Tagesordnung stehen, heute noch erledigt werden. Die Fragen des Länderrats,

Hauer

der Finanzpolitik, der Wirtschaftspolitik, auch die Frage der Säuberung der Spruchkammern müssen heute noch erledigt werden. Wir können nicht auseinandergehen und sagen, daß die Sitzung der Landesversammlung aus diesen oder jenen Gründen hat vertagt werden müssen.

Präsident:

Ich würdige das durchaus, möchte aber ausdrücklich bemerken, daß ich auch gestern nicht nach der Uhr gesehen habe, obwohl einzelne Redner die Redezeit um mehr als das Doppelte überschritten haben. Ich versuche immer, die Geschäftsordnung möglichst loyal zu handhaben. Ich darf wohl annehmen, daß das Haus damit einverstanden ist, daß der Herr Abg. Stock seine Ausführungen als Berichterstatter fortsetzt. Ich bitte ihn aber, sich möglichst kurz zu fassen, damit das Haus die Möglichkeit hat, zu den einzelnen wichtigen Fragen noch Stellung zu nehmen.

Abg. Köhler (CDU) (zur Geschäftsordnung):

Ich beantrage, daß die Redezeit, die dem Herrn Berichterstatter noch zur Verfügung gestellt wird, auf zehn Minuten begrenzt wird.

Abg. Christian Wittrock (SPD) (zur Geschäftsordnung):

Ich beantrage, den Antrag des Herrn Abg. Dr. Köhler abzulehnen. Es muß dem Ermessen des Berichterstatters überlassen bleiben, wie lange er noch sprechen will. Er wird sich möglichst kurz fassen.

Präsident:

Ich halte es nicht für angebracht, daß wir uns in solchen wichtigen, uns alle angehenden Fragen in einer Geschäftsordnungsdebatte verlieren. Ich glaube, wir können den Wünschen, die hier geäußert worden sind, Rechnung tragen dadurch, daß wir den Herrn Abg. Stock bitten, in seinen weiteren Ausführungen sich möglichst kurz zu fassen, so, daß er möglichst nicht länger als zehn Minuten dafür in Anspruch nimmt. Ich nehme an, daß Sie alle damit einverstanden sind.

Berichterstatter Abg. Stock (fortfahrend):

Ich darf zunächst bemerken, daß mir nichts bekannt gewesen ist davon, daß die Redezeit für die Berichterstatter auf zehn Minuten festgesetzt worden ist. Weiter weise ich darauf hin, daß es sich nicht nur um eine Materie handelt, über die ich zu berichten habe, sondern um eine ganze Reihe von verschiedenen Fragen. Ich für meine Person kann mich mit wenigen Sätzen begnügen, zumal ich weiß, daß das Haus in seiner großen Mehrheit sich der Auffassung anschließen wird, wie sie vom Ausschuß vertreten wurde. Es kam mir nur darauf an, alle diese sozialpolitischen Fragen auch im Plenum und vor aller Öffentlichkeit ausführlich zu behandeln, damit nicht der Eindruck entsteht, als würde über diese Frage nur hinter verschlossenen Türen verhandelt.

(Sehr gut! bei der SPD)

Es ist nicht so, daß ich etwa das Bedürfnis hätte, hier lange Reden zu halten, sondern ich habe mich nur der Pflicht unterzogen, hier den Bericht des Ausschusses zu erstatten, den ich nun in aller Kürze zu Ende führen will. Ich werde mich ohne weiteres den Anordnungen des Präsidiums fügen.

Die Unfallversicherung steht zweifellos auch im Zusammenhang mit dem Lastenausgleich. Ich traue nur darauf zu verweisen, daß zum Beispiel die Metallindustrie, die während des Krieges ganz außerordentlich ausgedehnt war, in Zukunft in diesem Umfange nicht mehr wird arbeiten können. Die Unfallrenten aber, die in den Kriegs-

jahren bewilligt werden mußten, müssen nunmehr von den Berufsgenossenschaften der Metallindustrie — es gibt deren mehrere — weitergezahlt werden, während die Zahl der in der Metallindustrie beschäftigten Personen, die heute die Beiträge zur Unfallversicherung zu leisten haben, stark zurückgegangen ist.

Sie wollen auch daraus ersehen, daß auch hier ein Lastenausgleich absolut notwendig ist.

Andererseits ist es notwendig, daß die Unfallversicherten im Rahmen der Selbstverwaltung ein Mitbestimmungsrecht erhalten, das ihnen bisher nicht zugestanden war. Dabei muß auch darauf verwiesen werden, daß der größte Teil der Lasten, die aus Betriebsunfällen erwachsen, von der Krankenversicherung zu tragen ist, die in den ersten 42 resp. 45 Tagen nach Eintritt des Betriebsunfalles für die Folgen dieses Betriebsunfalles aufzukommen hat. Die Berufsgenossenschaft übernimmt die Kosten erst nach dieser Zeit.

Weiter ist zu berücksichtigen, daß, wenn die Zahlung eines Reichszuschusses zu den Sozialrenten der Invalidenversicherung in Zukunft nicht mehr in Frage kommt, andererseits die Sozialversicherung eine Erweiterung und Verbreiterung erfahren muß, weil sie vom Volke gewünscht wird. Zahllose selbständige Existenzen, Handwerker, Landwirte, die Angehörigen der freien Berufe usw., sie alle streben danach, in die Sozialversicherung aufgenommen zu werden, und zwar deswegen, weil ihnen die Sparkassen und die Lebensversicherungen nicht mehr die Versorgung für das Alter und für den Fall der Erwerbsunfähigkeit zu garantieren vermögen, wie die Sozialversicherung es getan hat. Die Sozialversicherung hat noch immer zu ihren Verpflichtungen gestanden; sie hat immer ihre Renten gezahlt. Soweit die Angestelltenversicherung infolge der Ungunst der wirtschaftlichen Verhältnisse im vorigen Jahr die Angestelltenrenten nicht voll hat zahlen können, kann ich Ihnen mitteilen, daß der Vorstand der Landesversicherungsanstalt jetzt die Gelder zur Verfügung gestellt hat, die notwendig sind, um die Angestelltenrenten für drei restliche Monate nachzuzahlen. Diese Nachzahlung wird jedenfalls noch vor Weihnachten gesehen.

In Rücksicht auf die Geschäftslage des Hauses ist es mir leider nicht möglich, auf alle die Dinge, die hier noch in Frage kommen, und somit auf den ganzen Fragenkomplex näher einzugehen. Ich möchte nur nochmals sagen: Die Zentralisation innerhalb eines Landes ist nicht nur eine Frage der Organisation, sondern eine Frage, die aus der Not der Zeit heraus geboren ist. Sie ist nötig. Wir wollen keine Wasserköpfe schaffen, aber wir wollen eine einheitliche Organisation. Die Verwaltung bleibt im Lande; sie bleibt volksnahe. Der einzelne Fall, in dem eine Unterstützung zu leisten ist, soll individuell geprüft, aber auch individuell überwacht werden. Es soll der Zustand beseitigt werden, daß der Versicherte gar nicht mehr weiß, welcher Versicherung er angehört. Er soll mit seiner Versicherung und die Versicherung soll mit ihm verwachsen sein.

Ich bitte Sie, die Entschliebung, die Ihnen der Sozialpolitische Ausschuß vorgelegt hat, anzunehmen, damit die deutsche Sozialversicherung nicht nur erhalten bleibt, sondern auch ausgebaut werden kann zu einem Werke, das des neuen demokratischen Staates würdig ist.

(Starker Beifall bei der SPD)

Präsident:

Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß mit der Berichterstattung verbunden ist der Antrag Nr. 9 auf Seite 21 der Drucksache Abt. I und weiter damit verbunden sind die Anträge und Petitionen, die Sie in den Drucksachen Abt. II unter den Nummern 4, 5, 6, 7, 8, 9,

10, 11 finden, ferner die Anträge Nr. 28, 35 und 36, die in der Eilausfertigung der Drucksache Abt. I abgedruckt sind.

Ich bitte, diese Anträge in der Aussprache mit zu berücksichtigen. Von der Fraktion der LDP ist jetzt noch ein Abänderungsantrag zu dem Antrag des Sozialpolitischen Ausschusses Nr. 11 der Drucksache Abt. II eingelaufen, der folgenden Wortlaut hat:

Die Verfassungberatende Landesversammlung Groß-Hessen wolle beschließen:

1. In Ziffer 1 des Antrags sind die Worte „für das gesamte Volk“ zu streichen.

2. Ziffer 2 des Antrags lautet:

Zu diesem Zwecke ist hinsichtlich des Umfangs der Versicherung sowie ihres organisatorischen Aufbaues und ihrer finanziellen Sicherung eine umfassende gesetzliche Neuregelung notwendig.

Ich erteile nunmehr das Wort dem Herrn Abg. Trabert.

Abg. Trabert (CDU):

Meine Damen und Herren! Wir haben uns im Sozialpolitischen Ausschuß, wie Sie von dem Berichterstatter, dem Herrn Kollegen Stöck gehört haben, sehr eingehend mit den Fragen, die das soziale Gebiet betreffen, beschäftigt. Aber nicht allein mit den sozialen Dingen haben wir uns befaßt, sondern auch mit den wesentlichen Fragen, die auf karitativem Gebiete liegen. Ich stimme mit dem Herrn Abg. Stöck darin überein, daß in früherer Zeit, schon vor dem ersten Weltkriege, alle die Gebiete, die später zum Bereiche des Reichsarbeitsministeriums gehörten, vernachlässigt worden sind. Es ist, wenn man auf die Entwicklung zurückblickt, zu bedauern, daß es nicht schon vor 1914 ein preussisches Wohlfahrtsministerium und ein Reichsarbeitsministerium gegeben hat, sondern daß ganz wesentliche Aufgaben, die auf diesem Gebiete liegen, von Abteilungen der Innenministerien behandelt worden sind. Es ist zu bedauern, daß nicht schon früher mit dem notwendigen Ernst an diese Dinge herangegangen worden ist. Erst nach dem ersten Weltkriege hat man besondere Instanzen dafür geschaffen, die sich dann eingehend auch mit Fragen des Arbeitsrechts und mit den sozialen Fragen beschäftigt und mit viel größerem Ernst Stellung zu diesen Dingen genommen haben.

Es ist bedauerlich, daß tatsächlich die Dinge so liegen, daß wir als deutsches Volk immer erst einen Krieg verlieren müssen, wo Probleme von sehr schwerwiegender Art an uns herantreten, um uns bemüßigt zu fühlen, uns mit dem gesamten Fragenkomplex in viel stärkerem Maße auseinanderzusetzen.

Das Aufgabengebiet, das der Berichterstatter aufgerissen hat, ist sehr groß, und wir werden in der kommenden Zeit uns in allen möglichen Ausschüssen gerade in der parlamentarischen Tätigkeit, in der praktischen Festlegung uns mit sehr vielen Dingen zu beschäftigen haben. Ich glaube, es ist heute nicht der Zeitpunkt, wo wir zu manchen Dingen bereits festlegend etwas sagen können. Was uns auf den Fingern brennt, ist das Problem der Kriegsverwundeten und Kriegsgefangenen. Wenn schon von der Rückkehr der Kriegsgefangenen die Rede ist, so glaube ich, daß ich ganz offen aussprechen darf, daß nicht nur die Kriegsgefangenen des einen oder anderen Siegerlandes, sondern sämtlicher Länder einbezogen werden müssen. Ich glaube, es ist Ihrer aller Willen, wenn es möglich wäre, daß auch von seiten des Ostens nicht nur kranke Kriegsgefangene entlassen werden, sondern auch gesunde, die innerhalb des deutschen Wirtschaftsbereichs eingeschaltet werden könnten, während es jetzt so ist, daß die aus dem Osten kommenden im allgemeinen erst einmal der Fürsorge zur Last fallen, da die Gesundheitsschädigungen zum Teil so stark

sind; daß in absehbarer Zeit gar nicht damit gerechnet werden kann, daß die Zurückgekehrten ihre Familie unterhalten und im deutschen Wirtschaftsleben tätig sein können.

Die Frage der Wohlfahrtsorganisationen wurde ebenfalls von dem Berichterstatter angeschnitten. Hierzu habe ich folgendes zu sagen: Die privaten Wohlfahrtsorganisationen, soweit sie im kirchlichen Raum liegen, haben darüber sind wir uns klar, eine ureigenste Aufgabe, und Sie sehen ja auch aus der Geschichte, daß dieses immer so gewesen ist. Inwieweit sie einträchtig zusammenarbeiten, ist eine andere Frage, und ich glaube, es besteht in den privaten Wohlfahrtsorganisationen allseitig der Wille, in Anbetracht der heutigen Not gemeinschaftlich die Dinge zu meistern. Es wurde im Sozialpolitischen Ausschuß darauf hingewiesen, daß zum Beispiel in Kassel das evangelische Hilfswerk Sachen aus der amerikanischen Spende hortete und auf der anderen Seite diese Sachen fehlen. Ich habe mich bemüßigt gefühlt, mich sofort mit dem evangelischen Hilfswerk in Verbindung zu setzen, und dort ist mir die Aufklärung gegeben worden, daß diese Auffassung nicht stimmt und daß eine Hörtung von Gegenständen nicht in Frage käme. Man sei bereit, jederzeit durch einen paritätischen Ausschuß dies nachprüfen zu lassen.

Bezüglich der Fürsorgesätze sind wir uns darüber klar, daß diese erhöht werden müßten. Auf der anderen Seite wird es so sein, daß die Lohnfrage — es klingt etwas eigenartig — mit diesen Dingen in Zusammenhang steht, weil manche Erhöhung nicht durchgeführt werden kann und darf, weil letzten Endes sonst die Arbeit nicht mehr den Sinn hätte, den sie haben muß. Wenn die Wohlfahrtsunterstützung mehr beträgt als der Arbeitslohn, dann ist es menschlich verständlich, daß die Arbeit nicht so bewertet wird, wie sie bewertet werden muß.

Die Versorgung mit Winterbrand und Winterkartoffeln ist eine Sache, die uns sehr am Herzen liegt, und wir werden bestrebt sein müssen, überall, wo wir tätig sind, das Möglichste zu tun, um über diese Sorge hinwegkommen zu können.

Bezüglich der Verwahrlosung der Jugend stehen wir auf dem Standpunkt, daß dieses Problem auf religiösem Gebiet gelöst werden muß. Je mehr man während der verfloßenen 12 Jahre die religiösen Dinge lächerlich gemacht hat, desto mehr trat eine gegenteilige Auffassung auf den verschiedensten Gebieten ein.

Die Erhöhung der Löhne der Bauarbeiter ist ebenfalls eine Sache, die eingehend zu würdigen ist. Ich habe im Dezember an einer Tagung in Frankfurt teilgenommen, in der diese Frage zur Debatte stand, und es ist wirklich bedauerlich, daß diese Angelegenheit bis heute noch nicht zur Erledigung gebracht werden konnte. Die Löhne der Bauarbeiter wurden im Jahre 1933 auf Veranlassung der Nationalsozialisten wesentlich herabgesetzt, aber später wieder aufgebessert. Ich habe hier und da an den Verhandlungen teilgenommen und weiß, worauf das zurückzuführen ist.

Bezüglich der Kriegsbeschädigten und hinterbliebenen haben wir ja von dem Berichterstatter gehört, daß die Dinge bei dem neuen Gesetz leider nicht so sind, wie wir es wünschen, und ich kann mich noch sehr gut auf die Agitation der Nationalsozialisten in den Jahren 1932/33 entsinnen, wo gerade mit den Kriegsbeschädigten sehr viel Schindluder getrieben wurde. Ich weiß noch, wie die Kriegshinterbliebenen und Kriegsbeschädigten damals darauf warteten, daß an Unterstützung noch etwas Besonderes hinzukäme. Was hinzukam, waren einige Mark-Frontzulage, und damit war die Angelegenheit erledigt. Heute würden die Kriegsbeschädigten froh sein, wenn sie unter dieses Gesetz von damals und unter die Fürsorge von damals

Trabert

fallen würden. Das sind Dinge, die uns ebenfalls sehr stark beschäftigen. Wir sind uns klar, daß in der gesamten Sozialversicherung eine Neubewertung kommen muß. Wir wissen, daß eine Vielheit vorhanden war, und wir wissen, daß gerade aus dem gewerkschaftlichen Lager nach dem ersten Weltkrieg in den Jahren 1925, 1926, 1927 heiß darum gekämpft wurde, eine größere Vereinheitlichung gerade in der Krankenversicherung durchzuführen, während auf der anderen Seite man nun die Dinge so machen will, daß eine gewisse Freiheit einzelner Berufsschichten vollständig ausgeschaltet werden soll. Ob wir uns heute bereits mit einem Antrag im Sozialpolitischen Ausschuß festlegen sollen, daß wir sagen, daß das gesamte Volk eingeschaltet werden soll, ich glaube, das dürfte etwas verfrüht sein. Auch die übrigen Fraktionen sollten noch einmal überlegen, ob dieser Antrag oder der von der LDP eingebrachte Zusatzantrag nicht angenommen werden kann, um beide zusammen einstimmig zur Annahme zu bringen. Alle diese Dinge können nur gesetzlich geregelt werden. Wir bedauern, daß wir im Sozialpolitischen Ausschuß keine Gelegenheit gehabt haben, zu den gesetzlichen Bestimmungen Stellung zu nehmen, was ja letztlich das Wesentlichste ist. Es ist schon richtig, wenn der Herr Berichterstatter Stock erklärt, daß im allgemeinen die Auffassung herrsche, daß hinter verschlossenen Türen ein Gesetz vorbereitet werde, das sozialpolitisch so bedeutungsvoll ist. Ich möchte bitten, daß wir uns dem Antrag der LDP anschließen, und vielleicht überlegen es sich auch die anderen Parteien, ob sie nicht ebenfalls dem Antrag zustimmen und ob es dann möglich ist, den gesamten Antrag in der veränderten Form im Sozialpolitischen Ausschuß zur Annahme zu bringen.

Präsident:

Ehe ich dem Herrn Abgeordneten Bleek das Wort erteile, muß ich bekanntgeben, daß auch Antrag 18 unter diese Sachen gehört. Ich hatte das vorher übersehen.

Abg. Bleek (LDP):

Meine Damen und Herren! Ich möchte den erstmaligen Versuch machen, mich an die Redezeit zu halten

(Bravo!)

und mich deshalb beschränken auf einige wenige Punkte des Programms. Ich würde befrüchten, den nachhaltigen Eindruck der Worte, die unser Berichterstatter zur Kriegsgefangenenfrage gesprochen hat, zu verwischen, wenn ich auf dieses Problem noch näher eingehen wollte, und ich möchte nur versichern, daß auch meine Fraktion mit ganzem Herzen hinter diesem Antrag steht und ihm zustimmen wird. Wir sind uns klar darüber, daß die formalen Vorschriften des Völkerrechts die Siegermächte nicht verpflichten, die Kriegsgefangenen herauszugeben. Wir glauben aber, daß der Zeitpunkt gekommen ist, wo man über die Vorschriften des Rechts hinaus die Stimme der Menschlichkeit und des Herzens sprechen lassen sollte.

Ich möchte mich wenden zu dem Antrag 11 über die Sozialversicherung. Wir bekennen uns voll und ganz zum Gedanken der Sozialversicherung. Wir wissen, daß nach den schweren vermögensmäßigen Schädigungen, die auch die Sozialversicherung durch den Ausgang des Krieges erlitten hat, eine gründliche Reform notwendig sein wird. Wir sind aber der Auffassung, und diese Auffassung bezieht sich ja auch auf andere Dinge, die im Verfassungsausschuß beraten wurden, daß es unzweckmäßig sein würde, Angelegenheiten, die nur für das ganze Reichsgebiet geregelt werden können, landesrechtlich oder gar in der Verfassung im einzelnen festzulegen, und so sehr wir daher grundsätzlich zustimmen, so haben wir doch die Bedenken, die wir geltend zu machen haben, in un-

serem Abänderungsantrag, auf den Kollege Trabert schon eingegangen ist, niedergelegt. Wir sagen in unserem Antrag, daß die gesetzliche Neuregelung der Sozialversicherung tunlichst einem einheitlichen, für das gesamte Reichsgebiet geltenden Gesetz überlassen bleiben soll, und wir glauben, daß wir dieser einheitlichen Regelung vorgezogen würden, wenn wir hier schon so detaillierte Bestimmungen vorsehen, wie das der Antrag des Sozialpolitischen Ausschusses tut. Namentlich ist es, glauben wir, verfrüht, daß man eine das gesamte Volk umfassende Sozialversicherung schaffen will, und ebenso scheint uns die Frage des Zusammenschlusses sämtlicher Träger der Sozialversicherung noch nicht so reif und überlegt zu sein, als daß man sich in diesem Rahmen schon so weitgehend festlegen könnte. Aus diesem Grunde unser Abänderungsantrag.

Und nun als letzter Punkt der Antrag 6, der die Versorgung der Opfer des Krieges betrifft. Auch hier stellen wir uns aus voller Überzeugung hinter den Antrag. Wir begrüßen es, daß eine gesetzliche Regelung dieser Versorgung in Aussicht steht, denn wir sind der Auffassung, daß es sich hier um eines der dringendsten Probleme handelt. Nicht etwa, meine Damen und Herren, aus einer mißverstandenen Heldenverehrung heraus — das wäre ein vollkommen unrichtiger Ausgangspunkt. Betrachten wir die Dinge aber von einem anderen Gesichtspunkt. Wenn wir schon der Auffassung sind, daß die großen Verschiebungen, die der Krieg und seine Folgen in den Vermögen mit sich gebracht haben, in irgend einer Weise ausgeglichen werden müssen, dann wird man um so mehr bejahen müssen, daß auch für die Opfer an Gesundheit und Leben der Gedanke der solidarischen Haftung Platz greift.

Wir wissen ganz genau, daß man auf der geldmäßigen Seite infolge der allgemeinen Notlage nicht das wird geben können, was notwendig wäre. Um so mehr aber muß das Augenmerk auf alle die Maßnahmen gerichtet werden, die zur Arbeitsbefähigung für die Kriegsoffer dienen. Deshalb begrüßen wir es, daß wir nach den Beratungen im Ausschuß den Eindruck gewinnen können, daß namentlich auf dem Gebiete der Versorgung der Kriegsversehrten mit Prothesen und andern orthopädischen Hilfsmitteln von seiten des Ministeriums die erforderlichen Maßnahmen ergriffen worden sind, die uns erhoffen lassen, daß diese schwierige Frage in Bälde befriedigend gelöst sein wird. Alle Maßnahmen, die dazu dienen können, die Opfer des Krieges baldmöglichst wieder in den Besitz ihrer vollen oder wenigstens teilweisen Arbeitskraft zu setzen und ihnen damit das Gefühl der Befriedigung zu geben, das aus der Arbeit fließt, werden unsere volle Unterstützung finden.

(Beifall bei der LDP)

Abg. Krüger (KPD) — Unkorrigiertes Stenogramm —:

Meine Damen und Herren, ich kann Ihnen im Auftrage meiner Fraktion erklären, daß wir den Anträgen des Sozialpolitischen Ausschusses vollinhaltlich beitreten. Den Abänderungsantrag der Fraktion der LDP werden wir ablehnen, weil dieser Antrag den Antrag des Sozialpolitischen Ausschusses Nr. 11 der Drucksache II. Abtollung vollkommen illusorisch machen würde. Der Antrag des Sozialpolitischen Ausschusses besagt, daß auf dem Gebiete der Sozialversicherung sofort eine grundsätzliche Änderung eintreten muß mit dem Ziele, die gesamte Sozialversicherung zu vereinheitlichen. Ich möchte darauf verzichten, hier noch einmal die Zustände zu schildern, wie wir sie jetzt auf dem Gebiete der Sozialversicherung zu verzeichnen haben. Der Herr Kollege Stock hat in seinem Bericht diese Frage ausführlich behandelt. Ich glaube, daß wir, wenn Sie dem Antrage des Ausschusses zustim-

men, in der Frage der Vereinheitlichung der Sozialversicherung nun doch endlich einmal einen Schritt weiterkommen werden. Das ist die dringendste Aufgabe, die jetzt erledigt werden muß.

Auf eine andere Frage aber möchte ich noch eingehen, die der Herr Kollege Stock in seinem Berichte auch behandelt hat, das ist die Frage der Kriegsgefangenen. Es ist richtig, daß diese Frage gegenwärtig unser ganzes Volk bewegt. Jede Familie hat irgendwelche Anverwandte, die bis jetzt noch nicht aus der Kriegsgefangenschaft zurückgekehrt sind, die sich noch in französischer, englischer oder russischer Gefangenschaft, zum Teil auch noch in amerikanischer Kriegsgefangenschaft befinden. Wir wissen, daß heute alle diese Familien mit Hangen und Bangen auf die Rückkehr der Angehörigen warten. Aber, meine Damen und Herren, wir dürfen eines nicht vergessen. Wir haben aus dem Munde des Herrn Berichterstatters gehört, daß insgesamt 5 Millionen Kriegsgefangene noch nicht aus der Kriegsgefangenschaft zurückgekehrt sind. Wir haben weiter gehört, daß die amerikanische Regierung die Kriegsgefangenen zum größten Teile schon entlassen hat, daß dagegen die Entlassung der Kriegsgefangenen aus französischer und englischer Gefangenschaft nur langsam vorstatten geht. Wir müssen uns aber davor hüten, daß durch eine unrichtige Beurteilung der Kriegsgefangenenfrage nun wieder ein gewisser Haß gegen eine Nation entsteht. Ich glaube, Sie werden mir zugeben müssen: Wenn zum Beispiel in Amerika der Nazikrieg sich so ausgewirkt hätte, wie er sich in Rußland ausgewirkt hat, dann wären wahrscheinlich heute noch nicht so viele Kriegsgefangene aus Amerika zurückgekehrt, wie es der Fall ist. Daran wollen wir auch denken. Und wenn heute in Rußland noch 3 Millionen Kriegsgefangene sich befinden sollten, so ist das darauf zurückzuführen, daß Rußland die Hauptlast des Krieges, der sich in der Hauptsache auf russischem Boden abgespielt hat, zu tragen hat.

(Zurufe von der SPD)

Meine Damen und Herren, es wird von 3 Millionen Kriegsgefangenen gesprochen, die sich noch in Rußland befinden sollen. Aber wir dürfen dabei eines nicht vergessen. In dieser Zahl sind auch alle diejenigen eingeschlossen, die gefallen sind, deren Tod aber von der nazistischen Armeeführung verschwiegen worden ist. Daran müssen Sie auch denken. Es werden heute noch 800 000 Menschen als vermißt geführt, von denen noch keinerlei Nachricht eingegangen ist. Diese Vermissten werden heute noch zurückerwartet. Das ist durchaus verständlich. Jede Familie, aus deren Mitte noch jemand vermißt wird, hat die Hoffnung, daß dieser Vermisste eines Tages doch noch zurückkehren wird. Vergessen Sie aber nicht, daß zum Beispiel in Berlin vor ganz kurzer Zeit erst ganze Säcke voll Meldungen von Gefallenen der Ostfront gefunden worden sind, die man den Angehörigen dieser Gefallenen gar nicht zugestellt hat. Selbstverständlich sind auch wir Kommunisten für baldige Rückkehr aller Kriegsgefangenen. Auch wir wünschen, daß sie möglichst bald wieder in den Kreis ihrer Familien zurückkehren und daß sie sich wieder eingliedern können in den Kreis unserer Betriebsgemeinschaft zum Aufbau unseres Landes. Aber wir wollen nicht den Fehler machen, daß wir bei der Beurteilung der einen oder der anderen Nation je nach ihrer Einstellung zu der Frage der Entlassung der Kriegsgefangenen erklären, daß sie die Schuld trägt. Die Schuld daran, daß diese Menschen in Kriegsgefangenschaft gekommen sind, tragen die Nazis. Wir müssen uns davor hüten, bei der Behandlung der Fragen, die jetzt bei den Friedensverhandlungen im Mittelpunkt stehen werden, den Fehler zu wiederholen oder das fortzusetzen, was man im Dritten Reich getan hat: Haßgesänge gegen eine Nation, Haßgesänge gegen die Sowjetunion anzustimmen.

Abg. Richter (SPD):

Meine Damen und Herren! Die Aufgabe der Fraktion der SPD unter Nr. 33 der Drucksache Abt. I beschäftigt sich mit der Notlage der arbeitenden Bevölkerung. Es wird darin zum Ausdruck gebracht, daß es unbedingt notwendig ist, daß von der Regierung, gemeinsam mit der amerikanischen Militärregierung, alle Maßnahmen ergriffen werden, um diese Notlage im Rahmen des Möglichen weitestgehend zu beseitigen. Es ist dringend notwendig, und es ist höchste Zeit, daß hier die erforderlichen Schritte unternommen werden. Wir stehen vor dem zweiten Winter nach dem Kriegsende, vor dem zweiten Winter, den unser Volk nach dieser schrecklichen Kriegszeit durchzumachen hat. Wir haben auch auf Einzelheiten hingewiesen, damit die maßgebenden Stellen bei ihren Maßnahmen diese Einzelheiten weitgehend berücksichtigen. Wir haben darauf hingewiesen, daß die Löhne und Gehälter nicht ausreichen, daß die Sozialrenten ungenügend sind, daß die Fürsorge-Richtsätze zu niedrig sind. Wir haben auch darauf hingewiesen, daß auf der anderen Seite die Ursache der gegenwärtigen Notlage darin liegt, daß auf allen Gebieten des Lebensbedarfs eine wesentliche Preiserhöhung zu verzeichnen ist. Wenn wir davon abgesehen haben, eine generelle Lohnerhöhung, eine generelle Erhöhung der Unterstützungssätze zu fordern, so deshalb, weil wir wissen, daß das eine Schraube ohne Ende sein würde. Wir fordern deshalb, daß unter allen Umständen die Preise herabgesetzt werden auf den Stand von Anfang 1945. Bei diesem Stande reichten die Löhne und Gehälter und die Renten noch einigermaßen aus, um den Lebensbedarf zu decken. Wir wissen aber auch, daß inzwischen Preiserhöhungen eingetreten sind, die nicht den deutschen Regierungsstellen zur Last gelegt werden können, sondern die von dem Kontrollrat veranlaßt wurden. Ich erinnere an die Erhöhung der Fahrpreise und an die Steuererhöhungen auf den verschiedensten Gebieten. Wir wissen andererseits auch, daß die Löhne, die auf den einzelnen Arbeitsgebieten gezahlt werden, nicht als Normallöhne bezeichnet werden können. Das gilt insbesondere für die Bauarbeiter, für die landwirtschaftlichen Arbeiter, und es gilt auch für die Arbeiter auf dem für unsere Wirtschaft so außerordentlich wichtigen Gebiete des Bergbaues. Wir haben deshalb schon seit Monaten in wiederholten Besprechungen mit den maßgebenden deutschen Regierungsstellen und dann auch mit dem Kontrollrat darauf hingewiesen, daß die Löhne dieser Arbeiter erhöht werden müssen, daß sie angeglichen werden müssen an die allgemeinen Verhältnisse.

Das soll nicht der Beginn einer allgemeinen Lohnerhöhung sein, sondern wir wollen nur einen gerechten Ausgleich für diese Arbeitergruppen schaffen. Wir legen das Schwergewicht — das muß ich noch einmal betonen — auf eine Herabsetzung der Preise. Wir müssen zu statilen Preisen kommen, wenn nicht unsere gesamte und noch verbliebene Volkswirtschaft ins Wanken geraten und die Gefahr entstehen soll, daß auch das letzte, das uns noch verblieben ist, verloren geht. Ich habe hier eine Berechnung der Lebenshaltungskosten. Man ist dabei, wenn man die Zusatzkarten und die sonstigen Bedürfnisse berücksichtigt, auf einen Betrag von 45,— RM pro Woche für einen Haushalt mit 2 Kindern gekommen. Wenn man sich demgegenüber vor Augen hält, daß in den meisten Fällen der Nettolohn hinter diesem Betrage zurückbleibt, dann muß man zu der Überzeugung kommen, daß nur durch eine Senkung der Preise die Löhne gehalten werden können. Wenn eine solche Senkung der Preise nicht erreicht werden kann, dann brauchen wir uns nicht zu wundern, wenn wir eines Tages zu einer allgemeinen Erhöhung der Löhne kommen müssen und kommen werden.

Zu der Frage der Kriegsbeschädigten und zu dem Entwurf des Kontrollrats in dieser Frage jetzt noch weitere

Richter

Ausführungen zu machen, dürfte sich erübrigen, nachdem der Herr Berichterstatter des Sozialpolitischen Ausschusses ausführlich über diese Dinge gesprochen hat.

Ich möchte nur noch zu der Frage der Sozialversicherung Stellung nehmen. Dazu liegt ein Antrag des Sozialpolitischen Ausschusses vor, mit dem meine Vordrucker, nach ihren Ausführungen zu schließen, nicht in allen Punkten einverstanden sind. Es heißt in Ziffer 1 dieses Antrages, daß die Sozialversicherung auszudehnen ist auf das gesamte Volk. Damit soll aber nicht zum Ausdruck gebracht werden, daß nun etwa das gesamte Volk einer neuzuschaffenden Sozialversicherung auf Grund einer Versicherungspflicht unterstellt werden soll.

(Zurufe von der LDP: Es steht aber so da!)

-- Nein, das kann aus dem Wortlaut nicht herausgelesen werden. Es heißt: Die Sozialversicherung soll so ausgebaut werden, daß sie dem gesamten Volke den notwendigen Schutz bietet. Wenn der Familienvater versichert ist und die Bestimmungen der Sozialversicherung so gehalten sind, daß sie auch den Familienangehörigen, der Frau und den Kindern den notwendigen Schutz bieten, so ist damit nicht gesagt, daß nun auch die Frauen und Kinder versicherungspflichtig sein sollen. Außer dem Kreise der Versicherungspflichtigen, die ja im ganzen durch die gesamten Arbeitnehmer dargestellt werden, ist auch an die große Gruppe der freiwillig Versicherten zu denken. Insbesondere in den Kreisen der Landwirtschaft hat man von dem Rechte der freiwilligen Versicherung weitestgehenden Gebrauch gemacht. In Württemberg zum Beispiel sind 88% der in der Landwirtschaft tätigen Personen freiwillig weiterversichert. Es handelt sich dabei zum Teil um solche Personen, die auf Grund eines früheren Arbeitsverhältnisses der Versicherungspflicht unterlagen und die nun, nachdem sie einen landwirtschaftlichen Betrieb übernommen haben, zu ihrem Schutze und zum Schutze ihrer Angehörigen sich freiwillig weiterversichern. — Und das ist doch ein Grundsatz, den jeder sozial eingestellte Mensch nur fördern kann und fördern muß.

Auch bei der zukünftigen Reform wird Freiwilligkeit in der Sozialversicherung eine wesentliche Rolle spielen. Aber auf der anderen Seite muß man auch hier daran denken, daß man den Menschen daran erinnern muß, in guten Zeiten für schlechte Zeiten vorzusorgen, nicht leichtsinnig in den Tag hinein zu leben, und daß Krankheit den Wohlstand der Familie ruinieren kann. Aus diesem Grunde hat ja auch die Bismarck-Wilhelminische Ära die Zwangsversicherung eingeführt. Ich bin davon überzeugt, daß, vom sozialpolitischen Gesichtspunkt aus gesehen, keinerlei Bedenken berechtigt sind, dieser für das gesamte Volk notwendigen Maßnahme zuzustimmen.

Zu dem Antrag der LDP, der von dem Kollegen Trabert von der CDU unterstützt wurde, in dem die Schaffung eines einheitlichen Versicherungsträgers sowie die Ausdehnung des Versicherungsschutzes in Frage gestellt ist, einige grundsätzliche Ausführungen.

Wir hatten nach der Statistik von 1939 in unserem gesamtdeutschen Reichsgebiet annähernd 5000 Versicherungsträger, die sich aufteilten auf die Krankenversicherung, die Unfallversicherung und die Invaliden- und Angestelltenversicherung. Dabei sind noch nicht alle die Versicherungsträger oder Versicherungsinstitutionen mit einbegriffen, die freiwillig in der Form des Vereins oder in sonstigen Gesellschafts- und Unternehmungsformen sich einzelnen Zweigen der Versicherung gewidmet haben. Da werden es annähernd 20 000 gewesen sein, die wir 1939 in Deutschland hatten, und es wird wohl niemand in diesem Hause anwesend sein, der glaubt, daß unsere in Zukunft vorhandene deutsche Volkswirtschaft in der Lage sein wird, eine derartige Unmenge von Versicherungsträgern und

damit Verwaltungsapparaten aufrecht erhalten zu können. Da entsteht die Frage: Ist das notwendig? Was notwendig ist auf dem Gebiet der Sozialpolitik, muß geschehen, und es wäre falsch, diese Dinge zu betrachten von einem gewissen Wunsch nach Vereinheitlichung, nach Zentralisation, nach Schaffung von Mammutgebilden. All dies wäre falsch und müßte abgelehnt werden. Aber wenn wir unser großhessisches Gebiet betrachten, und wenn wir aus der Erfahrung schöpfen, so können wir folgendes feststellen: In der Angestelltenversicherung mit 3 Millionen Versicherten hatten wir für das gesamte Reich einen einheitlichen Versicherungsträger. Damit ist der Beweis erbracht, daß das an sich verwaltungsmäßig eine geschickte und zweckentsprechende Zentralisation, sehr wohl möglich ist. In der Invalidenversicherung hatten wir schon immer die ländermäßige und provinzmäßige Zusammenfassung der invalidenversicherungspflichtigen Arbeitnehmer. Neben der Invalidenversicherung bestanden die Berufsgenossenschaften. In der Krankenversicherung hatten wir eine Zersplitterung, die nur historisch betrachtet werden kann. Wir haben hier leicht den Beweis zu erbringen, daß bei guter zweckentsprechender Zentralisation unter Beachtung der Mitwirkung der Versicherten und Durchführung der Selbstverwaltung die Aufteilung der Versicherungsträger in Landesgebiete, wohl das zweckmäßigste ist. Um einfach und sparsam wirtschaften zu können, ist die Aufgliederung in Bezirksversicherungsanstalten, die kreisweise aufgezogen werden, vorgesehen, und da haben die Versicherten den großen Vorteil, daß sie nur zu dieser einen Stelle am Wohnort zu gehen haben, dort ihre Belange vortragen, worauf der Fall von Anfang bis zum Ende durchbehandelt wird. Der Versicherte wird nicht mehr zur Krankenkasse und zur Unfallversicherung geschickt, um nach monatelangem Hangen und Bangen endlich seinen Fall erledigt zu haben. Er braucht nur zu einer Stelle zu gehen, dort wird sein Fall behandelt, dort sind seine Unterlagen vorhanden und da braucht er keine Sorgen wegen Fristverströmnissen oder Aussteuerung zu haben, die bisher alle Arbeitnehmer über sich ergehen lassen mußten.

Ich glaube, daß diese Ausführungen, vielleicht doch dazu beitragen können, daß auch die Herren Abgeordneten der CDU und der LDP, die sich mit den sozialen Fragen beschäftigen, davon sich überzeugen werden, daß entsprechend dem Antrag des Sozialpolitischen Ausschusses in Zukunft in Groß-Hessen die Sozialpolitik im Interesse der Arbeitnehmer gestaltet werden muß.

(Beifall bei der SPD)

Altg. Dr. Stein (CDU):

Meine Damen und Herren! Ich möchte Ihre Aufmerksamkeit auf den Antrag Abteilung I, Nr. 28, lenken, den die Fraktion der CDU eingebracht hat. Wie Ihnen bekannt ist, hat der Kontrollrat am 8. März 1946 zur Erhaltung, zur Sicherung und zur Verteilung des Wohnraumes ein Wohnungsgesetz erlassen. Die Regierung Groß-Hessens hatte angeordnet, daß Durchführungsbestimmungen zentral für das ganze Land erlassen werden sollten. Nun sind aber diese Durchführungsbestimmungen zum Kontrollratsgesetz Nr. 18 noch nicht erlassen worden. Diese Bestimmungen sind aber um so notwendiger, als das Kontrollratsgesetz Nr. 18 nur ein Rahmengesetz ist und wichtige Fragen der Klärung bedürfen. So ist insbesondere der Aufbau und die Zuständigkeit der Wohnungsbehörden zu regeln. Es sind außerdem Bestimmungen zu treffen über die gerechte Wohnraumverteilung, insbesondere vor allem für die Opfer des Faschismus, für die Neubürger und für die Heimkehrer. Es sind nach diesem Gesetz in den Gemeinden auch Wohnungsausschüsse als demokratische Organe der Selbstverwaltung zu bilden. Diese Bil-

Radmacher

ding hat in den einzelnen größeren Gemeinden bereits stattgefunden. Es fehlt aber an den Durchführungsbestimmungen und Vorschriften darüber, wie diese Ausschüsse ihre Tätigkeit einrichten sollen. Die Aufgaben müssen näher umschrieben werden. Es müssen ferner auch Bestimmungen getroffen werden über die Bewirtschaftung des noch vorhandenen Wohnraumes. Auch müssen Fragen der Förderung des Wohnungsbauwesens geregelt werden. Nun liegen diese ministeriellen Durchführungsbestimmungen bis heute noch nicht vor. Es scheint auch, daß diese Bestimmungen vorerst überhaupt nicht erlassen werden sollen. In dem „Darmstädter Echo“ vom 14. September dieses Jahres war eine Notiz veröffentlicht, wonach Herr Regierungsdirektor Simon vom großhessischen Arbeitsministerium erklärt hat, daß Durchführungsverordnungen zum Kontrollratsgesetz vorläufig nicht herausgehen werden sollen. Dieser Rechtszustand ist aber unhaltbar, vor allem deshalb, weil man bis jetzt lediglich eine Verordnung am 29. Juni d. J. erlassen hat, nach der sämtliche gerichtlichen Verfahren, die Mietaufhebungen und Räumungen zum Gegenstand haben, ausgesetzt sind bis zum Erlaß und Inkrafttreten der Durchführungsverordnung zum Wohnungsgesetz. Sie können sich denken, daß diese Tatsache, daß Räumungsprozesse zurzeit nicht durchgeführt werden können, dazu geführt hat, daß es in einer Reihe von Fällen zwischen Mietern und Vermietern zu erheblichen Auseinandersetzungen gekommen ist. Mieter und Vermieter erlauben sich alles mögliche, weil sie wissen, daß derartige Räumungsprozesse zurzeit nicht durchgeführt werden können. Ein solcher Zustand ist aber mit der Rechtssicherheit nicht zu vereinbaren. Aus diesem Grunde halten wir es für erforderlich, daß die Regierung die Durchführungsbestimmungen zum Kontrollratsgesetz Nr. 18 möglichst bald erläßt und daß insbesondere in der Zwischenzeit die Anordnung vom 29. Juni 1946 möglichst bald aufgehoben wird, weil sie der Rechtssicherheit abträglich ist und die Rechtspflege dadurch nur gehindert wird. Ich bitte Sie deshalb, dem Antrag Nr. 28 Ihre Zustimmung zu erteilen.

Abg. Euler (LDP) — Unkorrigiertes Stenogramm —:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte Ihre Aufmerksamkeit auf die aus Rußland zurückkehrenden Kriegsgefangenen richten. Der Abgeordnete Krüger hat sehr richtig gesagt, daß kein Haßgesang gegen eines der früheren kriegführenden Länder angestimmt werden soll. Wir halten es aber für eine Pflicht der Menschlichkeit gegenüber unseren Gefangenen, hier zur Sprache zu bringen, wie erschreckend der Zustand der aus Rußland zurückkehrenden Kriegsgefangenen ist.

(Sehr richtig!)

In Hersfeld ist jetzt ein Durchgangslager für solche aus Rußland zurückgekehrten Kriegsgefangenen eingerichtet. Das menschliche Elend, das dort gehäuft ist, dessen man dort ansichtig wird, ist erschreckend, und dem Eindruck dieses Elends können sich nicht nur Deutsche, sondern auch die amerikanischen Offiziere nicht entziehen.

Meine Damen und Herren, ich halte es für erforderlich, daß wir unsere Stimme erheben, um die Aufmerksamkeit der Welt auf diese Dinge zu richten, damit nach Möglichkeit alles geschieht, um eine bessere Behandlung der deutschen Kriegsgefangenen in Rußland zu erwirken.

(Beifall bei der LDP)

Abg. Radmacher (KPD):

Meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir, noch einige Augenblicke Ihre Aufmerksamkeit in Anspruch zu nehmen. Der Antrag der Fraktion der KPD, den Sie unter Nr. 18 der Drucksachen Abt. I finden, fordert, daß

allen Fürsorgeempfängern, Sozialrentnern und sonstigen Minderbemittelten die zugeteilten Brennstoffmengen unentgeltlich zur Verfügung gestellt werden sollen. Wir haben ausdrücklich die sonstigen Minderbemittelten mit eingeschlossen, weil ja heute unter den Auswirkungen des Lohnstopps einzelne Arbeitergruppen mit ihren Löhnen schon unter den Fürsorgesätzen liegen.

Weiter verlangen wir in dem Antrage, daß den alten, gehunfähigen und alleinstehenden Leuten, die durch die öffentliche Fürsorge betreut werden, der Hastrand unentgeltlich frei Haus geliefert wird. Sie werden sich erinnern, daß im vorigen Jahre nach dem Zusammenbruch allerorts aus den Trümmern das Holz herausgesucht und in den angrenzenden Wäldern Leseholz gesammelt wurde. Wer waren diejenigen, die da nicht mitmachen konnten? Es waren arme alte Frauen, arme alte Väter, die bei ihrem körperlichen Zustände dazu nicht fähig waren und die auch keine Angehörigen hatten, die sich daran hätten beteiligen können. Da wir heute wieder einigermaßen geordnete Verhältnisse im Staatswesen haben, ist es unsere Pflicht, dafür zu sorgen, daß diesem Personenkreise geholfen wird. Wir müssen dafür sorgen, daß die Not im kommenden Winter nach Möglichkeit gemildert wird, und daß dabei die Versorgung der alten und kranken Leute mit Hausbrand an erster Stelle steht, ist durchaus verständlich. Wir bitten das Hohe Haus, unserem Antrage zuzustimmen.

Abg. Bauer (KPD):

Meine Damen und Herren! Ich habe zu zwei Problemen kurz etwas zu sagen. Beide Probleme berühren eine Partei, die hier sitzt: die LDP. Wenn es sich darum handelt, für das Volk auf neuen Wegen etwas zu schaffen, dann ist die LDP immer jene Partei, die offen und ungeniert die Interessen der Reaktion und des Großkapitals vertritt. Das haben wir vom ersten Tage an erlebt, und wir haben es bestätigt gefunden im Verfassungsausschuß. Wir finden es erneut bestätigt in dem Abänderungsantrage der Fraktion der LDP und haben es schließlich auch bestätigt erhalten durch einen Artikel, den ein Mann — Herr Dr. H. Ilau —, der während zwölf Jahren Nazi Herrschaft an der „Frankfurter Zeitung“ Wirtschaftsredakteur gewesen ist, in der Halbmonatsschrift der Liberal-Demokratischen Partei „Die Brücke“ veröffentlicht hat. In diesem Artikel wird der Sozialismus faktisch gleichgestellt mit dem Nationalsozialismus; denn in diesem Artikel steht der herrliche Satz:

„Man ersetze nun „Klasse“ durch „Rasse“, und man wird erkennen, wie sehr zwei sozialistische Ideologien, die sich bis aufs Messer bekämpften, sich darin gleichen, daß sie der menschlichen Vernunft die Allgemeingültigkeit absprechen und damit die Axt an alle menschliche Kultur und Gesittung legen.“

(Hört! Hört! bei der KPD)

Diese Herren genießen sich niemals, offen ihre Meinung zu bestimmten Dingen zu sagen; sie wollen immer das Gestrige aufrechterhalten. Immer dann, wenn irgendeine Möglichkeit sich ergibt, gegen irgend jemand zu hetzen, um damit die wahren Verantwortlichen zu decken, da sind sie auch da. Das gilt auch für das Problem der Kriegsgefangenen. Ich möchte dazu namens meiner Partei ganz offiziell folgendes erklären:

Wir wünschen, wie jeder andere auch, daß jeder Kriegsgefangene schnellstens zurückkommt.

Zweitens: Wir werden jeden Antrag unterschreiben, der in würdiger Form an alle Mächte, die jetzt noch Kriegsgefangene zurückhalten, die Bitte richtet, die Kriegsgefangenen schnellstens zurückzuschicken.

Darüber hinaus beantragen wir, die Verfassungsberatende Landesversammlung möge an alle Besatzungs-

Hauer

müchte ein Schreiben richten, in dem — wiederum in würdiger Form — diesen Besatzungsmächten die Bitte unterbreitet wird, daß eine Liste aller der Personen veröffentlicht wird, die sich heute noch in Kriegsgefangenschaft befinden.

Denn ich weiß positiv, daß viele Hunderttausende, deren Angehörigen immer noch auf die Rückkehr warten, einfach nicht zurückkehren können, weil sie bei Stalingrad und an anderen Orten um ihr Leben gekommen sind. Die Nazibehörden aber haben ihre Angehörigen nicht davon benachrichtigt, daß sie gefallen sind. Es würde damit ganz zweifellos, nachdem der erste Schock überwunden sein wird, eine gewisse Beruhigung in den Kreisen der Angehörigen einziehen.

Aber, verehrte Anwesende, wenn ich an die andern appelliere — Sie werden in meinen Interpellationen immer wieder die gleiche Linie finden —, dann muß ich gleichzeitig auch die Frage aufwerfen, wie es denn bei uns selber aussieht. Verehrte Anwesende, sind wir denn schon in der Lage, diese Millionen von Kriegsgefangenen, wenn sie jetzt zurückkommen würden, aufzunehmen und ihnen, die eine solche harte und schwere Zeit haben durchmachen müssen, ein menschenwürdiges Leben zu sichern?

(Zuruf: Jedenfalls ein besseres, als in Rußland!)

— Das bezweifle ich nebenbei. Und außerdem ist das nicht die Frage. Die Frage, auf die ich eingehen will, ist diese, daß wir zum Beispiel vor Monaten im Beratenden Landesausschuß den Antrag gestellt hatten, daß den Kriegsgefangenen, die aus der amerikanischen Kriegsgefangenschaft zurückgekommen waren, die Schecks ausgezahlt werden sollten, die den Lohn darstellen für die Arbeit, die sie drüben geleistet haben. Es ist uns damals versprochen worden, daß das geschehen werde. Aber bis heute ist an diesem Zustande nichts geändert worden.

Wir werden draußen nichts erreichen, wenn wir einerseits — und damit möchte ich schließen — die Politik treiben, die die LDP hier immer und immer wieder propagiert. Wir werden unsere Kriegsgefangenen restlos zurückerhalten erst dann, wenn die Welt wirklich Vertrauen zu uns gewonnen hat. Und wir sollten darüber hinaus an die Lösung der Frage herangehen, wie wir unsere Kriegsgefangenen hier empfangen und sie in den Wirtschaftsprozeß und in das übrige Gemeinschaftsleben unseres Volkes wieder eingliedern können.

Wir werden heute auch unsern Antrag erneuern, der fordert, daß den aus amerikanischer Kriegsgefangenschaft zurückgekehrten Soldaten ihr Geld ausgezahlt wird, und ich bitte Sie, diesen Antrag zu unterstützen.

Arbeitsminister Müller:

Meine Damen und Herren! Der Geschäftslage des Hauses Rechnung tragend möchte ich mich auf wenige Bemerkungen, auf einige wichtige Punkte beschränken. Ich darf zunächst Stellung nehmen zu dem Antrage der Fraktion der CDU Nr. 28 der Drucksachen Abteilung I und darf Ihnen dabei folgendes mitteilen:

In Ergänzung bzw. in Ausführung des Kontrollratsgesetzes Nr. 18 bezüglich der Wohnraumbeschaffung hatte das Großhessische Staatsministerium eine Ausführungsverordnung entworfen und beschlossen, die der Militärregierung zur Genehmigung unterbreitet wurde. Die Verhandlungen mit der Militärregierung über diese Ausführungsverordnung sind noch nicht abgeschlossen. Die Militärregierung stellt sich auf den Standpunkt, daß die Kontrollratsgesetze an sich einer weiteren Auslegung bedürfen. Die Verhandlungen sind aber noch nicht abgeschlossen, und es steht zu erwarten, daß wir in Kürze doch noch solche Ausführungsbestimmungen zu dem Kontrollratsgesetz Nr. 18 im Einvernehmen mit der Militärregierung werden erlassen können.

Gleichzeitig sind Ausführungsbestimmungen auch vom Länderrat in Stuttgart entworfen worden, und der Sozialpolitische Ausschuß des Länderrats hat vorgestern dazu Stellung genommen. Der Entwurf dieser Ausführungsbestimmungen liegt jetzt beim Rechtsausschuß, der sich mit der Militärregierung in Verbindung setzen und darum nachsuchen soll, daß diese Ausführungsverordnung für die gesamte amerikanische Zone genehmigt und in Kraft gesetzt wird.

Wir stehen auf dem Standpunkte, daß es notwendig ist, zu dem erwähnten Kontrollratsgesetz eine Ausführungsverordnung zu erlassen, damit den Wohnungsbehörden bestimmte Grundlagen und Richtlinien an die Hand gegeben werden können.

Ich möchte infolgedessen zu der Ziffer 2 des Antrags Nr. 28 sagen, daß es mir nicht ratsam erscheint, die Verordnung vom 29. Juni 1946 wieder aufzuheben, bevor nicht diese Ausführungsverordnung erlassen ist. Denn ich glaube, daß dann auf der anderen Seite — wir haben diese Beobachtung in weitestgehendem Umfang gemacht — Anträge und Klagen vor allen Dingen aus belasteten Kreisen eingereicht werden, an deren Durchführung wir aus allgemeinen Gründen kein Interesse haben können. Ich hoffe jedoch, daß die Verhandlungen wegen der Ausführungsverordnung nunmehr baldigst zum Abschluß kommen werden. Dann wird es möglich sein, die Verordnung vom 29. Juni 1946 außer Kraft zu setzen.

Die zweite Angelegenheit, auf die ich kurz eingehen möchte, ist die von dem Berichterstatter, Herrn Abg. Stock, erwähnte Zahl der Empfänger von Arbeitslosen-Unterstützung. Auch hier darf ich Ihnen mitteilen, daß der Sozialpolitische Ausschuß des Länderrats vorgestern eine Verordnung über die Arbeitslosen-Unterstützung angenommen hat, die dem Länderrat bzw. den Kabinetten zur Beschlußfassung vorgelegt wird. Damit wird, soweit von der Militärregierung der Ausgleichsstock freigegeben wird, die Möglichkeit geschaffen, daß wir mit Wirkung vom 1. November dieses Jahres ab — die Regelung wird befristet sein bis zum 31. März 1947 — imstande sein werden, den Arbeitern, die arbeitslos werden, auf Grund dieser Verordnung eine Arbeitslosenunterstützung zu zahlen und damit die allgemeine öffentliche Fürsorge zu entlasten. Auch diese Verordnung wird dem Sozialpolitischen Ausschuß noch zugeleitet werden.

Was das Arbeitsverpflichtungsgesetz anlangt — nachdem die Vorlage vom Kabinett beschlossen worden war, hatte sich auch der Beratende Landesausschuß mit dieser Frage schon beschäftigt —, so sind auch hier die Verhandlungen mit der Militärregierung noch im Gange. Wir hoffen, daß diese Verordnung jetzt raschestens von der Militärregierung genehmigt werden wird. Damit wird sie dann rechtswirksam werden. Über die Notwendigkeit des Erlasses einer solchen Verordnung brauche ich, nachdem diese Notwendigkeit von allen Parteien anerkannt worden ist, weitere Ausführungen wohl nicht zu machen.

Meine Damen und Herren! Zu dieser Frage der Fürsorgesätze, der Löhne und der Preise darf ich Ihnen kurz folgendes sagen: Der Herr Abgeordnete Richter hat bereits die Kosten der Lebenshaltung unter Zugrundelegung der Lebensmittelpreise auf Grund der Markenzuteilung und unter Berechnung eines minimalen Aufwandes für Gemüse, Licht, Heizung und Miete auf den wöchentlichen Satz von 45.04 RM errechnet, der für eine vierköpfige Familie unerlässlich zum Leben ist. Alle anderen Bedürfnisse sind in dieser Rechnung ausgeschaltet, und es war zwingende Notwendigkeit, dem Rechnung tragend, die Fürsorgesätze zu erhöhen. Ich darf Ihnen hier mitteilen, daß nach den gestern in Stuttgart im Wohlfahrtsausschuß abgegebenen Erklärungen sich auch die anderen Länder dem anschließen, wie auch nach einer Mitteilung des Senats

von Bremen dort gleichfalls die Absicht besteht, eine Erhöhung der Richtsätze durchzuführen, weil sie unerlässlich notwendig ist. Andernfalls würden wir diese Menschen allmählich zum Hungertod zwingen.

Aber der Herr Abgeordnete Richter hat vollkommen recht, wenn er auf die Löhne und Preise hingewiesen hat und zum Ausdruck brachte, daß es nicht unser Ziel sein kann, eine allgemeine Lohnbewegung zu entfesseln, damit das allgemeine Lohngefüge weitgehend ins Schwanken zu bringen und einen Wettlauf zwischen Löhnen und Preisen herbeizuführen. Wir haben im Sozialpolitischen Ausschuß — und das ist auch die Auffassung des Kabinetts — zum Ausdruck gebracht: entscheidend muß sein, daß wir auf der Preisebene ansetzen müssen, wenn nicht sozialpolitische Gefahren, aber auch politische Gefahren weitgehenden Umfanges die Folgeerscheinungen sein sollen, wenn es zu einem Wettlauf zwischen Preisen und Löhnen kommen sollte. Das Kabinett hat sich mit der Frage sehr ernstlich beschäftigt und vor allen Dingen im Hinblick auf die Kontrolle der Preise, eine Vorlage betr. Preisüberwachung und Preisbildung beschlossen, die zurzeit der Militärregierung zur Genehmigung unterbreitet ist.

In Stuttgart wurde auf Grund der Tatsache, daß wir eine Anzahl von Löhnen einer Korrektur unterziehen müssen, vorgestern seitens der zuständigen Stelle der Militärregierung darauf hingewiesen, daß in Berlin Verhandlungen abgeschlossen worden sind, die erlauben werden, daß gewisse Korrekturen bei Löhnen durchgeführt werden können. Wir müßten jedoch noch die entsprechenden schriftlichen Unterlagen seitens der Militärregierung erhalten. Es wird dabei darauf ankommen, zu prüfen, welche Auswirkungen die Fürsorgesätze, auch hinsichtlich ihrer Begrenzung, auf die Löhne, sagen wir auf die schlechten Löhne haben, um dann zu einem Lohnniveau zu kommen, das nicht mehr die Gefahr in sich birgt, daß zwischen Fürsorgersätzen und Löhnen eine Spanne bzw. eine Überschneidung besteht, die sich ungünstig auf den Anreiz zum Arbeiten auswirken könnte. Diese Möglichkeiten sind uns in Aussicht gestellt seitens der Militärregierung, und wir hoffen, daß sie bereits in den nächsten Tagen in amtlicher Form uns mitgeteilt werden.

Meine Damen und Herren! Es wurde im Sozialpolitischen Ausschuß auch die Frage aufgeworfen, und der Herr Abgeordnete Stock hat darauf hingewiesen: Wie wird es werden mit der Winterbrandversorgung vor allen Dingen der bedürftigen Schichten? Ich möchte auch hier ganz kurz erwähnen, daß sich das Kabinett vor längerer Zeit mit dieser Frage beschäftigt hat und daß Überlegungen im Gange sind, gerade den Minderbemittelten, Fürsorgeempfängern und Rentnern in einer Form zu Hilfe zu kommen, damit sie bei der Eindeckung mit Winterbrand und Kartoffeln eine bestimmte Beihilfe erhalten können. Entsprechende Vorschläge werden dann noch der Beratung des Sozialpolitischen Ausschusses unterliegen.

Meine Damen und Herren! Ich möchte auf die Frage des Versorgungsgesetzes, über die Herr Abgeordneter Stock bereits berichtet hat, nicht näher eingehen. Ich glaube, es besteht ja keinerlei Meinungsverschiedenheit über ihre Notwendigkeit. Daß sie nicht in dem früheren Umfang durchgeführt werden kann, ergibt sich nicht nur aus der Finanzlage des Staates, sondern auch aus der Tatsache, daß uns seitens der Militärregierung bestimmte Schranken gesetzt sind. Ich möchte aber ganz kurz hinzufügen, daß die Verordnung über die Arbeitsvermittlung und den Arbeitseinsatz der Schwerbeschädigten ebenfalls abgeschlossen und beschlossen ist, daß in Abänderung der früheren Prozentsätze in der neuen Verordnung wesentlich höhere Richtsätze für die Einstellung von Schwerbeschädigten festgelegt sind und diese Verordnung nur noch der Genehmigung der Militärregierung bedarf. Diese Ver-

ordnung wird auf die ganze amerikanische Zone ausgedehnt, nachdem sie im Sozialpolitischen Ausschuß des Länderrats beschlossen worden ist. Auch darüber werden noch dem Sozialpolitischen Ausschuß hier Unterlagen zugehen.

Ich darf dann zum Schluß noch ein kurzes Wort sagen zu der Frage der Sozialversicherungsreform. Die Herren Abgeordneten Richter und Stock haben bereits darauf hingewiesen. Ich möchte Sie nur um eines bitten, nicht nur das Gestern und Heute, sondern auch das Morgen und Übermorgen zu sehen. Darüber besetzt wohl kein Zweifel: unsere allgemeine wirtschaftliche Entwicklung wird uns nicht mehr erlauben, in einem Umfange die Versorgung seitens und mit Hilfe einer florierenden Industrie und Wirtschaft in einem Umfange durchzuführen, daß wir auch seitens des Staates die erforderlichen Mittel für die Sozialversicherung werden zur Verfügung stellen können. Wir müssen damit rechnen — und das ist ja auch an sich die Anweisung der Militärregierung —, daß die Sozialversicherung normalerweise sich selbst tragen soll, und von diesem Gesichtspunkt ausgehend muß die Sozialversicherung das Gemeinschaftswerk sein, in dem es keine Bevorrechtigten geben kann, sondern jeder nach seinem Leistungsvermögen hierzu verpflichtet sein muß.

(Sehr gut! bei der SPD)

Das muß der Leitgedanke dabei sein. Deswegen müssen wir, wenn wir die Leistungen erhalten wollen mit dem Ziel, sie noch verbessern, bestrebt sein, durch die Vereinheitlichung die innere Leistungsfähigkeit der Sozialversicherung unter allen Umständen zu stärken, und das ist nur auf diesem Wege möglich. Ich darf Sie daran erinnern, daß Staatssekretär Posadowsky schon 1896 erklärte: Wenn das Reich noch einmal dazu übergehen müßte, eine Sozialversicherung neu ins Leben zu rufen, dann würde es nicht mehr die Zersplitterung dulden, sondern eine einheitliche Sozialversicherung schaffen, und ich glaube, wir sind verpflichtet, das, was die Sozialversicherungsreformer in den ganzen Jahrzehnten vor uns erstrebt haben, heute vor allem unter Berücksichtigung der allgemeinen Wirtschaftsverhältnisse und der Perspektiven, die wir dabei keinesfalls außer acht lassen dürfen, nun in die Tat umzusetzen, damit ein festes Fundament geschaffen wird, auf dem die nach uns kommende Generation aufbauen kann. Von diesem Gesichtspunkt aus bitte ich Sie die Sozialversicherungsreform zu betrachten und dementsprechend auch Ihren Entschluß zu fassen.

Präsident:

Meine Damen und Herren! Nach der Geschäftsordnung hätte jetzt der Herr Abgeordnete Stock das Wort. Nun hat der Herr Abgeordnete von Brentano noch nachträglich ums Wort gebeten. Ich mache darauf aufmerksam; sobald einer der Herren Minister sich zum Wort meldet, und zwar als Letzter in der Rednerreihe, gilt die Debatte als neu eröffnet. Ich hoffe jedoch mit Rücksicht auf die Zeit, daß niemand mehr davon Gebrauch macht.

Abg. von Brentano (CDU):

Meine Damen und Herren! Ich will Ihre Zeit nicht lange in Anspruch nehmen, aber wir sind der Meinung, daß die Ausführungen des Herrn Kollegen Bauer zur Flüchtlingsfrage nicht unwidersprochen bleiben können. In einem Punkt, glaube ich, ist das deutsche Volk über die Parteien hinaus einig: in dem Wunsch, daß unsere Kriegsgefangenen so bald wie irgend möglich zurückkehren mögen, und es ist mir nicht verständlich, daß ein Mitglied dieses Hauses hier die Frage aufwirft, ob wir in der Lage seien, diese Heimkehrer aufzunehmen. Wenn diese Frage hier schon gestellt wird und aus diesem Hause dann in die Öffentlichkeit dringt, was wird die Öffentlichkeit von einer

von Brentano

solchen Einstellung halten? Es handelt sich bei der Rückkehr der Kriegsgefangenen nicht um ein arbeitspolitisches und sozialpolitisches Problem, sondern um ein menschliches Problem.

(Allgemein: Sehr richtig! —)

Abg. Bauer: Es handelt sich aber auch nicht um ein politisches Problem, um gegen eine bestimmte Weltanschauung immer Kapital herauszuschlagen. Das muß ein für allemal aufhören!

— Herr Kollege Bauer, Sie können nachher zu meinen Ausführungen Stellung nehmen. Ich rede nicht von einer Weltanschauung und rede nicht von Kriegsgefangenen, die von einer Nation zurückgehalten werden. Ich empöre mich darüber, daß hier die Frage gestellt wird: Sind wir in der Lage, unsere deutschen Männer, die wir zurückerwarten, hier aufzunehmen? Es handelt sich, wie ich sagte, nicht um ein arbeitspolitisches, sondern um ein menschliches Problem. Hier warten Frauen auf ihre Männer, warten Kinder auf ihre Väter, und hier warten Eltern auf ihre Söhne. Das habe ich für nötig gehalten in aller Öffentlichkeit auszusprechen. Das deutsche Volk weiß, daß es nichts verlangen kann, es kann aber darum bitten, daß die Kriegsgefangenen, wo sie auch zur Zeit sind, sobald wie möglich zurückkommen, und da gibt es keine Erwägung für uns, ob es uns möglich ist, diese Leute in den Produktionsprozeß einzugliedern. Diese Frage zu lösen werden wir dann auch in der Lage sein.

(Stürmischer Beifall bei der CDU)

Präsident:

Es hat zunächst der Herr Abgeordnete Euler ums Wort gebeten und dann Herr Bauer. Nachdem wir Herrn Brentano gehört haben, können wir den andern Herren das Wort nicht verweigern.

Abg. Euler (LDP) — Unkorrigiertes Stenogramm —:

Ich möchte nur kurz das Wort ergreifen, um den unsachlichen Angriff des Herrn Abg. Bauer auf die LDP zurückzuweisen.

(Sehr richtig! bei der LDP)

Ich hatte lediglich einen kurzen Hinweis gegeben auf Zustände, die heute allgemein bekannt sind; und wenn sie auch die KPD nicht wissen will, das Volk weiß sie. Wir fühlen uns verpflichtet, die Dinge zur Sprache zu bringen. Wenn diese Zustände dem Herrn Abgeordneten Bauer unbekannt sind, so lade ich ihn gern nach Hersfeld ein, um sich dort nicht nur von dem Zustand dieser menschlichen Wracks zu überzeugen, sondern sich dort auch mit den Kriegsgefangenen an Ort und Stelle zu unterhalten. Dieser Hinweis auf Zustände, die dem ganzen Volk bekannt sind, rechtfertigt in keiner Weise die allgemeinen agitatorischen Bemerkungen des Herrn Kollegen Bauer. Reaktion ist ein Wort, mit dem von 1933 bis 1945 Goebbels und seine Helfershelfer den Sinn des deutschen Volkes verwirrt haben, und heute wird dieses selbe Wort in einer andern Besatzungszone gebraucht, um die gleiche Propaganda zu treiben, wie wir sie aus den letzten 12 Jahren kennen. Wenn wir deshalb als Reaktionäre bezeichnet werden, weil wir uns dem widersetzen, daß die Zustände von gestern in irgendeiner andern Form wiederkehren, dann tragen wir diesen Namen als Ehrennamen.

(Beifall bei der LDP)

Abg. Bauer (KPD):

Auch Sie, meine Herren von der LDP, werden sich einmal an die Wahrheit gewöhnen müssen. Sie werden nicht als Reaktionäre deswegen bezeichnet, weil Sie verhindern wollen, daß das Gestern wieder kommt, sondern weil Leute von gestern ihr Hemd gewechselt haben und unter dem

Deckmantel der Demokratie das Vorgestern wieder errichten wollen, das Vorgestern, das so aussieht: Wirtschaft ist lediglich eine Angelegenheit des Rechenstifts. Solange Männer ihrer Partei solche Parolen vertreten, wie sie — ich habe sie in Gegenwart auch Ihrer Kollegen im Verfassungsausschuß dieses Hauses verlesen — Ihr großer Theoretiker

(Zuruf links: Der einzige Sachverständige!)

vor 14 Tagen in der „Frankfurter Rundschau“ vertreten hat — die ganze übrige Welt versteht überhaupt nichts von der Wirtschaft; nur die LDP selbstverständlich —, solange Sie solche Dinge vertreten lassen und vertreten, solange werden Sie sich noch ganz andere Dinge sagen lassen müssen. Wenn ich Sie angegriffen habe, so deswegen, weil Sie versuchen, mit dem Kriegsgefangenenproblem Kapital für Ihre Partei herauszuschlagen, um Ihre wahren Absichten zu verschleiern.

(Zurufe: Pfui!)

Wenn Sie bereit sind, mit allen gemeinsam zu arbeiten an einer wirklichen Lösung des Kriegsgefangenenproblems auf sachlicher Basis, dann bin ich sofort dabei. Wenn man sich aber aus den Kriegsgefangenen nur diejenigen herausucht, die bereit sind, in den Versammlungen Ihrer Partei zu sprechen, um gegen ein bestimmtes Wirtschaftssystem zu hetzen, dann werden wir Sie auf Schritt und Tritt demaskieren und werden Sie als das bezeichnen, was Sie sind: als Reaktionäre, die das kapitalistische System am Leben erhalten wollen. Daran ist nichts zu rütteln.

Herr Kollege von Brentano, zu Ihnen möchte ich in etwas anderer Form sprechen. Sie haben mich scharf angegriffen. Das liegt aber wohl — ich kenne Sie ja seit langem sehr gut — an einem Mißverständnis. Ich habe nicht gesagt, daß die Kriegsgefangenen solange drüben bleiben sollen, bis wir hier das Problem gelöst haben. Ich habe mich nur dafür ausgesprochen, daß wir bereits jetzt anfangen sollten, uns mit diesem Problem zu befassen und nicht erst dann, wenn die Kriegsgefangenen heimgekehrt sind. Wir sollten uns jetzt schon überlegen, wie wir sie aufnehmen können, damit sie hier nicht monatelang als Arbeitslose herumlaufen in schlechter Kleidung, damit sie das erhalten, was ihnen zusteht, daß ihnen zum Beispiel auch das Geld zufließt, das sie sich erarbeitet haben. Dieses Geld müssen sie sofort erhalten, nicht erst nach Monaten. Ich glaube, da gibt es nicht die geringste Differenz zwischen uns.

Präsident:

Meine Damen und Herren! Die Wogen der Erregung gingen hoch. Jedoch ich glaube wohl sagen zu können, daß trotz dieser Erregung das ganze Haus darin sich einig ist, daß wir alle nichts sehnlicher wünschen, als dies, daß unsere Kriegsgefangenen, ganz gleich, wo sie sich befinden, möglichst schnell nach Hause kommen.

(Allgemeines „Sehr richtig!“)

Diese Auffassung soll gelten nicht nur nach innen, sondern auch nach außen.

Ich will dem Herrn Berichterstatter nicht vorgreifen. Das Wort hat der Herr Abgeordnete von Brentano.

Abg. Dr. von Brentano:

Die von dem Herrn Abg. Bauer abgegebene Erklärung veranlaßt mich zu einer Feststellung. Ich weiß nicht, wie die Ausführungen des Herrn Kollegen Bauer von den übrigen Kollegen aufgenommen worden sind. Wenn die Dinge aber vom Herrn Kollegen Bauer so gemeint waren, wie er es jetzt in seiner Erklärung dargestellt hat, dann ist auch die Kritik, die ich an seinen Ausführungen geübt habe, nicht richtig gewesen. Ich stehe nicht an, zu er-

klären, daß ich es bedauern würde, Kritik in dieser Form geübt zu haben, wenn es sich um ein Mißverständnis handelt. Im übrigen stehe ich zu dem, was ich gesagt habe, und ich begrüße es, daß wir alle uns einig sind in dem einen Wunsche, daß die Kriegsgefangenen, gleichgültig, wo sie sich befinden, so schnell als möglich heimkehren möchten.

Berichterstatter Abg. Stock (SPD):

Ich werde mich ganz kurz fassen,

(Zuruf von der CDU: Hoffentlich! — Heiterkeit)

so daß auch der Herr Kollege Bauer keinen Anlaß finden wird, noch Einwendungen zu machen.

Ich hätte nicht geglaubt, daß die Frage der Kriegsgefangenen hier irgendwelche Gegensätzlichkeiten hervorrufen würde. Wir haben diese Frage im Ausschuß einträchtig behandelt, wie auch die andern Dinge, und wir haben Ihnen deshalb diese Erklärung zur Annahme empfohlen, die von allen Parteien ohne weiteres akzeptiert werden kann. Wenn die Ausführungen, die ich dazu machen mußte, den Eindruck erweckt haben, als hätte ich mich irgendwie gegen ein bestimmtes Land richten wollen, kann muß ich erklären, daß das nicht zutrifft. Wir haben lediglich die Tatsache als solche feststellen wollen. Ich schließe mich der Auffassung des Herrn Präsidenten an, daß es unser aller Wunsch ist, unsere Kriegsgefangenen möchten recht bald alle nach Hause zurückkehren, ganz gleich, in welchem Lande sie sich befinden. Der Herr Kollege Bauer hat die Frage aufgeworfen, ob wir jetzt schon die Möglichkeit hätten, die Kriegsgefangenen aufzunehmen. Das dabei aufgekommene Mißverständnis ist geklärt worden. Ich will in die Debatte selbst nicht eingreifen. Wenn es so verstanden worden sein sollte, als habe der Ausschuß es zur Vorkondition gemacht, dann müßte ich erklären, daß der Ausschuß gegen diese Auffassung sich gewendet hätte.

Im übrigen darf ich nur noch eines sagen: So einträchtig, wie die Kriegsgefangenenfrage besprochen worden ist, so einträchtig sind im Sozialpolitischen Ausschuß auch die andern Dinge: die Versorgung der Kriegsbeschädigten und die Versorgung der Kriegshinterbliebenen erledigt worden.

Daß in der Frage der Sozialversicherung heute hier eine Spaltung aufgekommen ist, die im Sozialpolitischen Ausschuß nicht zu verzeichnen gewesen ist — nur der Vertreter der LDP hatte erklärt, daß er zunächst mit seiner Fraktion Rücksprache nehmen müsse, bevor er zu dieser Frage Stellung nehmen könne —, bedauere ich im Interesse des Aufbaues und der Entwicklung der Sozialversicherung ganz außerordentlich. Ich glaube, wir alle sollten uns die Worte, die der Herr Minister in dieser Angelegenheit gesprochen hat, zu Herzen nehmen, ehe man in der Abstimmung die Auffassung des Sozialpolitischen Ausschusses etwa ablehnt.

Präsident:

Ich schließe die Besprechung. Wir kommen zur Abstimmung. Ich lasse zuerst abstimmen über den Abänderungsantrag der LDP, den ich nochmals verlese:

Die Verfassungberatende Landesversammlung Groß-Hessen wolle beschließen:

1. In Ziffer 1 des Antrags sind die Worte „für das gesamte Volk“ zu streichen.
2. Ziffer 2 des Antrags lautet:
Zu diesem Zwecke ist hinsichtlich des Umfanges der Versicherung sowie ihres organisatorischen Aufbaues mit ihrer finanziellen Sicherung eine umfassende gesetzliche Neuregelung notwendig.

Präsident

Ich bitte die Damen und Herren, die für diesen Abänderungsantrag stimmen wollen, sich von ihren Plätzen zu erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Der Antrag ist mit 47 gegen 33 Stimmen abgelehnt.

Wir kommen nun zu den Anträgen Nr. 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10 und 11, außerdem zu den Anträgen Nr. 18, 28, 35 und 36. Es handelt sich dabei zum Teil um Anträge, zum Teil um Anfragen. Soweit diese Anträge und Anfragen den Sozialpolitischen Ausschuß bereits beschäftigt haben, werden wir sie dem Staatsministerium zur weiteren Veranlassung zu gehen lassen. Soweit es sich um nachträglich eingereichte Anträge und Anfragen handelt, werden wir sie dem zuständigen Ausschuß überweisen.

(Zurufe)

— Es wird gewünscht, zunächst gesondert abstimmen zu lassen über den Antrag des Sozialpolitischen Ausschusses, unter Nr. 11 der Drucksachen Abt. II. Ich bitte die Damen und Herren, die für diesen Antrag stimmen wollen, sich von ihren Plätzen zu erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Ich stelle fest, daß der Antrag angenommen worden ist mit den Stimmen der SPD und KPD bei Stimmenthaltung der CDU und LDP.

Dann bitte ich die Damen und Herren, die damit einverstanden sind, daß die übrigen von mir verlesenen Anträge dem Staatsministerium bzw. dem zuständigen Ausschuß überwiesen werden, sich von ihren Plätzen zu erheben. — Einstimmig angenommen.

Damit wäre dieser Punkt der Tagesordnung erledigt. Wir kommen zu

Punkt 5 der Tagesordnung:

Bericht des Flüchtlingsausschusses.

Ich bitte dabei zu beachten, daß zu berücksichtigen sind die Anträge des Flüchtlingsausschusses unter Nr. 12 und 13 der Drucksachen Abteilung II.

Das Wort hat der Berichterstatter Herr Abg. Krüger.

Abg. Krüger (KPD) — Unkorrigiertes Stenogramm —:

Meine Damen und Herren! Ich werde mich bemühen, mich bei meiner Berichterstattung auf das Wesentliche zu beschränken. Der Flüchtlingsausschuß, dem als Sonderaufgabe die Unterbringung und Betreuung der Flüchtlinge gestellt ist, hat in drei Sitzungen zu dem Flüchtlingsproblem Stellung genommen. Der Vertreter der großhessischen Regierung, Oberregierungsrat Mann vom Ministerium für Arbeit und Wohlfahrt, legte uns einen umfassenden Bericht vor, der uns den gegenwärtigen Stand des Flüchtlingsproblems bekannt gab.

Wir haben in Groß-Hessen an Evakuierten, Flüchtlingen und Ausgewiesenen insgesamt 583 738 Personen aufgenommen, die sich aufteilen auf die drei Regierungsbezirke, und zwar Darmstadt mit 147 181, Kassel mit 221 613 und Wiesbaden mit 219 944 Personen. Ich möchte bemerken, daß dieser Stand am 31. Juli 1946 vorhanden war, mittlerweile sind Änderungen eingetreten. Das Aufnahme-Soll für Groß-Hessen von 610 000 Ausgewiesenen, die nun zu uns ins Land strömen und untergebracht werden sollen, ist Ihnen ja bekannt. Insgesamt sind es nun erst 311 900 Personen, die bisher in Groß-Hessen aufgenommen worden sind. Es müssen demnach noch zirka 48 Prozent aufgenommen werden. Der Vertreter der Regierung hat allerdings schon darauf hingewiesen, daß die Zahl der noch zu erwartenden Flüchtlinge aller Wahrscheinlichkeit nach herabgesetzt wird. Es ist jedoch noch keine genaue Zahl festgelegt. Wünschen wir, daß es den Verhandlungspartnern gelingt, zu Gunsten unseres Landes eine Lösung zu finden!

In der zweiten und dritten Sitzung des Flüchtlingsausschusses wurde eingehend über das Problem diskutiert, das in der Flüchtlingsfrage ansteht. Als Grundlage

Krüger

wurde ein Antrag der LDP genommen, der vom Plenum dem Ausschuß überwiesen wurde. Ich möchte nur das herausgreifen, was von besonderer Bedeutung ist, und mich dann darauf beschränken, Ihnen die Entschliebung bekanntzugeben, worin ja in einzelnen Details das ganze Problem aufgezeigt ist. Die Entschliebung des Ausschusses teilt sich in zwei Abschnitte, und zwar in einen Abschnitt für die Durchführung der Sofortmaßnahmen zur Verminderung der Not der Flüchtlinge und in einen zweiten Abschnitt zur Planung auf lange Sicht, um eine Dauerlösung dieses Problems herbeizuführen. Es wurde festgestellt durch die Berichterstattung der Regierungsvertreter, einmal durch den Staatskommissar, zum anderen durch die Regierungskommissare, daß sehr große Schwierigkeiten bei der Lösung des Problems bestehen und daß alles getan wurde, um einigermaßen dieses Problems Herr zu werden. Es wurde aber im Verlauf der Diskussion innerhalb des Ausschusses herausgestellt, daß nicht immer die notwendige organisatorische Zusammenfassung aller auf diesem Gebiet tätigen Kräfte stattgefunden hat. Aus diesem Grunde haben wir auch in unserer Entschliebung vorgeschlagen, daß man alle Organisationen, und alle Stellen, seien sie amtlicher oder privater Natur, zusammenfassen soll für die Lösung dieses Problems. Es wurde auch darauf hingewiesen, daß draußen einige Wohlfahrtsorganisationen sehr rührig und tätig sind, aber oftmals wirkt sich die Tätigkeit nicht zu Gunsten der zu Betreuenden aus und ist zu einem Konkurrenzkampf zwischen diesen Einzelorganisationen ausgeartet. Es ist also notwendig, daß auch diese Wohlfahrtsorganisationen und Verbände, die sich zur Aufgabe gestellt haben, den Flüchtlingen zu helfen, sich tatsächlich nur abstellen auf die Betreuung und die Bekämpfung der Notlage dieser Neubürger. Es wurde deshalb von dem Ausschuß vorgeschlagen, ein Sozialamt zu schaffen, damit hier eine Konzentration aller dieser Kräfte erfolgt. Des weiteren wurde darauf hingewiesen, daß der Flüchtlingsausweis, der ja schon seit langem vorgesehen ist, nun zur Ausgabe kommen soll, und in der letzten Sitzung des Flüchtlingsausschusses wurde von dem Staatskommissar für das Flüchtlingswesen bekanntgegeben, daß dieser Ausweis bereits fertiggestellt ist und in den nächsten Tagen durch die Regierungs- bzw. Kreiskommissare zur Ausgabe kommen wird. Es wurde aber besonders herausgestellt, daß diese Flüchtlingsausweise nicht nur an die Ausgewiesenen aus dem Osten ausgegeben werden, sondern daß sie allgemein an alle Evakuierten gegeben werden müssen, weil ja der Evakuierte und Ausgebombte im Effekt in genau derselben Lage ist, wie der zu uns aus dem Osten gekommene Flüchtling. Genau wie dieser hat er alles verloren, und deshalb soll er auch den Flüchtlingsausweis erhalten. Alle diese sind dann berechtigt, die Sondermaßnahmen in Anspruch zu nehmen, die von seiten der Behörde für diese Neubürger bzw. Evakuierten und Ausgebombten getroffen werden.

Eine ziemlich umfangreiche Diskussion entstand auch über die Frage der Aufteilung des Wohnraumes. Sie wissen ja alle aus der Praxis, daß diese Frage immer im Mittelpunkt der Schwierigkeiten steht, die auftauchen, wenn Flüchtlinge in ein Dorf oder eine Stadt kommen. Hier wurde herausgestellt, daß eine gerechte Verteilung des Wohnraumes stattfinden soll, und ich möchte in Verbindung damit erwähnen, daß in der Entschliebung ein Wort geändert werden soll auf Grund der Absprache der einzelnen Fraktionen, und zwar soll es in e nicht heißen „gleichmäßige Aufteilung“, sondern „gerechte Aufteilung“ der vorhandenen Wohnraumfläche, damit nicht abgeleitet werden kann, daß nun jeder in einem Haus mit dem Zentimetermaß genau abmißt, was jeder Einzelne zu bekommen hat.

Auch wurde behandelt die Frage der bestehenden Heime

für die Aufnahme der alten Leute aus den Neubürgerkreisen und auch die Frage der Unterbringung von vagebündelnden Jugendlichen. Es wird Ihnen wohl auch bekannt sein, daß draußen im Lande sich des öfteren zeigt, daß in den Kreisen der kriminellen Jugend sich sehr viele Leute befinden, die aus Neubürgerkreisen stammen. Um sie aufzunehmen, sozial zu betreuen und sie zu erziehen, wird vorgeschlagen, daß man Heime schafft. Es wird auch erwähnt, daß es hier und da noch Häuser gibt, in denen genügend Platz vorhanden ist, um die alten oder jungen Leute aufzunehmen, aber eine Regelung hat hier noch nicht Platz gegriffen, um diese Sache nun in Angriff zu nehmen. Aus diesem Grunde hat der Flüchtlingsausschuß mit dem Antrag Nr. 12, Drucksache 'Abteilung' II Ihnen vorgeschlagen:

Die Verfassungberatende Landesversammlung Groß-Hessen wolle folgenden Antrag annehmen:

Das Kabinett der Großhessischen Staatsregierung wolle beschließen, daß alle freistehenden und in Zukunft freierwerdenden Gebäude, Baracken und Anlagen zuerst dem Ministerium für Arbeit und Wohlfahrt zur Unterbringung von Flüchtlingen zur Verfügung zu stellen sind.

Es ist nämlich festgestellt worden, daß einzelne Behörden von sich aus über solche Heime verfügen, wenn sie durch die Besatzungsmächte frei werden, und es wäre zweckmäßig, daß, um die Neubürger, hauptsächlich die Kategorie, von der ich soeben gesprochen habe, unterzubringen, das Arbeitsministerium in erster Linie über die anderweite Verwendung dieser Gebäude verfügt.

Des weiteren wurde die Frage der Bezugsberechtigungsscheine diskutiert, und der Ausschuß war einmütig der Meinung, daß man nun endlich dazu kommen muß, nicht nur diese Bezugsberechtigungsscheine behördlicherseits auszugeben, sondern daß man auch die Voraussetzungen schaffen muß, daß diese Scheine beliefert werden. Wir kommen sonst in einen ähnlichen Zustand, in dem wir bis zum April waren, nämlich in eine sogenannte Bezugsscheinelation. Die Folge ist ein großer Unwille in der Bevölkerung und ein Mißtrauen gegen die Behörden, indem es nun heißt: Ich habe seit einem Jahr einen Bezugsschein und kriegen nichts dafür. Hier muß insbesondere auch daran gedacht werden, daß man die noch vorhandenen Lager von zurückgehaltenen Bedarfsgegenständen, Möbeln usw. nun endlich frei macht für die Betreuung dieser in Not befindlichen Menschen. Die meisten kommen ja nur mit dem an, was sie auf dem Leib tragen. Es fehlen ihnen Möbel, Ofen, worauf sie kochen können, und die Frage eines Ofens spielt innerhalb der Dorfgemeinschaft, in der die Neubürger untergebracht werden, eine bedeutsame Rolle. Sie wissen es wohl aus Ihrer eigenen Erfahrung auf dem Dorfe, daß meistens der Flüchtling in seinem Kampf um einen Ofen große Schwierigkeiten hat.

Die Herstellung von Betten, Schränken, Tischen und Stühlen hat bereits begonnen, und es wurde auch diskutiert über die Art und Form der neuen Möbel und besonders herausgestellt, daß man sich nicht beschränken soll auf ein neues Bett, das nur eine Breite von 70 Zentimetern aufweist, sondern man soll den Neubürgern auch in genügendem Maße Gelegenheit geben, ein Normalbett kaufen zu können, das eine Breite von 90 Zentimetern hat. Es wurde von seiten des Regierungsvertreters versichert, daß diesem Wunsche Rechnung getragen wird und mit der Herstellung auch schon begonnen wurde.

Es wurde weiter erwähnt, daß die Anrechnung des Vermögens bzw. des Bargeldes, das der Flüchtling mitbringt, nicht immer bei den Fürsorgestellten zugrundegelegt werden soll.

Insbesondere wurde herausgestellt, daß den Flüchtlingen das Vermögen belassen werden muß, das sie in

Krüger

den Stand setzt, sich wieder eine Existenz zu schaffen. Des weiteren wurde betont, daß die Flüchtlinge bei der Arbeitsvermittlung als Gleichberechtigte behandelt werden müssen. Es ist draußen in der Praxis leider so, daß die Neubürger bei der Vermittlung von Arbeitsplätzen von den Arbeitgebern nicht immer so berücksichtigt werden, wie es nötig wäre. Einmal wird gesagt, man könne es nicht verantworten, den Neubürgern eine Arbeitsstelle zuzuweisen, solange sie noch nicht denazifiziert sind, zum andern wird erklärt, daß in der Berufssparte, in die der betreffende Neubürger gehört, keine Beschäftigungsmöglichkeit vorhanden sei. Es ist vom Ausschuß einstimmig der Auffassung Ausdruck gegeben worden, daß bei der Einreihung dieser Menschen in den Produktionsprozeß ihre berufliche Eignung im Vordergrund stehen müsse, denn nur dann sei zu erwarten, daß durch ihren Arbeitseinsatz der produktive Effekt erzielt wird, den man erwartet. Es wurde weiter betont, daß man denjenigen Neubürgern, die in ihrer alten Heimat als selbstständige Handwerker tätig gewesen sind, die Möglichkeit bieten solle, in der neuen Heimat wieder einen handwerklichen Betrieb zu eröffnen. Auch hinsichtlich der Unternehmen ist das zum Ausdruck gebracht worden. In dieser Beziehung werden draußen von den Behörden des öfteren Schwierigkeiten gemacht. Es wurde besonders herausgestellt, daß man einem Neubürger nicht die Zuzugsgenehmigung verweigern dürfe, wenn in dem neuen Wohnort sich die Möglichkeit bietet, ihn entsprechend seinen beruflichen Fähigkeiten einzusetzen.

Es wurde weiter besprochen die Frage der Gleichstellung der Neubürger mit den Altbürgern in der Behandlung vor den Spruchkammern. Der Ausschuß ist einstimmig der Meinung, daß die Neubürger vor den Spruchkammern eine völlige Gleichberechtigung genießen müssen. Selbstverständlich ist nicht daran gedacht, daß solche Neubürger, die der NSDAP angehört haben und die auf Grund des Gesetzes eine Sühne in irgendeiner Form auf sich nehmen müssen, nun davon ausgenommen werden sollen. Es ist vielmehr so gedacht, daß man aus dem Kreise der Flüchtlinge heraus ein zentrales Organ bildet, dem die Beurteilung der einzelnen Leute zur Aufgabe gestellt wird. Die Beurteilung durch dieses Zentralorgan kann dann die Spruchkammer bei der Durchführung des Denazifizierungsverfahrens zugrunde legen. Jedenfalls kann es nicht so gehen, daß man einem Flüchtling, wie es geschehen ist, auf sein Bewerbungsschreiben antwortet, er müsse sich aus seiner alten Heimat den Nachweis verschaffen, daß er sich in den letzten 12 Jahren als politisch zuverlässig erwiesen habe. Einen solchen Nachweis zu erbringen wird den Flüchtlingen nicht möglich sein; darüber sind wir uns wohl alle klar. Auch diese Frage soll im Rahmen der Entschließung, deren Annahme Ihnen der Flüchtlingsausschuß empfiehlt, seine Erledigung finden.

Der Flüchtlingsausschuß legt besonderen Wert auch auf die beschleunigte Durchführung des Wohnungs-Notbauprogramms vom 7. 6. 1946. Dieses Programm ist Ihnen ja im Wortlaut bekannt, aber in der Praxis draußen hat es nur geringe Auswirkungen gehabt. Es kann auf Grund dieses Programms sofort mit der Errichtung neuer Siedlungen und Wohnstätten begonnen werden. Dabei soll in weitestgehendem Maße der genossenschaftliche Gedanke von Seiten der Behörden und der Regierung mit hereinbezogen werden. Soweit es notwendig ist, soll der Staat die Bürgerschaft übernehmen, damit die Neubürger sich ein neues Heim schaffen können.

Der Ausschuß ist ferner der Meinung, daß auch in der Zuweisung von Gartenland an die Neubürger weitgehendes Entgegenkommen gezeigt werden muß.

Abschließend kann ich sagen, daß der Flüchtlingsausschuß in drei Sitzungen sehr eingehend mit dem gan-

zen Problem sich beschäftigt hat. Er bittet die Landesversammlung, den Maßnahmen, wie sie in der Entschließung niedergelegt sind, zuzustimmen. Die Entschließung liegt Ihnen gedruckt unter Nr. 13 der Drucksachen, Abteilung II vor. Ich darf Sie bitten, diese Probleme mit dem Ernst zu behandeln, der ihm zukommt und der Entschließung, die Ihnen der Flüchtlingsausschuß vorgelegt hat, zuzustimmen.

Dabei darf ich noch darauf hinweisen, daß es unter Ziffer 1 Buchstabe c der Entschließung statt „Gleichmäßige Aufteilung“ heißen muß „Gerechte Aufteilung“.

Präsident:

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat der Herr Abgeordnete Bleek.

Abg. Bleek (LDP):

Meine Damen und Herren! Eine amerikanische Zeitung hat vor kurzem die zermalmende Gewalt der Atombombe mit dem ungelösten deutschen Flüchtlingsproblem verglichen und hat geschrieben:

„Hunger kann die Demokratie auffressen. Wer deshalb die Todeszone der Millionen Flüchtlinge nicht öffnen hilft, macht sich mitschuldig an einer in ihrem Umfang nicht übersehbaren Menschheitskatastrophe.“

Der Antrag, den meine Fraktion zur Flüchtlingsfrage eingebracht hat, will den Versuch machen, hier in unserm kleinen Gebiete die Diskussion dieser Frage in Gang zu bringen und von Seiten des Parlaments auf die Wege hinzuweisen, die uns geeignet erscheinen, die Schwere dieses Problems wenigstens etwas zu mildern. Wir dürfen mit Befriedigung feststellen, daß es uns im Verlaufe der Beratungen des Flüchtlingsausschusses gelungen ist, das herauszustellen, was uns mit dem Antrag am Herzen lag, nämlich klarzumachen, daß es sich hierbei um eine Angelegenheit des ganzen Volkes handelt, ohne Rücksicht auf die Parteien. Wir begrüßen es deshalb auf das wärmste, daß der Ausschuß Ihnen einen einheitlich formulierten Antrag zu dieser Frage vorlegen kann. Ich darf versichern, daß bei den Beratungen des Ausschusses besonders eindrucksvoll die übereinstimmende Meinung aller Beteiligten war. Ich glaube, die Öffentlichkeit wird aus dem Verlauf der Ausschußberatungen ersehen, wie sehr allen Parteien diese Frage am Herzen liegt. Sie wird es daraus mehr ersehen, als die Besetzung dieses Hohen Hauses bei der Beratung dieser wichtigen Frage vielleicht den Anschein erwecken könnte.

(Sehr richtig! bei der LDP)

Der Herr Berichterstatter hat Ihnen die Entschließung des Flüchtlingsausschusses im einzelnen bereits erläutert. Ich kann deshalb darauf verzichten, auf alle Einzelheiten einzugehen. Ich möchte nur wiederholen, daß es sich um drei Fragenkreise handelt: einmal um die Schaffung einer vorläufigen Organisation, die wir namentlich darin sehen, daß alle Stellen, die sich irgendwo und irgendwie mit der Flüchtlingsfrage beschäftigen, zu einem einheitlichen Körper zusammengefaßt werden, damit die Maßnahmen, die ergriffen werden, auch planmäßig und vernünftig ohne allzugroßen bürokratischen Aufwand durchgeführt werden können.

Zweitens handelt es sich um die Linderung der akuten Nöte: Wohnungsfrage, Versorgung mit den Gegenständen des täglichen Bedarfs, von denen ja die meisten Flüchtlinge so gut wie nichts mitbringen.

Drittens handelt es sich um die Eingliederung in das Berufsleben. Wir haben da manchen Schritt in Vorschlag gebracht, der radikal erscheinen mag. Ich darf zum Beispiel darauf hinweisen, daß in dem Antrage des Ausschusses die Forderung enthalten ist, daß bestehende Berufssperren zu Gunsten der Flüchtlinge aufgehoben werden. Man könnte vielleicht der Meinung sein, daß es

Blatt

zweifelhaft sein kann, ob man ohne die Zustimmung der Ärztekammer oder der Anwaltskammern die Niederlassung von Ärzten oder Anwälten aus den Kreisen der Flüchtlinge gestatten soll. Wir sind aber der Auffassung, daß die Unterbringung der Flüchtlinge in ihren Berufen an derartigen Hemmungen nicht scheitern darf und daß es, wenn man das Schicksal der Flüchtlinge sich vor Augen hält, immer noch besser ist, zwei teilen sich knapp in etwas, als daß der eine alles hat und der andere steht vor dem Tore und hat nichts.

Was die endgültigen Maßnahmen anlangt, so möchte ich darauf hinweisen, daß es uns wichtig erscheint, daß wir hier in unserem Hessenlande, wo wir ja Flüchtlinge überwiegend aus der Tschechoslowakei zugewiesen bekommen, die wertvollen Erfahrungen und das Können dieser Menschen in bestimmten Industriezweigen nicht untergehen lassen, sondern für uns verwerten. Ich denke da zum Beispiel an die Gablonzer Glasindustrie, die über eine alte Tradition und vor allen Dingen über weitreichende Erfahrungen auf dem Gebiet des Außenhandels verfügt. Es müßte möglich sein, diese Industrie in einem geschlossenen Bezirke unseres Landes anzusiedeln. Die Deutsche Außenhandelsbilanz würde damit eine wesentliche Belebung erfahren.

Es ist klar, daß mit einer planmäßigen beruflichen Lenkung der Neubürger manche persönliche Härte verbunden sein mag. Denn es wird damit für viele ein nochmaliger Wechsel des Wohnortes verbunden sein müssen: Sie sind jetzt in einem Orte untergebracht, an dem der Transport ausgeladen worden ist, und sie werden jetzt den Wohnort noch einmal wechseln müssen. Aber das muß eben in Kauf genommen werden, wenn sie auf diesem Wege endgültig in ihrem Berufe ein Unterkommen finden können.

Und nun gestatten Sie mir noch einige kurze Worte, die über den Antrag des Flüchtlingsausschusses hinausgehen. Ich sagte, daß wir uns darum bemüht haben, die Schwere des Problems etwas zu lindern. Aber wir haben trotzdem, nachdem wir diesen Antrag nach eingehender Beratung im Ausschuß angenommen haben, das Gefühl, daß eine endgültige Lösung des Problems uns überhaupt nicht möglich sein wird. Bedenken Sie: In einem Raume, der etwa drei Viertel des deutschen Gebiets vor 1938 umfaßt, sollen 70 Millionen Menschen untergebracht werden! Die Bevölkerungsdichte wird damit auf 200 Köpfe je qkm ansteigen. Nun wird man sagen, daß auch andere Länder eine solche Bevölkerungsdichte aufzuweisen haben. Aber man wird zum Beispiel Belgien mit seiner hochentwickelten Industrie nicht vergleichen können mit dem Deutschland, das nach dem Zusammenbruch des Nationalsozialismus uns verblieben ist, mit einer ganz anderen Wirtschaftsstruktur und mit einer Agrarverfassung, die es unmöglich erscheinen läßt, daß diese 70 Millionen Menschen auf dem eng zusammengedrängten Raum sich aus eigener Kraft ernähren. Bedenken wir, daß Deutschland schon früher an landwirtschaftlichen Produkten einen Einfuhrbedarf von rund 1,8 Milliarden RM hatte, und wir werden nicht zu hoch greifen, wenn wir annehmen, daß sich dieser Bedarf auf ungefähr das Doppelte erhöhen wird. Bedenken wir dann, daß es kaum möglich sein wird, bei der veränderten Struktur unserer Industrie eine derartige Einfuhr durch entsprechende Ausfuhr von industriellen Gütern zu bezahlen. Wenn wir rechnen, daß die Bevölkerung auf dem verengerten Reichsgebiet sich um 15 Millionen Menschen, die aus dem Osten und dem Südosten kommen, erhöhen wird, so erhebt sich in Berücksichtigung der wirtschaftlichen Dinge, die ich eben erwähnte, die Frage, ob nicht die Entscheidung, die in Potsdam über die Zuweisung der Gebiete östlich der Oder und der Neiße getroffen worden ist, einer Nachprüfung bedarf.

(Sehr richtig! bei der LDP)

Meine Damen und Herren! Wir sehen alle real und wissen, daß das deutsche Volk durch das Verschulden einer Regierung, die aus eigener Kraft zu beseitigen wir nicht verstanden haben, nur noch Objekt der Weltpolitik ist und daß wir auf außenpolitischem Gebiet Forderungen nicht zu stellen haben. Aber bei einer Frage, bei der es letztlich um die nackte Existenz geht, wird man uns wohl gestatten dürfen, Anregungen und Hinweise zu geben. Wir dürfen das um so mehr tun, als wir ja aus der Rede des amerikanischen Außenministers ersehen haben, daß die Frage der Grenzziehung im Osten in Potsdam nur eine vorläufige Entscheidung gefunden hat und daß die endgültige Entscheidung auf der Friedenskonferenz getroffen werden soll. Was Außenminister Byrnes gesagt hat, scheint mir und meinen Freunden eine Linie abzuzeichnen, die gewisse Hoffnungen für Deutschland offen läßt. Der Minister hat darauf hingewiesen, daß durch das Abkommen von Jalta, Polen die Gebiete östlich der Curzon-Linie hat abtreten müssen, so daß Polen nun einen Ersatz im Westen verlangt, daß aber über die Grenzen Polens erst entschieden wird, wenn die Friedensverhandlungen stattfinden. Um noch einmal an die Realpolitik zu appellieren: Kein Mensch in Deutschland wird verkennen, daß auf der anderen Seite dieser Forderungen das Land steht, das als erstes der Aggression Hitlers ausgesetzt gewesen ist; das Land, das wohl die meisten Blutopfer dem Hitler-Himmelschen Terrorismus hat bringen müssen. Darum werden wir schon anerkennen müssen, daß dieses Land nicht territoriale Verluste zugunsten des östlichen Nachbarn auf sich nehmen wird ohne jede Kompensation im Westen, wobei wir allerdings auf eines hinweisen müssen: daß durch die Ausweisung von rund einer Million Deutschen aus Gebieten, die vor dem 1. September 1939 zu Polen gekommen sind — denken wir namentlich an die frühere Provinz Posen und den früheren Korridor —, auch dort erheblicher Siedlungsraum für die Menschen östlich der Curzon-Linie gewonnen worden ist. Und so möchten wir hoffen und wünschen, daß diese Frage, die in der Tat eine vitale Frage für das deutsche Volk ist, eine Regelung findet, die letztlich erst die Lösung des Flüchtlingsproblems ermöglicht.

Meine Damen und Herren! Ich glaube, wir dürfen alle für uns in Anspruch nehmen, daß das nichts mit mißverständenen Lebensraumparolen zu tun hat, sondern daß wir der Meinung sein könnten, daß die Parole des Lebensraums etwas auf die andere Seite gerutscht ist und daß es vielleicht bedenklich wäre, nun strategische Glacis zu schaffen ohne Rücksicht auf die ethischen Probleme.

Über allen diesen Fragen, die ich in den Mittelpunkt der Diskussion gestellt habe, bleibt eines: Es geht auch um den ethischen Gesichtspunkt, daß Millionen von Menschen ihre Heimat verlassen sollen, die ihre Väter und Vorfäter seit 800 Jahren in Besitz gehabt haben und der sie ihr kulturelles Gesicht gegeben haben.

Zum Schluß, meine Damen und Herren: Wenn wir Ihnen den Antrag des Flüchtlingsausschusses zur Annahme empfehlen, so müssen wir auch noch ein Weiteres berücksichtigen. Mit Verwaltungsmaßnahmen und gesetzgeberischen Maßnahmen ist es bei der Lösung der Flüchtlingsfrage nicht getan, sondern ganz am Ende ist es eine Frage der menschlichen Haltung und der Stimme des Herzens. Auch der Flüchtling wird sich klar sein müssen, daß er bei uns nicht in ein Land des Paradieses kommt, daß es ein Land ist, das den Krieg verloren hat, ein Land, in dem die Häuser zerstört sind. Aber vor allem muß die einheimische Bevölkerung sich bewußt sein, daß sie Menschen aufnimmt, die wohl die größten Opfer des Krieges zu tragen haben. Sie haben neben allen materiellen Verlusten, neben dem Verlust von lieben Angehörigen noch eines verloren: die Heimat, und das Heimweh, das diese

Menschen in sich tragen, langsam zu Hindern, wird die Aufgabe aller sein müssen.

(Beifall und Händeklatschen)

Abg. Jansen (CDU):

Meine Damen und Herren! Auch ich möchte mich der Hoffnung nicht verschließen, die in den Ausführungen des Staatssekretärs Byrnes in Stuttgart für unser Volk und vor allen Dingen auch für unsere Neubürger zum Ausdruck gekommen ist. Ich sehe aber in diesen Ausführungen auch eine gewisse Gefahr und zwar die Gefahr, daß nach Lage der Dinge Hoffnungen erweckt werden, die vielleicht nicht zur Verwirklichung kommen können, Hoffnungen, die es unseren Neubürgern noch schwerer machen, sich in die neuen Verhältnisse zu schicken, als es an und für sich schon der Fall ist. Bei allem Verständnis für die angedeuteten Fragen, die im Zusammenhang mit diesem Problem stehen, sehe ich in ihnen keine politische, sondern vor allem eine menschliche Frage. Die Flüchtlingszahlen, die der Herr Berichterstatter genannt hat, zeigen den Umfang des Problems, und die Tatsache, daß es heute bereits Gemeinden gibt, in denen die Bevölkerungsziffer 190 und 191 Prozent ihres Bevölkerungsstandes von 1939 beträgt, läßt den ganzen bitteren Ernst der Situation eindeutig erkennen. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß der ersten Phase der provisorischen Unterbringung der Neubürger eine zweite Phase folgen muß, in der nun nach Beruf, Konfession und nach sonstigen Eigenschaften, wie Stadt- oder Landbewohner und dergleichen die endgültige Unterbringung erfolgt. Es ist ja nicht nur damit getan, daß man diese Menschen unterbringt, sondern man muß sie auch da unterbringen, wo sie Arbeit und Verdienst bekommen können und wo sie in der Lage sind, wirklich wieder eine Heimat zu finden. Es wird deswegen Aufgabe der damit beauftragten Stellen sein, im Laufe der Wintermonate einen entsprechenden Plan auszuarbeiten, damit im Frühjahr mit der endgültigen Verteilung der Neubürger begonnen werden kann. Diese Arbeit wird zu einem erheblichen Teil, ich glaube sogar zu einem überwiegenden Teil in den unteren Verwaltungsstellen geleistet werden müssen, in den Kreisen vor allen Dingen. Gerade die Flüchtlingsfrage kann letztlich nicht zentral geregelt werden, sondern muß örtlich gelöst werden, weil die Frage nur gelöst werden kann bei engstem Kontakt der Durchführenden mit den Menschen, um die es geht. Diesen persönlichen Kontakt kann beispielsweise eine Regierungsstelle in Wiesbaden unmöglich haben. Wenn die CDU daher der Entschließung des Flüchtlingsausschusses zustimmt, so tut sie es, weil sie einmal nicht verkennt, daß naturgemäß diese wirtschaftlichen Fragen gelöst werden müssen, die Fragen der Unterbringung, der Bekleidung und der Versorgung mit den Gütern des täglichen Bedarfs. Es ist unter erwachsenen Menschen über diese Fragen gar nicht zu sprechen wegen ihrer Selbstverständlichkeit. Was uns aber ganz besonders interessiert und am Herzen liegt, das sind die Fragen, die sich auf die Wiederbeschaffung einer Heimat für diese Menschen beziehen.

Ich darf vielleicht im Zusammenhang mit dem Antrag des Flüchtlingsausschusses ganz kurz auf die verschiedenen Anträge eingehen, die zu diesem ganzen Problem gestellt worden sind, und zu einzelnen Punkten der Entschließung kurz Stellung nehmen. Gehen wir gleich zu Ziffer 1a: Organisatorische Zusammenfassung aller an der Flüchtlingsfürsorge beteiligten amtlichen und privaten Stellen. Das, meine Damen und Herren, ist eine Frage von eminenter Wichtigkeit. Ich habe festgestellt, daß sich augenblicklich „nur“ 14 verschiedene Stellen mit dem Wohl und Wehe der Neubürger befassen, und der Erfolg ist ja auch ganz eindeutig der, daß es in all diesen Fragen

nicht recht weitergeht, weil vor lauter Zuständigkeiten die Frage einfach nicht so angepackt werden kann, wie es notwendig wäre. Ich habe ferner festgestellt, daß da, wo man sich einfach einmal über diese 14 verschiedenen Zuständigkeiten hinweggesetzt hat, tatsächlich Positives geleistet worden ist, und ich möchte in diesem Zusammenhang auch an dieser Stelle sagen, daß es nur durch diese, sagen wir ruhig: in gewisser Hinsicht etwas stürmische Arbeit möglich war, in meinem Kreis bereits den ersten Spatenstich zu einem geschlossenen Dorf von Neubürgern zu tun, in dem in diesem Herbst die ersten Häuser fertiggestellt werden. Hier sollen 40 Weberfamilien geschlossen angesiedelt werden. Gleichzeitig wird noch in diesem Herbst der erste Schritt zur Errichtung einer Webwarenfabrik getan werden. Das wäre nicht möglich gewesen, wenn man im Instanzenzuge abgewartet hätte, bis sämtliche benötigten Unterschriften vorgelegen hätten. Ich bin zuletzt dazu übergegangen, mir telefonisch die Zusage eines Konto zu holen, damit man überhaupt einmal anfangen konnte.

Ich glaube deshalb, daß wir mit der Lösung dieses Problems nicht vorankommen, wenn wir noch mehr Kommissionen und Kommissariate oder sonstige Stellen bilden. Wir müssen vielmehr alle diese Stellen zusammenfassen, sowohl in organisatorischer als auch in anderer Beziehung, worauf ich am Schluß noch zu sprechen kommen werde. Vor allem erscheint es uns notwendig, daß auch die Wohlfahrtsorganisationen zu einer einheitlichen Arbeit kommen; sie müssen zu einer Arbeitsgemeinschaft in irgendeiner Form zusammengeschlossen werden, damit die vereinte Kraft dieser vier Organisationen: Evangelisches Hilfswerk, Caritasverband, Rotes Kreuz und Arbeiterwohlfahrt sich voll entfalten und zu greifbaren Erfolgen führen kann.

Sehr wesentlich ist die Frage der gerechten Aufteilung der vorhandenen Wohnraumfläche. Ich beziehe mich dabei insbesondere auf den von dem Herrn Kollegen Dr. Stein schon erwähnten Antrag Nr. 28 der Drucksachen Abt. I zum Kontrollratsgesetz Nr. 18 vom 8. März 1946. Meine Damen und Herren, es gibt leider eine nicht unerhebliche Zahl von Menschen, denen das rechte Verständnis für die Notlage unserer Neubürger abgeht und die uns ganz erhebliche Schwierigkeiten bei ihrer Unterbringung machen. Die einzige Möglichkeit, in dieser Beziehung eine Änderung herbeizuführen, bietet das Kontrollratsgesetz Nr. 18, da es zum Beispiel einem Landrat ermöglicht, Strafanzeige zu erstatten, wenn seiner Aufforderung, Flüchtlinge aufzunehmen, nicht Folge geleistet wird. Es ist sehr zu bedauern, daß die Ausführungsverordnung zu diesem Gesetz noch nicht hat erlassen werden können und daß deswegen die Anwendung des Gesetzes noch nicht möglich ist. Ich bin davon überzeugt: wenn in einem Kreis in zwei oder drei Fällen renitenten Widerstandes wirklich einmal durchgegriffen würde, dann wird auch diese Frage wesentlich schneller zu lösen sein. Bisher ist das leider nicht möglich gewesen, und ich habe gestern zu meinem Bedauern von dem Herrn Justizminister gehört, daß die zu erwartende Durchführungsverordnung insofern eine erhebliche Verschlechterung bringen wird, als die Wohnraumerfassung nicht bedeutet die Beschlagnahme, sondern mehr oder weniger nur die statistische Erfassung des vorhandenen Wohnraumes. Wenn das wirklich so würde, dann sehe ich nicht mehr recht, wie wir mit dem Kontrollratsgesetz Nr. 18 weiterkommen sollen. Denn dann ist es kein Mittel mehr, um Wohnraum zu beschaffen, sondern es wird im Gegenteil als Bremse wirken bei der Beschaffung von Wohnraum.

Ich verweise in diesem Zusammenhang auch auf den Antrag Nr. 42 der Drucksachen Abteilung I, der von der CDU eingebracht worden ist. Es wird in dem Antrage ge-

Jansen

sagt, daß eine Erleichterung der Unterbringung der Neubürger möglich wäre, wenn den aus den Städten Evakuierten und anderen Einwohnern die Möglichkeit gegeben würde, innerhalb Großhessens in ihre Heimatstadt zurückzukehren, sofern sie diesen Wunsch hegen. Es wird verlangt, daß die Genehmigung zur Rückkehr in allen den Fällen gegeben werden muß, in denen ein Teil der Familie noch in der betreffenden Stadt wohnt oder wenn der erforderliche Wohnraum vorhanden ist. Es gibt zahlreiche Fälle, in denen von der Stadt die Zuzugsgenehmigung verweigert wird, obwohl die Familienangehörigen der betreffenden Person bereits in dieser Stadt wohnen. Diese Menschen sind also genötigt, den an sich sehr beschränkten Wohnraum in den Landgemeinden weiterhin in Anspruch zu nehmen. Die Zustände in den Landkreisen sind aber inzwischen unhaltbar geworden. Wir haben arme Landkreise, deren Bevölkerung von 32 000 Menschen bereits auf 48 000 angewachsen ist. Da muß es den Städten zugemutet werden, die Menschen wieder aufzunehmen, die in der Stadt bereits über Wohnraum verfügen. Es mag sein, daß sie zunächst die Fürsorge der Stadt in Anspruch nehmen müssen. Aber auf dem Lande müssen sie ja auch von den Mitteln leben, die ihnen die öffentliche Fürsorge zukommen läßt.

Ich darf weiter verweisen auf den von dem Herrn Berichterstatter schon erwähnten Antrag des Flüchtlingsausschusses Nr. 12 der Drucksachen Abteilung II. Danach wird die Staatsregierung aufgefordert, alle freistehenden und in Zukunft freiwerdenden Gebäude, Baracken und Anlagen zuerst zur Unterbringung von Flüchtlingen zur Verfügung zu stellen. Wir haben aus der Formulierung, wie sie in den Drucksachen enthalten ist, die Worte „dem Ministerium für Arbeit und Wohlfahrt“ herausgestrichen. Die Erfahrung hat gelehrt, daß Baracken, die frei worden, zunächst einmal 4—5 Monate unbenutzt geblieben sind, bis entschieden war, wer sie nun bekommen solle und bis sie an den neuen Platz transportiert wurden. Auch mit dem Abbruch und dem Wiederaufbau der Baracken wird kostbare Zeit verbraucht. Das können wir uns jetzt, wo der Winter vor der Tür steht, nicht leisten. Die Baracken müssen da, wo sie frei geworden sind, sofort wieder benutzt werden. Man kann nicht warten, bis sie vielleicht im Frühjahr glücklich an Ort und Stelle wieder aufgestellt sind und belegt werden können. Dem Arbeitsministerium muß gemeldet werden, daß sie benutzt werden. Aber es soll nicht von der Entscheidung des Arbeitsministeriums abhängig gemacht werden, wohin sie kommen, so daß sie auf diese Weise für eine Reihe von Monaten ihrer Zweckbestimmung entzogen werden. Ich möchte dann noch einige Worte sagen zu Ziffer 1 Buchstabe d des Antrags 13. Es ist häufig festgestellt worden, daß von Unternehmungen gewisse Warenbestände zurückgehalten werden, weil man der Auffassung ist, daß Warenbestände wertvoller sind als Geld, mindestens so lange wertvoller sind, als man noch nicht weiß, was mit dem Gelde werden wird. In solchen Fällen muß unter allen Umständen eingegriffen werden. Die Linderung der Not, unter der die Neubürger, die Evakuierten und die zurückkehrenden Kriegsgefangenen zu leiden haben, ist wichtiger als die Sicherung des einzelnen vor einem eventuellen Geldverluste. Das ist eine Selbstverständlichkeit.

Und noch etwas weiteres möchte ich sagen. Ich erinnere mich aus meiner nicht kurzen Soldatenzeit, daß die Herren Zahlmeister immer bestrebt waren, möglichst große Lagerbestände zu halten. Das war ein gewisser Stolz der Verwaltung. Ich habe das Gefühl, daß dieser Zustand bis zu einem gewissen Grade auch heute wieder zu verzeichnen ist. So ist mir z. B. mitgeteilt worden, daß in Langenselbold seit vielen Wochen 16 000 Stück Porzellangeschirr geben werden kann, weil man sich noch nicht darüber klar liegen, das aus Bayern gekommen ist und das nicht ausge-

ist, durch wen es verteilt werden soll, ob durch die Konsumgenossenschaften oder durch den Einzelhandel. Wenn das zutreffen sollte, dann haben wir die gleichen Zustände schon wieder zu verzeichnen, und über diesen Verwaltungsstreitigkeiten kommen dann die Flüchtlinge zu kurz. Diese 16 000 Stück Porzellan gehören nicht in das Lager von Langenselbold, sondern in die Hand derer, denen es am Nützigsten fehlt!

Die Anträge der Fraktion der SPD Nr. 27 und Nr. 40 der Drucksachen Abteilung I sind meines Erachtens durch die vorliegende Entschliebung überholt. Es handelt sich hierbei um die bevorzugte Zulassung der Neubürger zur Ausübung gewerblicher Berufe. Diese Frage ist in der Entschliebung unter Buchstabe g bereits behandelt.

Wesentlich ist der Buchstabe i der Entschliebung. Es wird gefordert, daß über die derzeitige Regelung des § 18 der Verordnung vom 23. 3. 46 hinaus den Flüchtlingen das eigene verwertbare Vermögen grundsätzlich belassen werden soll, ohne daß nun etwa die Neubürger, die noch über solche kleinen Beträge von 500,— oder 1000,— RM verfügen, von der Fürsorgeunterstützung ausgeschlossen werden, sofern die Gewähr besteht, daß die Unterstützungsbeträge nicht benutzt werden, um Schwarzhandel zu treiben, Zigarotten zu kaufen oder sonstige unnötigen Dinge, sondern dazu verwendet werden, sich eine neue Existenz zu gründen oder wichtige Gegenstände für den Haushalt anzuschaffen.

So viel, meine Damen und Herren, zu der vorliegenden Entschliebung und zu den eingebrachten Anträgen. Damit kann ich zum Schluß kommen. Ich deutete anfangs bereits an, daß das wichtigste Problem in der Frage der Neubürger nach der Auffassung der CDU nicht auf der wirtschaftlichen Seite zu suchen ist. Das Entscheidende ist vielmehr, wie die CDU in allen ihren programmatischen Erklärungen wiederholt, zum Ausdruck gebracht hat, das Seelische, das Menschliche, das Psychische. Es muß erreicht werden, den Neubürgern über kurz oder lang — unseres Erachtens muß es möglich sein über kurz — das Gefühl zu vermitteln, daß sie von uns nicht als lästige Eindringlinge betrachtet werden, sondern daß wir bereit sind, sie als gleichberechtigte Bürger des Landes vorbehaltlos in unsere Mitte aufzunehmen. Dazu gehört unter anderem auch, daß man für die Gewährung des Wahlrechts die denkbar kürzeste Zeit ansetzt. Denn gerade die Mitbestimmung bei der Ausgestaltung des neuen Vaterlandes ist ja wesentlich, wenn diese Neubürger ein neues Heimatgefühl erhalten sollen. Aus diesen Erwägungen heraus hat die CDU ihren Antrag Nr. 26 eingebracht, in dem gefordert wird, daß die aus dem deutschen Osten eingewanderten Männer und Frauen als vollwertige deutsche Staatsbürger anzusehen sind, daß deswegen alle die Ausübung ihres aktiven oder passiven Wahlrechts einschränkende Bestimmungen auf das zulässige Mindestmaß zurückgeführt werden, daß ihnen im weitestgehenden Maße die Möglichkeit zur Beteiligung an der Abstimmung über die Verfassung ihrer neuen Heimat gegeben wird und daß in das neue Wahlgesetz die entsprechenden Bestimmungen aufgenommen werden.

Hier, meine Damen und Herren, handelt es sich um die Kardinalfrage, ob wir die Neubürger als gleichberechtigte Mitbürger betrachten oder ob wir sie weiterhin als Ostflüchtlinge, als Eingewanderte, als Eindringlinge, als — sagen wir einmal ganz grob — notwendiges Übel, als lästige Ausländer betrachten wollen. Dazu gehört auch, daß man in der Frage der Entnazifizierung den besonderen Verhältnissen der Neubürger Rechnung trägt. Das Gesetz zur politischen Befreiung in der Fassung, wie es heute besteht, wird den Interessen der Neubürger nicht gerecht. Die unter Ziffer 1 Buchstabe h geforderte Novelle zu dem Befreiungsgesetz muß daher auf schnellstem Wege erlassen werden, und die CDU möchte dazu schon jetzt zwei

Grundforderungen aussprechen. Erstens: Der Spruchkammer, bei der das Verfahren gegen Sudetendeutsche, gegen Ungarn Deutsche oder gegen Ostflüchtlinge aus anderen Gebieten durchgeführt wird, muß mindestens ein Besitzer angehören, der selbst aus diesem Gebiete stammt. Denn nur Besitzer, die aus den gleichen Gebieten stammen, vermögen die Verhältnisse der Neubürger richtig zu beurteilen. Eine zweite Forderung ist die, daß es unsinnig erscheint, einem Mitläufer, der aus dem Osten zu uns kommen mußte und der alles verloren hat, nun auch noch 1000 Mark Sühne aufzuerlegen. Die Menschen sind bestraft genug, wenn sie alles verloren haben. Es erscheint uns also richtig, auch dem Gedanken Ausdruck zu geben, daß hier eine Änderung des Gesetzes angebracht ist.

Entscheidend ist die Tatsache, daß es sich bei dem ganzen Problem nicht um ein Neubürger-Problem allein handelt, sondern in gleicher Weise um ein Altbürger-Problem, denn die Belastung der Altbürger ist naturgemäß außerordentlich hoch. Ich glaube, daß es notwendig ist, die Frage in gemeinsamer Arbeit der Alteingesessenen und der Neubürger zu lösen und daß es deshalb notwendig ist, daß in allen Gremien, den Verwaltungen, den Ausschüssen grundsätzlich zu den Altbürgern auch Neubürger treten, damit die letzteren auf diesem Wege wiederfinden, was sie verloren haben: eine geschlossene Dorf- oder geschlossene Stadtgemeinschaft.

Präsident:

Meine Damen und Herren! Es ist jetzt inzwischen 13.00 Uhr geworden, und es wäre zu überlegen, ob wir mit Rücksicht auf das Mittagessen abrechnen oder ob wir weitermachen, um noch einen Punkt zu erledigen. Das kann ja in kurzer Zeit geschehen, und daher erteile ich das Wort der Frau Abg. Zinke.

Abg. Frau Zinke (SPD):

Ich will mich ganz kurz fassen in Anbetracht der Zeit. Das Flüchtlingsproblem, das eigentlich jetzt ein Hauptproblem ist, dürfte ja nicht so kurz behandelt werden, denn überall, wohin wir kommen, sehen wir das graue Elend. Ich spreche hier als Frau, die von einem Wohlfahrtsverband kommt, wo sie jeden Tag hilft, dieses Elend zu bekämpfen. Unser Antrag ist von allen Parteien gutgeheißen, wohl weil das Interesse aller Volksgenossen das gleiche ist, diesen Menschen, die alles verloren haben, eine neue Heimat zu geben und sie auch nicht als Flüchtlinge zu behandeln, sondern als Menschen genau so wie wir. Das ist das Schlimmste für diese Menschen, daß sie als Flüchtlinge sich als Menschen zweiter Klasse fühlen. Wir müssen versuchen, ihnen nicht nur eine Heimat zu geben, sondern ihnen all das wiederzugeben, was sie verloren haben. Wenn unser Antrag darauf hinausläuft, ihnen alles so leicht wie möglich zu machen, dann nur deshalb, weil wir wissen, daß ein großer Teil unter ihnen ist, der unschuldig ist an dem Elend, das sie heute erleben müssen. Ich möchte auf den Antrag nicht weiter eingehen. Er ist gut genug durchgesprochen, und es ist ja unsere allgemeine Aufgabe, diesen Antrag zu unterstützen. Aber ich möchte noch sagen, was eine Grundbedingung ist, um alles das durchzusetzen, was in dem Antrag enthalten ist: den Altbürgern zu erziehen, den Neubürger aufzunehmen.

(Sehr richtig! bei der SPD)

Wenn es sieht in der Landbevölkerung sehr traurig aus. Die Landbevölkerung sieht in jedem Neubürger nicht den Bürger, sondern den Aufdringling, und wir müssen immer wieder feststellen, wohin sie auch kommen, daß sie nie mit freudigen Herzen aufgenommen werden.

(Zuruf von der CDU:

In dieser Verallgemeinerung stimmt das nicht!)
daß es nur ganz wenig Menschen gibt, die freudig einen

Neubürger aufnehmen. Die meisten sehen nur eine Belastung. Den Leuten werden Wohnungen und Zimmer angewiesen, und wenn sie hinkommen, bekommen sie das kleinste Zimmer. Ich habe selbst erlebt, daß man den Leuten, statt ihnen einen Wohnraum zu geben, einen Abstellraum überließ.

(Zuruf: Das sind Ausnahmefälle!)

— Nein, das sind reguläre Fälle. In den Flüchtlingen sehen die Altbürger meist einen Feind. Wenn wir alle diese Mängel beheben wollen, dann ist natürlich ein aktives Arbeiten nötig. Der Staat allein kann es nicht fertig bringen. Die Wohlfahrtsverbände müssen einspringen, und da ist es notwendig, daß alle Wohlfahrtsverbände einig und geschlossen in der Flüchtlingsfrage vorgehen. Wir helfen überall mit, aber wenn wir sehen, daß die Menschen alles verloren haben und sich die geringste Kleinigkeit leihen müssen, so ist es doch richtig, daß man diesen Menschen erst einmal das allernotwendigste an Hausgerät gibt, und da möchte ich befürworten, daß diese Menschen von den zuständigen Stellen bevorzugt behandelt werden. Es muß dafür gesorgt werden, daß über die Wohlfahrtsverbände oder über das Wohlfahrtsamt diese Menschen Scheine bekommen und daß sie auch wirklich die Sachen darauf erhalten. Denn was nützt der schönste Bezugsschein, wenn sie in den Läden kommen und werden abgewiesen. Es ist hier vor allen Dingen wichtig, nicht erst in Komitees lange Reden zu halten, sondern die Flüchtlinge einfach zu bevorzugen, auch in den Geschäften. Ich kann mir vorstellen, daß für die Flüchtlinge, wenn sie überall so schlecht unterkommen, Siedlungen geschaffen werden müssen, daß außerdem alle Verbände bemüht sein müssen, die Lage der Flüchtlinge zu erleichtern, daß zum Beispiel das evangelische Hilfswerk, die Arbeiterwohlfahrt genau so gut wie die Komitees für die Schulspeisungen sich zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammenschließen und je nach dem Eingang der Spenden die Flüchtlinge versorgen. So viel ich weiß, sind die Läger beim evangelischen Hilfswerk sehr voll, und da wäre es doch richtig, wenn vor allen Dingen draußen auf dem Lande dafür gesorgt würde, daß diese Läger leer gemacht werden. Das wäre jedenfalls richtiger, als daß diese Menschen vom Lande zu uns in die Stadt kommen und von uns bei unseren geringen Mitteln zu essen haben wollen. Es ist wichtig, daß die Landräte und die Bürgermeister die vorhandenen Sachen herausgeben. Die Ansiedlung dieser Menschen ist so wichtig, daß sie allen Landräten und Bürgermeistern zu empfehlen ist. Es ist doch nun einmal so, daß, wenn der Mensch auch noch so gut untergebracht ist, er sich nirgends so wohl fühlt als in seinen vier Wänden. Die Bürgermeister und Landräte haben oft kein Verständnis für diese Menschen.

(Oho! und Widerspruch bei der CDU —

Zuruf: Anwesende sind ausgeschlossen! Lachen)

— Doch! Auch Anwesende sind gemeint. Ich wünsche, daß die Versammlung dem Antrag zustimmt, denn dann wäre vielen Menschen, die in Not sind, geholfen.

Abg. Drott (SPD) zur Geschäftsordnung — Unkorrigiertes Stenogramm —:

Ich bitte, die Redezeit einhalten zu wollen. Es ist unmöglich, die Tagesordnung zu erledigen, wenn die Redezeit nicht eingehalten wird.

Präsident:

Es haben sich noch drei Redner gemeldet, Herr Catta, Herr Feutner und Herr Beck. Ich hoffe, daß alle drei Herren sich die gutgemeinten Worte zu Herzen nehmen und recht kurz sprechen werden.

Abg. Catta (LDP):

Meine Damen und Herren! Wir sind uns wohl alle darüber einig, daß der Neubürger erst sohaft wird, wenn

er ein eigenes Haus hat. Die Staatsregierung hat ein umfangreiches Notbauprogramm für die Ostflüchtlinge aufgestellt. Über dieses Notbauprogramm werden Sie in einem besonderen Bericht des Wiederaufbau-Ausschusses in diesem Haus noch näheres hören. Ich möchte vorweg schon sagen, daß wir das Notbauprogramm begrüßen. Dieses Notbauprogramm, soweit es auf der Basis gemeinnütziger Paugenossenschaften der Landkreise schon angelaufen ist, wird aber insofern gestört, als wegen des Fehlens der Amtsgerichte die Genossenschaften nicht eingetragen werden können.

Es ist mir ein Fall bekannt, da sollen im Wege der Selbsthilfe 15 Häuser errichtet werden. Das notwendige Baumaterial, Zement, Kalk, alles ist vorhanden. Aber es kann mit dem Bau nicht begonnen werden, weil — man höre und staune — die Genossenschaft beim Amtsgericht noch nicht eingetragen ist. Ich bitte die Regierung, in diesem Falle eine Zwischenlösung herbeizuführen durch den Erlaß einer Verordnung, daß trotzdem innerhalb von 24 Stunden mit dem Bauen begonnen werden kann, damit die Gefahr vermieden wird, daß der Zement verdirbt, bevor noch das Fundament ausgeführt ist.

In dem Antrage Nr. 42 der CDU wird gefordert, daß von den Stadtverwaltungen die Genehmigung zur Rückkehr der Evakuierten gegeben werden muß, wenn ein Teil der Familie noch in der betreffenden Stadt wohnt oder wenn der erforderliche Wohnraum vorhanden ist. Meine Damen und Herren, ich glaube, Sie verkennen doch etwas die Verhältnisse, wie sie in den zerstörten Städten liegen.

(Zurufe von der CDU)

Wir können nur solche Menschen in die Städte zurückkommen lassen und aufnehmen, die evakuiert waren, und die in diesen wieder arbeiten wollen. Sie werden sich wundern, was wir in der nächsten Zeit in dieser Beziehung noch erleben werden. Es wohnen in den Städten zu viel Menschen, die nichts tun. Andererseits kommen auf langen schwierigen Anmarschwegen die Menschen in die Städte, die bei dem Wiederaufbau eingesetzt werden. Diese Menschen müssen wir dann umtauschen und in erster Linie in den Städten wohnen lassen, zumal in den Städten noch weniger Platz ist, als auf dem Lande. Wir können den Antrag Nr. 42 annehmen, wenn dem letzten Satz hinzugefügt wird: „unter Bevorzugung der Familien, die in den Städten arbeiten“.

Abg. Fautner (KPD):

Meine Damen und Herren! Meine Fraktion stimmt dem Antrage des Flüchtlingsausschusses zu. Es ist notwendig, daß man bei der Betreuung der Flüchtlinge auch neue Wege beschreitet. Die Unterbringung der Flüchtlinge in den schon überbesetzten Wohnungen der ansässigen Familien verursacht derartige Reibungen, daß wir uns ernste Gedanken machen müssen, ob es nicht zweckmäßiger ist, neuen Wohnraum für diese Neubürger zu erstellen. Es muß alles getan werden, um das Flüchtlingsproblem auf diesem Wege zu lösen. Es müssen ausreichende Unterkunftsräume für die Neubürger geschaffen werden. Es muß auch damit gerechnet werden, daß die Neubürger zu einem Teil noch einmal umgruppiert werden müssen. Denn jetzt sind sie ohne jede Planung untergebracht worden, ohne daß man sie nach ihrer beruflichen Zugehörigkeit gesichtet hätte. Viele Facharbeiter sind in den Landgemeinden untergebracht worden. Es wird notwendig sein, diese Menschen in die Städte oder Gemeinden zu verlegen, in denen sie die Möglichkeit haben, in der Industrie Beschäftigung zu finden. Hier muß das Problem angepackt werden.

Dem Antrage der CDU hinsichtlich der Spruchkammern können wir nicht zustimmen. Die politische Überprüfung dieser Menschen stellt uns vor ein sehr schweres Problem.

Wir können die Neubürger, die zu uns kommen, nach dieser Richtung hin gar nicht überprüfen. Wenn wir auch von denen Auskunft über sie verlangen, die als Antifaschisten zu uns kommen, so werden auch diese uns nicht mit Gewißheit sagen können, um welche Leute es sich handelt. Wir wollen uns von dem Gesichtspunkte leiten lassen, daß dieser unglückselige Krieg diesen Menschen so viel Not und so viel Elend auferlegt hat, daß wir verpflichtet sind, ihnen zu helfen.

Abg. Beck (CDU):

Meine Damen und Herren! Meine Vorrednerin hat die Deutsche Hilfe angegriffen, von der sie behauptet, sie verfüge über volle Lager; sie hat auch die evangelische Kirche angegriffen. Ich muß diesen Angriffen entgegenreten. Ich tue es, damit hier nicht eine falsche Auffassung von der Deutschen Hilfe Platz greift. Die Deutsche Hilfe ist die Zusammenfassung aller Wohlfahrtsverbände, die in den einzelnen Kreisen bestehen, sei es die Caritas, die Innere Mission, das Rote Kreuz, das Evangelische Hilfswerk, Fürsorgeeinrichtungen für die Jugend usw. Sie hat im vergangenen Winter und im Frühjahr dieses Jahres Sammlungen durchgeführt. Es ist nicht möglich, alle diese einzelnen Verbände, die sich an der Sammlung beteiligt haben, nun auch bei der Verteilung zuzuziehen. Die Deutsche Hilfe kann nicht dazu übergehen, den einzelnen Verbänden nun irgendwelche Bestände zuzuweisen und ihre Verteilung nun diesen Verbänden zu überlassen. Es ist das genau so unmöglich, wie es unmöglich ist, als wenn die evangelische Kirche von der Freien Kirche in Amerika, von der die Lagerbestände stammen, Anweisung erhält, wie sie zu verteilen habe, nun die amerikanische Spende verteilen wollte an die Verbände. Wir sind froh, daß wir diese vollen Lager haben. Die Sachen werden schon bald zur Verteilung kommen. Die Sachen sind in Ballen fest zusammengedrückt; sie müssen zunächst einmal gelockert, gesichtet und zum Ordnen aufgehängt werden. Die Kirche hat den Auftrag erhalten, keine deutsche Hilfsorganisation, gleichviel, ob es sich um kirchliche Einrichtungen oder um sonstige Organisationen handelt, heranzuziehen. Sie muß das tun ohne Unterschied der Konfession oder des Bekenntnisses.

(Zurufe von der KPD: Wenn dem nur so wäre!)

— Wenn es in Ihrem Kreise nicht so ist, dann ist es an der Zeit, daß Sie mit Ihrem evangelischen Pfarrer Fühlung nehmen. Die Sachen werden gleichmäßig verteilt, gleichgültig, ob es sich um Katholiken oder um Protestanten oder um Freidenker handelt. Denn alle Kreise haben sich bereit erklärt, nach der Weisung der evangelischen Kirche mitzuarbeiten.

Ich habe mich veranlaßt gefühlt, das hier richtigzustellen, damit keine falsche Auffassung entsteht.

Arbeitsminister Müller:

Meine Damen und Herren! Angesichts der Tatsache, daß ich früher schon Gelegenheit gehabt habe, im Beratenden Landesausschuß sowohl wie auch in der Verfassungsberatenden Landesversammlung, zu den grundlegenden Fragen des Problems der Neubürger ausgiebig Stellung zu nehmen, kann ich mich jetzt darauf beschränken, auf einige Gesichtspunkte einzugehen, die sich aus der Diskussion ergeben haben.

Ich darf zunächst folgendes sagen: Es liegt noch keine endgültige Entscheidung darüber vor, wie hoch die Gesamtzahl der Ostflüchtlinge sein wird, die in Hessen untergebracht werden müssen. Wir stehen zur Zeit noch in Verhandlungen mit den Regierungen der andern Länder der amerikanischen Zone wegen einer Änderung des Verteilungsschlüssels. Wir müssen abwarten, welche Entscheidung vom Länderrat getroffen wird. Ich möchte mich

Arbeitsminister Müller

nicht sein ausschließen, was sowohl von dem Herrn Berichterstatter wie auch von dem Herrn Abgeordneten Jansen ausgeführt worden ist. Auch von der Regierung ist grundsätzlich immer der Gedanke vertreten worden, daß das Gesamtproblem der Neubürger nicht von der amerikanischen Zone aus zu lösen ist. Die Lösung dieses Problems muß auf einer höheren Ebene angestrebt werden. Es handelt sich dabei um eine Frage von so weittragender und von so tiefeinschneidender Bedeutung, daß wir an die zuständige Stelle die Bitte richten wollen, daß sie weitestgehend unseren Lebensnotwendigkeiten Rechnung trägt und Gemäßfolge die Zuweisung von Ostflüchtlingsen auf ein tragbares Maß zurückschraubt. Aber wir können natürlich nicht wissen, wie die Entscheidung ausfallen wird, und wir können mit der Durchführung der notwendigen Maßnahmen nicht warten, bis diese Entscheidung vorliegt. Es ist deshalb notwendig gewesen, wegen der Unterbringung der Neubürger, ihrer Ansiedlung und Selbsthaftmachung die vorbereitenden Maßnahmen zu treffen. Wir haben den vorhandenen Wohnraum erfassen müssen, und wir müssen ihn gerecht verteilen. Es ist mir nicht ganz verständlich, worauf die Zweifel, die in die Gesetzmäßigkeit des Kontrollratsgesetzes Nr. 18 bezüglich der Beschaffung von Wohnraum gesetzt werden, sich gründen. Es heißt in der Einleitung dieses Gesetzes bekanntlich:

Zwecks Erhaltung, Vermehrung, Sichtung, Zuteilung und Ausnutzung des vorhandenen Wohnraums hat der Kontrollrat das folgende Gesetz beschlossen:

In Artikel 4 heißt es dann ganz eindeutig:

Die zuständigen deutschen Wohnungsbehörden haben alle erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um in ihrem Amtsbereich allen Personen gemäß der von der Militärregierung festgesetzten oder noch festzusetzenden Normen Wohnraum zu beschaffen.

Nachdem dieses Kontrollratsgesetz veröffentlicht worden ist, ist es rechtens, und es stellt damit die gesetzliche Grundlage dar für das Arbeiten der Wohnungsbehörden. Ich glaube also, wir haben hier nicht nur die Möglichkeit, sondern die Verpflichtung, den vorhandenen Wohnraum zu erfassen und ihn gerecht zu verteilen.

(Zuruf: Eine sachgemäße Dienstanweisung!)

— Ich sagte Ihnen schon, daß es an sich nicht notwendig ist, eine solche Dienstanweisung zu erlassen. Aber sie befindet sich in der Ausarbeitung. An sich haben wir jetzt schon die Möglichkeit, im Rahmen des Gesetzes die erforderlichen Maßnahmen zu treffen.

Anders verhält es sich mit dem Antrag Nr. 12. Es wird in dem Antrage verlangt, daß alle freistehenden und in Zukunft frei werdenden Gebäuden und Baracken zur Unterbringung von Flüchtlingen zur Verfügung gestellt werden sollen. Ich möchte dazu folgendes sagen:

Wir sind seitens des Ministeriums verpflichtet, die Räume, Baracken, Anstalten usw., die von der Militärregierung freigegeben werden, planmäßig so zu verwenden, wie sie benötigt werden. Da handelt es sich nicht nur um die Unterbringung der Flüchtlinge. Wir müssen auch daran denken, Unterkünfte für alte und invalide Personen bereitzustellen, wir müssen auch an Jugendheime usw. denken. Deshalb müssen diese frei werdenden Gebäude und Räume dem Ministerium zur planmäßigen Verwendung zur Verfügung überlassen bleiben.

Bezüglich der Selbsthaftmachung der Neubürger und ihrer beruflichen Eingliederung möchte ich kurz nur folgendes erwähnen: Wir verhandeln mit dem Herrn Minister für Wirtschaft und Verkehr und mit seiner Planungsabteilung darüber, wie neue Industrien entwickelt werden können bzw. wie die Neubürger in dem Gewerbe, das sie in ihrer alten Heimat betrieben haben, wieder beschäftigt werden können. Es sind die notwendigen Schritte bereits einge-

leitet worden. So soll zum Beispiel die Gablonzer Glasindustrie im Kreise Lauterbach, die Graslitzer Musikinstrumentenindustrie im Kreise Groß-Gerau angesiedelt werden. Ich habe erst vor wenigen Tagen einer Delegation der Graslitzer Musikinstrumentenindustrie entsprechende Anweisungen gegeben. Die in dieser Industrie beschäftigt gewesenen Neubürger werden in den für sie vorgesehenen Gebieten angesiedelt werden.

Das zu dieser Frage.

Abschließend darf ich sagen, meine Damen und Herren: Mit dem Antrag des Flüchtlingsausschusses, wie er hier vorliegt, ist das Staatsministerium einverstanden. Es ist für uns — ich brauche das heute nicht noch einmal zu unterstreichen — eine Selbstverständlichkeit, daß wir denen, die Haus und Hof und Heimat verloren haben, in unserem Lande nicht nur die Möglichkeit geben müssen, wieder zu einer Existenz zu kommen; sie sollen und müssen auch das Bewußtsein haben, als Gleichberechtigte aufgenommen und als Gleichberechtigte anerkannt zu werden. Daß das nur geschehen kann, wenn unsere großhessische Bevölkerung von dem gleichen Gedanken beseelt ist und ihn in die Tat umsetzt, ist selbstverständlich, und ich möchte Sie bitten, in allen Ihren Kreisen dafür zu sorgen, daß überall dort, wo Schwierigkeiten vorhanden sind, dagegen angegangen wird. Wir haben ja sehr gute Beispiele erlebt, wie durch eigene Initiative und Tatkraft Schwierigkeiten schnellstens überwunden wurden. Wenn aber auf diesem Gebiet dann eine Spannung zwischen Alt- und Neubürgern entsteht, ist Ihre Mithilfe dringend erforderlich. Sie für diese Aufgabe um Ihre Unterstützung zu bitten, das soll der Sinn meiner Worte sein.

(Bravo! links)

Präsident:

Meine Damen und Herren! Die Aussprache ist geschlossen. Es liegen nun zwei Abänderungsanträge vor. Ich bitte Sie, die Drucksache Abteilung II, Nr. 12 zur Hand zu nehmen. Da heißt es in Absatz zwei:

Das Kabinett der Großhessischen Staatsregierung wolle beschließen, daß alle freistehenden und in Zukunft frei werdenden Gebäude, Baracken und Anlagen zuerst dem Ministerium für Arbeit und Wohlfahrt zur Unterbringung von Flüchtlingen zur Verfügung zu stellen sind.

In dem Abänderungsantrag wird vorgeschlagen zu sagen:

... zuerst für die Unterbringung von Neubürgern zur Verfügung zu stellen sind.

Ich bitte die Damen und Herren, die für diese Abänderung sind, sich von ihren Plätzen zu erheben. — Das ist die Minderheit; der Antrag ist abgelehnt.

Jetzt kommt der Antrag 13, in dem vorgeschlagen wird unter c statt „gleichmäßige“ „gerechte“ zu sagen. Ich glaube, darüber brauchen wir eine Abstimmung nicht vorzunehmen, das wird wohl allgemein als richtig anerkannt.

(Zuruf: Bitte Abstimmung!)

— Die Abstimmung wird gewünscht. Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die für diesen Antrag sind, sich von ihren Plätzen zu erheben. — Ich stelle eine seltene Einmütigkeit fest.

Nun haben wir noch über die anderen Anträge abzustimmen, und zwar zunächst über den Antrag Abteilung I Nr. 26 der CDU-Fraktion. Es wird vorgeschlagen, daß wir diesen Antrag dem Verfassungsausschuß überweisen, weil es sich ja um eine Wahlrechtsfrage handelt. Ich nehme an, daß das wohl allgemeine Zustimmung findet. Ferner liegt vor in der Abteilung I der Antrag Nr. 42 der CDU-Fraktion, der die Beschaffung von Wohnraum behandelt. Ich würde empfehlen, ihn dem Kommunalpolitischen Ausschuß zu überweisen, denn das ist ja der Ausschuß, der sich mit allen

Präsident

kommunalen Fragen zu beschäftigen hat. Darf ich auch hier Ihre allgemeine Zustimmung voraussetzen?

(Zustimmung)

Die Damen und Herren, die dafür sind, daß die übrigen Anträge, Anfragen und Petitionen, soweit sie den Ausschuß passiert haben, der Staatsregierung und soweit es sich um neue Anträge handelt, den zuständigen Ausschüssen überwiesen werden, bitte ich, sich von ihren Plätzen zu erheben. — Das ist angenommen. Also, auch dieser Punkt ist erledigt.

Ich würde nun vorschlagen, in die Mittagspause einzutreten. Wir setzen die Verhandlungen um 14 Uhr 30 Min. fort.

(Unterbrechung der Sitzung 13 Uhr 35 Min.)

(Wiedereröffnung der Sitzung 15 Uhr 10 Min.)

Präsident:

Die Sitzung ist wieder eröffnet.

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, möchte ich bekanntgeben, daß der Herr Abg. Dr. Georgi wegen Krankheit sich entschuldigt hat. Der Urlaub ist erteilt.

Wir treten dann in die Tagesordnung ein und kommen zu Punkt 3:

Bericht des Finanz- und Haushaltsausschusses.

Der Herr Abg. Heißwolf als Berichterstatter hat das Wort.

Berichterstatter Abg. Heißwolf (SPD):

Meine Damen und Herren! Der Finanzausschuß hat, bevor er in die Besprechung des Gesetzes zur Regelung des Finanzausgleichs für das Haushaltsjahr 1946 eintrat, kurz Stellung genommen zu einer Uebersicht über die voraussichtlichen Einnahmen und Ausgaben des Landes Hessen, die ihm vom Finanzministerium vorgelegt wurde. Es wurde dabei bemängelt, daß das Finanzministerium diese Uebersicht an die Presse gegeben hat, bevor die Abgeordneten, insbesondere die Mitglieder des Finanzausschusses, davon Kenntnis erhalten hatten. Es wurde zum Ausdruck gebracht, daß man verlangen müsse, daß den Mitgliedern des Finanzausschusses Gelegenheit gegeben wird, zu Vorlagen von solcher Bedeutung, bevor sie dem Landtag vorgelegt werden, Stellung zu nehmen. Es wurde weiter zum Ausdruck gebracht, daß künftig davon abgesehen werden möge, solche Vorlagen an die Presse zu geben, bevor die Mitglieder der zuständigen Ausschüsse der Verfassungsberatenden Landesversammlung davon Kenntnis erhalten haben. Ich möchte dabei dem Finanzministerium gegenüber den dringenden Wunsch aussprechen, dem Finanzausschuß und dem Plenum doch alsbald einen Haushaltplan zugehen zu lassen, damit man endlich weiß, mit welchen Zahlen man positiv rechnen kann. Denn die Uebersicht, die uns jetzt in der Drucksache Nr. 6 vorgelegt wird, besagt unserer Auffassung nach nicht allzuviel. Wir sind auch der Auffassung, daß die Zahlen, die hier angegeben werden, nicht stimmen. Wir halten es für dringend notwendig, daß die Verfassungsberatende Landesversammlung nun baldigst zu dem Haushaltplan des Hessischen Staates Stellung nimmt. Das ist der Wunsch des Finanz- und Haushaltsausschusses, den ich dem Finanzministerium gegenüber mit aller Deutlichkeit ausdrücken möchte.

Der Entwurf eines Gesetzes zur Regelung des Finanzausgleichs für das Haushaltsjahr 1946 ist von dem Finanzausschuß sehr eingehend behandelt worden. Wir waren der Meinung, daß es dringend notwendig ist, den Finanzausgleich so zu gestalten, daß die Gemeinden und die Gemeindeverbände leben können. Wir sind der Auffassung, daß die Gemeinden als die Urzellen des Staatslebens finanziell so gestellt werden müssen, daß sie lebensfähig

sind und damit auch den Staat lebensfähig erhalten können. Wir hatten den Eindruck, daß die Vorlage der Regierung dieser unserer Grundauffassung nicht in allen Einzelheiten entspricht. Deshalb hielten wir es für notwendig, zu zwei Sitzungen des Finanzausschusses auch Mitglieder der kommunalen Spitzenverbände und die Kämmerer der kreisfreien Städte zuzuziehen, um von ihnen zu hören, wie sie sich zu dem Entwurf des Herrn Finanzministers stellen. Wir konnten dabei feststellen, daß die Meinungen der Vertreter der kommunalen Spitzenverbände und der Städte mit mehr als 20 000 Einwohnern sehr weit abweichen von der Vorlage, die das Finanzministerium uns hat zugehen lassen.

Die Formulierung des § 1 der Vorlage hat zu einer ausgedehnten Debatte geführt, und zwar deswegen, weil man glaubt, daß in dem Finanzausgleichsgesetz Schlüsselzuweisungen an die Gemeinden vorgesehen werden sollen, die ihnen die Möglichkeit geben, für das laufende Haushaltsjahr den Verpflichtungen nachzukommen, die heute mehr denn je den Gemeindeverbänden und den Städten obliegen. Es kam insbesondere zum Ausdruck, daß es dringend notwendig ist, dieses Finanzausgleichsgesetz alsbald zu verabschieden, damit die Gemeinden in die Lage versetzt werden, ihre Haushaltspläne aufzustellen. Denn solange die Gemeinden und die Gemeindeverbände nicht wissen, auf welcher Basis der Finanzausgleich sich vollziehen wird, sind sie ja nicht in der Lage, ihre Haushaltspläne aufzustellen.

Geräte in der heutigen Zeit, in der sich die Gemeinden der zwingenden Notwendigkeit gegenübergestellt sehen, größere Ausgaben zu leisten — von dem Wiederaufbau der Städte will ich gar nicht reden —, ist es notwendig, die Voraussetzungen dafür zu schaffen. Wir haben im Finanzausschuß versucht, den berechtigten Wünschen der kommunalen Spitzenverbände Rechnung zu tragen, soweit es irgend möglich war. Daß wir natürlich nicht allen Anforderungen, die von dieser Seite aus gestellt wurden, gerecht werden konnten, liegt auf der Hand. Denn schließlich muß dann auch der Staatshaushalt in Ordnung gebracht werden. Nach dem Ausweis, der uns vorliegt, schließt ja auch der Staatshaushaltsplan mit einem wesentlichen Defizit ab. Das Finanzministerium muß natürlich Wert darauf legen, daß der Staatshaushalt in Ordnung bleibt und daß nicht von vornherein durch allzugroße Zuweisungen an die Gemeinden und an die kommunalen Verbände das Defizit noch vergrößert wird. Es ist durchaus verständlich, daß das Finanzministerium den Gemeindeverbänden gegenüber diesen Standpunkt vertritt. Dessen ungeachtet aber müssen wir darauf sehen, wie ich eingangs schon sagte, daß die Gemeinden als die Urzellen des Staates in erster Linie lebensfähig erhalten werden. Die Aufgaben, die den Gemeinden heute zufallen, sind so außerordentlich groß, daß die Gemeinden die dazu notwendigen Mittel aus eigenen Einnahmequellen unmöglich aufbringen können. Auf der andern Seite ist auch zu beachten, daß eine ganze Reihe von Steuern, die den Gemeinden früher zugeflossen sind, heute von ihnen nicht mehr erhoben werden können oder daß die Erträge so zurückgegangen sind, daß diese Steuern eine ausschlaggebende Bedeutung für die Gemeinden nicht mehr besitzen. Ich erinnere an die Bürgersteuer, die weggefallen ist. Ich erinnere an die Ausfälle, die durch den außerordentlichen Rückgang der Erträge aus der Gewerbesteuer entstanden sind. Infolge der Zerstörungen, die insbesondere die großen Städte unseres Landes erlitten haben, sind auch die Erträge der Grundvermögenssteuer außerordentlich stark zurückgegangen. Es ist deshalb zu verstehen, daß die Gemeinden und die Spitzenverbände der Gemeinden bestrebt sind, vom Staate Zuschüsse zu erlangen, um lebensfähig zu bleiben. Dabei ist zum Ausdruck gebracht worden, daß die Gemeinden und die Städte nicht mehr die Kostgänger des Staates sein wollen, wie das früher der Fall gewesen ist; die Gemeinden

beanspruchen nur das, was ihnen zusteht, um ihr Gemeinwesen lebensfähig zu erhalten.

Aus diesen Darlegungen mögen Sie ersuchen, meine Damen und Herren, daß wir im Finanzausschuß bei der Beratung der Vorlage mit aller Gründlichkeit vorgegangen sind. Die großen Städte mit mehr als 20 000 Einwohnern haben übrigens von sich aus einen Gegenvorschlag zu dem Gesetzentwurf des Finanzministeriums eingebracht, der insbesondere in bezug auf die Formulierung des § 1 von der Regierungsvorlage abweicht. In der Regierungsvorlage heißt es: Die Gemeinden und Kreise erhalten Schlüsselzuweisungen in voller Höhe des Solls des Haushaltsjahres 1944. Von den Vertretern der Städte dagegen wird verlangt, es solle ein bestimmter Betrag eingesetzt werden; sie schlagen vor, in § 1 des Gesetzes zu sagen, daß die Gemeinden und die Kreise eine Schlüsselzuweisung in Höhe von 23 810 000,— RM erhalten. Dieser Betrag entspricht dem Ausfall an Gewerbesteuern, an der Grundvermögenssteuer und an der Bürgersteuer gegenüber dem Jahre 1945. Der Haushaltsausschuß hat sich aber nicht entschließen können, diesem Vorschlag zuzustimmen, und zwar deswegen nicht, weil wir auf Grund der Darlegungen des Vertreters des Finanzministeriums zu der Auffassung kamen, daß ein bestimmter Betrag nicht eingesetzt werden könne. Wir schlagen deshalb vor, den § 1 in der Fassung des Entwurfs anzunehmen, wonach die Schlüsselzuweisungen in voller Höhe des Solls des Haushaltsjahres 1944 zu erfolgen haben.

Wir glauben damit den berechtigten Forderungen der Gemeinden Rechnung getragen zu haben und bitten Sie demzufolge, dem § 1, so wie er in der Vorlage des Finanzministers erscheint, Ihre Zustimmung zu geben.

Im § 2 der Vorlage heißt es: „Die Gemeinden erhalten die Hälfte des Solls des Haushaltsjahres 1944 der Bürgersteuerausgleichsbeträge . . .“ Der Ausschuß schlägt Ihnen vor: „Die Gemeinden erhalten das volle Soll des Haushaltsjahres 1944 der Bürgersteuerausgleichsbeträge . . .“, weil er glaubte, einen Ausgleich schaffen zu sollen, wie er von den Gemeinden gefordert wurde.

Ebenso schlagen wir eine Änderung des § 3 vor. In der Vorlage heißt es, daß die Stadt- und Landkreise 2,40 RM je Kopf der Bevölkerung erhalten sollen. Es wurde von den Gemeinden, insbesondere von den Vertretern der Großstädte, zum Ausdruck gebracht, daß dieser Betrag von 2,40 RM in keiner Weise die Unkosten deckt, die den Ernährungs- und Wirtschaftsämtern entstehen. Die Städte hatten einen Betrag von 4,— RM vorgeschlagen, der nach den Berechnungen der Städte ungefähr die Kosten der Ernährungs- und Wirtschaftsämter deckt. Da wir aber glauben, daß auch die Ernährungsämter anzuhalten seien, sparsam zu wirtschaften und so weit wie möglich an Personalkosten zu sparen, so schlagen wir vor, statt 2,40 RM den Stadt- und Landkreisen 3,60 RM je Kopf der Bevölkerung zu gewähren. Wir glauben damit etwas getan zu haben, daß die Städte ungefähr in den Stand gesetzt werden, ihre Kosten einigermaßen zu decken.

Eine Abänderung haben wir auch in § 4 vorgenommen. Dieser Paragraph hat nunmehr folgenden Wortlaut:

Insoweit durch Zerstörungen von Grundbesitz infolge kriegerischer Ereignisse die Einnahmen einer Gemeinde an Grundsteuer unter neun Zehntel des Solls des Grundsteueraufkommens des Haushaltsjahres 1944 zurückgegangen sind, gewährt der Staat in Höhe dieses Ausfalls einen Ausgleich. Soweit ein Totalschaden des Gebäudes vorliegt, darf die Gemeinde von dem Grundstückseigentümer keine Grundsteuer erheben. Bei Teilschäden muß eine angemessene Heranziehung des Grundstückseigentümers zur Grundsteuer erfolgen.

Dieser Abänderungsvorschlag entspricht natürlich auch nicht in allem dem, was die Städte vorgeschlagen haben,

bedeutet aber trotzdem einen Fortschritt gegenüber der Gesetzesvorlage. Es würde danach nur ein Drittel des Ausfall-Solls vergütet werden, während wir neun Zehntel verlangen. Ich bitte also auch hierin dem Antrag des Ausschusses zu folgen.

Dann heißt es weiter in § 5 der Vorlage, daß 16 Millionen Reichsmark eingesetzt werden sollen für einen Ausgleichsstock. Wir waren der Meinung, daß diese 16 Millionen Reichsmark in keiner Weise dem entsprechen dürften, was notwendig ist. Die Bildung des Ausgleichsstocks soll ja dazu dienen, den Gemeinden einen Ausgleich zu gewähren für die Ausgaben, die ihnen durch Fürsorgemaßnahmen usw. erwachsen. Es soll natürlich eine Schlüsselzuweisung darunter nicht verstanden werden. Wenn wir diesen Ausgleichsstock von 16 auf 40 Millionen, also um 30 Millionen erhöht haben, so soll bei den Gemeinden nicht der Anschein erweckt werden, als ob dadurch Schlüsselzuweisungen an die Gemeinden geleistet werden sollten und könnten, sondern der Ausgleichsstock soll dazu dienen, insbesondere den stark beschädigten Städten Ausgleiche zu schaffen, um ihre Ausgaben-Solls dadurch decken zu können. Der Vorschlag der Großstädte ging natürlich in dieser Richtung hin weiter, aber wir glauben, durch die Einsetzung von 30 Millionen Mark mehr noch ein Wesentliches mit dazu beigetragen zu haben, um den Gemeinden behilflich zu sein, ihre Ausgaben zu decken. In den §§ 6, 7, und 8 haben wir keine Änderungen vorgenommen. Auch den § 9 schlagen wir in unveränderter Form vor.

Dagegen heißt es in der Vorlage in § 10: Die Gemeinden und Landkreise sind berechtigt, zum Ausgleich eines Haushaltsfehlbetrages Gemeindevermögen zu veräußern oder anleihen mit mindestens fünfjähriger Laufzeit aufzunehmen. Der Ausschuß war einhellig der Auffassung, daß dieser Paragraph zu streichen sei. Denn wenn hier gesagt wird, es kann Gemeindevermögen veräußert werden, um eventuelle Fehlbeträge in dem Gemeindehaushalt abzudecken, so steht dies in krassem Widerspruch zu dem, was wir von dem heutigen Staat fordern, nämlich die Förderung der Gemeindevirtschaft, wenn auch der Herr Finanzminister oder sein Vertreter in den Sitzungen erklärt hat, daß es sich natürlich nicht darum handeln kann, Versorgungsbetriebe usw. zu veräußern und auch das Finanzministerium nicht im entferntesten daran denkt. Aber, meine Herren, wenn ein derartiger Paragraph in einem Gesetz steht, so kann der Anschein erweckt werden, als ob an eine Veräußerung von Gemeindevermögen, sei es von Betrieben oder anderen Dingen, gedacht wäre, und aus diesem Grunde hat der Ausschuß einstimmig beschlossen, den § 10 in dieser Gesetzesvorlage zu streichen, damit keine Meinungsverschiedenheiten entstehen können. Wir sind der Auffassung, daß, soweit flüssige Mittel in den einzelnen Gemeinden und Städten vorhanden sind, sie ohne weiteres heute schon darauf zurückgreifen müßten, um Fehlbeträge oder Einnahmeausfälle aus den von mir geschilderten Steuerarten zu decken. Ich möchte deshalb auch das Plenum bitten, die Streichung dieses § 10 gutzuheißen. § 11 ist von uns in unveränderter Form angenommen worden. In § 12 haben wir eine kleine Änderung insofern vorgenommen, als es in der Vorlage heißt „in Höhe des Solls der Umlagen des Haushaltsjahres 1944“. Wir haben dies geändert in folgende Fassung: „in Höhe der Gesamtumlage des Haushaltsjahres 1944“. Wir haben noch hinzugefügt: „Der Umlageschlüssel wird durch Verordnung des Ministers der Finanzen und des Ministers des Innern festgelegt“, weil auch hier vielleicht Differenzen nach der Richtung hin entstehen können, daß der eine Kommunalverband nicht die Höhe der Solls in der Weise in Anspruch zu nehmen braucht wie der andere. Deshalb

Hoßwolf

möchte ich Sie bitten, den Abänderungen, die wir in § 12 getroffen haben, zuzustimmen.

Ich komme zu § 13, der ähnliche Bestimmungen enthält, wie ich sie eben bei § 10 Ihnen vorgetragen habe und den wir abgelehnt haben. Mit § 13 verhält es sich für die kommunalen Spitzenverbände ähnlich, daß sie Anleihen aufnehmen oder Eigenvermögen veräußern können. Auch dieser § 13 wurde im Haushaltsausschuß abgelehnt. Es heißt zwar in unserer Ausschußvorlage: „Die Haushalte der Verbände werden vom Minister der Finanzen im Einvernehmen mit dem Minister des Innern festgestellt“, ich bitte aber, das als nicht gegeben zu betrachten und den § 13, wie schon gesagt, abzulehnen.

Meine Damen und Herren, das sind in kurzen Zügen die Änderungen, die wir im Finanz- und Haushaltsausschuß an der Gesetzesvorlage vorgenommen haben. Ich weiß sehr wohl und auch alle Mitglieder des Ausschusses sind sich darin einig, daß die Beschlüsse, wie sie jetzt vorliegen, nicht in allem den Anforderungen, den zum Teil berechtigten Anforderungen der Städte und kommunalen Spitzenverbände entsprechen, aber wir müssen dabei im großen und ganzen gesehen die Finanzen des Staates in Berücksichtigung ziehen, und wenn schon von vornherein mit einem größeren Defizit des Staatshaushaltes gerechnet wird, so ist zu verstehen, wenn von seiten des Finanzministeriums in puncto Gemeindezuschüsse mit einiger Vorsicht vorgegangen wird. Es ist eben eine zwingende Notwendigkeit, in den Gemeinden sowohl wie auch im Staat aufs sparsamste zu wirtschaften, und aus diesem Grunde möchte ich am Ende meiner Ausführungen anregen, bei allen Ausgaben die größte Sparsamkeit walten zu lassen. Wenn drei Viertel des Haushaltjahres bereits verfllossen sind, dann können wir im Haushaltsausschuß und im Plenum keine allzu großen Streichungen mehr vornehmen, wenn wir sie auch für dringend notwendig erachten. Ich gebe zu, daß durch die Schwierigkeiten, die mit der Organisation des neuen Landes verbunden waren, die Ausgaben groß gewesen sind und der Haushaltsplan nicht mit der wünschenswerten Schnelligkeit vorgelegt werden konnte, aber ich möchte doch die Auffassung des Ausschusses zum Ausdruck bringen, daß es in der Zwischenzeit hätte möglich sein müssen, den Etat vorzulegen, und ich darf an dieser Stelle nochmals die ernste Bitte an das Finanzministerium richten, den Haushaltplan alsbald dem Finanzausschuß vorzulegen.

Präsident:

Meine Damen und Herren! Ehe ich den einzelnen Rednern das Wort erteile, möchte ich noch einmal darauf hinweisen, daß der Entwurf des Finanzministers zu finden ist in der Drucksache Abteilung I unter Nr. 6, daß der Antrag des Finanz- und Haushaltsausschusses zu finden ist in der Drucksache Abteilung II unter Nr. 2. Außerdem bitte ich in der Debatte mit zu berücksichtigen die Anträge aus der Abteilung I Nr. 14, 22 und 23.

Die Aussprache ist eröffnet. Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Raabe.

Abg. Dr. Raabe (CDU):

Meine Damen und Herren! Im Telegrammstil mit Rücksicht auf die Fülle der noch zu erledigenden Punkte der Tagesordnung, ich habe in den Vorberatungen des Finanzausschusses immer wieder darauf hingewiesen, daß es sich bei dem vorliegenden Gesetzentwurf nur um ein Provisorium handelt, und namens meiner politischen Freunde von der CDU möchte ich diesen Grundgedanken auch hier in den Vordergrund stellen. Es handelt sich bei diesem Finanzausgleich nicht um einen Finanzausgleich, der nach bestimmten feststehenden finanzpolitischen und Rechtsgrundsätzen aufgestellt werden konnte, son-

dern es handelte sich bei dem Mangel geeigneter Grundlagen und mit Rücksicht auf die durch die Zeitverhältnisse begründete Gesamtlage darum, eine provisorische Lösung zu finden. Das war umso notwendiger, als die Zeit schon weit vorgeschritten ist.

Der Herr Berichterstatter hat Ihnen im einzelnen schon die kritischen Punkte aufgezeigt, bei denen es zu Meinungsverschiedenheiten gekommen ist. Wir waren davon ausgegangen, den Fehlbetrag der Gemeinden, der Kreise und der Städte insgesamt festzustellen. Dabei sind wir auf Grund der Erklärungen, die der Herr Finanzminister uns gegeben hat, zu der Feststellung gekommen, daß wir mit einem Fehlbetrag von 75 Millionen RM zu rechnen haben. Die Gemeinden und die Kreise sind deshalb nicht in der Lage, ausgeglichene Haushaltspläne vorzulegen. Unter diesen Umständen mußte es die Aufgabe des Finanzausschusses sein, auf schnellstem Wege unter Außerachtlassung von Grundsätzen, die sonst unbedingt beachtet werden müssen, für dieses Jahr — aber auch nur für dieses Jahr — ein Provisorium zu schaffen. So ist es gekommen, daß der in § 5 vorgesehene Dotationsfonds entgegen dem sonst in der Finanzpolitik immer vertretenen Grundsatz, den Dotationsfonds auf das Äußerste zu beschränken, über Gebühr — rein von außen gesehen — erhöht werden mußte.

Ausgangspunkt des Ganzen ist der § 1, der sich anlehnt an die alte ursprüngliche Gesetzgebung. Denn mangels irgendwelcher Unterlagen mußte an irgendeinem Punkte wieder angefaßt werden, und dieser Punkt war die Regelung des Finanz- und Lastenausgleichs durch das Gesetz vom 30. Oktober 1944 mit den Schlüsselzuweisungen.

Bei diesem Punkte knüpfte das Gesetz wieder an und normierte in § 1 grundsätzlich für die kreisfreien Städte und die Landgemeinden die Überweisung von Schlüsselzuweisungen. Praktisch haben sich gegenüber dem Jahre 1944, in dem Jahre, in dem diese Verordnung erlassen wurde, die Grundlagen heute völlig verändert und verschoben, so daß praktisch bei der veränderten Struktur die Zuweisungen aus diesem Betrage vorwiegend den Landgemeinden zugute kommen, während die kreisfreien Städte so gut wie leer ausgehen.

Da wir aber bei der vorgeschrittenen Zeit grundlegende Änderungen nicht mehr vornehmen konnten, haben wir uns zu dem Ausweg entschließen müssen, in § 6 einen Betrag von 46 Millionen RM einzusetzen, der den kreisfreien Städten zukommen soll. Der in der Vorlage vorgesehene Betrag von 10 Millionen RM ist von uns also um 30 Millionen RM erhöht worden. Infolgedessen steht der § 1 mit dem § 5 in einer bestimmten Wechselwirkung, und wir haben zu § 6 ausdrücklich den Beschluß gefaßt, daß der Finanzminister gebeten werden soll, gemeinsam mit den Spitzenverbänden Richtlinien auszuarbeiten, die die Gewähr dafür bieten, daß nach objektiven Merkmalen und auch nach dem Grade der Bedürftigkeit diese Beträge an die Gemeinden zur Auszahlung kommen. Darüber hinaus soll der Finanzminister nach Abschluß seiner Verhandlungen dem Finanzausschuß die Richtlinien vorlegen, damit der Finanzausschuß dann sein Placet dazu geben kann.

Die zu § 2 vorgesehene Änderung, wonach die Bürgersteuer-Ausgleichsbeträge den Gemeinden in voller Höhe zufließen sollen, ist zu begrüßen.

Zu § 4. In dem Entwurf des Finanzministeriums war vorgesehen, daß 10% des Ausfalls an Grundsteuern die Gemeinden selbst tragen sollten. Von dem darüber hinausgehenden Ausfall wollte der Staat den Gemeinden zwei Drittel ersetzen, während das letzte Drittel auch noch von den Gemeinden und Gemeindeverbänden zu tragen gewesen wäre. Das bedeutet, daß den Gemeinden und Gemeindeverbänden, insoweit der Grundbesitz durch kriege-

rische Ergebnisse zerstört worden ist, 60% des dadurch verursachten Ausfalls an Grundsteuern ersetzt worden wären. Der Ausschuß ist dazu gekommen, diese Bestimmung des § 4 umzuändern. Der Ausschuß hat sich dabei vorbehalten, die Formulierung, wie sie in dem Antrage Nr. 2 der Drucksachen Abteilung II enthalten ist, noch einmal redaktionell zu überprüfen. Ich schlage Ihnen im Namen des Finanzausschusses folgende abgeänderte Formulierung vor, die das, was wir in § 4 regeln wollen, besser trifft. Wir wollen dabei von dem Ist-Aufkommen des Jahres 1944 ausgehen. Die Formulierung lautet:

Insoweit durch Zerstörungen von Grundbesitz infolge kriegsereignisse die Einnahmen einer Gemeinde an Grundsteuer unter das Ist-Aufkommen des Haushaltsjahres 1944 zurückgegangen sind, gewährt der Staat einen Ausgleich in Höhe von neun Zehnteln dieses Grundsteuer-Ausfalls.

Die Sätze 2 und 3 bleiben unverändert.

Zu § 6 muß ich etwas nachholen. Der Herr Berichterstatter hat gemeint, wir hätten in diesem § 6 keine Änderung vorgenommen. Das trifft aber nicht zu. Wir haben eine Einfügung gemacht, wonach die Zuschüsse zu den Wegebaukosten durch besonderes Gesetz zu regeln sind. Wir haben dabei den allerdringlichsten Wunsch an den Herrn Innenminister gerichtet, den Polizeilastenausgleich, der durch ein besonderes Gesetz geregelt werden soll, möglichst bald zur Vorlage zu bringen. Wir haben schon in der ersten Sitzung Anfang August auf diese Notwendigkeit hingewiesen und haben erklärt: Wenn wir schon einen Finanzausgleich für das Jahr 1946 herbeiführen wollen, dann muß in diese Gesamtregelung auch der Polizeilastenausgleich einbezogen werden; der Finanzausgleich bleibt unvollständig, wenn der Polizeilastenausgleich auf sich warten läßt. In der zweiten Sitzung der Verfassungberatenden Landesversammlung ist uns erklärt worden, daß in wenigen Tagen dem Hause eine Vorlage über den Polizeilastenausgleich zugehen werde. In der dritten Sitzung, die volle drei Wochen später stattfand, wurde uns wiederum erklärt, daß die Vorlage in wenigen Tagen dem Hause zugehen werde. Seit der letzten Sitzung des Finanzausschusses sind nun schon wieder einige Tage vergangen, und der Polizeilastenausgleich ist uns noch immer nicht vorgelegt worden. Ich bitte deshalb namens meiner Fraktion den Herrn Innenminister, er möge möglichst umgehend eine Gesetzesvorlage über den Polizeilastenausgleich uns zuleiten, damit wir dazu Stellung nehmen können.

Wir haben weiter darauf hingewiesen, daß die Verteilung des Aufkommens an Kraftfahrzeugsteuer noch besonders geregelt werden muß und daß auch insoweit noch Zuweisungen an die Gemeinden und Gemeindeverbände erfolgen müssen. Im Zusammenhang damit haben wir eine sehr wichtige Ergänzung des Absatzes 6 vorgenommen, auf die ich schon hingewiesen habe. Wir haben in einem Zusatz zum Ausdruck gebracht, daß auch die Zuschüsse zu den Wegebaukosten durch ein besonderes Gesetz geregelt werden sollen. Ich darf die bescheidene Bitte aussprechen, daß auch diese Gesetzesvorlage möglichst bald dem Finanzausschuß zugeleitet werden möge.

Aus dem § 7 ersehen Sie, daß die Überführung der Gesundheitsämter auf die Stadt- und Landkreise nicht schon zum 1. 7. 1946, wie ursprünglich vorgesehen war, durchgeführt werden konnte. Der Finanzausschuß schlägt infolgedessen vor, diese Überführung zum 1. 10. 1946 wirksam werden zu lassen.

Eine sehr eingehende Erörterung hat der § 12 hervorgerufen. Es hat eine grundsätzliche Aussprache über die Rechtsgrundlage der Kommunalverbände und des Landesfürsorgeverbandes stattgefunden, auch über die Frage der Zweckmäßigkeit und Notwendigkeit. Der § 12 ist

dann angenommen worden mit der von dem Herrn Berichterstatter vorgetragenen Änderung, wonach der Umlegungsschlüssel eine Verordnung des Ministers der Finanzen und des Ministers des Innern festgelegt werden soll. Wir bitten aber darum, daß auch diese Verordnung vor ihrem Erlaß dem Finanzausschuß vorgelegt wird. Wir haben geglaubt, im Ausschuß diese Frage nicht weiter verfolgen zu sollen. Nachdem die Rechtsgrundlage geklärt war, haben wir uns auf den durch das Staatsgrundgesetz geschaffenen Boden des augenblicklichen Rechts gestellt und haben daraus die Folgerung gezogen, daß die Kommunalverbände berechtigt sein müssen, Umlagen zu erheben. Aber wir sind in Übereinstimmung mit dem Kommunalpolitischen Ausschuß, dessen Mitglieder an unseren Beratungen teilgenommen haben, der Auffassung, daß es zweckmäßig ist, sowohl im Kommunalpolitischen Ausschuß wie auch bei der Beratung des Haushaltsplans für das Jahr 1946 und auch bei dem kommenden Finanzausgleich diese Frage erneut zu prüfen. Ich bitte daher den Herrn Minister des Innern, diese Frage, die für das Schicksal der Kommunalverbände so bedeutungsvoll ist, möglichst bald zu klären und der Verfassungberatenden Landesversammlung eine Vorlage darüber zugehen zu lassen.

Der zweite Satz des § 13 wurde gestrichen. Das ergab sich aus der Streichung des § 10.

Ich habe schon eingangs erklärt, daß wir den Finanzausgleich in der Form, wie er vom Haushaltsausschuß vorgetragen wird — er bringt gegenüber der ursprünglichen Vorlage eine Verbesserung von etwa 61 Millionen RM bei einem nachgewiesenen Fehlbetrag der Gemeinden und Gemeindeverbände in Höhe von 75 Millionen RM — zustimmen. Wir sind uns dabei völlig im klaren darüber, daß in diesem Jahre weder die Gemeinden noch die Gemeindeverbände in der Lage sein werden, ihre Haushaltspläne völlig auszubalancieren. Wir glauben aber, daß es bei einer gewissen Einschränkung und durch ein gewisses Zurückgreifen auf noch vorhandene liquide Fonds möglich sein wird, dieses Übergangsjahr zu überbrücken.

Namens meiner politischen Freunde aber bitte ich dringendst darum, daß uns möglichst bald der Haushaltsplan für das Jahr 1946 vorgelegt wird, damit wir schon in den nächsten Tagen im Finanzausschuß daran gehen können, die Grundlagen zu schaffen, auf denen sich für das Jahr 1947 ein gerechter Finanzausgleich ermöglichen lassen wird. Dabei bitte ich in erster Linie daran zu denken, daß den Gemeinden ihre Steuerhoheit zurückgegeben wird. Wenn wir auch die Schwierigkeiten nicht verkennen, wie sie im Augenblick auf dem Gebiete der Personalsteuern bestehen, und wenn wir uns darüber klar sind, daß wir nicht noch Zuschläge zu den von den Alliierten festgesetzten Steuerbeträgen erheben können, so glauben wir doch, daß ein anderer Weg gefunden werden muß, auf dem die Gemeinden eine persönliche Besteuerung durchführen können. Vor allem muß den Gemeinden die Gewerbesteuer und die Grundsteuer — es handelt sich bei beiden Steuerarten um typische Gemeindesteuern — voll und ganz zugute kommen. Deshalb fordern wir, daß im neuen Finanzausgleich vorgesehen wird, daß die Veranlagung zur Gewerbesteuer sowohl wie auch deren Erhebung den Gemeinden und Gemeindeverbänden überlassen wird.

In diesem Wunsch, daß wir möglichst bald diese von mir skizzierte Vorlage vorgelegt bekommen, bitte ich Sie, den Antrag, den wir im Finanz- und Haushaltsausschuß als Provisorium für dieses Haus beschlossen haben, anzunehmen.

Präsident:

Meine Damen und Herren! Es sind zwei Dringlichkeitsanträge zum Finanzausgleichsgesetz eingegangen,

Präsident

und zwar zunächst ein Antrag von der KPD-Fraktion zur Drucksache Abteilung II Nr. 2, in dem folgendes beantragt wird:

Zu § 12: Der letzte Satz des ersten Absatzes wird wie folgt geändert:

Der Umlageschlüssel wird durch Verordnung des Ministers der Finanzen und des Ministers des Innern im Einvernehmen mit den Kommunalverbänden festgelegt.

Zu § 13: Der erste Absatz erhält folgende Fassung: Die Haushalte der Verbände werden vom Minister der Finanzen im Einvernehmen mit dem Minister des Innern vorgelegt.

Ich bemerke, daß noch ein Antrag vorliegt, den § 13 überhaupt zu streichen.

Von der ODU ist ein Antrag zu § 4 eingegangen, der folgende Fassung vorschlägt:

Insoweit durch Zerstörungen von Grundbesitz infolge kriegerischer Ereignisse die Einnahmen einer Gemeinde an Grundsteuer unter das Ist des Haushaltsjahres 1944 zurückgegangen ist, gewährt der Staat usw.

Ich bitte die nachfolgenden Redner, auch an diese Anträge zu denken und darf annehmen, daß das Haus mit der Behandlung dieser Dringlichkeitsanträge einverstanden ist.

Abg. Kredel (LDP):

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nach den ausführlichen Darlegungen meiner beiden Vorredner habe ich die Absicht, mich kurz zu fassen und nur einige grundsätzliche Angaben zu machen. An sich ist es so, daß auch wir die Gemeinden als die Grundzellen des Staates betrachten und den Gemeinden daher gern gehen wollen, was ihnen nützt. Aus diesem Grunde haben wir auch der Vorlage an sich zugestimmt, obwohl wir genau wie die anderen Parteien auch ernste Bedenken hatten, diese Sache in der uns gebotenen kurzen Frist durchzuarbeiten. Ganz besonders ernste Bedenken hatten wir bei der Bildung des Ausgleichsstocks und auch bei der Erhöhung der vorgeschlagenen Summe von 16 auf 46 Millionen. Es ist in unseren Besprechungen häufiger das Wort „Korruptions- oder Reptilienfonds“ gefallen, und wenn nicht die Nöte der Zeit gewesen wären, wären wir nicht so ohne weiteres mit der Bildung eines solchen Ausgleichsstocks einverstanden gewesen. Aber durch den Antrag zu § 5, daß der Herr Minister der Finanzen gebeten wird, die kommunalen Spitzenverbände aufzufordern, Richtlinien für die Verteilung des Ausgleichsstocks aufzustellen, glauben wir in etwa der Sorge, die wir in der Sache haben, enthoben zu sein. Wir bitten dabei aber die Dezerenten dieser Gemeinden und Städte, nun auch weise Selbstbeschränkung zu üben und nicht etwa die Not ihrer eigenen Gemeinden größer zu machen, um dadurch aus diesem Ausgleichsstock größere Beträge für sich herauszuziehen. Jetzt geht es um die Ehrlichkeit. Wenn wir ehrlich sind, werden wir den Weg finden, über die Sorgen der Zeit hinwegzukommen, wenn wir aber wieder eigensüchtige Zwecke verfolgen, dann werden wir sehen, daß auch diese 46 Millionen nicht ausreichen, und eines Tages werden wir vor einer endgültigen Pleite stehen. So weit dürfen wir es nicht kommen lassen, deshalb eben die Bitte, sich selbst zu beschränken.

Auch wir bitten den Herrn Minister der Finanzen, recht bald den Haushaltsplan des Staates vorzulegen, und zwar in so ausführlicher Form, daß wir damit auch etwas anzufangen wissen. Es sind nicht so sehr die Einnahmen, die uns dabei interessieren, obwohl auch das eine Frage sein wird, bei der wir ernste Bedenken anzumelden haben. Wir wissen zwar, daß zurzeit die Einnahmen durch die außerordentliche Erhöhung der Steuern entsprechend hoch sind, aber wir glauben nicht daran, daß das in Zukunft auch der Fall sein wird, denn wir alle wis-

sen es und hören es täglich, daß die Arbeitsfreude durch diese übersetzten Steuern stark gelitten hat. Wir sind der Ansicht, daß zu einer Wiederbelebung der Wirtschaft nicht nur die beiden Faktoren Kohle und Ernährung notwendig sind, sondern vor allem auch die Erhaltung der Arbeitsfreude. Daher möchte ich immer wieder betonen: die Arbeitsfreude muß gehoben werden, wenn wir wieder vorwärts kommen wollen. Es ist doch so, daß selbst Fanatiker der Arbeit heute sagen: „Wir mögen nicht mehr.“

Nun noch ein paar Worte dazu, daß wir jetzt in der Hauptsache erst einmal wissen möchten, welche Ausgaben getätigt werden sollen, denn gerade diese Ausgaben im Staatshaushalt wollen wir ganz besonders unter die Lupe nehmen. Wir sind überzeugt, daß alles geschehen muß, um unnötige Ausgaben, sei es in personeller oder sachlicher Beziehung, zu unterbinden, und wir werden uns diese Sache ganz besonders angelegen sein lassen. Betonen möchte ich aber, daß wir nicht daran denken, das zu unterbinden oder zu verhindern, was wir als unbedingt nötig ansehen, und das ist die Hilfe für alle diejenigen, die der Hilfe bedürftig sind, eine Hilfe für die Flüchtlinge, und zwar nicht nur Versprechungen, sondern wirkliche Hilfe, eine Hilfe für alle Kriegsoffer und Opfer der Nazis und vor allen Dingen auch eine Hilfe für alle Alten und Schwachen, die sich nicht mehr selbst helfen können. Dafür wollen wir eintreten, aber sonst streichen, was nur eben an unnötigen Ausgaben zu streichen ist.

(Beifall bei der LDP)

Abg. Willmann (KPD):

Meine Damen und Herren! Ich will das, was durch meine Vorredner vorweggenommen wurde, nicht wiederholen, um einigermaßen mit der Zeit auszukommen. Auch namens meiner Fraktion kann ich erklären, daß wir uns mit den Ausführungen, die im Haushalts- und Finanzausschuß gemacht wurden, einverstanden erklären. Ich will nur noch eine kurze Bemerkung zu § 5 des Ausgleichsstocks machen, bezüglich dessen ja schon Bedenken angemeldet wurden. Wir bitten vor allen Dingen, daß bei der Verteilung der Summe, die im Ausgleichsstock zur Verfügung gestellt wurde, die Finanzverhältnisse der einzelnen Städte beachtet werden. Wir haben im Haushalts- und Finanzausschuß von seiten des Herrn Innenministers eine Aufstellung vorgelegt bekommen über wahrscheinliche Fehlbeträge und wahrscheinliche Reserven von Städten, Stadtkreisen und Gemeinden, und wir finden darin sehr ansehnliche Reserven, von deren Zweckgebundenheit oder freien Verfügungsmöglichkeit wir uns kein Bild machen können. Aber auch im Haushalts- und Finanzausschuß habe ich schon zum Ausdruck gebracht, daß man bei der Verteilung des Ausgleichsstocks in erster Linie darauf Rücksicht nimmt, inwieweit Reserven bei Gemeinden vorhanden sind, die keine zweckgebundene Wirkung haben und daß auch diese Beträge zum Ausgleich des Etats mit herangezogen werden. Wir können uns nicht damit einverstanden erklären, daß jeder Fehlbetrag vom Staat bezahlt wird, denn auch dieses Geld kommt ja aus den Taschen des Volkes.

Ich will auf die Einzelheiten dieser Aufstellung und die Zahlen nicht näher eingehen, weil man sie, wie bereits erwähnt, nicht genau telegen und auch nicht genau feststellen kann, aber diese Bedenken habe ich bereits im Haushalts- und Finanzausschuß angemeldet, und ich bitte, daß sie auch von seiten des Ministers der Finanzen bei der Verteilung beachtet werden.

Zu § 6 wurde ja schon darauf aufmerksam gemacht, daß ein Polizeilastenausgleich gegeben werden soll. Ergänzen will ich nur noch eine Ausführung des Vertreters des Finanzministers, die lautet, daß man es bei der heutigen Stärke der kommunalen Polizei den Gemeinden nicht

zumuten kann, daß sie durch Beträge für die kommunale Polizei höher belastet werden, als es früher bei der Staatspolizei der Fall war. Wir sehen in dieser Bestätigung eine gewisse Beruhigung für die Gemeinden, denn sie wissen, daß ihre Ausgaben für die Polizei nicht höher sein werden, als sie früher auch gewesen sind, weil ja heute die Polizei Aufgaben übernommen hat und übernehmen muß, die weit über den Rahmen einer Kommunalpolizei hinausgehen.

Auch zu der Frage der Wegebaukosten war ich der Meinung, daß man nicht einfach die Beträge nach feststehenden Sätzen ausschüttet, wie es früher der Fall war, sondern daß man sie verteilt nach den anfallenden Instandsetzungsarbeiten, weil heute die Wegeunterhaltung nicht im ganzen Lande gleichmäßig ist und es Gebiete gibt, in denen die Straßen einen wesentlich größeren Verschleiß aufweisen. In dieser Beziehung wurde uns eine Zusicherung vom Vertreter des Finanzministers gegeben, daß die tatsächlich entstandenen Wegebaukosten von selten des Landes vergütet werden sollen.

Unsere Abänderungsanträge zu §§ 12 und 13 sind bereits bekanntgegeben worden. Wir legen Wert darauf, daß eine derartige Festlegung des Umlageschlüssels nicht allein in den Händen des Finanzministers und des Ministers des Innern bleibt, sondern daß auch die Kommunalverbände mit herangezogen werden. Es liegt im Interesse aller Fraktionen, diese Sache nicht nur in den Händen der Minister zu wissen, sondern gleichzeitig auch die Kommunalverbände daran beteiligt zu sehen. Wenn ein Antrag vorliegt, den § 13 ganz zu streichen, so erklären wir uns auch damit einverstanden. In diesem Falle würden wir unseren Abänderungsantrag zurücknehmen. Auch sind wir einverstanden mit dem Abänderungsantrag der CDU bezüglich des Ist-Aufkommens in § 4.

Das wären meine Ausführungen zu dem Haushaltsausgleich. Ich möchte noch auf andere Fragen eingehen und zwar zunächst auf Antrag Nr. 14, Drucksachen Abteilung I. Es handelt sich hier um die Zuwendungen an die ehemaligen Herrscherhäuser. Dazu kann ich etwas nähere Ausführungen machen, weil sie in erster Linie das großherzogliche Haus von Darmstadt betreffen, wozu ja schon im Beratenden Landesauschuß von seiten der kommunistischen Fraktion der Antrag eingebracht wurde, die dem ehemaligen großherzoglichen Hause gemachten Zuwendungen einzustellen. Wir haben feststellen können, daß auf Anweisung der amerikanischen Militärverwaltung die Auszahlung der Zuwendungen, so wie sie damals vom Herrn Minister in der Presse bekanntgegeben wurden, eingestellt werden mußten. Auch die Zinszahlungen, die sich auf vierteljährlich 47 000 Mark belaufen, wurden seinerzeit auf Anweisung der amerikanischen Militärregierung eingestellt. Es ist an sich bedauerlich, daß wir zu einer derartigen Regelung erst durch die amerikanische Militärregierung gezwungen wurden und es nicht aus eigenem Ermessen für notwendig erachtet haben, daß derartige Zuwendungen an Herrscherhäuser auf Grund von Verträgen, die aus einer falschen Erkenntnis heraus in der Weimarer Republik und besonders vom Nationalsozialismus noch aufrecht erhalten wurden, eingestellt werden, obwohl auf der anderen Seite wir nicht in der Lage sind, die Beträge aus der Sozialversicherung an die Rentner etc. zu leisten. Wir freuen uns darüber, wenn es auch außerordentlich bedauerlich ist, daß erst die Amerikaner uns darauf bringen mußten. Es ist aber nicht damit getan, daß in Zukunft Zahlungen an die Herrscherhäuser nicht mehr geleistet werden. Ich glaube, wir haben das Recht, zu verlangen, daß die Beträge, die bisher zu Unrecht an die Herrscherhäuser geleistet worden sind, wieder in die Staatskasse zurückfließen. Wir können nicht dulden, daß diese Beträge im Besitz dieser Herrschaften bleiben, die durch den

Nationalsozialismus kompromittiert sind. Ich glaube, es ist Ihnen allen bekannt, daß der eine oder andere aus diesen Herrscherhäusern bereits heute hinter Schloß und Riegel sitzt. Es ist notwendig, daß von einer demokratischen Selbstverwaltung jede Mark, die nach dieser Seite hin gezahlt worden ist, zurückgeholt wird. Die Erklärung des Herrn Finanzministers, daß 85 Prozent dieser Beträge der Staatskasse wieder zufließen, kann uns nicht befriedigen. Es kann uns nicht gleichgültig sein, ob von 400 000 RM der Betrag von 350 000 RM wieder in die Staatskasse zurückfließt, aber 50 000 RM in den Händen dieser korrupten Herrscherhäuser verbleiben; sie dürfen keinen Pfennig bekommen, weil er ihnen nicht zusteht. Aus diesem Grunde haben wir den Antrag gestellt, daß alle Beträge, die auf Grund alter Verträge an die Mitglieder früherer Herrscherhäuser gezahlt worden sind, in voller Höhe an die Staatskasse zurückzufließen haben. Wegen ihrer Verwendung haben wir in unserem Antrage unter Ziffer 3 entsprechende Hinweise gegeben.

Ich darf Sie weiterhin aufmerksam machen auf unsere Anfrage Nr. 22, die sich mit der Notlage der Kriegsgefangenen befaßt, die aus amerikanischer Kriegsgefangenschaft entlassen worden sind und denen ihre Guthaben bis heute noch nicht ausbezahlt wurden. Ich brauche dazu keine weiteren Ausführungen zu machen, nachdem heute morgen bereits der Herr Kollege Bauer über diese Frage gesprochen hat. Ich bitte Sie, dieser Frage Ihre Aufmerksamkeit zu schenken. Es geht uns darum, daß diese Kriegsgefangenen recht bald in den Genuß der von ihnen erarbeiteten Beträge gelangen.

Ich möchte weiter Ihre Aufmerksamkeit lenken auf unsere Anfrage Nr. 23 der Drucksachen Abteilung I. Ich nehme an, daß der Herr Ministerialdirektor Dr. von der Nahmer auf die Einzelheiten noch eingehen wird, aber ich möchte doch noch einzelne Erläuterungen dazu geben. Es ist seinerzeit im Rundfunk die Formulierung verbreitet worden, wie wir sie in unserer Anfrage dargestellt haben, und auch in einer späteren Pressenotiz ist in einer etwas abgeänderten Form erklärt worden, daß Reichsschatzanweisungen nur angenommen werden sollen für Steuerverpflichtungen aus dem Jahre 1944. Wir sehen in der durch den Rundfunk verbreiteten Bekanntmachung ein unberechtigtes Werturteil über die Reichsschatzanweisungen, und wir haben deshalb die Anfrage an den Herrn Finanzminister gerichtet, welchen Wert er den Reichsschatzanweisungen beilegt. Wir sind der Auffassung, daß durch die verfügte Inzahlungnahme von Reichsschatzanweisungen zur Abdeckung der Steuerverpflichtungen aus dem Jahre 1944 in erster Linie den Großkapitalisten, den Großunternehmungen ein unberechtigter Vorteil gewährt wird gegenüber den Steuerpflichtigen; die ihre Steuern für das Jahr 1944 rechtzeitig gezahlt haben. Diese Regelung ist vor allen Dingen eine Ungerechtigkeit gegenüber den Lohnsteuerpflichtigen, denn diesen ist es nicht möglich, auch nur eine Mark durch Reichsschatzanweisungen zu bezahlen. Wir wissen auch, daß es von der Großindustrie angestrebt worden ist, daß Reichsschatzanweisungen zur Abdeckung der Steuerverpflichtungen aus dem Jahre 1944 in Zahlung genommen werden. Wir sehen darin eine unberechtigte Bevorzugung der kapitalistischen Schichten und eine Zurücksetzung der übrigen Steuerpflichtigen und vor allen Dingen der Lohnsteuerpflichtigen. Ganz energisch möchten wir uns dagegen verwahren, daß auch die Steuerverpflichtungen aus dem Jahre 1945 und vielleicht auch aus dem Jahre 1946 durch Reichsschatzanweisungen sollen abgedeckt werden können. Wir haben in unserer Anfrage schon darauf hingewiesen, zu welchen Folgerungen das führen müßte. Ich möchte die ganze Tragweite dieser Entscheidung hier noch einmal unterstreichen und möchte davor warnen, den Banken und den anderen In-

Wilmann

stituten die Möglichkeit zu geben, Reichsschatzanweisungen, die heute zum größten Teil als wortloses Papier betrachtet werden, aufzukaufen und damit irgendwelche Verpflichtungen dem Staate gegenüber zu erfüllen. Ich bitte den Herrn Finanzminister bzw. seinen Stellvertreter, uns auf unsere Frage eine erschöpfende Auskunft zu geben.

Ministerialdirektor Prof. Dr. Dr. Nöhl von der Nahmer:

Meine Damen und Herren! Zunächst darf ich Stellung nehmen zu den Anregungen der Vertreter aller Fraktionen hinsichtlich des Haushaltsplanes. Ich möchte zunächst bemerken, daß der Herr Minister der Finanzen und jeder seiner Mitarbeiter das Parlament nicht als irgendeinen unbequemen Frager auffassen, noch daß sie die Absicht haben, mit verdeckten Karten zu spielen. Ich glaube, ich habe im Finanzausschuß, wo ich die Ehre hatte, die Vorlage zu vertreten, wirklich mit offenen Karten gespielt. Ich freue mich, daß mir das von einigen Herren auch bestätigt worden ist. Schließlich ist das Parlament ja die Vertretung jedes Beamten genau so wie jedes anderen Staatsbürgers. Das vornehmste Recht des Hohen Hauses ist es, den Haushaltsplan nicht nur zu bewilligen, sondern auch im Rahmen der Haushaltsberatung seine Wünsche hinsichtlich der Staatsverwaltung zum Ausdruck zu bringen. Jeder Finanzbeamte hat seine ganze Kraft dafür einzusetzen, daß sowohl in sachlicher Beziehung als auch hinsichtlich der zeitlichen Fertigstellung des Haushaltsplanes alles geschieht, um dieses vornehmste Recht der Volksvertretung unbedingt zu wahren.

In diesem Sinne und in diesem Geiste, so kann ich Ihnen versichern, ist seit drei Vierteljahren im Finanzministerium an dem nicht einfachen Haushaltsplan gearbeitet worden. Wir sind nicht die Alleinschuldigen an der Verzögerung. Der Finanzminister muß zunächst einmal die Pläne von den einzelnen Fachministern einholen. Hier liegen für uns die größten Schwierigkeiten. Das Haushaltswesen ist an sich keine Geheimwissenschaft. Man hat früher in den Zwanziger Jahren, in Berlin öfter darüber geklagt, daß in den Parlamenten die alten berühmten Haushaltsspezialisten — ich denke dabei an Eugen Richter — ausgestorben sind und daß immer weniger Spezialisten für die Haushaltberatung vorhanden seien. Dasselbe gilt aber auch für die Bürokratie. Die eigentlichen Haushaltsspezialisten sind sehr selten geworden. Wenn einmal ein solcher Sachbearbeiter erkrankt oder sonst ausfällt, haben die Fachminister die größten Schwierigkeiten, ihre Haushaltspläne rechtzeitig fertigzustellen. Wir selbst haben in unserem Hause ein Haushaltsreferat, das aus fünf Beamten besteht, die in zwei Zimmern untergebracht sind. In den gleichen Zimmern sitzen jetzt auch noch einige Schreibkräfte. Vielleicht macht der Finanzausschuß uns einmal die Freude, die Verhältnisse in unserem Hause, Langgasse 34, in Augenschein zu nehmen. Es ist wirklich ein Wunder, daß wir es unter den ungünstigen Arbeitsverhältnissen überhaupt schon fertiggebracht haben, wenigstens das Gerippe eines Haushaltsplanes fertigzustellen.

Die Haushaltsabteilung tut jedenfalls alles, was sie nur irgend zu tun vermag. Wenn Sie sich die Herren unseres Haushaltsreferates einmal anschauen würden, dann wären Sie entsetzt über deren Aussehen. Ich freue mich, an dieser Stelle aussprechen zu dürfen, daß diese Männer das Beste getan haben, was sie nur tun konnten. Aber einen Termin, zu dem wir Ihnen das schwierige Werk des Haushaltsplanes vorlegen werden, kann ich Ihnen im Augenblick noch nicht nennen. Ich stelle den Herren des Finanzausschusses anheim, zwischendurch mit uns immer wieder Fühlung zu nehmen, damit wir die einzelnen Pläne dem Finanzausschuß stückweise vorlegen können. Der Einzelplan des Finanzministeriums liegt schon fertig vor. Wenn der Finanzausschuß daran interessiert ist,

kann ich ihm für eine grundsätzliche Aussprache den einen oder anderen der Einzelpläne, sobald sie fertiggestellt sind, vorlegen. Ich darf nur bitten, daß der Herr Vorsitzende des Finanz- und Haushaltsausschusses uns diese Wünsche mitteilt. Ich versichere nochmals im Namen meines Herrn Ministers, daß wir selber das allergrößte Interesse daran haben, daß das Parlament so rasch wie möglich zu den einzelnen Haushaltsplänen Stellung nimmt. Wir selber wünschen dringend, den gesamten Haushaltsplan so rasch wie möglich fertigzustellen. Denn wie sollen wir finanziell disponieren, wenn wir nicht das gesamte Gebiet unserer Landesfinanzen übersehen können? Ich hoffe, daß in einigen Wochen der Zeitpunkt gekommen sein wird, wo wir Ihnen das umfangreiche Werk des Haushaltsplanes überreichen können.

Nun einige Bemerkungen zu der Vorlage des schwerwiegenden Gesetzes zur Regelung des Finanzausgleichs für das Haushaltsjahr 1946. Die Großhessische Staatsregierung ist bereit, den Vorschlägen des Haushaltsausschusses zu entsprechen und gemeinsam mit dem Hohen Hause die Verantwortung für das abgeänderte Gesetz zu übernehmen.

Meine Damen und Herren, daß das kein leichter Entschluß ist, weder für Sie noch für das Kabinett, das ergibt sich aus der Mehrbewilligung, die der Ausschuß für notwendig erachtet hat. Die Erhöhung bei der Bürgersteuer, die der Herr Finanzminister selbst anbieten wollte, beträgt 15,5 Millionen RM. Die Erhöhung der Zuschüsse für die Wirtschafts- und Ernährungsämter beträgt 4,2 Millionen RM. Die Erhöhung der Grundsteuer stellt sich auf mindestens 9 Millionen RM. Diese Ziffer ist aber wahrscheinlich noch zu gering bemessen. Das macht zusammen schon 28,7 Millionen RM. Und nun kommen noch 30 Millionen RM hinzu, um die der Ausschuß aus den dargelegten Erwägungen den Ausgleichsstock erhöht hat. Das ergibt zusammen eine Erhöhung um 58,7 Millionen RM gegenüber der Regierungsvorlage, die mit ungefähr 52 Millionen RM abschließt. Zu diesen 52 Millionen RM treten aber noch die Beträge aus dem Polizeilastenausgleich hinzu, die z. Zt. noch nicht ziffernmäßig feststehen und außerdem die für uns ebenfalls noch nicht übersichtbaren finanziellen Forderungen der Provinzialverbände. Wir rechnen sonach mit rund 100 Millionen RM, die schon nach der ursprünglichen Regierungsvorlage für den Finanzausgleich notwendig waren. Nach der neuen Ausschußvorlage kommen wir dagegen auf rund 160 Millionen RM für den Finanzausgleich. Nach dem augenblicklichen Stand der Vorarbeiten hoffe ich, daß wir Ihnen schließlich einen Haushaltsplan vorlegen können, der eine Milliarde nicht überschreitet. Die jetzigen uns vorliegenden Ziffern gehen noch über eine Milliarde hinaus. Wir haben zunächst rund 1,5 Milliarden Anforderungen zusammengestellt. Diese Summe ist für Groß-Hessen auf keinen Fall tragbar. Kürzungen der Anforderungen sind unerlässlich. Wenn Sie den Finanzausgleich auf 160 Millionen ansetzen — ich will einmal niedrig rechnen — bei einer angenommenen Gesamtausgabe von einer Milliarde, so brauche ich zu diesem Verhältnis keine weiteren Ausführungen zu machen. Die Bedeutung eines solchen Verhältnisses der Ausgaben für den Finanzausgleich zu den Gesamtausgaben ist wohl ohne weiteres klar.

Wir stimmen mit den Vertretern der Parteien wie auch mit den Vertretern der kommunalen Spitzenverbände darin überein, daß schon im Interesse der Stabilität der Währung auf alle Fälle vermieden werden muß, daß kommunale Haushalte etwa mit einem Defizit abschließen. Wir haben solche Defizite in dem ersten und schwersten Jahre nach der Katastrophe vermeiden können. Wir können solche Defizite auch jetzt auf keinen Fall brauchen und vertragen. Die Stabilität der Währung, die Ableh-

nung des Inflationsgedankens, meine Damen und Herren, gehört zu den Fundamenten unserer Politik. Regierung und Parlament befinden sich darin in vollster Übereinstimmung. Wenn also die kommunalen Spitzenverbände auf Ehre und Gewissen sagen: Nach unseren vorläufigen Berechnungen weisen unsere Haushalte Defizite auf, und wenn der Finanzausschuß nach gewissenhafter und gründlicher Ueberprüfung der Lage zu dem Ergebnis kommt: Wir müssen diese Defizite decken — wir halten sie in dem veranschlagten Ausmaß für sehr wahrscheinlich —, dann müssen wir gemeinsam die Verantwortung tragen und uns mit einem Finanzausgleichsgesetz in dieser Höhe abfinden.

Die Regierung bittet Sie um Ihr Einverständnis, daß wir neben dieser für den Finanzausgleich vorgesehene enormen Summe — denn sie ist außerordentlich hoch für das Land Hessen — die Beträge nicht noch besonders auswerfen, die die Gemeinden und Kreise jetzt zusätzlich aufbringen müssen auf Grund des auch von Ihnen gebilligten Beschlusses, die Fürsorgesätze um 30 Prozent zu erhöhen. Nach sehr eingehenden Berechnungen des Herrn Ministers für Arbeit und Wohlfahrt macht diese Erhöhung, die vom 1. August an eingetreten ist, ungefähr 2,3 Millionen im Monat aus. Man kann ungefähr roh rechnen, daß 300 000 RM auf die Ostflüchtlinge entfallen. Wie Sie wissen, haben wir grundsätzlich die ganzen Kosten der Ostflüchtlingsbetreuung auf die Staatshauptkasse übernommen. Wir stimmen mit den Ausführungen des Herrn Vertreters der LDP völlig überein, daß die nötigen Ausgaben für die Ostflüchtlinge selbstverständlich geleistet werden müssen. Darüber ist auch im Haushaltsausschuß gesprochen worden. Diese 300 000 RM müssen also von vornherein von der Staatshauptkasse getragen werden. Es bleiben dann für den Monat 2 Millionen sonstige Fürsorgekosten zu finanzieren. Das macht für den Rest des Haushaltsjahres von 8 Monaten 16 Millionen aus. Es war bisher streitig, ob diese 16 Millionen noch über den Etat des Ministers für Arbeit und Wohlfahrt den Fürsorgeverbänden ersetzt werden sollen. Das Kabinett hat sich gestern vormittag auf den Standpunkt gestellt: Wenn wir gemeinsam mit Ihnen für das vorliegende Finanzausgleichsgesetz die Verantwortung übernehmen, so gehen wir davon aus, daß der Staat nicht auch noch diese 16 Millionen RM an die Fürsorgeverbände zusätzlich bezahlt. Das können und müssen die Gemeinden und Gemeindeverbände nach unserer Überzeugung aus den Mitteln, die ihnen jetzt im Rahmen des Finanzausgleichsgesetzes gezahlt werden, aufbringen.

Das schwierigste Kapitel ist der Ausgleichsstock. Ich darf noch einmal unterstreichen, daß ja schon der Herr Vorsitzende des Haushalts- und Finanzausschusses ganz klar in seinem Referat darauf hingewiesen hat, daß dieser Ausgleichsstock mit den Schlüsselzuweisungen keineswegs zusammenhängt. Wir können, so wie die Rechtslage nun einmal ist, leider an der Tatsache nichts ändern, daß die Gebietskörperschaften, die das Anrecht auf Schlüsselzuweisungen haben, gewisse Beträge von der Staatshauptkasse gezahlt erhalten, gleichgültig, ob ihr Haushalt ein Defizit aufweist oder nicht. Hier handelt es sich einfach um bindendes Recht, dem zu entsprechen ist. Aber anders beim Ausgleichsstock! Er soll und darf selbstverständlich nicht willkürlich verteilt werden. Wenn ein Haushaltsdefizit einer nachgeordneten Gebietskörperschaft nicht anders überbrückt werden kann, soll und muß selbstverständlich der Ausgleichsstock in Anspruch genommen werden. Dafür ist er da, und das ist sein Sinn. Es ist ganz klar, daß man für die Ausschüttung des Ausgleichsstocks gewisse Richtlinien aufstellen kann. Die Verteilung der Ausgleichsstockmittel darf nicht in bürokratische Willkür ausarten. Dem Kabinett sind gegen

die Fassung des Antrages zu § 5 gewisse Bedenken gekommen nach den Diskussionen, die bei einer kommunalen Tagung am vorigen Freitag in Frankfurt a. M. stattfanden. Ich wäre sehr dankbar, wenn sich vielleicht der Weg beschreiten ließe, den Antrag als erledigt zu betrachten und zur Tagesordnung überzugehen, nachdem ich hier als Vertreter des Herrn Ministers die Erklärung abgab, daß wir die kommunalen Spitzenverbände selbstverständlich schon am nächsten Sonnabend hier in Wiesbaden zu den zu erlassenden Richtlinien hören wollen. Diese Richtlinien werden dann auch dem Haushalts- und Finanzausschuß mit der Bitte vorgelegt werden, uns weiter zu beraten und an diesen Dingen mitzuarbeiten. Wir haben nur Bedenken dagegen, daß aus dem Wortlaut des Antrages von kommunaler Seite mehr geschlossen wird, als an sich darin steht: „die eine Verteilung nach objektiven Merkmalen gewährleistet“. Wir sind uns darüber klar, daß Ausgleichsstockzahlungen immer nur geleistet werden können, wenn tatsächlich ein Defizit da ist, das anders nicht überbrückt werden kann. Ich nehme nicht an, daß das Hohe Haus die Minister der Finanzen und des Innern von der Verantwortung entbinden will, nun auch tatsächlich die Haushalte der Gebietskörperschaften der Stadt- und Landkreise, die solche Ausgleichsstockzahlungen verlangen, nachzuprüfen und festzustellen: Ist hier tatsächlich ein Defizit da, müssen hier Staatsmittel eingesetzt werden? Ich nehme als selbstverständlich an, daß das Hohe Haus den Wunsch hat, daß die Mittel so sparsam wie möglich eingesetzt werden und wir nach Möglichkeit nicht mit dem ganzen Betrag eingreifen müssen, daß also von der Ermächtigung nur insoweit Gebrauch gemacht wird, als es eben nicht anders geht. Im Ziel sind wir uns, glaube ich, alle einig. Die Verwaltung hatte auch bis Freitag gar keine Bedenken gegen den Antrag. Wir haben erst durch andere Interpretationen Bedenken bekommen.

Ich darf auch nochmals auf die Ausführungen der Herren Abgeordneten Heißwolf und Willmann eingehen. Wir waren im Haushaltsausschuß bei den grundsätzlichen Erörterungen über das Gemeindevermögen immer der Meinung, daß die flüssigen Mittel bei der jetzigen Notlage selbstverständlich eingesetzt werden müssen, während andererseits niemand, auch nicht die so oft geschmähte Ministerialbürokratie, daran denkt, einen Oberbürgermeister bis auf das Hemd ausziehen. Wir wollen keineswegs etwa die Kassen bis zum letzten Pfennig leeren. Ich stimme darin mit Herrn Abgeordneten Willmann völlig überein und habe auch den Eindruck, daß dies die allgemeine Auffassung im Ausschuß war. Aber ich möchte eines vermeiden: daß aus diesem Antrag und seiner Formulierung nachher Differenzen zwischen den allmächtigen Oberbürgermeistern und den kleinen Referenten des Finanzministeriums entstehen. Eines ist doch ganz klar: daß gegenüber den Oberbürgermeistern ein Referent des Finanzministeriums restlos ins Hintertreffen kommt.

(Heiterkeit)

Schützen Sie auch einmal die so oft geschmähte arme Ministerialbürokratie! Parlament und Ministerium sind sich m. E. völlig einig. Aber die Herren draußen im Lande, die gefährlichen Oberbürgermeister und Kämmerer, lesen eben etwas anderes aus dem Antrag, als er sagen will.

Dann eine Frage, die mehr juristisch-technischer Natur ist. Der § 13 des Gesetzentwurfes lautet: „Die Haushalte der Verbände werden vom Minister der Finanzen im Einvernehmen mit dem Minister des Innern festgestellt.“ Meine Damen und Herren, nach der Meinung des Herrn Ministers des Innern und auch nach meiner Überzeugung kommen wir gar nicht um diese Betimmung herum. Es ist selbstverständlich, daß die Feststellung der Haushaltpläne im Einvernehmen mit den beiden Provinzialver-

Nach von der Nahmer

händen geschieht, die uns zunächst entsprechende Vorlagen machen müssen. Aber wir halten die jetzige Fassung dieses Paragraphen deswegen für nötig, weil bei dem jetzigen juristischen Vakuum bestimmt werden muß, worüberhaupt die Haushaltspläne der Provinzialverbände Wiesbaden und Kassel festsetzen soll. Augenblicklich fehlen ja Provinziallandtage.

(Abg. Frau Zinke: In Kassel ist ein Beirat da.)

Da eine gesetzliche Grundlage für die Organe der Provinzialverbände noch fehlt, erscheint es mir als der beste Ausweg, die beiden der parlamentarischen Kontrolle unterstehenden Minister mit der Feststellung der Haushalte zu betrauen. Ich glaube, daß Herr Präsident Witte und Herr Minister Häring nicht die geringsten Schwierigkeiten haben würden, sich mit den beiden Herren Ministern über die Haushaltspläne zu einigen. Aber verwaltungsrechtlich, glaube ich, kommen wir um eine solche Festlegung, wer den Haushalt bewilligt, nicht herum, weil nach meiner Meinung ein juristisches Vakuum vorliegt. Ich möchte bitten, daß sich die Experten dazu äußern.

Sodann begrüße ich zunächst besonders den Antrag der kommunistischen Fraktion hinsichtlich der Zahlungen an unsere Kriegsgefangenen. Ich darf Herrn Abgeordneten Willmann bitten, mir die Nummer nochmals zu nennen.

(Zuruf: Nummer 22!)

Meine Damen und Herren! Es ist eine Ehrenpflicht für jeden, der selbst Soldat war, alles für die Kameraden zu tun, die jetzt aus der Kriegsgefangenschaft zurückkommen. Ich weiß nicht, wiewiele Eingaben das Finanzministerium im Laufe des letzten halben Jahres in dieser Angelegenheit an die Militärregierung gerichtet hat. Die Sachlage ist folgende: Die Kriegsgefangenen aus USA bringen Gutscheine über Dollarbeträge mit. Die Umrwechslungsmöglichkeit in Reichsmark fehlt jedoch, weil ein Umrechnungssatz Dollar zu Mark nicht festgesetzt ist. Der Satz 1 zu 10 soll auf Grund einer Anordnung höherer Stellen nicht angewandt werden. Im Finanzministerium werden wir jetzt noch einmal prüfen, ob wir nicht wenigstens vorschußweise helfen und die Gutscheine, die die Kriegsgefangenen mitbringen, einlösen können. Es ist dies eine Ehrenpflicht gegenüber den ehemaligen Kriegsgefangenen. Ich werde es lebhaft begrüßen, wenn wir für unsere Kriegsgefangenen etwas tun können.

Dann darf ich zu dem weiteren Antrag 23 betr. Reichsschatzwechsel übergehen. Zunächst die Frage des Herrn Abgeordneten Willmann: Sind Reichsschatzwechsel etwas wert? Er ist ja selbst Experte auf diesem Gebiet. Die Reichsschatzwechsel müssen nach den bestehenden Vorschriften mit ihrem Nominalbetrag in die Bilanz eingesetzt werden. Der Herr Abgeordnete Willmann würde in seinem Zivilberuf sicherlich sehr ungehalten sein, wenn man ihn fragte: Sind die Reichsschatzwechsel etwas wert? Als Vertreter des Finanzministers kann ich die Frage unmöglich anders beantworten als so: Die Reichsschatzwechsel sind als vollwertig zu betrachten. Auf der einen Seite zwingt die Finanzverwaltung die Steuerpflichtigen, die Reichsschatzwechsel mit 100% einzusetzen. Teilweise sind nun noch Rückstände aus der Gewinnabführung und sonstigen Steuern aus den Jahren 1943 und 1944 vorhanden. Diese steuerpflichtigen Gewinne ergeben sich vielfach nur dadurch, daß die Reichspapiere mit 100% bilanziert werden müssen. Die Steuerpflichtigen berufen sich nun darauf, daß sie ihre seinerzeitigen Gewinne in Reichsschatzwechseln angelegt haben. Wenn die Steuerpflichtigen auf der einen Seite zur Anlage der Gelder in Reichsschatzwechseln veranlaßt wurden, und diese Schatzwechsel jetzt mit 100% bilanziert werden müssen, dann scheint es ein Gebot der Gerechtigkeit, daß diese Papiere jetzt auch von der Finanzverwaltung an

Zahlungsstatt zum vollen Nennwert hereingenommen werden zur Bezahlung rückständiger Steuern.

Es erscheint unbillig, mit Zwangsvollstreckungsmaßnahmen gegen illiquide Steuerpflichtige vorzugehen. Die Reichsschatzwechsel stellen eine hochliquide Vermögensanlage dar: man konnte jederzeit einen Kredit darauf aufnehmen oder sie börsenmäßig verwerten. Die Finanzverwaltung rechnet hohe Gewinne heraus auf Grund der vorgeschriebenen Bewertung der Reichspapiere. Wie sollen wir es rechtfertigen, wenn wir dann nicht auch für eine entsprechende Verwertungsmöglichkeit dieser Papiere sorgen? Wir stehen auf dem Standpunkte, daß die Gerechtigkeit das Fundament für den Aufbau einer jeden Demokratie darstellt. Aus diesem Grunde hat mein Herr Minister sich zu dieser Maßnahme entschlossen. Ich glaube nicht, daß sich hier irgendwelche Einflüsse von außerhalb des Hauses geltend gemacht haben. Das wäre mir ganz neu. Die Idee schien uns völlig einwandfrei. Ich stelle immer wieder fest, daß man uns in der Langgasse für schwarze Seelen hält, und das sind wir wirklich nicht. (Abg. Wittrock: Vielleicht wäre manchmal ein Kabinettsbeschuß notwendig!)

Die ganze Sache dürfte im übrigen hinfällig geworden sein, weil OMGUS in Berlin Bedenken hat.

(Abg. Willmann: Hatten Sie auch beabsichtigt, die Schatzwechsel für 1945 anzunehmen?)

— Ich kann die Frage im Augenblick nicht beantworten. Ich bitte, mir zu gestatten, dies schriftlich zu tun.

Was den Antrag wegen der Rückzahlung der Geldbeträge, die die Großhessische Regierung an die Mitglieder der ehemaligen Herrscherhäuser geleistet hat, anlangt — diese Frage ist schon oft erörtert worden —, so handelt es sich hier nicht um eine Finanzfrage, sondern in erster Linie um eine Rechtsfrage. Sie werden es mir nicht übel nehmen, wenn ich als Ministerialdirektor diese Frage nicht ohne weiteres beantworten kann. Ich nehme an, daß der Herr Minister seiner Stellung nehmen wird.

(Beifall bei der ODU)

Minister des Innern Zinnkann:

Meine Damen und Herren, gestatten Sie mir einige Worte. Ich kann mich kurz fassen schon um deswillen, weil mein Herr Vorredner bereits näher auf die Vorlage eingegangen ist. Außerdem zeichnet auch der Herr Finanzminister verantwortlich für die zur Debatte stehende Vorlage.

Ich freue mich, daß es gelungen ist, im Finanzauschuß einen recht erheblichen Mehrbetrag einzusetzen, um so den Gemeinden die Möglichkeit zu geben, die großen Lasten, die auf ihnen ruhen, zu tragen und die großen Aufgaben, die sie zu erfüllen haben, in der richtigen Weise zu lösen. Ich glaube, es wird für die Gemeinden eine große Erleichterung bedeuten, wenn sie nunmehr wissen, daß ihnen bestimmte Beträge zur Verfügung gestellt werden, mit denen sie arbeiten können, mit denen sie ihren Haushalt in Ordnung bringen können, und die sie in den Stand setzen, ihre Aufgabe zu erfüllen.

Der Herr Abg. Dr. Raabe hat bemängelt, daß der Erlaß des Gesetzes über den Polizeilastenausgleich wiederholt in Aussicht gestellt worden sei, daß aber die Vorlage bis heute noch nicht eingebracht worden ist. Ich habe mich vorher erkundigt und habe mir von meinen Mitarbeitern sagen lassen, daß die Beiziehung der Unterlagen, die ja schließlich erforderlich sind, um eine solche Gesetzesvorlage einzubringen, auf außerordentliche Schwierigkeiten gestoßen ist. Aber, meine Damen und Herren, ich will Ihnen eines sagen: Schwierigkeiten sind dazu da, damit sie überwunden werden, und ich sage Ihnen hiermit zu; daß ich dafür besorgt sein werde, daß nun in aller Kürze die schon so oft versprochene Vorlage ein-

Präsident

gebracht wird. Das muß sich ermöglichen lassen, wenn der gute Wille vorhanden ist.

Zu der Frage der Kommunalverbände möchte ich folgendes sagen:

Diese Frage würde vermutlich hier gar nicht zur Erörterung gestellt werden; wenn der Großhessische Staat nicht nur aus dem früheren Volksstaat Hessen, sondern auch aus zwei ehemaligen preußischen Provinzen bestünde. Denn nur dadurch ist der Unterschied entstanden, daß in den ehemaligen preußischen Provinzen Provinzialverbände bestehen, während in dem ehemaligen Volksstaat Hessen Fürsorgeverbände bestehen. Es ist natürlich nicht möglich — darin stimme ich Ihnen ohne weiteres bei —, daß in dem nunmehr einheitlichen Gebilde des Großhessischen Staates zweierlei Recht besteht. Es muß entweder nach der einen oder nach der andern Seite hin eine Rechtsgleichheit auf diesem Gebiete herbeigeführt werden. Das wird nicht einfach sein; aber auch diese Frage muß gelöst werden. Ich möchte auch hier sagen, daß ich mich dieser Dinge annehmen und dafür sorgen werde, daß diese Frage recht bald einer Lösung zugeführt wird.

Ich glaube, ich kann es mir ersparen, auf die übrigen Fragen einzugehen; sie sind, wie ich eingangs schon sagte, von meinem Herrn Vorredner eingehend erörtert worden. Nur auf einen Punkt möchte ich noch zu sprechen kommen: das ist der § 13 des Gesetzentwurfs. Dieser § 13 hatte in der Vorlage des Herrn Finanzministers folgenden Wortlaut:

Die Haushalte der Verbände werden vom Minister der Finanzen im Einvernehmen mit dem Minister des Innern festgestellt. Zur Erzielung des Haushaltsausgleichs kann die Veräußerung von Eigenvermögen der Verbände sowie die Aufnahme von Anleihen mit mindestens fünfjähriger Laufzeit seitens des Ministers der Finanzen verlangt werden.

Der Finanzausschuß hat nun beantragt, dem § 13 folgende Fassung zu geben:

Die Haushalte der Verbände werden vom Minister der Finanzen im Einvernehmen mit dem Minister des Innern festgestellt.

Der Satz 2 in der Fassung des § 13, wie er in der Regierungsvorlage enthalten ist, soll gestrichen werden. Der erste Satz aber bleibt bestehen. Und darauf kommt es an. Auch ich bin der Meinung, daß darauf nicht verzichtet werden kann. Ich bin aber im Einvernehmen mit dem Vertreter des Finanzministeriums durchaus bereit, dem Antrag der KPD zu folgen, der besagt:

Die Haushaltpläne der Verbände werden im Einvernehmen mit ihnen

— das heißt mit den Kommunalverbänden — von dem Minister der Finanzen und dem Minister des Innern festgelegt.

Ich glaube, meine Damen und Herren, auf dieser Grundlage können wir uns verständigen, und ich möchte Sie bitten, diesem Antrage Ihre Zustimmung zu geben.

Präsident:

Meine Damen und Herren! Bevor ich dem nächsten Redner das Wort gebe, gestatten Sie mir gleich von dieser Stelle aus zu dem berühmten, hier so oft angezogenen § 13 Stellung zu nehmen. Ich betrachte den § 13 als einen Eingriff in das Recht der Selbstverwaltung der Gemeinden, dessen Konsequenzen und dessen Auswirkung wir im Augenblick überhaupt nicht zu übersehen vermögen.

(Sehr richtig! bei der SPD)

Die Dinge liegen praktisch doch so, daß es immer das vornehmste Recht der Selbstverwaltung gewesen ist, ihre eigenen Haushaltspläne aufzustellen und ihre Einnahmen

und Ausgaben selbst zu verantworten. Es war eine Selbstverständlichkeit, daß auch die Kommunalverbände in Kurhessen und in Nassau, also in Kassel und Wiesbaden, ihre Haushaltpläne selber aufstellten. Und wenn man nun heute sagt: Ihr habt aber keine Verwaltungsorgane, keine Kontrollorgane, so ist es richtig, daß wir infolge der Veränderung der Verhältnisse diese Organe nicht mehr haben. Aber nach Rücksprache mit dem Herrn Ministerpräsidenten haben wir die Auflage erhalten, bis zur endgültigen Gestaltung der Kommunalverbände durch den künftigen Landtag, dem es vorbehalten bleiben muß, den Großhessischen Staat aufzugliedern, uns zu entscheiden, ob wir eine Selbstverwaltung haben wollen oder ob sie überhaupt aufgehoben werden soll. Bis zu diesem Zeitpunkt soll jeder Kommunalverband einen kommunalen Beirat erhalten. Dieser kommunale Beirat soll in dem gleichen Verhältnis besetzt sein, wie die Fraktionen hier im Landtage vertreten sind. In Kurhessen haben sie diesen kommunalen Beirat schon seit einem halben Jahre; in Nassau soll er in der übernächsten Woche erstmalig zusammentreten, und zwar zur Beratung unseres Haushaltsplanes. Also auch das ist gesichert. Der Herr Innenminister, der über die kommunale Selbstverwaltung die Dienstaufsicht zu führen hat, hat erklärt, daß der kommunale Beirat den Haushaltplan, wenn er ihn beschlossen hat, dem Minister des Innern vorlegen muß, der aber nur dann eine Änderung verlangen kann, wenn zum Beispiel die prozentuale Feststellung der Umlage in einer außergewöhnlichen Höhe erfolgt gegenüber der Festsetzung der letzten Etatjahre. Das allein fällt in den Rahmen des Aufsichtsrechtes des Innenministers. Mit dem Finanzminister haben wir überhaupt nichts zu tun. Wenn es jetzt heißen soll: Die Haushalte der Verbände werden vom Minister der Finanzen im Einvernehmen mit dem Minister des Innern festgestellt, dann kann ich nichts anderes sagen, als daß das einen Eingriff in das Recht der Selbstverwaltung der Kommunalverbände bedeutet, also das Gegenteil von dem ist, was wir wollen.

(Sehr richtig! bei der SPD)

Deshalb kann ich persönlich nicht davon abgehen. Obwohl ich mich freue über die Erklärung des Herrn Ministers des Innern und über die freundlichen Worte des Herrn Vertreters des Finanzministeriums, werden wir doch alle gut daran tun, diesen § 13 überhaupt zu streichen. Wir müssen ja den Haushaltplan sowieso einreichen. Das gute Einvernehmen ist dann wiederhergestellt. Ich wüßte nicht, welche Schwierigkeiten da noch entstehen sollten. Unser guter Wille ist zweifellos vorhanden.

Nun hat das Wort der Herr Abgeordnete Dr. Raabe.

Abg. Dr. Raabe (CDU):

Meine Damen und Herren, ich hätte mich bestimmt nicht noch einmal zum Wort gemeldet, aber es war aus zweierlei Gründen notwendig. Einmal überrascht der Herr Vertreter des Finanzministers den Finanz- und Haushaltsausschuß mit seiner Feststellung, die dreißigprozentige Erhöhung der Erwerbslosenhilfe gehe nunmehr zu Lasten der Gemeinden und Gemeindeverbände. Gegen diese Feststellung verahre ich mich.

(Sehr richtig! bei der CDU)

Ich will nicht auf die Sache im Haushalts- und Finanzausschuß zurückkommen. Ich stelle nur fest, daß im Ausschuß das Gegenteil gesagt wurde. In der ersten Sitzung, als wir die dreißigprozentige Erhöhung vom finanzpolitischen Standpunkt aus für tragbar und notwendig erachteten, wurde gleichzeitig erklärt, für diese Erhöhung würden auf alle Fälle die notwendigen Mittel bereitgestellt, und in der zweiten Sitzung, als wir diese Formulierung in ihrer Gesamtheit zum Abschluß brachten, ist

Dr. Raabe

ausdrücklich erklärt worden, der Herr Arbeitsminister werde in seinem Sonderhaushalt diese Beträge übernehmen. Ich bringe dieses nochmals ausdrücklich zum Vortrag, weil es in Verbindung steht mit der Interpretation, die der Vertreter des Finanzministers zum § 5 wünscht. Wenn es nämlich so ist, daß er den Beschluß des Finanzausschusses gestrichen zu haben wünscht, dann tritt ja das ein, was wir unter allen Umständen verhüten wissen wollen, daß die Oberbürgermeister wieder hintreten vor das Zimmer des betreffenden Ministerialbeamten, und Bittsteller sind für ihre Gemeinde, um die Beträge, die sie im Haushalt nicht als ausgleichlich nachweisen können, sich nun zu erbetteln. Die §§ 1 und 5 stehen, wenn auch nicht juristisch, aber finanzpolitisch in einem gewissen Zusammenhang. Wir haben festgestellt, daß in § 1, anknüpfend an die alten Schlüsselzuweisungen bei der veränderten Struktur der Wirtschaftslage, die Landgemeinden und die Kreisverbände diejenigen sind, die bevorzugt oder fast ausschließlich hieraus berücksichtigt werden und daß für die kreisfreien Städte aus dem § 1 der mit 23,8 Millionen dotierten Summe nichts entfällt. Weil wir nun nicht in eine grundsätzliche Änderung der ganzen Struktur eintreten wollten, haben wir gesagt, dann erhalten eben die kreisfreien Städte aus dem Fonds des § 5, den wir um 30 Millionen auf 46 Millionen erhöht haben, den hierfür erforderlichen Betrag. Und ich habe dann nach der Formulierung, die inzwischen gefunden worden war, meinerseits mit allem Nachdruck darauf hingewiesen, es gehören da hinein die beiden Begriffsbestimmungen, die auch in dem Beschluß stehen: nach objektiven Merkmal und nach dem Maß der Hilfsbedürftigkeit. Es ist nach § 5 selbstverständlich, wenn eine Stadtgemeinde in der Lage ist, ihren Etat auszugleichen, ohne Mittel aus dem § 5 in Anspruch zu nehmen, daß sie auch selbstverständlich nichts erhält. Da auch die dreißigprozentige Wohlfahrtsunterstützung zu Lasten der Gemeinden geht, wird es keine Gemeinde mehr geben, die an diesem Fonds vorbeigehen kann. Deshalb lege ich allen Wert darauf und bitte Sie dringend, es bei dem Beschluß des Finanzausschusses zu belassen, auch daß die Richtlinien dem Finanz- und Haushaltsausschuß vorgelegt werden, damit er seinerseits Stellung dazu nimmt. Dabei sollen selbstverständlich die Haushaltspläne vorgelegt und überflüssige Ansätze gestrichen werden. Daß alle Stadt- und Landgemeinden überall auf sparsamste Wirtschaftsführung hinarbeiten müssen, braucht nicht erwähnt zu werden.

Ich danke dem Herrn Innenminister für seine Erklärung, daß wir bald auf den Polizeilastenausgleich rechnen können und daß das Schicksal der Kommunalverbände einer Regelung zugeführt wird. Ich möchte aber keinen Zweifel aufkommen lassen, daß wir bei der eingehenden Erörterung im Finanz- und Haushaltsausschuß über die Frage der Kommunalverbände uns dazu durchgerungen haben, wir wollen im Augenblick nicht über das Schicksal entscheiden. Infolgedessen bleibt der § 12 bestehen. Wir haben aber ausdrücklich gesagt, der § 13 Satz 2 fällt weg, weil auch § 10 gefallen ist, und der erste Satz fällt weg, weil er einen Angriff auf die Selbstverwaltung darstellt, denn so lange die kommunalen Verbände noch anerkannt sind — und sie sind es im Augenblick noch —, sind sie auch Selbstverwaltungskörper und haben das Recht auf Selbstverwaltung und dürfen dieser einengenden Bestimmung nicht unterliegen. Deshalb bitte ich Sie zu beschließen, daß der Beschluß des Haushaltsausschusses bestehen bleibt und keine Abänderung nach dieser Richtung erfolgt und daß zweitens der § 13 gestrichen wird.

Abg. Metzger (SPD) — Unkorrigiertes Stenogramm —:

Meine Fraktion hatte gehofft, daß sie zu der Frage des

Finanzausgleichs nichts mehr werde zu sagen brauchen. Ich halte es aber doch für notwendig, daß wir noch einmal betonen, daß wir dem, was Herr Kollege Dr. Raabe ausgeführt hat, vollinhaltlich zustimmen. Wir haben unter gewissen Voraussetzungen dem Finanzausgleichsgesetz zugestimmt, haben vor allem zugestimmt dem § 1. Wir halten das nur mit schlechtem Gewissen getan. Wir haben es getan, weil wir uns gesagt haben: Die Grundlagen für einen neuen § 1 sind jetzt so schwer und so langwierig zu beschaffen, daß wir es bei der an sich durchaus ungerechten Regelung belassen müssen. Wir haben aber dafür gesorgt, daß in § 5 der Betrag von 46 Millionen zur Verfügung gestellt wird, und es geht unter keinen Umständen an, daß dieser Betrag wieder gekürzt wird dadurch, daß die erhöhten Fürsorgelasten von den Gemeinden übernommen werden. Man war sich darüber im klaren, auch von seiten des Vertreters des Herrn Finanzministers, daß die Fürsorgelasten vom Staat getragen werden, und als dann die Rede davon war, daß sie der Arbeitsminister auf seinen Etat nehmen werde, dann hat es geheißen: um so besser. Es kann nicht angehen, daß dieser Posten nun von den Gemeinden übernommen wird. Der § 5 ist deswegen in dieser Weise vom Finanzausschuß angenommen worden, weil man sich darüber im klaren war, daß dafür gesorgt wird, daß nun nicht einfach nach Gutdünken die Mittel verteilt werden, sondern nur da, wo es notwendig ist. Das sollte eine Korrektur des § 1 sein, und der § 5 sollte diese Ungerechtigkeit ausgleichen. Es ist notwendig, daß objektive Maßstäbe angelegt werden und daß der Grad der hilfsbedürftigen Gemeinden berücksichtigt wird. Wenn wir es dem Finanzminister überlassen, zu entscheiden, was er für richtig hält, so erreichen wir das, was wir vermeiden wollen. Unsere Fraktion kann dem Finanzausgleich nur so zustimmen, wie er formuliert worden ist.

Abg. Heißwolf (SPD):

Meine beiden Vorredner haben den Haushaltsausschußvorlagen voll und ganz ihre Zustimmung gegeben. Bezüglich der Abänderungen, die vorgeschlagen worden sind, möchte ich bitten, dem Antrag des Kollegen Dr. Raabe zu § 3 ohne weiteres zuzustimmen, ebenso dem Antrag der kommunistischen Fraktion, daß in § 5 die Kommunalverbände mit einbezogen werden.

Was nun den Antrag zu § 5 betrifft, so liegen die Dinge so: Nachdem der Haushaltsausschuß beschlossen hatte, den Ausgleichsstock von 16 auf 46 Millionen zu erhöhen, war es der Vertreter des Finanzministeriums, der gesagt hat, dann müssen Ausführungsbestimmungen hierzu geschaffen werden, und darauf haben wir den Antrag noch entworfen, der dieses einfügt,

(Abg. Dr. Raabe: Ich habe ausdrücklich die Worte gebraucht: Nach objektiver Prüfung.)

und deshalb, glaube ich, sollte auch das Plenum dem § 5 zustimmen.

Zu § 13 liegen die Dinge genau so, wie Herr Kollege Dr. Raabe sie geschildert hat. Ich bitte, ihn abzulehnen, wie ich schon vorhin sagte. Die Dinge liegen ja so, daß heute bereits in Kassel und Wiesbaden die Beiräte bestehen. In Wiesbaden ist zwar der Beirat noch nicht zusammgetreten, aber diese Beiräte sind das, was früher der Kommunallandtag gewesen ist, quasi Aufsichtsorgane für die Bezirksverwaltung, und ich glaube selbst, daß in dem Übergangsstadium, in dem wir jetzt leben, sehr wohl die Beiräte die Pflichten erfüllen können, die früher der Kommunallandtag ausgeübt hat. Was im nächsten Jahr sein wird, wissen wir ja noch nicht. Ich bin der Meinung, daß kein Kommunalverband in seiner Etatgestaltung über die gezogene Grenze hinausgehen wird. Aus diesem Grund

de glaube ich, daß wir bedenkenlos der Streichung des § 13 unsere Zustimmung geben können.

Noch ein Wort zu der Dreißigprozentigen Erhöhung der Fürsorgelasten. Als im Ausschuß erklärt wurde, daß die Fürsorgelasten nicht den Gemeinden auferlegt werden und daß der Arbeitsminister glaube, diese Lasten aus seinem Etat begleichen zu können, waren wir alle froh. So lagen die Dinge, und ich glaube nicht, daß man jetzt, nachdem der Betrag um 30 Millionen erhöht worden ist, dazu übergehen sollte, den Gemeinden als Ausgleich die Erhöhung der dreißigprozentigen Fürsorgelasten aufbürden zu können. Das liegt ja auch in der ganzen Tendenz, daß der Staat für die hohen Fürsorgelasten aufzukommen hat. Die Gemeinden und Gemeindeverbände sind ja nicht schuld daran, und ich möchte bitten, der Abänderung, wie sie der Haushalts- und Finanzausschuß vorschlägt, Ihre Zustimmung zu geben und die weitergehenden Wünsche von seiten des Regierungsvertreters abzulehnen.

Präsident:

Die Besprechung ist geschlossen, wir kommen nun zur Abstimmung.

Abg. Willmann (KPD) zur Geschäftsordnung:

Unter der Bedingung der Streichung des § 13 ziehen wir unseren Antrag auf Änderung des § 13 zweiter Satz offiziell zurück.

Abg. Wittrock, Wilhelm (SPD):

Ich glaube, die SPD wird dem Vorschlag zustimmen unter der Voraussetzung, daß Klarheit darüber geschaffen wird, ob die Fürsorgelasten von den Gemeinden oder vom Lande getragen werden müssen.

Abg. Bauer (KPD):

Ich unterstreiche das, was mein Vorredner gesagt hat.

Ministerialdirektor Prof. Dr. Nöll von der Nahmer:

Ich würde sehr dankbar dafür sein, wenn darüber völlige Klarheit herbeigeführt wird.

(Abg. Bauer: Die Klarheit hängt von Ihnen ab!)

Ich darf noch einmal klarstellen: In den Verhandlungen des Ausschusses war seitens des Herrn Stadtkämmerers Roos von Wiesbaden sehr wirkungsvoll erklärt worden: Wenn er die Bürgersteuerausgleichsbeträge um 100% erhöht bekomme, dann reiche das bei Wiesbaden in keiner Weise aus, um diese neuen Lasten zu decken.

Wir hatten im Finanzministerium zunächst die stille Hoffnung, daß wir den Ausgleich für die neue Belastung der Fürsorgeverbände mit 16 Millionen RM herbeiführen könnten, wenn wir die Bürgersteuerausgleichsbeträge auf 100% erhöhten. Es stellte sich dann heraus, daß das nicht möglich war. Darauf haben wir uns gesagt: Dann wollen wir von der Erhöhung der Bürgersteuerausgleichsbeträge überhaupt absehen. Denn es ist nicht einmal ausgemacht, ob eine Großstadt wie Wiesbaden durch eine solche Erhöhung ihr Defizit würde decken können. Das Defizit muß dann auf andere Weise gedeckt werden. Wir dürfen durch die beabsichtigte Erhöhung der Bürgersteuerausgleichsbeträge nicht noch weitere finanzielle Schwierigkeiten bekommen. Es ist nicht so gewesen, daß die sich jetzt ergebenden 60 Millionen RM zusätzliche Aufwendungen im Rahmen des Finanzausgleichs dem Finanzminister sofort präsentiert worden sind, sondern es ist sukzessive im Laufe der Beratungen dazu gekommen. Als das Kabinett hörte, daß der gefreudige Ausschuß 60 Millionen RM zusätzlich bewilligt habe, entstand die Sorge, wie diese 60 Millionen RM zu decken seien. Diese

60 Millionen müssen irgendwie gedeckt werden. So haben sich die Dinge historisch entwickelt. Wenn diese 60 Millionen aus Staatsmitteln noch aufgebracht werden müssen, dann müssen wir uns auch mit dem Problem der Deckung beschäftigen. Wir haben uns — das hat auch die Billigung des Ausschusses gefunden — bei der Aufstellung des Gesetzentwurfes bemüht, Einzelbewilligungen für bestimmte Zwecke möglichst zu vermeiden. Die Dinge werden viel einfacher und übersichtlicher, wenn man eine Gesamtsumme einstellt, anstatt für den Zweck a und für den Zweck b besondere Mittel vorzusehen. Das würde darauf hinauslaufen, daß man, wenn das Hohe Haus die 16 Millionen RM zusätzlich noch für die Deckung der erhöhten Fürsorgelasten bewilligen will, den Ausgleichsstock um diese 16 Millionen RM erhöhen muß. Es empfiehlt sich unbedingt, an dem Grundsatz festzuhalten, daß Totalsummen und nicht Spezialfonds in den Finanzausgleich eingestellt werden. Wenn wir mit einem Haushaltsplan von etwa 1 Milliarde rechnen, ist die Dotierung des Ausgleichsstocks im Rahmen des Finanzausgleichs außerordentlich hoch.

Wir dürfen nicht von den augenblicklich bestehenden Verhältnissen ausgehen. Augenblicklich sind die drei Länder der amerikanischen Zone, wie Sie alle wissen, ausgesprochen flüssig. Wir vertreten nun den Standpunkt, daß diese Flüssigkeit erwünscht ist, weil dadurch Gelder stillgelegt werden; sie verbleiben in der Staatshauptkasse, und der Geldumlauf wird entsprechend ermäßigt. Aber es ist durchaus nicht so, daß wir die Gelder, über die wir verfügen, leichtherziger ausgeben dürften, als es früher geschehen ist.

Im übrigen muß man als Finanzmann Optimist sein. Wenn es sich herausstellt, daß mit den Mitteln, die für den Finanzausgleich nach der bisherigen Ausschußvorlage vorgesehen sind, nicht auszukommen ist, dann ist es ja durchaus möglich, daß Ihnen der Finanzminister eine Nachtragsvorlage zugehen läßt. Es würde auch im Interesse des Parlaments liegen, wenn es sich nochmals mit der Sache befassen müßte und nachprüfen könnte, weshalb mit den bewilligten Summen nicht auszukommen ist. Wir alle sind daran interessiert, daß Defizite der nachgeordneten Gebietskörperschaften ausgeglichen werden. Versuchen wir es zunächst einmal, mit den bisher vorgesehenen Summen auszukommen. Wenn wir kein Geld mehr haben, dann müssen wir zu Ihnen kommen, und wir werden uns dann freuen, wenn wir Sie an Ihre heutige Gebefreudigkeit erinnern können. Wir stehen heute vor einer ganz eigenartigen Situation. Das Parlament will Geld bewilligen, und ausgerechnet der Vertreter des Finanzministeriums bittet darum, man möge davon absehen, die Gelder in dieser Höhe zu bewilligen. Im allgemeinen ist es doch so, daß der Finanzminister Geld haben will, und daß die Abgeordneten sagen: Das könnte Dir so passen! Quod non!

Präsident:

Wird der Antrag von der SPD aufrecht erhalten?

(Zuruf: Ja!)

Oder ist es nicht empfehlenswert, die Abstimmung zunächst auszusetzen und den Vertretern der verschiedenen Fraktionen Gelegenheit zu geben, sich über die verschiedenen Fragen noch einmal zu unterhalten?

(Zurufe: Wir haben uns schon verständigt!)

Stellvert. Ministerpräsident Dr. Hilpert:

Ich möchte bitten, daß das Hohe Haus zunächst einmal ganz selbständig ohne Rücksicht auf die Erklärung der Regierung die Abstimmung durchführt. Wir werden dann nochmals prüfen, ob die Gesichtspunkte, die uns heute dargetan worden sind, berücksichtigt werden können. Aber wir schaffen damit zunächst einmal einen Tatbestand. Ich

Dr. Hilpert

wählte sonst nicht, wie wir im Augenblick praktisch weiterkommen sollen. Es wird sonst dieses wichtige Gesetz immer wieder zurückgestellt.

Ich darf noch eines sagen: Das Kabinett ist bei den Überlegungen, die angestellt wurden, davon ausgegangen, daß die Kommunen wie auch der Staat unter der Optik der unechten Liquidität stehen:

(Sehr gut! bei der CDU)

Wir alle haben bares Geld. Es ist nur die Frage: Wollen wir nun von der Rücklageverordnung des Innenministers vom März Gebrauch machen und die Kommunen veranlassen, ihre gesamten liquiden Reserven einzusetzen? Das heißt also: Soll der Staat eine falsche Thesaurierungspolitik treiben oder sollen wir nicht in gleichem Schritt und Tritt bei den ungeklärten Verhältnissen auf beiden Seiten einen gewissen Prozentsatz dieser unechten Liquidität zur Deckung des gegenwärtigen Bedarfs hincinwerfen?

(Sehr gut! bei der CDU)

Meine Damen und Herren, die Gemeinden haben 47 Millionen Bar-Reserven. Wenn wir jetzt die Rechnung so aufziehen, stellt mit der Uebernahme der Fürsorgelasten auf die Gemeinden, so werden sie wahrscheinlich diese Reserven zu etwa 40 Prozent angrreifen müssen. In etwa dem gleichen Maße muß jetzt der Staat seine Liquiditätsreserven angreifen. Und gerade dieses im gleichen Schritt und Tritt gehen muß verhüten, daß hier und da thesauriert wird auf Kosten eines anderen Geldgebers. Gerade das hat das Kabinett nach reiflicher Überlegung dahin gebracht, den Vertreter des Herrn Finanzministers zu dieser Erklärung zu veranlassen. Ich glaube, wenn Sie in Ruhe diese Gesichtspunkte nochmals überdenken, dann werden Sie selber dazu beitragen, daß wir heute dieses so wichtige Gesetz, auf das wir auch im Großhessischen Staatsministerium warten, verabschieden, und daß nicht durch irgendwelche veränderte Beschlußfassung auch heute wieder die Klarstellung dieser so wichtigen Frage hinausgezögert wird. Das bitte ich Sie freundlichst noch einmal bedenken zu wollen.

Abg. Dr. Raabe (CDU):

Wir müssen das Gesetz heute verabschieden; denn die Gemeinden und die Gemeindeverbände müssen in die Lage versetzt werden, ihre Haushaltspläne aufzustellen. Ich glaube, nach den Erklärungen, die von seiten der Regierung abgegeben worden sind, liegen auch keine weiteren Bedenken vor. Wir sprechen dabei die Erwartung aus, daß es bei den Erklärungen bleibt, wie sie im Finanz- und Haushaltsausschuß gegeben worden sind, daß die 30% Erhöhung vom Staate getragen werden, wenn die Gemeinden nicht dazu in der Lage sind. Wir haben ja einen 40 Millionen-Fonds. Wenn der Betrag nicht ausreicht, dann wird der Betrag — das ist uns von dem Herrn Vertreter des Finanzministers ausdrücklich zugesagt worden — erhöht, dann werden wir um eine Nachtragbewilligung bitten.

Ich möchte Sie deshalb bitten, der Vorlage in ihrer Gesamtheit zuzustimmen, damit das wichtige Gesetz, das für die Gemeinden und Gemeindeverbände von lebenswichtiger Bedeutung ist, heute verabschiedet werden kann. Wir stimmen zu in der Erwartung, daß die erhöhten Fürsorgelasten im Bedarfsfälle in voller Höhe vom Staate übernommen werden.

Abg. Dr. Metzger (SPD) (Unkorrigiertes Stenogramm):

Ich möchte einen kleinen Schritt weitergehen. Der Herr Kollege Dr. Raabe hat gesprochen von einer Erwartung. Wir haben es so besprochen — so muß es auch gehalten werden —: Wir stimmen dem Gesetze zu unter der Bedingung, daß die Regierung die 30% auf das Land übernimmt. Abgesehen davon ist es meines Erachtens auch

eine prinzipielle Frage. Man sollte dafür sorgen, daß die Fürsorgelasten prinzipiell vom Lande getragen werden. Man sollte hier nicht einen Präzedenzfall schaffen. Man soll den Kommunen hier nicht Fürsorgelasten aufbürden, die ihnen dann vielleicht auch in Zukunft wieder aufbürdet werden. Man sollte dafür sorgen, daß die Fürsorgelasten prinzipiell vom Lande getragen werden.

Ich erkläre für meine Fraktion, und ich darf das wohl auch für die KPD sagen, daß wir dem Gesetze zustimmen unter der Bedingung, daß die 30% auf das Land übernommen werden.

Stellv. Ministerpräsident Dr. Hilpert:

Meine Damen und Herren, es ist unmöglich, daß das Hohe Haus, bei aller Souveränität, eine Vorlage verabschiedet unter einer Bedingung. Das ist unmöglich. Mir ist es jedenfalls bisher nicht bekannt geworden, daß so etwas möglich sei. Ich bitte Sie, meine Damen und Herren von der SPD und KPD, angesichts der Erklärungen, die Herr Ministerialdirektor Dr. von der Nahmer abgegeben hat, sich abzufinden mit der „Erwartung“. In der „Erwartung“ liegt unter Umständen viel mehr. Es liegt darin das verständnisvolle Eingehen auf Notzustände, während in der „Bedingung“ immer liegt: Jetzt wird der Daumen darauf gedrückt. Wir wollen doch diese elastische und freiwillige Bereitwilligkeit zur Zusammenarbeit zum Ausdruck bringen auch in der Formulierung.

Abg. Arnoul (SPD):

Ich würde beantragen, die Abstimmung hinauszuschieben und in der Zwischenzeit in einer weiteren Verhandlung mit dem Herrn Vertreter des Finanzministeriums die Frage, wer die 30%ige Erhöhung der Fürsorgersätze tragen soll, noch einmal zu besprechen.

Präsident:

Die Sache wird immer verworrener. Ich schlage vor, die Verhandlungen jetzt für 5 Minuten zu unterbrechen, damit die zuständigen Herren Gelegenheit haben, sich zu verständigen. — Das Haus ist damit einverstanden. Ich unterbreche die Sitzung auf 5 Minuten.

(Unterbrechung der Sitzung 17.10 Uhr)

(Wiedereröffnung der Sitzung 17 Uhr 30 Min.)

Präsident:

Meine Damen und Herren! Die Sitzung ist wieder eröffnet. Zu einer Erklärung hat Herr Abgeordneter Arnoul das Wort.

Abg. Arnoul (SPD):

Meine Damen und Herren! Die Erklärung des Vertreters des Herrn Finanzministers, wonach die Gemeinden die angeordnete dreißigprozentige Erhöhung der Fürsorgersätze tragen sollen, hat in dem Hohen Hause berechtigte Überraschung ausgelöst. Wir, die wir mit diesem Problem seither zu tun hatten, waren einstimmig der Auffassung, daß die dreißigprozentige Erhöhung der Fürsorgersätze vom Lande Groß-Hessen getragen wird. Umsomehr hat uns heute die Erklärung des Herrn Vertreters des Finanzministers überrascht. Dadurch ist für uns eine völlig neue Situation entstanden. Die Dinge liegen so, daß die Erhöhung des Ausgleichsfonds in erster Linie den größeren Städten zugute kommt, und ich habe persönlich auch gar nichts dagegen, daß das der Fall ist. Auf der anderen Seite aber wäre es in der Praxis so, daß gerade die kleineren Gemeinden und die Arbeiterwohn-gemeinden, die ja die Fürsorgelasten in erheblichem Umfange zu tragen haben, mehr belastet würden, als sie überhaupt durch das geänderte Finanzausgleichsgesetz erhal-

ten. Das geht natürlich unter keinen Umständen, denn es war ja von vornherein der einmütige Wille des Ausschusses, dafür zu sorgen, daß die Gemeinden besser dotiert würden, als das in den Vorschlägen des Herrn Finanzministers der Fall war. Wir waren besonders um deswillen so überrascht, weil in der Erklärung des Arbeitsministers über die dreißigprozentige Erhöhung der Fürsorgersätze festgelegt ist, daß diese dreißigprozentige Erhöhung vom Staat getragen wird und im Finanzausgleich berücksichtigt werden soll. Ich bedauere außerordentlich, daß der Herr Minister für Arbeit und Wohlfahrt im Moment nicht anwesend ist. Es müßte ja zweifellos von der Regierung aufgeklärt werden, wieso die Differenzen in der Auffassung zwischen den beiden Ministerien möglich war. Wir können das Gesetz — darüber waren sich alle Fraktionen einig — nicht annehmen, ohne daß in der Frage der dreißigprozentigen Erhöhung der Fürsorgersätze eine klare Situation geschaffen wird.

Ich beantrage deshalb im Namen aller Fraktionen, dem Finanzausgleichsgesetz noch einen § 8a anzufügen folgenden Wortlauts:

§ 8a

Die Kosten für die dreißigprozentige Erhöhung der Fürsorgersätze trägt das Land.

Dann sind klare Verhältnisse geschaffen. Unter diesen Umständen wird das Hohe Haus, ich glaube einstimmig, das Finanzausgleichsgesetz annehmen.

Präsident:

Die neueröffnete Debatte ist wieder geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Sie finden den Antrag des Finanz- und Haushaltsausschusses zu dem Finanzausgleichsgesetz unter Nr. 2 der Drucksachen Abteilung II. Der Finanzausschuß schlägt vor, den § 1 der Regierungsvorlage unverändert anzunehmen. — Ich stelle fest, daß das Haus diesem Antrage zustimmt.

§ 2 soll folgende Fassung erhalten:

Die Gemeinden erhalten das volle Soll des Haushaltsjahres 1944 der Bürgersteuerausgleichsträge gemäß § 2 der zweiten Verordnung über die Vereinfachung des Lohnabzugs (2. L.A.V. v. 24. 4. 1942 RGBl. I. S. 252). Der § 2 ist in dieser Fassung angenommen.

§ 3 erhält folgende Fassung:

Als Beitrag zu den Kosten der Ernährungs- und Wirtschaftsämter erhalten die Stadt- und Landkreise 3,60 RM je Kopf der Bevölkerung nach dem Stande vom 1. Januar 1946.

— Angenommen.

§ 4 soll folgende Fassung erhalten:

Insoweit durch Zerstörungen von Grundbesitz infolge kriegerischer Ereignisse die Einnahmen einer Gemeinde an Grundsteuer unter neun Zehntel des Solls des Grundsteueraufkommens des Haushaltjahres 1944 zurückgegangen sind, gewährt der Staat in Höhe dieses Ausfalls einen Ausgleich. Soweit ein Totalschaden des Gebäudes vorliegt, darf die Gemeinde von dem Grundstückseigentümer keine Grundsteuer erheben. Bei Teilschäden muß eine angemessene Heranziehung des Grundstückseigentümers zur Grundsteuer erfolgen.

Dazu ist von der ODU ein Abänderungsantrag eingereicht worden. Danach soll der erste Satz folgende Fassung erhalten:

Insoweit durch Zerstörung von Grundbesitz infolge kriegerischer Ereignisse die Einnahmen einer Gemeinde an Grundsteuer unter das Ist-Aufkommen des Haushaltjahres 1944 zurückgegangen sind, gewährt der Staat

einen Ausgleich in Höhe von neun Zehnteln dieses Grundsteuerausfalls.

Die Sätze 2 und 3 bleiben unverändert.

Ich stelle fest, daß der § 4 mit dieser Abänderung angenommen ist.

Der § 5 des Entwurfs soll angenommen werden mit der Änderung, daß der letzte Satz folgende Fassung erhält:

Zur Bildung des Ausgleichsstocks werden in den Staatshaushaltsplan 46 Millionen RM eingesetzt.

— Angenommen.

Zu § 5 liegt dann weiter der Antrag vor,

den Herrn Minister der Finanzen zu bitten, die kommunalen Spitzenverbände aufzufordern, Richtlinien für die Verteilung des Ausgleichsstocks aufzustellen, die eine Verteilung nach objektiven Merkmalen und die Berücksichtigung der besonderen Hilfsbedürftigkeit gewährleisten und dem Ausschuß zur Stellungnahme vorzulegen.

— Angenommen.

§ 6 erhält folgende Fassung:

Die in den §§ 11 bis 13 der Finanzausgleichsverordnung erwähnten Zuschüsse werden nicht gezahlt. Der Wegelastenausgleich sowie die Zuschüsse zu den Wegebaukosten werden durch besondere Gesetze geregelt.

Auch darüber herrscht allgemeines Einverständnis.

§ 7. Der erste Absatz soll unverändert angenommen werden. Der zweite Absatz soll folgende Fassung erhalten:

Für die Zeit vom 1. Oktober 1945 bis 30. September 1946 werden keine Zuschüsse gezahlt, noch Beiträge gefordert.

Der dritte Absatz soll unverändert angenommen werden.

— Angenommen.

§ 8 soll nach dem Vorschlag des Finanzausschusses unverändert angenommen werden.

— Ich höre keinen Widerspruch. Der § 8 ist angenommen.

Jetzt haben wir abzustimmen über den von dem Herrn Abgeordneten Arnoul vorgetragenen Antrag, einen § 8a einzufügen mit folgendem Wortlaut:

Die Kosten für die dreißigprozentige Erhöhung der Fürsorgersätze trägt das Land.

Widerspruch erhebt sich nicht. Der § 8a in dieser Fassung ist angenommen.

§ 9. Es wird vorgeschlagen, den § 9 unverändert anzunehmen.

— Das Haus ist damit einverstanden.

§ 10 soll gestrichen werden. — Angenommen.

§ 11 soll in unveränderter Form angenommen werden. — Das Haus stimmt dem Antrage des Finanzausschusses zu.

§ 12. Es wird vorgeschlagen, den § 12 wie folgt zu formulieren:

Die Kommunalverbände der Regierungsbezirke Kassel und Wiesbaden sowie der Landesfürsorgeverband des Regierungsbezirks Darmstadt erheben eine Umlage in Höhe der Gesamtumlage des Haushaltjahres 1944. Der Umlageschlüssel wird durch Verordnung des Ministers der Finanzen und des Ministers des Innern im Einvernehmen mit den Kommunalverbänden festgelegt.

Die Einfügung der Worte „im Einvernehmen mit den Kommunalverbänden“ ist nachträglich von dem Herrn Berichterstatter beantragt worden.

Der Absatz 2 soll in unveränderter Form angenommen werden.

Ich stelle fest, daß § 12 in dieser Fassung angenommen ist.

Präsident

Wir kommen zu § 13. Dazu liegt der Antrag vor, den § 13 zu streichen. Das ist der weitestgehende Antrag. Ich lasse zuerst darüber abstimmen. — Das Haus ist damit einverstanden, daß der § 13 gestrichen wird.

Die §§ 14 und 15 sollen in unveränderter Form angenommen werden.

— Angenommen.

Infolge der Streichung des § 13 muß in § 6 eine Änderung eintreten. Es muß heißen: „Die in den §§ 11 und 12“ statt „§§ 11 bis 13“. An die Stelle des § 13 tritt der seitherige § 14, und § 15 wird § 14.

Ich lasse nun abstimmen über das Finanzausgleichsgesetz insgesamt in der eben beschlossenen Form. Ich bitte die Damen und Herren, die dafür stimmen wollen, sich von ihren Plätzen zu erheben. — Einstimmig angenommen.

Wir kommen nunmehr zu **Punkt 4** der Tagesordnung:

Beratung des Voranschlages des Haushalts des Landtags.

Sie finden den Antrag des Finanz- und Haushaltsausschusses zu dem Haushalt des Hessischen Landtags (Nr. 8 der Drucksachen Abteilung I) unter Nr. 3 der Drucksachen Abteilung II,

Als Berichterstatter hat das Wort der Herr Abg. Heißwolf.

Berichterstatter Abg. **Heißwolf** (SPD):

Wenn ich eingangs meiner Ausführungen, die ich zu dem Finanzausgleichsgesetz gemacht habe, darauf hingewiesen habe, daß es erwünscht sei, daß der Staatshaushaltsplan möglichst bald vorgelegt werde, so kann ich jetzt bereits über einen Teil-Haushaltsplan berichten, über den Haushaltsplan des Hessischen Landtags, bei dem allerdings Einnahmen nicht zu verzeichnen sind. Über die Einnahmen brauchen wir uns also nicht zu streiten; wir haben es lediglich mit den Ausgabeposten zu tun.

Die Dinge liegen so, daß in den Ausgabeposten enthalten sind die Kosten für den Beratenden Landesausschuß, für die jetzige Verfassungberatende Landesversammlung und dann auch noch die Kosten für etwa ein Vierteljahr für den neu zu wählenden Landtag. Es sind also drei Institutionen, für die dieser Haushaltsplan aufgestellt worden ist. Es handelt sich zum Teil auch um fiktive Zahlen. Das Präsidium des Landtags kann heute noch nicht mit Bestimmtheit sagen, in welcher Weise sich die Ausgaben entwickeln werden. Nur die personellen Ausgaben lassen sich heute schon feststellen, und an diesen Ausgaben wird sich auch in Zukunft nichts oder nur wenig ändern. Ähnlich liegen die Dinge bei den Drucksachen. Wir wissen noch nicht mit Bestimmtheit, welche Beträge für die Drucksachen des Landtags noch ausgegeben werden müssen. Die Beträge die für die Aufwandsentschädigungen und Auslagen, die an die Abgeordneten zu zahlen sind, stehen heute auch noch nicht mit voller Bestimmtheit fest.

Ich möchte einen Posten herausgreifen. Für die Instandsetzung und den Umbau des Landtagsgebäudes waren ursprünglich 200 000 RM vorgesehen. Bei der Beratung des Haushaltsplanes im Ausschuß wurde uns von dem Herrn Präsidenten aber mitgeteilt, daß für die Wiederinstandsetzung des Hauses jetzt schon 200 000 RM ausgegeben worden sind. Wir haben infolgedessen diesen Betrag sofort um 200 000 RM erhöht. Wieweit der jetzt eingestellte Betrag von 400 000 RM ausreichen wird, kann heute noch nicht beurteilt werden.

Ähnlich verhält es sich mit einem großen Teil der anderen Ausgabeposten dieses Etats.

Ich möchte Sie deshalb bitten, den Etat, so wie er vor-

liegt, in Ausgaben mit 1 494 000 RM, zu genehmigen. Es wird alles von seiten des Präsidenten und der Landtagsverwaltung getan worden, soweit als irgend möglich die einzelnen Etatsposten einzuhalten. Inwieweit das möglich ist, vermögen weder der Herr Präsident noch wir als Mitglieder des Finanz- und Haushaltsausschusses zu sagen. Jedenfalls möchte ich auch an dieser Stelle, genau wie ich es vorher getan habe, sagen, daß auch bei dem Etat des Landtags mit der größten Sparsamkeit vorgegangen werden muß. Wir können und müssen natürlich das Gebäude des Landtags, in dem wir jetzt zum ersten Mal tagen, so herstellen und einrichten, daß es der Würde einer Volksvertretung entspricht. Wir wollen und können nicht sagen, daß wir mit dem und jenem vielleicht hätten zufrieden sein können. Nachdem uns das Gebäude hier überwiesen worden ist, muß es auch so gestaltet und eingerichtet werden, daß es der Würde eines Parlaments entspricht, wenn dazu auch einige tausend Mark mehr gebraucht werden. Ich brauche Ihnen bei den derzeitigen Verhältnissen nicht zu sagen, daß da bestimmte Voraussetzungen nicht zu erfüllen sind. Ich bitte Sie also, den Haushaltsvoranschlag, wie er vorliegt, zu genehmigen.

Präsident:

Meine Damen und Herren! Wird dazu das Wort gewünscht? — Das ist nicht der Fall. Dann kann ich als der Verantwortliche Ihnen nur erklären, daß Sie alle überzeugt sein dürfen, daß wir die größte Sparsamkeit üben werden. Ich bin mir persönlich der Verantwortung, durchaus bewußt, daß nicht nur die Rücksicht auf die Zeitverhältnisse, sondern auch auf die Verpflichtungen, die jede demokratische Volksvertretung übernimmt, wenn es sich darum handelt, Ausgaben zu machen, die letztlich doch die Bevölkerung aufbringen muß, größte Sparsamkeit notwendig macht. Deswegen ist es für mich selbstverständlich, nur das auszugeben, was unbedingt aufgewendet werden muß.

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die dem Haushaltsplan zustimmen, sich von ihren Plätzen zu erheben. — Ich danke Ihnen. Der Haushaltsplan des Landtags ist einstimmig angenommen.

Wir verlassen nunmehr dieses Sachgebiet. Die Anträge Nr. 11, 22, 23 und 32 werden, soweit sie im Ausschuß noch nicht behandelt worden sind, dem Ausschuß überwiesen. Soweit es sich um Anträge handelt, die der Ausschuß bereits erledigt hat, werden wir sie an den Herrn Ministerpräsidenten weitergeben. Die Antragsteller erhalten dann Bescheid. Nebenbei gesagt haben die Antragsteller bekanntlich immer das Recht, wenn die Antwort nicht befriedigt, die Angelegenheit erneut hier im Landtag öffentlich zur Sprache zu bringen.

Wir kommen nunmehr zu **Punkt 6** der Tagesordnung:

Wahl von drei Mitgliedern des Wahlprüfungsgerichts.

Es heißt in § 34 des Wahlgesetzes für die Verfassungberatende Landesversammlung:

Über die Gültigkeit der Wahl entscheidet ein Wahlprüfungsgericht, das aus dem Präsidenten und dem nächstjüngsten Mitglied des Oberlandesgerichts sowie drei von der Landesversammlung zu wählenden Abgeordneten besteht.

Auf Beschluß des Ältestenrats vom 20. September 1946 sollen für das Wahlprüfungsgericht stellen: die SPD ein Mitglied, die CDU ein Mitglied, die KPD ein Mitglied, die LDP zwei Stellvertreter. Das ist das Übereinkommen. Ich möchte Sie nun bitten, die Mitglieder vorzuschlagen.

Abg. Knothe (SPD):

Meine Damen und Herren! Ich gestatte mir, Ihnen folgende Vorschläge zu unterbreiten: Die SPD schlägt den Abgeordneten Wagner vor, die CDU den Abgeordneten Ruhl, die KPD den Abgeordneten Feutner. Als Stellvertreter werden die Abgeordneten Landgrebe und Catta vorgeschlagen.

Präsident:

Meine Damen und Herren! Ich darf wohl allgemeine Zustimmung annehmen, da das ja auf einem interfraktionellen Abkommen beruht. — Ich danke Ihnen.

Wir kommen nunmehr zu Punkt 7 der Tagesordnung:

Bericht sonstiger Ausschüsse.

Den

Bericht des Kommunalpolitischen Ausschusses

wird uns dessen Vorsitzender, Herr Abg. Dr. Wagenbach, erstatten. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dr. Wagenbach (CDU):

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben im Kommunalpolitischen Ausschuss uns grundsätzlich mit den augenblicklichen Problemen jeglicher Kommunalpolitik auseinandergesetzt. Wir gingen dabei von der Überzeugung aus, daß kommunalpolitische Tätigkeit gerade in der heutigen Zeit die beste Vorschule ist für den Neuaufbau unserer Demokratie. Wir glauben, daß die Achtung vor der Staatsautorität beginnen muß, in gemeindepolitischer Tätigkeit. Wir waren uns auf der anderen Seite aber auch darüber klar, daß in weiten Kreisen unseres Volkes zur Zeit eine gewisse Abneigung vorhanden ist bezüglich der Übernahme ehrenamtlicher Tätigkeit. Wir überlegten, wie wir diesen Zustand ändern könnten, und glaubten, daß in bezug auf die wirtschaftliche Besserstellung gerade der Bürgermeister, die in kleineren Gemeinden ehrenamtlich tätig sind, eine bessere Lösung dieser Frage erstrebt werden muß. Wenn wir der Meinung sind, daß gerade aus den untersten Schichten des Volkes die Menschen bereit sein müssen und bereit sind, diese Posten zu übernehmen, dann gilt es auch, die entsprechenden wirtschaftlichen Voraussetzungen für diese Kreise zu schaffen.

Wir waren im Ausschuss darüber einig, daß es notwendig ist, ein neues, umfassendes Selbstverwaltungsrecht zu schaffen. Wir haben zwar schon erfreuliche Anzeichen und erfreuliche Neuansätze zu verzeichnen — ich darf in diesem Zusammenhang erinnern an die neue hessische Gemeindeordnung, an die neue Kreisordnung —, wir waren aber der Überzeugung, daß es nicht angeht, daß man aus den alten nationalsozialistischen Gesetzen nur den Grundsatz des Führerprinzips herausstreicht, wonach die Befugnisse, die vor 1933 die Bürgermeister hatten, den sogenannten Beauftragten der Partei übertragen wurden, wie wir es in den vergangenen 12 Jahren in der Gemeindepolitik erleben mußten, daß sich also auf der bloßen Ausscheldung dieser Grundsätze allein die neue Selbstverwaltung nicht aufbauen läßt. Klar ist, daß die Eliminierung dieses Grundsatzes des Führerprinzips, der nicht zur Verantwortung, sondern zur Verantwortungslosigkeit geführt hat, zwar erfolgen muß, daß alle diese Grundsätze restlos ausgemerzt werden müssen. Aber man muß noch mehr tun, man muß nun auch in der Gemeindepolitik dem Grundsatz wahrer Demokratie, das heißt wahrer Duldsamkeit den Raum geben.

Meine Damen und Herren! Der Kommunalpolitische Ausschuss glaubte Ihre Aufmerksamkeit auch auf die Tatsache hinlenken zu sollen, daß man überlegt, ob man nicht in den kleineren Gemeinden die Wahl der Bürgermeister nicht durch Gemeindevertretungen vornehmen, sondern die Bürgermeister aus allgemeinen Wahlen hervorgehen

Dr. Wagenbach

läßt. Wir haben uns darüber hinaus mit weiteren Grundgedanken der kommunalpolitischen Arbeit beschäftigt und glaubten betonen zu müssen, wenn wir dem Grundsatz der Sauberkeit in der Verwaltung Rechnung tragen wollen, daß die Voraussetzung dafür ein sauberes Finanzwesen sein muß und daß der Staat auch den Gemeinden die Mittel bereitstellt, die nötig sind, wenn er den Gemeinden und Gemeindeverbänden erhöhte Aufgaben zur Erfüllung zuweist. Wir sind auch der Meinung, daß zur Sicherung der gemeindlichen Versorgung die Betriebe im Interesse der öffentlichen Wohlfahrt erhalten und ausgetaut werden müssen, daß auch hierfür die entsprechenden Grundlagen zu schaffen sind. Der Staat kann — das war unsere Überzeugung — es nur begrüßen, wenn auf dem gesamten Gebiet sozialer Sicherheit die Staatsstätigkeit durch erweiterte Maßnahmen ersetzt bzw. in einem beachtlichen Ausmaß durch ergänzende Maßnahmen kommunalpolitischer Tätigkeit in ihrem Wirkungsgrad verstärkt wird.

Wir glaubten mit besonderer Betonung das Recht der Selbstverwaltung herausstellen zu sollen. Vor allem bei den übertragenen Aufgabengebieten und bei den Angelegenheiten des eigenen Wirkungskreises kann, soll und darf dem Staat nur eine überwachende Funktion zuerkannt werden.

Der Kommunalpolitische Ausschuss hat mit Bedauern festgestellt, daß auf den verschiedensten Gebieten Strömungen zu beobachten sind, die die Gefahr in sich bergen, die Einheit der Verwaltung in allen Stufen ernstlich zu gefährden.

(Sehr gut! bei der CDU)

Wir glauben, daß nur eine zweckmäßige Dezentralisation und eine Verlagerung der Aufgaben von oben nach unten die Voraussetzungen zu schaffen vermag, für wirksames, kommunalpolitisches Arbeiten.

In diesem Zusammenhang wurden auch die Fragen berührt, die mit der Kreisverwaltung zusammenhängen. Wir haben es hier mit der Selbstverwaltung zu tun und mit der Erfüllung von Auftragsangelegenheiten.

Es wurde auch die Frage besprochen, wie man zu der Wahl der Landräte steht. Sie wissen, meine Damen und Herren, daß es hier um die mögliche Verwirklichung zweier Prinzipien geht. Seit dem Jahre 1701 etwa ist der Landrat staatspolitischer Beamter, und er trägt heute das Gesicht einer Doppelgeschlechtigkeit. Er ist auf der einen Seite politischer Staatsbeamter, auf der anderen Seite der Vertreter der kommunalen Selbstverwaltung. Bisher herrschte das Prinzip der Berufung durch den Staat, wobei den kommunalen Selbstverwaltungskörperschaften das Recht der Präsentation gegeben war. Wenn man sich zu dem Gedanken auch der Wahl der Landräte durch die Vertretungskörperschaften der Kreise, durch die Kreistage bekennt, so glaubte der Ausschuss doch auf gewisse Gefahren aufmerksam machen zu müssen, die darin liegen, daß die Wahldauer der Landräte, wie sie heute gegeben ist, nicht geeignet erscheint, die Kontinuität in der Verwaltung zu gewährleisten, daß man hier zu einer entsprechend gerechteren Lösung kommen muß.

Und als dritten Gedanken darf ich zum Schluß noch das hervorheben, was der Kommunalpolitische Ausschuss in seinen Arbeiten hervorkehrte, das ist die Frage, die mit der Einrichtung von Kommunalverbänden höherer Ordnung zusammenhängt. Wir haben durch den Präsidenten unseres Hauses, durch Herrn Landesrat Witte, uns einen geschichtlichen Überblick geben lassen über den Aufgabebereich der kommunalen Bezirksverbände. Wir haben aus diesen Darlegungen des geschichtlichen Wandens die ganze Größe dieser Verbände ersehen können, könnten aber bisher noch nicht zu einem Entschluß nach irgend einer Richtung hin bezüglich der Beibehaltung oder Umorganisation in

Dr. Wagenbach

irgend einer Form gelangen. Wir waren vielmehr der Meinung, daß wir zunächst einmal diesen Zustand, wie er jetzt gegeben ist, hinnehmen sollten, und wir haben ja auch durch die Anerkennung und unsere Zustimmung zu § 12 des Finanzausgleichsgesetzes diesen Tatbestand akzeptiert und die finanziellen Mittel für die Weiterarbeit bewilligt. Wir haben den Herrn Innenminister gebeten, uns möglichst bald eine Vorlage zu bringen über die Neugestaltung dieser Bezirkskommunalverbände.

Meine Damen und Herren, soviel über die Tätigkeit unseres Ausschusses. Irgendwelche Anträge oder Vorlagen waren uns nicht zugegangen und wir haben von uns aus zunächst Anträge nicht zu stellen.

Präsident:

Es liegt ein Antrag vor, von dem die Antragsteller wünschen, daß er jetzt im Zusammenhang mit dem Bericht des Sozialpolitischen Ausschusses mit behandelt wird; das ist der Antrag der Fraktion der SPD unter Nr. 41 der Drucksachen Abteilung I. Er befaßt sich mit den Fahrbereitschaften.

Weiter wäre mit zu behandeln die Anfrage der CDU unter Nr. 54 der Drucksachen Abteilung I, die sich auf den gleichen Gegenstand bezieht.

Ich erteile das Wort dem Herrn Abg. Knodt zur Begründung des Antrags Nr. 41.

Abg. Knodt (SPD) (Unkorrigiertes Stenogramm):

Meine Damen und Herren, ich darf Ihre Aufmerksamkeit auf den von der Fraktion der SPD eingebrachten Antrag Nr. 41 der Drucksachen Abteilung I lenken. Der Antrag befaßt sich mit der Auflösung der Fahrbereitschaften bei den unteren Verwaltungsbehörden und ist darauf gerichtet, die den Fahrbereitschaften obliegenden Aufgaben den Landräten bzw. den Oberbürgermeistern zu übertragen. Die Fahrbereitschaft ist ein Kind des Krieges. Es wird von der Bevölkerung nicht verstanden, daß man versucht, diese Kriegseinrichtung künstlich am Leben zu erhalten und darüber hinaus noch dazu übergeht, ihre Aufgaben zu erweitern. Der Landrat bzw. der Oberbürgermeister ist mehr oder weniger ausgeschaltet. Andererseits muß er die Verantwortung tragen. Er ist der Prügelknabe für den Kreis, nicht aber die Fahrbereitschaft.

(Sehr richtig! bei der SPD)

Die Fahrbereitschaften sind auf Grund ihrer Entstehung in allen Kreisen mehr oder weniger Interessengemeinschaften der einzelnen Firmen.

(Sehr richtig! bei der SPD)

Die Kosten der Fahrbereitschaften sind unangebracht hoch. Die Fahrbereitschaften begnügen sich nicht mit einem Fahrbereitschaftsleiter, sondern sie beschäftigen außerdem noch einen stellvertretenden Leiter und andere Angestellte. Die Kosten sollen durch eine Umlage von 12 Pfennig pro Kopf und Jahr aufgebracht werden.

Meine Damen und Herren, ich kann Ihnen versichern, daß kein Kreis und keine Stadt mit diesen 12 Pfennigen pro Kopf und Jahr auskommen kann. In meinem Kreise würden bei einer solchen Umlage 7000 RM aufkommen, während die Unterhaltung der Fahrbereitschaft 47.000 RM kostet. Ich kann mir vorstellen, daß kein Kreis und kein Kreisausschuß bereit sein wird, die restlichen Mittel für die Fahrbereitschaft zu bewilligen.

Meine Damen und Herren, wir brauchen in unserer jungen Demokratie eine einfache und sparsame Verwaltung. Ich bitte Sie im Namen meiner Fraktion, dem Antrag Nr. 41 zuzustimmen.

Abg. Dr. Steinmetz (CDU):

Meine Damen und Herren! Wir haben bei dem Aufbau unserer jungen Demokratie vor allem ein Ziel im Auge:

Wir wollen in der Verwaltung klare Verhältnisse schaffen, und zwar soll diese Klarheit in der Verwaltung von unten herauf geschaffen werden. Bei diesen klaren Verhältnissen, die wir schaffen wollen, ist eines erforderlich, nämlich daß die Verwaltung der kommunalen Selbstverwaltungskörperschaften ganz klar und eindeutig festgestellt und durchgeführt wird. Wir haben heute nicht nur bei den Gemeinden, sondern insbesondere auch bei den Oberbürgermeistern und bei den Landkreisen einen Dualismus, der schlichterdingens nicht zu überbieten ist. Wir finden uns einfach nicht mehr durch vor lauter Ausschüssen, Kommissariaten, und was weiß ich sonst noch allem. Wir haben schon auf Grund unserer finanziellen Schwierigkeiten die Pflicht, einfach und ohne allzugroße Verquickung zu arbeiten. Das können wir aber nicht, wenn weiter so gearbeitet wird, wie heute gearbeitet werden muß.

Ich darf eines grundsätzlich herausstellen: Die Regierung ist, so müßte man meinen, zum Régieren da, und die Selbstverwaltungskörperschaften sind zum Verwalten da. Daraus ergibt sich eine ganze Anzahl von Schwierigkeiten, die unserer Meinung nach beseitigt werden müssen. Wir können es nicht für berechtigt halten, daß im Rahmen der Selbstverwaltungshoheit der Land- und Stadtkreise nicht nur die Fahrbereitschaft ein Eigenleben führt, sondern daß auch noch andere Teile ein solches Eigenleben führen, so das Ernährungsamt A, die Wohnungsämter, Flüchtlingsämter. Dabei weiß kein Mensch mehr, wer nun eigentlich zuständig ist.

(Zurufe von der CDU: Die Wirtschaftsämter!)

— Die Wirtschaftsämter nicht zu vergessen.

Meine Damen und Herren! Wenn wir aus diesem allgemeinen Verwaltungs-Chaos herauskommen wollen — und wir müssen herauskommen —, dann müssen wir in diesen Dingen eine eindeutige Klarheit schaffen. Wenn wir im Rahmen der Selbstverwaltung in den Gemeinden, in den kreisfreien Städten und in den Landkreisen diese Selbstverwaltung gesetzlich festgelegt haben, dann müssen wir auch Sorge dafür tragen, daß sie in der Praxis durchgesetzt wird. Es geht nicht an, daß dann, wenn die Dinge in bezug auf das Flüchtlingswesen, in den Fragen der Wohnung und Ernährung, in den Fragen der Benzinverteilung und allen möglichen Sachen nicht mehr weitergehen, die Leute zu den Bürgermeister, zu den Oberbürgermeistern und zu den Landräten kommen, diese aber in der Sache selber nichts zu sagen haben. Es ist unter allen Umständen dafür zu sorgen, daß ihnen nicht nur eine allgemeine Dienstaufsicht zugestanden wird, sondern daß man ihnen eine allgemeine Weisungsbefugnis im Rahmen der Selbstverwaltung zuerkennt. Es ist nicht einzusehen, daß die Fahrbereitschaften ihre Weisungen von anderen Dienststellen erhalten, die auch die Dienstaufsicht auszuüben haben. Es ist nicht einzusehen, daß die Fahrbereitschaft ein besseres Urteil sich darüber sollte bilden können, wem im Landkreise nun ein Wagen zuzuteilen ist, als es der Landrat zu tun vermag. Es handelt sich bei den Fahrbereitschaften um ureigenste Kriegerscheinungen. Diese Fahrbereitschaften müssen nicht nur deswegen, weil wir Wert darauf legen, über diese Dinge einmal einen Ueberblick zu bekommen, sondern auch um der Vereinfachung der Arbeit willen wieder an die Landräte gebracht werden. Wir müssen, wie ich eingangs schon sagte, eine gesteigerte Sorgfalt darauf verwenden, daß wir von diesem Wust von Statistiken, Erhebungen und ähnlichen Dingen endlich einmal befreit werden.

(Sehr gut! bei der CDU)

Ich möchte auf die Ausführungen des Herrn Prof. Pollack hinweisen, der bei seinem Abschied von Deutschland ganz klar auf den Bürokratismus und die daraus entspringenden Gefahren hingewiesen hat.

(Sehr gut! bei der CDU)

Landgrebe

Ich möchte wegen der beschränkten Zeit keine weiteren Ausführungen über diese Dinge machen. Es stimmt mich aber bedenklich, wenn heute morgen der Herr Minister für Arbeit und Wohlfahrt die Auffassung vertreten hat, daß es notwendig sei, seinem Ministerium die Befugnis zu übertragen, darüber zu bestimmen, wie freiwerdende Baracken verwendet werden sollen. Ich möchte meinen, daß die Selbstverwaltungskörperschaften es doch besser beurteilen können, an welche Orte solche Baracken usw. zu bringen sind.

Ich darf abschließend sagen: Wir laufen Gefahr, meine Damen und Herren, daß wir bei diesem verordnungsmäßigen Durcheinander nicht mehr zur Erledigung der Dinge kommen, die uns auf den Nägeln brennen. Wir können zu einer ordnungsmäßigen Erledigung unserer Geschäfte nur dann kommen, wenn die Regierungsstellen, die einzelnen Fachministerien und die Fachreferenten der Ministerien sich darauf beschränken, zu regieren, wenn sie den Selbstverwaltungskörperschaften im Rahmen einer klaren Teilung und Abgrenzung der Selbstverwaltungsarbeiten das überlassen, was die Selbstverwaltungskörperschaften tun müssen, um draußen nicht nur Recht zu schaffen, sondern insbesondere auch Ordnung in die Dinge zu bringen, um so über die Schwierigkeiten, die wir heute laufend haben, hinwegzukommen.

Abg. Landgrebe (LDP):

Meine Damen und Herren! Wir schließen uns der Kritik, die von meinen beiden Herren Vorrednern in der Frage der Fahrbereitschaften geübt wurde, vollinhaltlich an. Wir werden deshalb dem vorliegenden Antrage zustimmen.

Wenn ich mich zum Worte gemeldet habe, so besonders deshalb, um im Anschluß an den Bericht, den der Herr Vorsitzende des Kommunalpolitischen Ausschusses gegeben hat, noch einiges zu sagen. Wir haben nur in einer einzigen Sitzung alle diese Fragen besprochen. Aber in dieser Sitzung ist ein solche Fülle von Fragen an uns herangetreten, daß der Herr Berichterstatter nur auf einen Teil dieser sehr wichtigen Fragen, die im Ausschuß eine Rolle gespielt haben, eingehen konnte. Es ist sehr zutreffend zum Ausdruck gebracht worden, welche große Bedeutung gerade der Kommunalpolitik in ihren verschiedenen Zweigen innewohnt und wie notwendig es ist, daß diejenigen Personen, die heute im politischen Leben an verantwortlicher Stelle stehen sollen, diese Elementarschule der Politik durchlaufen. Man kann im politischen Leben immer wieder feststellen, daß hervorragende Politiker gerade aus der Kommunalpolitik hervorgegangen sind, weil sie ihnen Gelegenheit gegeben hat, Erfahrungen zu sammeln. Es ließen sich viele Beispiele dafür anführen.

(Zustimmung.)

Wir müssen eine beschleunigte Vorlage der Entwürfe zu den neuen Gemeinde-, Kreis- und Städteverordnungen verlangen. Wenn in diesen Ordnungen aber vorgesehen wird, daß die leitenden Beamten, die Bürgermeister vor allen Dingen, immer nur für eine kurz bemessene Zeit gewählt werden sollen, so haben wir dagegen von unserer Seite aus erhebliche Bedenken zu erheben. Wir nehmen die gleiche Stellung auch hinsichtlich der Landräte ein. Die kurze Wahlzeit von vier Jahren reicht kaum aus für die Einarbeitung der leitenden Beamten in ihre verantwortungsvollen Geschäfte. Erst recht reicht sie nicht aus für die zwei Jahre, die für die Uebergangszeit vorgesehen sind. Kaum hat solch ein leitender Beamte sich eingearbeitet, muß er schon wieder damit rechnen, daß er unter Umständen einem Nachfolger Platz machen muß. Dabei haben wir kürzlich in der Presse gelesen, daß der neue Landrat seinem Vorgänger den Dank ausgesprochen hat für seine hervorragenden Leistungen und für die gute Finanzgebarung im Landkreis. Das hat sogar dazu geführt, daß der Herr Finanzminister, der die Vorlage zum Finanz-

ausgleich eingetracht hat, davon nicht unbeeindruckt geblieben ist. Wenn also diese Wahlen weiter getätigt werden sollen, dann muß nach unserer Meinung die Wahldauer von vier Jahren wesentlich verlängert werden, damit eine ruhige und stetige Politik in den Gemeinden sowohl wie im Staate gewährleistet wird. Besondere Bedeutung aber hat die Klärung der Frage, die in unserem Land Groß-Hessen besteht, da wir in Darmstadt bezüglich des Kommunallandtags andere Verhältnisse haben. Kassel und Wiesbaden hatten ihren Kommunallandtag, der die ganzen Selbstverwaltungsfragen als Spitzenorganisation leitete, während die Verhältnisse in Darmstadt anders gelagert sind. Der Dualismus zwischen diesen beiden Teilen des Landes muß so schnell wie möglich beseitigt werden, das ist eines der vorranglichsten Gesetze, das eine gemeinsame Verwaltung in Groß-Hessen herbeiführen muß. Wir sprechen uns aus über die kommunale Verwaltung, wie wir sie in Kassel und Wiesbaden in ihrer segensreichen Entwicklung beobachtet haben. Aber all diese Fragen, die wir gesetzgebungsmäßig in unseren Besprechungen erörtert haben, liegen in dem großen Zuge der Verwaltungsreform, die wir durchführen müssen, damit wir von der Vielfältigkeit, die vorhin mein Vorredner so wirkungsvoll herausgestellt hat, hinwegkommen. Das wichtigste muß sein, eine Vereinfachung unserer gesamten Kommunalverwaltung herbeizuführen.

Präsident:

Ehe ich dem nächsten Redner — es sind noch drei Redner vorgemerkt — das Wort erteile, weise ich darauf hin, daß wir heute noch wichtige Aufgaben zu erledigen haben, und zwar wirtschaftlichen Charakters und insbesondere auch politischer Art.

Abg. Dr. Köhler (CDU):

Würde es möglich sein, sofort den Berichterstatter des Wirtschaftspolitischen Ausschusses sprechen zu lassen und im Anschluß daran die politischen Erklärungen zur Frage des Länderrats abzugeben?

Präsident:

Das wollte ich vorschlagen. Das ist so wichtig, daß wir es nicht fallen lassen dürfen.

Herr Ministerialrat Leweke, Sie hatten sich zum Wort gemeldet. Sie haben als Regierungsvertreter das Recht, jederzeit zu sprechen. Ich habe mich gefragt, ob es für Sie nicht wichtiger erscheint, erst noch zu hören, was die Abgeordneten Wagner und Bauer vorzubringen haben, damit Sie nachher dazu Stellung nehmen können. Ich stelle Ihnen frei, jetzt zu sprechen.

Ministerialrat Leweke:

Meine Damen und Herren! Was den Antrag der SPD-Fraktion bezüglich der Fahrbereitschaften angeht, so meine ich, wir sollten keine offenen Türen einrennen. Die Fahrbereitschaften unterstehen doch schließlich den Landräten und den Oberbürgermeistern, und ich wüßte nicht, was nach ihrer Auflösung eigentlich an die Stelle des bisherigen Zustandes treten sollte, wenn dieser Antrag angenommen wird. Es ist doch zweifellos, daß eine Reihe von Aufgaben verbleiben wird, auch wenn man die Tätigkeit der jetzigen Fahrbereitschaften auf das geringstmögliche Maß einzuschränken suchte. Überlegungen nach dieser Richtung sind schon angestellt worden. Zur Zeit werden eine Reihe von Fahrbereitschaften überprüft, und die Ergebnisse der Überprüfung haben schon zu Vorschlägen geführt, die das Ausmaß der Tätigkeit der Fahrbereitschaft wesentlich einschränken. Ich bin auch der Meinung, daß man dann mit einem verhältnismäßig geringeren Betrag

Leweke

auskommt. Wir haben auch überlegt, daß die angesetzten 12 Pfennig zu wenig sind und ich glaube, wenn man etwa 20 Pfennig umlegte, würde man zu Beträgen kommen, mit denen die tatsächlichen Ausgaben der Fahrbereitschaft bestritten werden können, wenn die Kreise und Oberbürgermeister daneben die Sachkosten übernehmen würden. Ich glaube, damit wäre die finanzielle Frage gelöst.

Als Aufgaben der Fahrbereitschaft verbleiben aber zweifellos die Zuweisung der Fahrzeuge, die Zulassungen, die Reifenverteilung, Benziverteilung, die Behandlung der Fahrgenehmigungsanträge, Aufgaben der Frachtraumlenkung, der Lenkung von Reparatur- und Ersatzteilen und die Zulassung zum Kraftfahrzeuggewerbe. Diese Aufgaben sind gegeben und werden bleiben.

(Zuruf von der SPD: Stimmt nicht! Die Benzinverteilung geschieht durch das Wirtschaftsamt!)

— Die Frage ist noch nicht geklärt. Wir haben uns darüber mit dem Landeswirtschaftsamt unterhalten, und ich glaube, es wird den Bestimmungen nicht widersprechen, wenn wir die Einrichtung so treffen, daß auch die Kraftstoffverteilung durch die Fahrbereitschaften geschieht. Das ist aber eine Frage von untergeordneter Bedeutung. Im wesentlichen verbleiben aber die Aufgaben, die ich hier angeführt habe, ganz zweifellos, und es müssen die entsprechenden Beamten dafür da sein. Ob man nun dieses Amt Fahrbereitschaft nennt — wir lieben diesen Ausdruck auch nicht — oder Straßenverkehrsamt, das bleibt sich gleich. Bei einer solchen Behörde, die beim Oberbürgermeister und beim Landrat vorhanden sein muß, hat ja der Landrat das Anstellungsrecht und die Dienstaufsicht, und er hat damit die Fahrbereitschaft eigentlich in der Hand. Es ist doch seine Behörde.

(Widerspruch)

Ein sachliches Weisungsrecht der Landesverkehrsverwaltung wird jedoch aufrecht erhalten werden müssen. Das, beschränkt aber nicht die Zuständigkeiten des Landrats, das kann durchaus bei beiderseitigem guten Willen in Übereinstimmung gebracht werden.

Ich möchte aber doch noch auf folgendes hinweisen: Die Bestimmungen für die Tätigkeit der Fahrbereitschaften und die Aufteilung der Straßenverkehrsverwaltungen in Fahrbereitschaften, Gruppenfahrbereitschaften und den Nahverkehrsvollmächtigten sind festgelegt von der amerikanischen Militärregierung in dem sogenannten Artikel 14, der den Landräten bekannt sein wird, und wenn wir zu Reformen schreiten, dann muß dieser Artikel 14 mit Zustimmung der amerikanischen Militärregierung geändert werden. Solche Änderungsvorschläge von uns liegen bereits vor, und ich glaube, daß unsere Vorschläge sogar sehr weitgehend sind. Ich bin der Auffassung, daß man die Mittelbehörde, die Gruppenfahrbereitschaft überhaupt entbehren kann. Wir würden dann auf dem Gebiet des Verkehrs einmal zeigen, daß es ohne diese Mittelbehörde einfacher und reibungsloser geht. Wenn wir diesen Beweis geführt haben, dann haben wir verwaltungsmäßig einen großen Erfolg erzielt, und die etwas anrüchlich gewordene Institution des NBv kann auch verschwinden und als eine Abteilung innerhalb der Hauptabteilung „Verkehr“ eingebaut werden, so daß wir eine direkte Verbindung von der Hauptabteilung „Verkehr“ zu den Straßenverkehrsämtern haben, die doch Organe des Landrats und Oberbürgermeisters sind. Ich glaube, wenn wir gemeinsam diesen Weg gehen, daß wir dann zu einer Reform des Verkehrs wesens kommen, die dem tatsächlichen heutigen Aufgabenbereich der Straßenverkehrsämter entspricht.

Abg. Wagner (SPD):

Nach den Ausführungen des Herrn Loweke will man also, wie die Nazis, wieder Sonderorganisationen schaffen, die

von oben bis unten gehen und die Mittelinstanzen ausschalten. Eine vernünftige Verwaltung baut auf den gegebenen Verhältnissen auf. Genügt sie ihren Zwecken nicht, so wird sie umgebildet. Wir erleben schon seit einem Jahr, daß jedes einzelne Ministerium seine Sonderregelung trifft mit Ausschaltung aller Mittelinstanzen. Wir können ruhig die Landräte nach Hause schicken! Jeder Minister hat seinen vollkommenen Apparat für sich. Man vergißt dabei, daß das Menschenleben eine Ganzheit ist und dieses totalitär gesehen werden muß. Das kann man von den einzelnen Fachministerien mit ihren Sonderwünschen nicht verlangen. Es müssen doch wieder Ansatzpunkte vorhanden sein, um auseinanderstrebende fachliche Gebiete zusammenzufassen. In der zweiten Instanz ist das der Landrat und in der dritten ist es der Regierungspräsident. Diese haben zu verwalten, nicht der Minister, nicht Herr Leweke.

(Sehr gut! bei der SPD)

Aus diesen irrigen Gedankengängen hat man ja nicht nur die Verselbständigung der Fahrbereitschaften vorgenommen, sondern auch die der Gesundheitsverwaltung, der Schulverwaltung, der Bauverwaltung, der Straßenbauverwaltung. Das ist ein schlechter Landrat, der sich nicht darum kümmert, wie die Gesundheitsverhältnisse in seinem Kreise sind. Er muß das am ehesten wissen. Ich würde als Landrat dafür danken, zuzusehen, wie Fachressorts in meinem Kreise herumwirtschaften. Wir müssen die Stellung eines Landrats so festigen, daß nichts in seinem Kreise geschieht, ohne daß er es will, ohne daß er mitbestimmend ist. Beim Aufgabengebiet der Fahrbereitschaft muß er nicht nur angehört werden, sondern er muß auch Weisungsbefugnisse haben. Ich möchte einmal wissen, ob Herr von Oetting weiß, ob es zweckmäßig ist, in einem Kreise den oder jenen Wagen zu beschlagnahmen oder zuzuweisen! Wenn das der Landrat oder der Bürgermeister nicht weiß: in Wiesbaden kann man das ganz bestimmt nicht wissen. In Wiesbaden darüber zu befehlen, ohne die Menschen zu kennen, mit denen man umzugehen hat, das schafft viel Unzufriedenheit.

Ich habe gesagt, die Nationalsozialisten haben ja diese Geschichte mit dem Kommissar eingeführt. Kommissariatswirtschaft ist eine Bankrotterklärung jeder geordneten Verwaltung.

(Sehr gut! bei der SPD)

Daher weg mit den Kommissaren! Wir haben ein gut aufgebautes Verwaltungssystem. Genügt es nicht, dann werden wir es umbilden, aber nicht neue Behörden hinsetzen. Ich glaube, daß die finanzielle Lage in Zukunft uns diesen Luxus, dauernd neue Behörden zu erfinden, nicht mehr gestattet. Es ist nicht unwichtig, ob auf den Kopf der Bevölkerung 12 RM oder 20 RM Verwaltungskosten kommen, das spielt keine geringe Rolle. Je mehr Behörden Sie schaffen, desto mehr wird registriert und geschrieben. Das ist das Verkehrteste, was man machen kann. Wo bleibt auch das Prinzip der Selbstverwaltung? Wenn wir schon Selbstverwaltung machen wollen, dann gilt dieses Prinzip bis zur untersten Instanz. Herr Leweke berief sich auch darauf, die amerikanische Militärregierung wünsche das. Meine Damen und Herren! Ich habe das Vergnügen jetzt schon über ein Jahr mit der amerikanischen Militärregierung zu verhandeln, und ich würde mich schämen, mich bei irgendwelchen Maßnahmen auf die Autorität eines Offiziers der amerikanischen Militärregierung zu berufen. Ich wäre ein schlechter Politiker, wollte ich die Autorität einer anderen Stelle bei meinen Maßnahmen in Anspruch nehmen.

Wir wissen ja, daß auch bei der amerikanischen Militärregierung der Ressortpartikularismus kein unbekanntes Ding ist, ebenso wie auch bei der deutschen Verwaltung. Wir wissen, daß oft nicht die wichtigen Gesichtspunkte für das Handeln maßgebend sind, sondern daß gehandelt

wird danach, wer der stärkste Mann in einem Kollegium ist. Derjenige, der über die nötige Ellenbogenfreiheit und über eine größere Gewandtheit verfügt, vermag sich leichter durchzusetzen als derjenige, der sich von den sachlichen Notwendigkeiten leiten läßt.

Ich wollte Ihnen mit diesen Ausführungen klar machen, daß wir nicht nur aus Gründen der Sparsamkeit sondern auch mit Rücksicht auf die Grundsätze der Selbstverwaltung bemüht sein müssen, eine sparsamere sachliche Verwaltung aufzuziehen.

(Starker Beifall bei der SPD)

Abg. Bauer (KPD):

Meine Damen und Herren! Daß ich kein Freund der Fahrbereitschaften bin, wird sich mittlerweile herumgesprochen haben, und daß ich dem vorliegenden Antrage hundertprozentig zustimmen werde, wird auch niemanden überraschen. Ich glaube, der Zeitpunkt ist gekommen, um der Militärregierung, falls sie dafür zuständig sein sollte, von unserer Seite aus einmal zu sagen, was wir darüber denken. Wir haben ja in anderem Zusammenhang schon einmal feststellen müssen, daß die angeblichen Befehle der Militärregierung, auf die man sich immer beruft, von der Militärregierung überhaupt nicht erlassen worden waren.

(Hört! Hört! bei der KPD)

Also ich denke, es ist Zeit, daß wir mit diesem schau- rigen Spiel, das sich Fahrbereitschaft nennt, ein für allemal ein Ende machen. Deshalb begrüße ich außerordentlich den Antrag der SPD, und ich unterstütze ihn im Namen meiner Fraktion.

Das ist aber nicht der Hauptgrund, der mich veranlaßt hat, jetzt das Wort zu nehmen. Es ist heute und es ist auch in den letzten Wochen schon sehr viel über die Selbstverwaltung gesprochen worden. Wir haben gestern auch gehört, daß der Herr stellv. Ministerpräsident den Wunsch geäußert hat, die Demokratie möge auf der Selbstverwaltung aufgebaut werden. Wir stellen fest, daß heute von allen und auch von dem Herrn stellv. Ministerpräsidenten sehr viel vom Parlamentarismus und auch sehr viel von der Selbstverwaltung, insbesondere in öffentlichen Versammlungen gesprochen wird. Anscheinend fällt es aber doch sehr schwer, sich daran zu gewöhnen, daß Selbstverwaltung heißt: daß die Gemeinden sich tatsächlich selbst zu verwalten haben. Ich bin — und ich spreche hier namens meiner Fraktion — über die Ereignisse unterrichtet worden, die sich in der letzten Woche anläßlich der Frankfurter Magistratskrise abgespielt haben. Ich bin auch davon unterrichtet worden, daß selbstverständlich die Militärregierung wieder hat eingreifen müssen. Ohne die Militärregierung wäre es ja nicht gegangen. Ich bin aber auch davon unterrichtet worden, daß unsere hohe Staatsregierung in diese Dinge in einer Art und Weise eingegriffen hat, die wir auf das schärfste ablehnen müssen. Ich muß hier feststellen, daß der Herr stellv. Ministerpräsident in einer Aussprache mit Vertretern der Parteien, die heute die Mehrheit in Frankfurt am Main haben, erklärt hat, es sei nicht angebracht, wenn der Vorschlag der SPD durchgeführt würde, der darauf hinauslief, daß auch die Minderheiten im Magistrat vertreten sein sollten.

(Hört! Hört! bei der KPD)

Ich sehe schon den Herrn stellv. Ministerpräsidenten hier stehen und höre ihn erklären: Meine Herren, das habe ich ja nur als Landesvorsitzender der CDU gesagt, und dazu habe ich ja selbstverständlich das Recht. Es tut mir leid; aber in dieser Aussprache hat der Herr stellv. Ministerpräsident eben nicht nur als Landesvorsitzender der CDU gesprochen, sondern er hat auch von der Regierung gesprochen. Und er hat dabei festgestellt, daß er in einigen Tagen — das heißt am Montag — über die

ganze Angelegenheit noch mit einigen Ministern Rücksprache nehmen werde. Insbesondere aber hat er betont, daß ein solches Vorgehen — nämlich die Aufnahme der Minderheitsparteien in den Magistrat; und beide Minderheitsparteien hatten sich dazu bereit erklärt — Rückwirkungen auf die Landespolitik haben würde.

(Hört! Hört! bei der KPD)

Meine Damen und Herren! Ich stelle das fest in der Öffentlichkeit, und ich verurteile in der Öffentlichkeit dieses Eingreifen der Regierung in die Angelegenheiten der Selbstverwaltung auf das schärfste.

(Sehr richtig! bei der KPD)

Es ist eine Angelegenheit der Frankfurter und nicht eine Angelegenheit der Großhessischen Regierung, wie sie ihren Magistrat zusammensetzen wollen. Man hat inzwischen erkannt, daß die Klausel mit den 15%, auf die sich nebenbei der Herr stellv. Ministerpräsident mehr als einmal in dieser Aussprache berufen hat, wirklich eine mehr als unglückliche Angelegenheit ist. Von der stärksten Partei ist erklärt worden — wir haben das begrüßt —, im Interesse des Auftages der Stadtverwaltung wünsche man, daß alle vier Parteien aktiv mitarbeiten. Dem Herrn stellv. Ministerpräsidenten war dabei nicht sehr wohl; denn er gab die Anregung; vielleicht könne man der KPD doch noch den Posten eines unbeoldeten Magistratsmitgliedes zuschieben, nur damit nicht ein allzu großer Krach entstände. Meine Damen und Herren, ich glaube, daß das nichts mehr mit Selbstverwaltung zu tun hat. Hier muß man einmal klar feststellen, daß eingegriffen worden ist in Angelegenheiten, die allein die Stadt Frankfurt angehen. Wie ich unterrichtet worden bin, hat die ganze Angelegenheit heute anscheinend ihren Abschluß gefunden dadurch, daß die SPD dem Wunsche des Herrn stellv. Ministerpräsidenten Folge geleistet und das Ultimatum der CDU angenommen hat.

Die CDU hatte ein Ultimatum gestellt: Entweder ohne die KPD, oder wir machen nicht mit. Die Tatsache ist vollzogen; es sind heute anscheinend vier CDU-Leute in den Magistrat einmarschiert, und die KPD und die LDP sitzen draußen. Die Verantwortung für die Lage aber und für das, was nun in der kommenden Zeit geschehen wird, tragen jene, die die Beschlüsse gefaßt haben; das ist ja selbstverständlich.

Ich betone — damit nun nicht gleich wieder eine der berühmten Antworten kommt —: das, was ich eben gesagt habe, bedeutet nicht, daß wir etwa beabsichtigten, in eine negative Opposition zu gehen. Wir werden aber scharf und schärfstens die Taten insbesondere der Herren Magistrate der CDU beobachten, und wir werden auf anderen Wegen unsere Meinung zu diesen Dingen sagen. Und wir sind überzeugt, daß wir bei der nächsten Wahl, ob nun mit Zustimmung des Herrn stellv. Ministerpräsidenten oder ohne seine Zustimmung, in den Magistrat der Stadt Frankfurt a. M. einziehen werden.

Stellv. Ministerpräsident Dr. Hilpert:

Meine Damen und Herren, ich bin außerordentlich erstaunt, wie gut der Herr Abg. Bauer über eine Besprechung unterrichtet ist, die am Sonntag abend stattgefunden hat.

(Abg. Bauer: Am Freitag!)

— Am Freitag bin ich gar nicht dabei gewesen. Es wäre zweckmäßig gewesen, wenn der Herr Abg. Bauer bei dem freundschaftlichen Verkehrsverhältnis, das zwischen uns beiden herrscht, den Versuch gemacht hätte, bei mir festzustellen, was denn wirklich gewesen ist.

Ich möchte folgendes erklären: Ich bin am Sonntag abend in meiner Privatwohnung heimgesucht worden von den Vorständen der SPD-Fraktion und der CDU-Fraktion und von Herrn Oberbürgermeister Kolb. Ich habe dabei die Frage gestellt: In welcher meiner Eigenschaften besuchen

Dr. Illport

Sie mich eigentlich? Das bei mir festzustellen, ist natürlich nicht leicht. Das gebe ich Ihnen zu, und wenn Sie dazu beitragen, Herr Abg. Bauer, mich aus dieser Schwierigkeit zu befreien, wäre ich Ihnen dankbar.

(Abg. Bauer: Das werde ich gerne tun!)

-- Es wird Ihnen hoffentlich gelingen, so daß wir uns auch über den künftigen Magistrat in Frankfurt nicht mehr zu unterhalten brauchen. Ich würde darauf nicht verzichten, wenn ich nicht die Gewißheit hätte, daß Sie mit hineinkommen. Und ich habe früher schon die Überzeugung gehabt, daß Sie wenigstens 15% erreichen würden. Es tut mir natürlich furchtbar leid, daß wir insofern nicht gemeinsam hereinkommen.

Man hat mir dann zunächst erklärt, daß, nachdem die Militärregierung am Mittwoch abend und am Donnerstag vormittag das schnellste Zustandekommen des Magistrats verlangt hatte, die Verhandlungen so und so stünden. Man hat mir auf der einen Seite erklärt, es seien Vereinbarungen getroffen worden, die dann nicht restlos eingehalten worden seien. Die Vereinbarungen waren von der einen Partei, nämlich der SPD, unter Vorbehalt getroffen. Und jetzt, am Sonntag abend, bin ich befragt worden. Da habe ich den Standpunkt vertreten, daß wir gewisse Grundsätze aufrechterhalten müssen, und zwar, daß wir die Grundsätze aufrechterhalten müssen, die sich ergeben aus dem nun einmal bestehenden Tatbestande, daß nur zwei Parteien in der Stadtverordnetenversammlung vertreten sind,

(Sehr richtig! bei der CDU)

daß der Magistrat getragen ist und getragen sein muß von den beiden Parteien, die in der Stadtverordnetenversammlung vertreten sind.

Ich habe dann in meiner Eigenschaft als stellv. Ministerpräsident gesagt: Ich empfinde das naturgemäß im Augenblick, wenn ich an diesem Grundsatz festhalte, an dem ich aus staatspolitischen Gründen festzuhalten habe, parteipolitisch gesehen, als sehr schwierig. Vielleicht kann man — das habe ich losgelöst von jedem Partei Standpunkt gesagt, hierfür sind Zeugen hier — in der Sache so sich helfen, daß man über den Weg der ehrenamtlichen Stadtratsmitglieder das zum Ausdruck bringt, wie ich auch gesagt habe, indem man durch Hereinnahme von Vertretern der im Stadtparlament nicht vertretenen Parteien in die Ausschüsse, die gebildet werden müssen, das zum Ausdruck bringen muß. Darauf ist dann naturgemäß die Frage aufgeworfen worden: Verhältnis zwischen CDU und SPD. Dabei ist auch die Frage angeschnitten worden — und zwar nicht zuerst von mir —, inwieweit unter Umständen diese Fragen auch auf die Landespolitik irgendwelchen Einfluß hätten. Und nun wiederhole ich das, was ich in den ganzen Verhandlungen in der Frage des Frankfurter Magistrats meinen Parteifreunden immer gesagt habe und was ich der Militärregierung gesagt habe:

- ad 1. Als Landesvorsitzender ist es für mich uninteressant, was meine Stadtverordnetenfraktion in Frankfurt tut; diese hat das selber zu entscheiden.
- ad 2. Als Ministerpräsident möchte ich niemals in die Situation kommen, die Kommunalpolitik etwa des neuen Bürgermeisters Bauer zu vertreten, sondern ich bin der Auffassung, daß wir zwischen der Landespolitik und der Kommunalpolitik einen klaren Unterschied machen müssen. Um aber ganz klar zu sehen, habe ich gesagt: Ich werde am Montag mittag wahrscheinlich zumindest mit den zuständigen Mitgliedern des Kabinetts, nämlich mit dem Minister des Innern und mit dem Staatssekretär als Chef der Staatskanzlei über die Sache mich aussprechen.

Sie haben, Herr Abg. Bauer, vieles läuten hören, aber Sie haben nicht das richtige Zusammenschlagen gehört.

In dieser Aussprache am Montag mittag sind wir uns schlüssig geworden und haben eine ganz klare Stellung eingenommen. Wenn ich es noch schaffen kann, lasse ich die Niederschrift noch herholen; sonst schicke ich sie Ihnen morgen früh zu. Denn es hat keinen Zweck, daß Sie unrichtig informiert sind. Sie sollen richtig informiert sein, damit Sie die richtigen Folgerungen ziehen können. Da ist ganz klar im ersten Satz zum Ausdruck gebracht worden, daß die Staatsregierung es grundsätzlich ablehnt, in die Fragen der Kommunalpolitik irgendwie einzugreifen. Damit habe ich gerade das getan, Herr Bauer, was Sie mir infolge Ihrer schlechten Information jetzt glauben zum Vorwurf machen zu können. Ich habe klar zum Ausdruck gebracht, daß das der Grundsatz ist, den ich vertrete. Dann ist in einem zweiten Satz mit Rücksicht auf die Bedeutung, die die Angelegenheit für die Militärregierung hatte, einer ganz bestimmten Empfehlung Ausdruck gegeben worden, einer Empfehlung, an die sich angesichts der Tatsache, daß wir von vornherein klargestellt hatten: wir haben kein Recht, in die kommunale Selbstverwaltung einzugreifen, die beiden Parteien halten konnten oder nicht. Das war uns vollkommen gleichgültig. Aus dieser Sachlage können Sie nicht den Schluß ziehen, Herr Bauer, daß wir als hessische Staatsregierung irgendwie versucht hätten, in die Selbstverwaltung einzugreifen.

(Abg. Bauer: Das müssen Sie schon uns überlassen!)

Das ist der Tatbestand. Ich bin aber gerne bereit, Ihnen das Schreiben zur Verfügung zu stellen, damit Sie für die nächste Diskussion wieder einen Anknüpfungspunkt haben.

(Starker Beifall und Händeklatschen bei der CDU)

Abg. Dr. Köhler (CDU):

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich verstehe nicht die außerordentliche Erregung und Leidenschaft, mit der Herr Kollege Bauer seine Ausführungen gegenüber dem Herrn stellvertretenden Ministerpräsidenten und in dem Fall zugleich Landesvorsitzenden der CDU von Groß-Hessen gemacht hat. Es liegt doch im Wesen einer Demokratie, die in ihrer räumlichen Gestaltung so außerordentlich eng ist wie hier in unserem Land Groß-Hessen, daß auch kommunale Angelegenheiten irgend welcher Art dem Vorsitzenden der Landesorganisation der betreffenden Partei vorgetragen werden, der nun zufällig auch gleichzeitig stellvertretender Ministerpräsident ist. Ich bin überzeugt, meine Damen und Herren, wenn umgekehrt beispielsweise ein Herr von der Sozialdemokratischen Partei, auch von der Kommunistischen Partei, stellvertretender Ministerpräsident gewesen wäre und es hätte sich nun eine derartige — das ist doch nicht, zu leugnen — etwas verzwickte kommunalpolitische Situation in Frankfurt ergeben, wie dies der Fall war, dann hätte doch nichts näher gelegen, daß zu irgend einem geeigneten Zeitpunkt — sagen wir mal: die Autorität des Vorsitzenden der Partei, der zugleich auch ein maßgebliches Mitglied der Regierung ist, eingeschaltet worden wäre. Das liegt eben in der Natur der Demokratie, und ich finde, dagegen ist doch nicht das geringste einzuwenden, besonders dann nicht, wenn, wie in vorliegendem Falle, wie wir eben gehört haben, die formal-rechtlichen Seiten dieser Angelegenheit in den fraglichen Gesprächen mit dieser Klarheit und Eindeutigkeit, wie es geschehen ist, herausgestellt worden sind. Im übrigen diesen Vorgang als einen Eingriff der Regierung in die Selbstverwaltung darzustellen, dafür kann man um so weniger Verständnis haben, wenn sich Vorgänge in der Gestaltung der Selbstverwaltung ergeben, wie sie aus einer Notiz hier im „Wiesbadener Kurier“ hervorgehen. Hier steht im „Wiesbadener Kurier“ unter der Überschrift „Zufällige Mehrheiten blei-

Präsident

ben unerücksichtigt": Berlin, 17. September. Wie von maßgebender Seite erklärt wurde, wird die SED aus dem Ausgang der Gemeindevahlen keine Konsequenzen ziehen. Es sei gleichgültig, ob irgendwo eine Gruppe von mißgestimmten und reaktionären Kräften zufällig die Mehrheit erhalten hat. Die SED-Bürgermeister würden trotzdem bleiben."

Meine Damen und Herren, ich stelle fest, daß das zweifellos die Inkarnation der Demokratie und der Selbstverwaltung darstellt.

(Stürmischer Beifall und Händeklatschen bei der CDU)

Abg. Bauer (KPD):

Als anständiger Mensch hatte ich Herrn Abg. Dr. Köhler heute mittag gewarnt und ihm gesagt, es handele sich wieder um eine der bekannten Falschmeldungen. Er wollte nicht hören. Nun gut! Ich glaube, genau zu wissen, daß seine Behauptung falsch ist. Denn in Dresden steht bereits fest, daß ein Bürgerlicher Oberbürgermeister wird, auch in Weimar, allerdings kein CDU-Mann, sondern ein Mann der LDP. Sie müssen aber verstehen, daß wirklich niemand etwas dafür kann, daß die CDU schlechter abgeschnitten hat als die LDP. Im übrigen beruhigen Sie sich: es werden die Bürgerlichen dort den Bürgermeister stellen, wo sie die Mehrheit haben.

Zu den Ausführungen des Herrn stellvertretenden Ministerpräsidenten habe ich einige Sätze zu sagen. Wer sehr genau zugehört hat und wer weiß, daß der stellvertretende Ministerpräsident ein ausgezeichnete Diplomat ist, der wird festgestellt haben, daß aus lauter Wahrheitsliebe der Herr stellvertretende Ministerpräsident in sehr diplomatischer Form genau das bestätigt hat, was ich hier als Tatsachen bekanntgegeben habe.

(Gelächter bei der CDU)

Es ist selbstverständlich, daß er andere Schlussfolgerungen daraus zieht, als ich mir erlaubt habe sie zu ziehen als der Sprecher der Kommunistischen Partei. Ich habe mit Genugtuung davon Kenntnis genommen, daß der erste Satz des berühmten Schreibens lautet: „Die Staatsregierung greift nicht ein“. Ich nehme das zur Kenntnis, nehme allerdings auch zur Kenntnis, daß merkwürdigerweise genau die Vorschläge des Herrn stellvertretenden Ministerpräsidenten heute in Frankfurt am Main verwirklicht worden sind.

Stellvertr. Min.-Präsident Dr. Hilpert:

Es tut mir persönlich furchtbar leid, aber man muß die Dinge doch einigermaßen klarstellen. Sie sprechen von 4 CDU-Leuten, Herr Abg. Bauer; es sind 2 CDU-Leute und 2 Parteilose.

Abg. Bauer: Entschuldigen Sie! Ich berichtige es!

Ich darf folgendes sagen: Diese Vorschlagsliste ist das Ergebnis einer Verständigung der beiden Fraktionen und ist mir erst später, als die Verständigung herbeigeführt worden war, in der genauen Reihenfolge bekanntgegeben worden. Daß mir die Namen mit genannt worden sind, ist wohl ganz selbstverständlich. Herr Bauer, Sie überschätzen mich. (Lachen)

Das ist das ganze Geheimnis.

Abg. Bauer (KPD):

Ich unterschätze Sie nur nicht, Herr Hilpert. Das ist das ganze Geheimnis.

(Zuruf von der SPD: Ich beantrage Schluß der Debatte!)

Präsident:

Meine Damen und Herren, ich nehme an, daß das ganze Haus damit einverstanden ist, daß wir diese Debatte abbrechen.

Ich möchte nun vorschlagen, daß wir die vorhin von mir verlesenen Anträge an den Herrn Wirtschaftsminister und daß wir auch den Antrag der SPD wegen der Fahrbereitschaft an die Staatsregierung weitergeben. Wer ist für die Weitergabe an die Staatsregierung? — Das ist die Mehrheit.

Meine Damen und Herren, ehe wir nun weitergehen, habe ich Ihnen einige Eingänge zu verlesen. Ich tue das deswegen, damit Sie gleich orientiert sind und sich entsprechend einrichten. Zunächst ist eine Erklärung vom Hauptausschuß eingegangen. Der Hauptausschuß beantragt, der Landtag wolle beschließen:

Die Verfassungberatende Landesversammlung von Groß-Hessen stellt mit Bedauern fest, daß der überwiegende Teil der Beschlüsse des Länderrats über gemeinsame Gesetze der drei Länder der US-Zone ohne vorherige Anhörung der drei Länderparlamente erfolgt ist.

Sie hält es im Interesse der Fortentwicklung der Demokratie für unerlässlich, daß nunmehr dem Länderrat der US-Zone ein parlamentarischer Beirat beigegeben wird, der zu gleichen Teilen aus den Vertretern der drei Länderparlamente besteht.

Dieser parlamentarische Beirat soll die Aufgabe haben, bis zum Zusammentritt der Landtage den Länderrat zu beraten und nach der Wahl der Landtage die erforderliche Übereinstimmung zwischen den Auffassungen der Landtage bei der Gesetzgebung herzustellen.

Er soll darüber hinaus die Aufgabe haben, unverzüglich für die Bildung entsprechender parlamentarischer Organe bei den bizonalen Ausschüssen Sorge zu tragen.

Die Landesversammlung ersucht deshalb das Staatsministerium, alle notwendigen Maßnahmen zur Verwirklichung dieser Entschließung sofort zu ergreifen.

Es ist außerdem ein Dringlichkeitsantrag der KPD eingegangen. Er lautet:

Nach einer Diskussion über das Kriegsgefangenenproblem hat die Verfassungberatende Landesversammlung Groß-Hessen beschlossen, ein Telegramm an den Interalliierten Kontrollrat zu senden mit der Bitte um baldige Entlassung aller deutschen Kriegsgefangenen und die sofortige Veröffentlichung der Listen der sich noch in Kriegsgefangenschaft Befindenden. Die Verfassungberatende Landesversammlung ersucht das großhessische Staatsministerium, dafür zu sorgen, daß alle Kriegsgefangenen bei ihrem Eintreffen in der Heimat umgehend in den Produktionsprozeß eingeschaltet werden können, sowie Wohnung und Kleidung erhalten.

(Abg. Bauer: Dazu gehört noch ein zweiter Antrag!)

Der zweite Antrag von dem der Herr Abgeordnete Bauer eben sprach, lautet:

Die Fraktion der KPD beantragt, folgendes Telegramm an den Interalliierten Kontrollrat zu senden:

In ihrer Sitzung vom 19. September 1946 hat die Verfassungberatende Landesversammlung Groß-Hessen zum Kriegsgefangenen-Problem Stellung genommen. Die in der Landesversammlung vertretenen Parteien waren einmütig in der Auffassung, an Sie mit der Bitte heranzutreten, dafür sorgen zu wollen, daß die deutschen Kriegsgefangenen baldigst in ihre Heimat zurückkehren können. Darüber hinaus wendet sich die Landesversammlung mit der weiteren Bitte an Sie, darauf hinzuwirken, daß sofort die endgültigen Listen der Deutschen, die sich heute noch in Kriegsgefangenschaft befinden, veröffentlicht werden. Eine solche Maßnahme würde viel Ungewißheit den davon betroffenen Familien fortnehmen.

Ich setze voraus, daß bei der Bedeutung dieser Eingänge die Versammlung wohl ohne weiteres damit einverstanden ist, daß wir sie noch behandeln.

Präsident

Wir kommen nun zu dem

Bericht des Wirtschaftspolitischen Ausschusses.

Das Wort hat der Herr Abg. Großkopf.

Abg. Großkopf (CDU):

Meine Damen und Herren! Die Beratungen des Wirtschaftspolitischen Ausschusses standen im Zeichen der neuerlichen Entwicklung in Richtung auf die Rekonstruktion der deutschen Wirtschaftseinheit. Im Vordergrund stand die Erörterung des vorläufigen Abkommens über die Bildung einer deutschen Wirtschaftsverwaltung, d. h. des Statuts, auf Grund dessen nunmehr die Wirtschaftsverwaltung der britischen und amerikanischen Zone zusammengesetzt wird. Die Bedeutung dieses Abkommens kann schwerlich überschätzt werden. Enthält es doch nichts weniger als die Vereinigung, d. h. die Wiedervereinigung zweier Wirtschaftsgebiete, die bislang durch mannigfaltige Grenzen und durch mannigfaltige Maßnahmen getrennt waren. Der Wirtschaftspolitische Ausschuss ist sich darüber im klaren, daß nunmehr auch die Wirtschaftspolitik des Landes Hessen aus einer weiteren Perspektive betrachtet werden muß und daß in Zukunft die Probleme der Wirtschaftspolitik aus dem Blickwinkel der gemeinsamen Wirtschaftsverwaltung der beiden Zonen gesehen werden müssen.

Es ist selbstverständlich, daß der Wirtschaftspolitische Ausschuss als Ausschuss des Länderparlaments sich gleichzeitig mit der Frage beschäftigt hat, in welcher Form nunmehr das Landesparlament bzw. die Länderparlamente bei der Beratung wirtschaftlicher Fragen auf bizonaler Grundlage einzuschalten sind. Der Ausschuss nahm Kenntnis von der Tatsache, daß auf Grund des Einwirkens des Herrn Ministers für Wirtschaft und Verkehr dem für die beiden Zonen eingesetzten Wirtschaftsrat ein Beirat beigegeben werden kann. Diese in dem Abkommen stipulierte Bildung eines Beirats zur Beratung des Wirtschaftsrates gab dann Veranlassung, die Frage aufzuwerfen, in welcher Form die Volksvertretungen der Länder beider Zonen nunmehr bei den Beratungen über wirtschaftliche Fragen auf bizonaler Grundlage eingeschaltet werden können. Sie haben soeben gehört, daß der Hauptausschuss eine Entschließung vorgelegt hat, mit der die Belohnung parlamentarischer Vertreter auch für den Beirat beim Wirtschaftsrat vorgesehen bzw. angeregt wird. Daß ein solcher Beirat, der bei den bisherigen Verhandlungen des Länderrats leider vermißt wurde, notwendig ist, das ist eine Auffassung, die wohl von uns allen geteilt wird. Es handelt sich um nichts weniger als um das Problem, dieser wachsenden Ausweitung der deutschen Wirtschaftskompetenz nunmehr auch eine Ausweitung der demokratischen Betätigung der Volksvertretung beizugeben. Da liegt es sowohl im Sinne der Vertragsschließenden bei diesem Abkommen, als auch im Interesse der Abgeordneten der Parlamente, daß sie laufend über die Entwicklung der wirtschaftlichen Situation orientiert werden. Es hat sich bei der Tätigkeit des Länderrates herausgestellt, daß eine Reihe von gesetzlichen Maßnahmen ganz deutlich der Mitwirkung der Volksvertreter ermangelt. Es fehlte dabei der frische Wind der Anregung aus dem Volke, und es fehlte insbesondere auch bei der Auslegung von wirtschaftlichen Verordnungen an der Mitwirkung sachkundiger Volksvertreter.

Ich darf hier noch auf eine Tatsache hinweisen. Bei der Auslegung des Gesetzes Nr. 26 des Kontrollrats über die Erhöhung der Tabaksteuer soll nach den vorliegenden Pressemeldungen ein Fehler unterlaufen sein, der sich verhängnisvoll ausgewirkt hat. Wenn Sie die Ausführungen der neuesten Nummer des Wiesbacher Kurier lesen, dann werden Sie feststellen, daß nach der Auffassung von Spezialisten der Süddeutschen Tabakzeitung die Erhöhung der Tabaksteuer gar nicht in dem Ausmaße beabsichtigt gewesen ist, wie sie später dekretiert wurde. Es hat sicher

alle Abgeordneten überrascht, als Zuschläge zur Tabaksteuer in dieser enormen Höhe eingeführt wurden und als damit, mit einem Schlage sozusagen, das Rauchen einer Zigarre nur noch die Angelegenheit eines Plutokraten sein konnte. Wir stellen nunmehr fest, daß über die Frage der Auslegung dieser Tabaksteuer-Erhöhung zumindest, Meinungsverschiedenheiten bestanden haben und daß, wenn man der Auslegung der Süddeutschen Tabakzeitung folgt, die Erhöhung der Tabaksteuer wesentlich geringer gewesen wäre, hätte man die Bestimmungen, wie sie nun tatsächlich festgesetzt worden sind, richtig ausgelegt.

(Zurufe von der SPD: Das Vierfache!)

Hier ist ein Musterbeispiel dafür, zu welcher Gesetzesmacherei es kommt, wenn am grünen Tisch von einem kleinen Gremium Gesetze ausgelegt werden und wenn es an der Mitwirkung der vom Volke gewählten Volksvertreter mangelt.

Es ist deshalb erforderlich, daß das Parlament bei jedweder Neuordnung unverzüglich seinen Willen zur Mitwirkung anmeldet. Diesem Zwecke diene auch die einhellige Stellungnahme des Wirtschaftspolitischen Ausschusses, der die Auffassung vertritt, daß, nachdem die Bildung eines Beirats in dem Abkommen vorgesehen ist, nunmehr unverzüglich auch das Zustandekommen und das Zusammentreten dieses Ausschusses bewerkstelligt werden muß.

Es ist selbstverständlich, daß es sich dabei lediglich um eine Etappe auf dem weiten Wege zur Herstellung der gesamtdeutschen Wirtschaftseinheit handelt. Aber wir wissen ja nicht, ob die Bestrebungen, die auf die Errichtung eines gesamtdeutschen Vorparlamentes abzielen, so schnell realisiert werden können, daß jedwede parlamentarische Tätigkeit auf einer unteren Stufe überflüssig wird.

Ich kann mir weitere Ausführungen in dieser Hinsicht ersparen, weil die interfraktionelle Resolution alles das enthält, was in dieser Frage im Wirtschaftspolitischen Ausschuss erörtert worden ist. Ich möchte aber anschließend auf einige Punkte eingehen, mit denen der Wirtschaftspolitische Ausschuss sich ebenfalls beschäftigt hat. Es ist das zunächst das Gebiet der Preisüberwachung und der Preiskontrolle. Der Wirtschaftspolitische Ausschuss hat festgestellt, daß die Maßnahmen der Regierung zur Aufrechterhaltung des Preisniveaus nicht immer ausreichend gewesen sind. Wir haben zwar Kenntnis davon genommen, daß das Ministerium für Wirtschaft und Verkehr für sich in Anspruch nimmt, in Hessen auf dem Gebiete der Preiskontrolle und der Preisüberwachung sagen wir einmal den Vogel abgeschossen zu haben gegenüber den übrigen Ländern, und es ist dies auch an der Hand einer Übersicht über das Aufkommen aus Ordnungsstrafen nachgewiesen worden. Wir waren aber der Auffassung, daß Ordnungsstrafen allein nicht ausreichen, um die notwendige Preisdisziplin aufrecht zu erhalten. Sie haben vorhin bei der Erörterung der Fragen, die im Sozialpolitischen Ausschuss zur Aussprache standen, gehört, welche Gefahren eine weitere Lockerung der Preisdisziplin insbesondere für die Lebenshaltung der Arbeiterschaft in sich schließt. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die Tendenz zur Erhöhung der Preise so lange andauern wird, als der Geldüberhang im Lande noch vorhanden ist.

(Sehr richtig! bei der CDU)

Wir werden also unter allen Umständen auch im Interesse derer, die die Preisdisziplin wahren, ja gerade im Interesse der korrekt kalkulierenden Unternehmer Wert darauf legen müssen, daß die Preisverwilderng mit den schärfsten Maßnahmen bekämpft wird und daß nichts unversucht bleibt, um diese Schäden in unserer Wirtschaft mit Stumpf und Stiel auszumerzen. Es wird Aufgabe des Wirtschaftspolitischen Ausschusses in der Zukunft sein, dem Wirtschaftsministerium in dieser Hinsicht weitere

Präsident

Vorschläge zu unterkreiten. Hier sei nur gesagt, daß zwar auf dem Gebiete der Preiskontrolle und der Preisüberwachung in Form von Einzelmaßnahmen einiges geleistet worden ist, daß aber das ganze Gebiet noch einer straffen Durchorganisierung ermangelt.

Ein drittes Gebiet, mit dem der Wirtschaftspolitische Ausschuß sich beschäftigt hat, ist das Vertragshilfegesetz von 1946. Wir haben davon Kenntnis genommen, daß dieses Gesetz, nachdem es in Bayern und in Württemberg bereits erlassen war, nunmehr auch in Hessen Wirklichkeit geworden ist. Über die Notwendigkeit dieses Gesetzes kann kein Zweifel bestehen. Ich brauche nur daran zu erinnern, daß zahlreiche Hausbesitzer, die durch den Bombenkrieg ihr Haus verloren haben, noch Hypothekenschuldner sind und daß auf Grund der persönlichen Forderungen der Gläubiger nunmehr in einzelnen Fällen schon Klage auf Zahlung eingereicht oder zur Zwangsvollstreckung in das übrige Vermögen geschritten wird. Meine Damen und Herren, dieses Problem führt natürlich noch zu wesentlich weiteren Auswirkungen. Überlegen Sie sich, daß durch die Zahlungseinstellung der öffentlichen Hand, insbesondere des Reiches und zahlreicher Organisationen, sehr viele Betriebe illiquid geworden sind und daß im Zuge der weiteren Entwicklung auch weite Kreise der Wirtschaft ihren Verpflichtungen nicht mehr werden nachkommen können. Die Folge wird sein, daß diesen Betrieben zumindest durch Stundung geholfen werden muß. Hier soll die Vertragshilfe nach dem neuen Vertragshilfegesetz einsetzen. Die Schwierigkeiten und die Unzulänglichkeit des Gesetzes liegen aber darin, daß es zunächst nur einen begrenzten Wirkungsradius in der amerikanischen Zone hat, daß also von außen kommende berechtigte Klagen und Zwangsvollstreckungen durch dieses Gesetz nicht inhibiert werden können. Der Ausschuß hat daher den Herrn Minister für Wirtschaft und Verkehr gebeten, bei den zuständigen Stellen dafür zu sorgen, daß dieses Vertragshilfegesetz auch in den benachbarten Zonen eingeführt wird, oder daß dort ähnliche Maßnahmen getroffen werden, damit Störungen der Wirtschaft in unserem Bereich vermieden werden.

Ich möchte zum Schluß noch auf eine Einzelfrage eingehen, die dem Wirtschaftspolitischen Ausschuß von den Vertretern der SPD gestellt wurde. Es handelt sich um die Papierfabrik Okriftel. Wie Sie wissen, sind im Zusammenhang mit der Verweigerung der Produktionsgenehmigung in der Presse Beschuldigungen erhoben worden, die, wenn sie zutreffend sein sollten, unter keinen Umständen unerörtert bleiben dürfen.

Das Parlament, insbesondere der Wirtschaftspolitische Ausschuß, wird sich berufen fühlen, in einer derart wichtigen Angelegenheit, in der solche Vorwürfe erhoben worden sind, Untersuchungen vorzunehmen und festzustellen, ob die in der Veröffentlichung gemachten Beschuldigungen zutreffend sind und wer für etwaige Fehlmaßnahmen verantwortlich ist. Es ist daher vorgesehen, daß die Fragen um die Versagung der Produktionsgenehmigung dieser Fabrik demnächst im Wirtschaftspolitischen Ausschuß unter Hinzuziehung des Treuhänders des Werkes erörtert werden, damit der Wirtschaftspolitische Ausschuß in der Lage ist, sich ein klares Bild von der Situation zu machen und dem Parlament anschließend Bericht zu erstatten.

(Beifall)

Präsident:

Bevor ich das Wort weiter erteile, gebe ich bekannt, daß ein Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion vorliegt, lautend: Die Großhessische Staatsregierung wird ersucht, die schwebenden Verhandlungen über das Eigentum und Vermögen der früheren IG-Farbenindustrie mit dem Ziele der Überleitung in Gemeineigentum zu führen. Die Verfügung über dieses Eigentum und seine Verwaltung soll nach näherer gesetzlicher Bestimmung solchen

Rechtsträgern zustehen, welche Gewähr dafür bieten, daß das Eigentum ausschließlich dem Wohle des ganzen Volkes dient und Machtausammenballungen vermieden werden.

Abg. Altwein (SPD):

Meine Damen und Herren! Der Siebener-Ausschuß, der sich aus dem Verfassungsausschuß heraus entwickelte, hat vorgesehen, daß bei Mißbrauch wirtschaftlicher Macht, beim Ausbau monopolistischer Machtzusammenballungen, bei der Ummünzung wirtschaftlicher Macht politische Macht solche Betriebe, die sich eines derartigen Mißbrauchs schuldig machen, in Gemeineigentum zu überführen sind. Darüber hinaus wurde die Sofortsozialisierung einer Reihe von Schlüsselbetrieben mit Inkrafttreten der Verfassung vereinbart. Die Begründung für diese Verfassungsartikel brauche ich an dieser Stelle nicht zu wiederholen. Bei der Mehrheit des Siebener-Ausschusses bestand der Wunsch, auch die Werke der früheren IG-Farbenindustrie zu sozialisieren. Dem stand aber die durch das Kontrollratsgesetz Nr. 9 über die Beschlagnahme und Kontrolle des Vermögens der IG-Farbenindustrie geschaffene Rechtslage entgegen. Danach sind industrielle Anlagen, Vermögen und Vermögensbestandteile jeglicher Art, die im Eigentum der IG-Farben oder unter ihrer Kontrolle standen, beschlagnahmt, und alle diesbezüglichen Rechte gehen auf den Kontrollrat über. Endziel dieser Beschlagnahme sind zunächst die Bereitstellung von IG-Anlagen und Vermögen für Reparationen und die Zerstörung der Anlagen, die ausschließlich für Zwecke der Kriegsführung benutzt wurden. Das Gesetz Nr. 9 läßt aber gewisse Möglichkeiten offen, die IG-Werke sozusagen als Gemeinbesitz zu erwerben, denn es wird in dem Gesetz von einer „dispersion of ownership“, d. h. einer Aufspaltung der Eigentumsrechte an den verbleibenden industriellen Anlagen und Vermögensbestandteilen gesprochen. Nach Notizen, die in den letzten Wochen durch die Presse gingen, ist in der Tat offenbar ein Verkauf der IG-Werke erwogen worden. Aus technischen Gründen konnte der Verfassungsausschuß nicht, wie das beabsichtigt war, die Folgerungen hieraus ziehen und einen Antrag auf Überleitung der IG-Werke in Gemeineigentum einbringen. Deshalb hat meine Fraktion, um nichts zu versäumen, den bereits verlesenen Dringlichkeitsantrag eingebracht.

Die IG-Werke sind auch bei starker Einschränkung ihrer Produktion von weitestragender Bedeutung für unser wirtschaftliches Geschehen. Ich brauche nur an ihr Arbeitsprogramm beispielsweise auf dem Gebiet der pharmazeutischen Präparate und Düngemittel zu erinnern. Solche wirtschaftlichen Machtkomplexe müssen nach unserer Meinung sich in den Händen der Gesamtheit des Volkes befinden. Darunter verstehen wir nicht eine Staatsregie, sondern in einem wesentlichen Sinne die Vergesellschaftung als Verwaltung durch die Gemeinschaft und für die Gemeinschaft. Die Formen solcher Wirtschaftsgebilde mögen Wirtschaftsjuristen vorschlagen. Entscheidend für uns ist eine Geschäftsführung, deren Triebkräfte das Wohl der Gesamtheit, nicht aber privates Bereicherungstreben bilden. Die Voraussetzungen hierfür sehen wir nicht gegeben, wenn derartige mächtige Werke sich in Privatbesitz befinden. Deshalb erbitten wir die Zustimmung des Hohen Hauses zu unserem Antrag. (Bravo! bei der SPD)

Präsident:

Meine Damen und Herren! Ich weise darauf hin, daß zu diesem Bericht des Wirtschaftspolitischen Ausschusses auch die Anfragen Nr. 11, 19, 21, 27, 29, 30 der Drucksachen Abteilung I gehören, der eben verlesene Antrag und noch folgender Dringlichkeitsantrag der KPD:

Die Verfassungberatende Landesversammlung ersucht den Minister für Wirtschaft und Verkehr und den Minister der Finanzen, folgendem Antrag ihre Zustimmung zu geben:

Präsident

Den im hessischen Braunkohlenbergbau Beschäftigten Arbeitern und Angestellten werden die auf Grund der erhöhten Kationensätze zugewilligten Sonderzuteilungen von monatlich

240 g Tabak und $\frac{1}{4}$ Liter Branntwein für Bergarbeiter unter Tage und

170 g Tabak und $\frac{1}{2}$ Liter Branntwein für Arbeiter über Tage

kostenlos geliefert.

Die Kosten für diese Sonderzuteilungen werden im Einvernehmen mit dem Minister der Finanzen vom Minister für Wirtschaft und Verkehr übernommen.

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Willmann.

Abg. Willmann (KPD):

Meine Damen und Herren! An die Ausführungen meines Vorredners anknüpfend unterstützen wir als Fraktion ebenfalls diesen Antrag auf Übernahme des früheren IG-Vermögens in Gemeineigentum. Die Begründung ist von seiten des Antragstellers bereits gegeben worden, und es erübrigt sich, meinerseits noch etwas hinzuzufügen, weil wir uns der Begründung vollinhaltlich anschließen.

Zu der Frage des vorläufigen Abkommens über die Bildung einer deutschen Wirtschaftsverwaltung ist ja von seiten des Vorsitzenden des Ausschusses schon eine eingehende Schilderung erfolgt. Auch ich möchte namens meiner Fraktion ausdrücklich betonen, daß auch wir der Auffassung sind, daß in einem deutschen Länderbeirat unter allen Umständen die Selbstverwaltungskörperschaften vertreten sein müssen und daß dieser Beirat, dessen Bildung ja vorerst noch hintangestellt ist, sich nicht etwa nur aus Fachkräften zusammensetzen soll. Ich freue mich, hier zum Ausdruck bringen zu können, daß der Minister für Wirtschaft und Verkehr die gleiche Ansicht vertritt und sich in den Vorbesprechungen ebenfalls für eine derartige Regelung eingesetzt hat. Ich möchte auch an dieser Stelle nochmals ausdrücklich betonen, daß alle diese Aufgaben, die dort gelöst werden, nur einen Sinn haben, wenn auch das Volk an diesen Beschlüssen beteiligt ist. Unsere ganze demokratische Selbstverwaltung würde zu einer Farce werden, wenn 90 Prozent der Beschlüsse von der Bürokratie und von sogenannten Fachausschüssen gefaßt würden und das Volk nur ja dazu zu sagen hätte und selbst da noch nicht gefragt würde. Wenn die Demokratie einen Sinn haben soll, dann müssen die Selbstverwaltungsorgane in der amerikanischen und englischen Zone auch das Recht haben, an den entscheidenden Beschlüssen mitzuwirken. Deshalb fordern wir darüber hinaus, daß die Beiräte der Selbstverwaltung nicht nur einen beratenden, sondern einen mitbestimmenden Charakter bekommen, damit sie wirklichen Einfluß nehmen können auf die Gestaltung der Wirtschaft, der Finanzen und der Ernährung. Diese Forderung ist unabdingbar. Im übrigen auf bestimmte Einzelheiten einzugehen, halte ich nicht für erforderlich.

Ich bitte aber noch zu unserer Anfrage Stellung nehmen zu dürfen, die Sie unter Nr. 19 der Drucksachen Abteilung I finden. Sie alle wissen, daß die Frage der Brennstoffversorgung in der letzten Woche auf besonders hohe Touren getrieben worden ist, weil der Winter vor der Tür steht und die Frage der Raumheizung so brennend geworden ist, daß man eine weitere Hinauszögerung nicht mehr länger vertragen und verantworten kann. Wenn heute ein derartig brennendes Problem gestellt ist und auch von seiten des Arbeitsministers eine Konferenz einberufen wurde, so sagen wir als Fraktion der KPD: Wir bedauern es außerordentlich, daß erst so spät zu einer derartig wichtigen Angelegenheit Stellung genommen wird. Wir haben bereits im Beratenden Landesausschuß frühzeitig auf die Brennstoffversorgung der Bevölkerung hingewiesen und

haben in Aussprachen und Anträgen gefordert, daß man sich mit dieser Frage rechtzeitig befaßt und nicht wartet, bis der Herbst und der Winter vor der Tür stehen. Eine gewisse Beruhigung ist dann auf eine Mitteilung in der Presse eingetreten, in der gesagt war, daß Städte mit über 20 000 Einwohnern mit einem größeren Quantum Kohle in diesem Winter rechnen können. Und nun stehen wir vor der Tatsache, daß die Haushalte in den Städten mit über 20 000 Einwohnern, wenn wir Glück haben, drei Zentner Kohle erhalten. Damit ist an eine genügende Heizung nicht zu denken, so daß wieder eine Heizung mit Holz erfolgen muß. Was bringt uns aber der Holzeinschlag? Grünes Holz! Sie wissen auch, es sind kaum Möglichkeiten vorhanden, das Holz in die Haushalte zu bringen. Deshalb bedauern wir es und bringen dies nochmals zum Ausdruck, daß man erst so spät von seiten der Regierung zu dem Problem Stellung genommen hat. Das soll natürlich nicht heißen, daß wir es ablehnen, uns an der Aktion zu beteiligen. Das ist nicht der Fall. Wir sind bereit, mit Hand anzulegen und Wege zu weisen, um der Bevölkerung zu Möglichkeiten zu verhelfen, um eine allzugroße Auswirkung der Kälte in den Haushalten zu vermeiden und einen Ausweg für den Holzeinschlag zu finden. Aber wir bringen unsere Bedenken zum Ausdruck, daß man erst so spät dazu überggegangen ist. Wenn seinerzeit ein Aufruf zur Brennholzaktion 1946/47 unter dem Motto: „Das Land hilft der Stadt“, herausgegeben wurde, so können wir uns mit dieser Formulierung nicht einverstanden erklären. Wir können jetzt die Aktion des Holzeinschlags für die Städte nicht der Landbevölkerung überlassen. Ich glaube, in dieser Form hat man es nicht gewollt. Wir wissen genau, daß auch die Landarbeiter und die Bauern ein gerüttelt Maß von Arbeit zu leisten haben, auch jetzt noch im Herbst und bis in den Winter hinein. Jetzt steht die Hackfruchternte noch bevor, und es sind auch sonst noch so viele Aufgaben zu erfüllen, daß man nicht sagen kann: Rettet Ihr auf dem Lande die Städte und schlagt so viel Holz ein, als die Städte benötigen! Es werden für die Städte, glaube ich, 1,5 Millionen Raummeter Holz benötigt. Es ist unmöglich, daß dieses Holz von der Landbevölkerung eingeschlagen wird. Deshalb kann ich namens meiner Fraktion sagen, daß wir uns mit dem Inhalt dieses Aufrufs nicht einverstanden erklären können.

Noch einige Worte zu dem von uns eingebrachten Initiativ-Antrage. Die Begründung geht aus dem Wortlaut hervor. Wir wissen, daß unsere Bergarbeiter sich freiwillig bereit erklärt haben, Sonntagsschichten und Feiertagschichten zu fahren und daß sie auf diese Weise dazu beitragen wollen, daß über das erzielte Soll hinaus noch Kohle gefördert wird, die in erster Linie der Bevölkerung zur Beheizung der Wohnungen zugute kommen soll. Wir wissen auch, daß die Förderung von Braunkohle schon erheblich gesteigert worden ist und daß die Regierung die Bestrebungen der Bergarbeiter dadurch anerkennt und unterstützt, daß sie neben einer Erhöhung der Kalorien den Bergarbeitern auch noch Sonderzuweisungen zukommen läßt. Andererseits wissen wir aber auch, daß die Löhne der Bergarbeiter so gering sind, daß sie wahrscheinlich gar nicht in der Lage sein werden, die größeren Lebensmittelmengen, die ihnen jetzt zugeteilt werden, im vollen Umfang zu kaufen. Deshalb stellen wir den Antrag, daß die Kosten für die Sonderzuweisungen von Tabak und Branntwein, die wieder an bestimmte Bedingungen geknüpft sind, von dem Minister für Wirtschaft und Verkehr im Einvernehmen mit dem Finanzminister übernommen werden, um so den Bergarbeitern einen Anreiz zu geben zur Steigerung der Förderung und ihnen, andererseits die Möglichkeit zu geben, die ihnen zur Verfügung stehenden Lebensmittel zu kaufen.

Ich bitte Sie, auch diesem Antrage zuzustimmen, damit wir alle Mittel ausschöpfen, die es uns ermöglichen, so viel

Holzmaterial in die Städte zu befördern, daß die Stadtbewohner in die Lage versetzt werden, sich im kommenden Winter einigermaßen vor der Kälte zu schützen.

Abg. Dr. Köhler (CDU):

Meine Damen und Herren! Anknüpfend an die Ausführungen meines Herrn Vorredners möchte ich auf folgendes hinweisen: Der Hauptausschuß der Verfassungberatenden Landesversammlung hat vor etwa 4 Wochen in einer Sitzung sich ebenfalls mit der Beheizungsfrage befaßt. Es wurde uns in dieser Sitzung durch den Herrn Ministerpräsidenten Dr. Geller eröffnet, es sei nicht damit zu rechnen, daß für Heiz- und Kochzwecke Kohlen zur Verfügung gestellt werden. Diese Mitteilung hatte uns damals im Hauptausschuß — ich mache keinen Hehl daraus — zutiefst erschüttert, und wir haben uns sofort die Frage vorgelegt: Was können wir zu unserem bescheidenen Teile tun, um dieser furchtbaren Aussicht entgegenzuarbeiten? Wir haben dann eine EntschlieÙung gefaßt, die wir seinerzeit dem Herrn Ministerpräsidenten zugestellt haben mit der Bitte um Weiterleitung an Herrn General Clay. Ich möchte nicht verfehlen, diese EntschlieÙung, die der Hauptausschuß damals der Öffentlichkeit nicht übergeben hat, um zu dem damaligen Zeitpunkt nicht eine unnütze Beunruhigung innerhalb der Bevölkerung hervorzurufen, heute doch der Öffentlichkeit bekannt zu geben, weil sie im Grunde genommen den Inhalt der heute vorliegenden Einzelanträge zusammenfaßt. Die EntschlieÙung lautet:

„Der Hauptausschuß der Verfassungberatenden Landesversammlung Groß-Hessen hat mit Erschütterung von der Mitteilung des Herrn Großhessischen Ministerpräsidenten Kenntnis genommen, daß nach einer Erklärung des Herrn Generalleutnant Clay auf der letzten Sitzung des Länder-Direktoriums in Stuttgart mit einer Versorgung der Bevölkerung mit Kohle für Heiz- und Kochzwecke nicht gerechnet werden könne.

Der Hauptausschuß bittet den Herrn Ministerpräsidenten, Herrn General Clay folgende Erwägungen zu unterbreiten:

1. Schon jetzt hat das völlige Ausfallen von Kohle bei der Bevölkerung erhebliche Unruhe ausgelöst. Diese Unruhe wird naturgemäß stärkere Formen annehmen, wenn die Bevölkerung mit fortschreitender Jahreszeit vor der realen Tatsache des Mangels an Kohle für Heiz- und Kochzwecke steht. Frierende Menschen sind für politische Ideen nicht zugänglich. Die Erziehung zur Demokratie wird unbrochen und in ihrer Wirkung ernstlich gefährdet.
2. Zu diesen politischen Rückwirkungen kommen die volkswirtschaftlichen hinzu:
 1. ist es nicht mehr möglich, Holz einzuschlagen,
 2. würde durch den Holzeinschlag die Ernährungswirtschaft für das nächste Jahr schwer gefährdet, denn heute sind wir schon in den Gebirgs- und Waldgebieten hart an der Grenze angelangt, die den Wasserabfluß aufs schwerste beeinflußt und dazu führt, daß bei stärkeren Regenfällen die angrenzenden Felder überschwemmt und die Ackerkrume abgeschwemmt wird,
 3. würde es auf eine längere Sicht zu einer Veränderung der Feuchtigkeitsverhältnisse auf das gesamte Klima führen,
 4. überdies ist die städtische Bevölkerung bei der schlechten Ernährung physisch nicht in der Lage, ihr eigenes Holz zu transportieren und zuzurichten.

Demgegenüber halten wir für die einzig mögliche Ausweich-Maßnahme, daß zunächst einmal auf die Zeit von

sechs Monaten ein Kohlenausfuhr-Moratorium genehmigt wird.“

Meine Damen und Herren, ich glaube, es hat nicht viel Zweck, die bedenklichen Folgen und die Schädigungen, die sich aus einer nicht befriedigenden Lösung der Kohlenfrage ergeben werden, immer wieder neu festzustellen, sondern der einzige praktische Ausweg nach Lage der Dinge ist der, daß auch die Landesversammlung heute sich den Grundsatz zu eigen macht und den Wunsch ausspricht, daß ein Kohlen-Moratorium eingeführt werden möge. Es gibt keine andere Möglichkeit. So dankenswert es ist, daß unsere Bergarbeiterschaft im Ruhrgebiet jetzt sich bereit erklärt hat, Sonderschichten zu fahren, so dankenswert es ist, daß von den Besatzungsmächten alle möglichen Maßnahmen getroffen werden, um die Unterkunft- und Ernährungsverhältnisse zu bessern — entscheidend ist und bleibt, daß in unmittelbar kurzer Zeit — es handelt sich um ein Problem, das jetzt ganz kurzfristig gelöst werden muß — ein Kohlen-Moratorium eingeführt wird. Ich glaube, wir können nichts Besseres tun, als heute und in aller Kürze in ein, zwei Sätzen noch einmal dieses Bekenntnis abzulegen. Ich stelle anheim, das, was ich am Schluß gesagt habe, als einen Antrag aufzufassen. Dann würde die protokollarische Festlegung genügen mit der Maßgabe, daß die Verfassungberatende Landesversammlung dieser Feststellung, die ich getroffen habe, ihre Zustimmung gibt und gleichzeitig die Staatsregierung bittet, diese Feststellung den zuständigen amerikanischen Stellen zur Stellungnahme weiterzuleiten.

(Zurufe: Einverstanden!)

Abg. Euler (LDP):

Die LDP schließt sich dem Antrage des Herrn Kollegen Dr. Köhler, die Anregung wegen eines Kohlenmoratoriums, die im Hauptausschuß gegeben wurde, durch einen Beschluß der Landesversammlung zu bestätigen, an.

Abg. Richter (SPD):

Meine Damen und Herren! Im Auftrage meiner Fraktion kann ich die gleiche Erklärung wie Herr Abg. Dr. Köhler abgeben. Wir halten diese Fragen für so wichtig und ausschlaggebend, daß dieser Punkt einer eingehenden Behandlung durch die Landesversammlung bedarf, um zu einer Klärung und Beschlußfassung zu kommen.

Vizepräsident Dr. Raabe (CDU):

Die Rednerliste ist erschöpft. Wir kommen zur Abstimmung. Ich lasse zunächst abstimmen über den von Herrn Abg. Dr. Köhler eingetragenen und von den Herren Euler und Richter unterstützten Antrag, den ich dahin zusammenfasse:

Der Beschluß des Hauptausschusses wird zum Beschluß der Verfassungberatenden Landesversammlung erhoben mit dem Zusatz, daß eine wirksame Hilfe nur erreicht werden kann durch die Unterbreitung der Bitte, ein Kohlen-Moratorium von mindestens sechs Monaten einzuführen.

Ich bitte die Damen und Herren, die für diesen Antrag stimmen wollen, eine Hand zu erheben. — Der Antrag ist einstimmig angenommen. Ich darf dann annehmen, daß der von der SPD gestellte Dringlichkeitsantrag dem Wirtschaftspolitischen Ausschuß zu überweisen ist.

Abg. Dr. Köhler (CDU) zur Geschäftsordnung:

Ich habe im Hinblick auf die Bedeutung des Brennstoffproblems es jetzt absichtlich unterlassen, zu diesem Antrag Stellung zu nehmen, weil es mir der Sache nicht würdig erschien, beides miteinander zu verknüpfen. Wenn Sie jetzt Wert darauf legen, daß der Antrag sofort verak-

Dr. Köhler

schiedet wird, dann müßte die Aussprache nochmals eröffnet werden, falls Sie es nicht für zweckmäßig erachten, Herr Kollege Caspary, den Antrag mit der Maßgabe, daß er beschleunigt zu erledigen ist, nicht dem Wirtschaftspolitischen Ausschuß sondern dem Ausschuß zu überweisen, der der Ausgangspunkt Ihres Antrags gewesen ist, nämlich dem Verfassungsausschuß, damit wir im Verfassungsausschuß dazu Stellung nehmen und uns auf eine entsprechende Formulierung einigen können.

Abg. Caspary (SPD) zur Geschäftsordnung:

Ich würde aber eine derartige Regelung doch wohl davon abhängig machen müssen, daß dann der Verfassungsausschuß von der Verfassungberatenden Landesversammlung zumindest die Möglichkeit eingeräumt erhält, diesen Antrag unmittelbar namens der Landesversammlung zu verabschieden und daß der Herr Präsident diesen Antrag dann weitergibt an die Regierung. Denn die Vorgeschichte des Antrags war ja doch die, daß die Mehrzahl der Mitglieder des Verfassungsausschusses befürchtete, bei der Einarbeitung des Gegenstandes in die Verfassung nicht mehr rechtzeitig in die Ereignisse eingreifen zu können. Infolgedessen soll mit der Erledigung des Antrages heute erreicht werden, daß möglichst sofort die Dinge von der Staatsregierung mit der Rückendeckung des Hauses behandelt werden können.

(Abg. Dr. Köhler: Es bestehen unsererseits keine Bedenken gegen diesen Vorschlag!)

Vizepräsident Dr. Raabe (CDU):

Es bestehen also keine Bedenken dagegen. Dann darf ich annehmen: Es wird beschlossen, der Dringlichkeitsantrag der SPD, der diese Frage betrifft, wird dem Verfassungsausschuß überwiesen mit der Maßgabe, daß er berechtigt ist, einen endgültigen Beschluß zu fassen.

(Dr. Köhler: Einverstanden!)

Wird Abstimmung gewünscht? — Das ist nicht der Fall; dann darf ich diese Feststellung treffen.

Dann liegt vor der Initiativ-Antrag der KPD:

Die Verfassungberatende Landesversammlung ersucht den Minister für Wirtschaft und Verkehr und den Minister der Finanzen, folgendem Antrag ihre Zustimmung zu geben:

Den im hessischen Braunkohlenbergbau beschäftigten Arbeitern und Angestellten werden die auf Grund der erhöhten Rationssätze zugebilligten Sonderzuteilungen von monatlich

240 g Tabak und $\frac{3}{4}$ Liter Branntwein für Bergarbeiter unter Tage und

170 g Tabak und $\frac{1}{2}$ Liter Branntwein für Arbeiter über Tage kostenlos geliefert.

Die Kosten für diese Sonderzuteilungen werden im Einvernehmen mit dem Minister der Finanzen vom Minister für Wirtschaft und Verkehr übernommen.

Es ist beantragt worden, diesen Antrag dem Wirtschaftspolitischen Ausschuß zu überweisen. Bedenken dagegen erheben sich nicht. Der Antrag wird dem Wirtschaftspolitischen Ausschuß überwiesen.

Antrag Nr. 27 der CDU, die Beschaffung von Bedarfsgütern für die Landwirtschaft, besonders von Arbeitsschuhen und Arbeitskleidung sowie Maschinenersatzteilen betreffend.

Ich nehme an, daß auch hier Überweisung an den Wirtschaftspolitischen Ausschuß zu erfolgen hat.

Antrag Nr. 30 der SPD: „Große Teile der Bevölkerung, insbesondere der Großstädte und der Flüchtlinge, sind bereits jetzt infolge der Lebensmittelknappheit in besorgnis-

erregendem Umfange unterernährt. . . .“ — Ebenfalls Überweisung an den Wirtschaftspolitischen Ausschuß.

Damit ist dieser Punkt erledigt, und wir kommen dann zu der Erörterung des Antrages, der von den vier politischen Parteien einheitlich gestellt ist:

Die Verfassungberatende Landesversammlung von Groß-Hessen stellt mit Bedauern fest, daß der überwiegende Teil der Beschlüsse des Länderrats über gemeinsame Gesetze der drei Länder der US-Zone ohne vorherige Anhörung der drei Länderparlamente erfolgt ist.

Sie hält es im Interesse der Fortentwicklung der Demokratie für unerlässlich, daß nunmehr dem Länderrat der US-Zone ein parlamentarischer Beirat beigegeben wird, der zu gleichen Teilen aus den Vertretern der drei Länderparlamente besteht.

Dieser parlamentarische Beirat soll die Aufgabe haben, bis zum Zusammentritt der Landtage den Länderrat zu beraten und nach der Wahl der Landtage die erforderliche Übereinstimmung zwischen den Auffassungen der Landtage bei der Gesetzgebung herzustellen.

Er soll darüber hinaus die Aufgabe haben, unverzüglich für die Bildung entsprechender parlamentarischer Organe bei den bizonalen Ausschüssen Sorge zu tragen.

Die Landesversammlung ersucht deshalb das Staatsministerium, alle notwendigen Maßnahmen zur Verwirklichung dieser EntschlieÙung sofort zu ergreifen. Das Wort hierzu hat Herr Abgeordneter Caspary.

Abg. Caspary (SPD):

Meine Damen und Herren! Wir haben gestern im Anschluß an die Rede des amerikanischen Staatssekretärs eine EntschlieÙung angenommen. In der Aussprache über diese EntschlieÙung hat der stellvertretende Ministerpräsident, Herr Dr. Hilpert, die Frage gestellt, wie wir es fertigbringen können, daß unsere demokratischen Organe von den Ereignissen nicht überspielt werden.

Meine Damen und Herren, mir will scheinen, daß diese Fragestellung die Dinge, die hier zur Aussprache gestellt sind durch die EntschlieÙung des Hauptausschusses und auf die wir als Fraktion in unserem Antrag Nr. 34 ebenfalls Bezug genommen haben, etwas sehr zart andeutet. Ich will es mir im Hinblick auf die vorgeschrittene Zeit ersparen, Einzelheiten vorzubringen. Aber die Tatsache steht doch unleugbar fest, daß im Länderrat, Lesser gesagt von den im Länderrat zusammengeschlossenen Ministerpräsidenten eine gesetzgeberische Tätigkeit größten Umfanges entwickelt worden ist und daß in der allergrößten Zahl der Fälle die Parlamente von dieser Gesetzgebung erst dann erfahren haben, wenn die Presse über die vollendeten Tatsachen berichtet hat. Der stellvertretende Ministerpräsident hat zwar gestern gemeint, es sei da aus einer falschen Optik heraus vielleicht eine überspitzte Meinung bei uns entstanden, als wolle die Regierung die Demokratie nicht achten. Meine Damen und Herren, ich verstehe nicht ganz, was diese Dinge mit Optik zu tun haben. Gewiß, es gibt auch technische Schwierigkeiten. Ich weiß auch, daß man den Begriff der Demokratie durchaus nicht immer einheitlich interpretiert, wie der Herr stellvertretende Ministerpräsident gestern festgestellt hat. Aber eines ist doch wohl klar: Wenn diese Tatsache festgestellt werden kann, dann kann man von einer Demokratie auf der Basis des Länderrats überhaupt noch nicht sprechen. Da hilft weder eine optische Betrachtung mit diesem oder jenem Fernglas noch sonst irgend etwas an Verständnis. Ich lasse mich gerne davon überzeugen, daß diese Tatsache nicht am bösen Willen der Landesregierung gelegen hat, sondern daß in diesem oder jenem Falle infolge des Druckes der Militärregierung auf Beschleunigung der Angelegenheiten ein Anhören parlamentarischer Institutionen nicht möglich gewesen ist. Aber ich weiß auch ebenso gut,

daß die Beratungen über einzelne Angelegenheiten im Länderrat sich über soviel Monate hinausgezogen haben, daß es sehr wohl bei gutem Willen hätte möglich sein sollen, die parlamentarische Vertretung zu hören.

Meine Damen und Herren! Wenn wir uns gestern auf der großen Ebene dazu bekannt haben, daß die Entwicklung zur wirtschaftlichen und politischen Einheit des Reiches demokratisch unterbaut werden soll, so ist es eine Selbstverständlichkeit, diese gleiche Entwicklung nun auch beim Länderrat als der nächsten dem Lande übergeordneten Stufe zu fordern. Dabei ist grundsätzlich zunächst zu sagen, daß wir in der Konstruktion des Länderrats hinsichtlich seiner Befugnisse keinerlei Änderung billigen können. Bis jetzt hat der Länderrat keine gesetzgebenden Befugnisse, sondern er ist nur das Institut, die Meinung der drei Ministerpräsidenten als gesetzgebendes Organ bis zur Konstituierung der Landtage aufeinander abzustimmen. Das Recht der Gesetzgebung selbst liegt bei den Ministerpräsidenten, also bei den Ländern, und wir wünschen nicht, daß hierin auf der Ebene des Länderrats irgendeine Änderung eintritt. Das heißt also, wir werden in Zukunft, wenn wir Landtage haben, in dem Bereich der Zuständigkeit des Länderrats darauf bestehen müssen, daß die Landtage die eigentlichen gesetzgebenden Organe für die dem Länderrat obliegenden gemeinsamen Aufgaben bleiben. Daß dazu die von uns geforderte Instanz einer parlamentarischen Vertretung beim Länderrat ebenfalls eine gewisse Koordinierung herbeiführen muß, ist selbstverständlich.

Wir möchten aber von unserer Fraktion aus erklären, daß wir, wenn wir diese Forderung der demokratischen Untermauerung des Länderrats stellen, damit noch keinesfalls zum Ausdruck bringen wollen, daß wir das Institut des Länderrats nunmehr zu einem Dauerinstitut machen wollen. Wir haben vorhin in diesem Hause über die Frage der Verwaltungsreform diskutiert, und es ist mit Ernst und Nachdruck darauf hingewiesen worden, daß wir auf der unteren Ebene dazu kommen müssen, eine klare, billige und einheitliche Verwaltung zu erzielen. Das, was auf dieser unteren Stufe gilt, gilt zweifellos auch auf der Mittelstufe für die Zonen, und meine Fraktion behält sich vor, im gegebenen Augenblick zu prüfen, ob der Länderrat nach der Schaffung der Institutionen für die bizonale Vereinheitlichung noch notwendig ist und inwieweit er noch notwendig ist.

Meine Damen und Herren! Nun sind wir dazu gekommen, daß als eine Zwischenstufe, da die Reichseinheit im gegenwärtigen Augenblick noch nicht durchführbar ist, die wirtschaftliche Einheit zwischen der britischen und amerikanischen Zone geschaffen worden ist. Meine Fraktion begrüßt diese Vereinheitlichung, aber sie begrüßt sie nur als Vorstufe der Reichseinheit, und sie ist sich bewußt, daß die Vorstufe noch keinerlei politische Funktionen haben kann und daß aus politischen Gründen infolgedessen diese Vorstufe der wirtschaftlichen Einheit keinesfalls den Charakter einer politischen Einheit dieser beiden Zonen bereits wird haben können. Das schließt aber nicht aus, daß wir von vornherein auch darauf Rücksicht nehmen müssen, daß in der Zonenetene den Zonenausschüssen demokratische Organe beigegeben werden.

Meine Damen und Herren! Es ist einmal in einer Besprechung von jemand die Auffassung vertreten worden, in diesen Organen liege die Exekutive bei den einzelnen Geschäftsführern und die Legislative bei dem Rat der Minister, also bei dem Zonenrat der sechs Minister der verschiedenen Zonen. Einer solchen Auffassung müssen wir unter allen Umständen widersprechen, und wenn es wirklich die Absicht gewesen sein sollte, diesem Rat der Minister die Legislative in den wirtschaftlichen Dingen zu übergeben, so würden wir glauben, daß dies dem demo-

kratischen Prinzip direkt widerspricht. Zur Zeit sind die Herren Minister ja noch von der Militärregierung ernannt. Wenn wir einmal den Landtag haben, und die Minister sind vom Landtag gewählt, dann wünschen wir, daß diese Minister lediglich exekutive Aufgaben haben und nicht die legislativen Aufgaben übertragen bekommen. Das um so mehr, als sich dieser Zonenbeirat auch verfassungsmäßig auf einer anderen Ebene bewegt als der Länderrat. Denn diese Zonenvereinheitlichung soll gleichzeitig auch ein eigenes Recht der Gesetzgebung in den Fragen der Wirtschaft und des Verkehrs haben, und dieses Recht der Gesetzgebung muß verfassungsmäßig in unseren Verfassungen irgendwie untermauert werden.

Wir haben die Absicht, hinsichtlich des neuen Reichs festzustellen, daß Reichsrecht einmal Landesrecht brechen soll. Die damit zum Ausdruck gebrachte Befugnis des Reichs, die Kompetenz-Kompetenz zu haben, ist bei uns deshalb möglich gewesen, weil wir diese Kompetenz-Kompetenz einem demokratischen Organ, nämlich der künftigen deutschen Nationalversammlung, übertragen wollen. Das Gleiche aber im Verhältnis zwischen den Zonenbeiräten und den Ländern einem Organ zu bewilligen, das lediglich aus den Ministern besteht, ist uns leider nicht möglich. Gewiß wird man sagen, diese Minister unterstehen parlamentarischer Kontrolle. Aber es würde letztlich bedeuten, daß man gegenüber den Ministern nur insoweit eine parlamentarische Kontrolle ausüben kann, als man sie erst abberufen könnte, wenn das Kind in den Brunnen gefallen ist, sie also schon etwas getan haben, was das Parlament nicht billigt. Deshalb meine Damen und Herren, müssen wir dazu gelangen, daß wir nunmehr auch auf der Basis des Länderrats und auf der Zonenbasis unseren entschlossenen Willen zum Ausdruck bringen, daß parlamentarische Vertretungen gebildet werden, und zwar so schnell wie möglich. Denn wie ich eingangs gesagt habe: Die Frage scheint etwas zu zart gestellt zu sein. Wir haben manchmal das Empfinden, als ob wir in den demokratischen Spielregeln bereits überspielt worden seien. Meine Fraktion möchte dem Volke unter keinen Umständen das Schauspiel bieten, daß, wenn wir einmal einen richtigen Landtag haben, der nach einer richtigen Verfassung Gesetze beschließen soll und von dem das Volk erwartet, daß er seiner gesetzgeberischen Pflicht genügt, dieses Gesetzgebungsrecht des Landtags durch ein nicht-parlamentarisches Organ illusorisch gemacht wird. Das würde dann am Ende nämlich nicht mehr eine Demokratie, sondern eine bürokratische Autokratie oder eine autoritäre Bürokratie sein. Gegenüber einem solchen autoritären System müssen wir, selbst wenn es später einmal durch die vom Landtag gewählten eigenen Leute vertreten werden sollte, höchst mißtrauisch sein.

(Beifall bei der SPD)

Präsident:

Meine Damen und Herren! Ich bitte Sie, mit dem Antrag des Hauptausschusses gleichzeitig zu behandeln die Anfrage Nr. 10 der KPD:

Der Ministerpräsident wird gebeten, Auskunft über die Tätigkeit des Länderrats zu erteilen.

Ebenso wäre mit zu behandeln die Anfrage der KPD Nr. 11:

Der Ministerpräsident wird gebeten, Auskunft zu erteilen über die Verhandlungen zur Schaffung der wirtschaftlichen Einheit zwischen der amerikanischen und britischen Zone.

Das Wort hat nunmehr der Herr Abg. Dr. Köhler.

Abg. Dr. Köhler (CDU):

Meine Damen und Herren! Ich muß feststellen, daß in einer Stunde, in der nun das Parlament die Konsequenzen

Dr. Köhler

aus seinem Dasein ziehen bzw. der Fortentwicklung des demokratischen Gedankens seine Unterstützung gewähren soll, immerhin nicht kleine Lücken in seiner Besetzung zu verzeichnen sind. Ich hoffe, daß diese Lücken nur die Folgen zwingender Umstände bei den an den Lücken Beteiligten sind.

In der Sache kann ich mich kurz fassen angesichts der Tatsache, daß alle vier Parteien sich in einer erfreulichen Übereinstimmung befinden; ihre politische Zielsetzung ist im Grunde die natürliche Frucht der fortschreitenden Entwicklung des demokratischen Gedankens in der US-Zone. Immerhin will ich mir nicht versagen, in dieser Stunde rückblickend festzustellen, daß mit der fortschreitenden Ausbildung der Institution des Länderrats in Stuttgart, die wir seinerzeit bei ihrem Entstehen sehr begrüßt haben als ein weithinragendes Symbol für die Verwirklichung des Einheitsgedankens in einer ersten Stufe, die Tätigkeit des Länderrats immerhin in den letzten Monaten in einer stärkeren Fühlung und Verbindung auch mit uns als Volksvertretungen hätte ausgeübt werden können. Ich persönlich habe durchaus Verständnis dafür, daß in einer ganzen Reihe von Fällen — das spreche ich zugleich im Namen meiner Fraktion aus — der Ministerpräsident selbst oder der beteiligte Minister de facto — und de jure, möchte ich noch hinzufügen — gar nicht in der Lage gewesen sind, die in Stuttgart zu fassenden Beschlüsse vorher dem Parlament bzw. seinen zuständigen Ausschüssen zur Stellungnahme zu unterbreiten. Man hätte nur wünschen mögen, daß die Beschlüsse des Länderrats, die auf eine Anregung der Landesregierung zurückzuführen sind, vorher einmal dem Parlament bzw. dem zuständigen Ausschuss zur Begutachtung vorgelegt worden wären.

Aber es hat ja keinen Zweck, in dieser Stunde rückschauend noch irgendeine Kritik zu üben. Wir sollten uns vielmehr darüber freuen, daß dieser Gedanke, die Mitwirkung des Parlaments beim Länderrat in Stuttgart sicherzustellen, den wir schon vor Wochen im Geschäftsführenden Ausschuss dieser Versammlung oder noch des Beratenden Landesausschusses geäußert haben, beim Staatsministerium selber auf einen durchaus fruchtbaren Boden gefallen ist. Denn es muß hier doch festgestellt werden, daß das Staatsministerium selbst es gewesen ist, das vor Wochen schon beim Länderrat in Stuttgart die Bildung eines ständigen parlamentarischen Ausschusses angeregt hat, und es ist mir ein Bedürfnis, gerade heute nach gewissen Vorgängen in der Aussprache, im Namen der Fraktion der CDU dem der CDU angehörenden stellvertretenden Ministerpräsidenten Dr. Hilpert für die Initiative, die er gerade auch auf diesem Gebiete entwickelt hat, hier öffentlich vor dem Hohen Hause unsern Dank auszusprechen.

(Lobhafter Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, wir dürfen ja natürlich nie verkennen, welche außerordentlichen Schwierigkeiten bestehen, um in einem Gremium, wie es der Länderrat ist, zu regieren auf der einen Seite und andererseits seinen Wünschen auch nach außen hin Geltung zu verschaffen. Wenn nun jetzt zweifellos die Stunde gekommen ist, um die Idee der Demokratie auch auf dieser Ebene zu verwirklichen, so wollen wir uns freuen, daß der Boden dafür schon vorbereitet ist. Ich füge allerdings auch hinzu, daß wir nunmehr der bestimmten Erwartung Ausdruck geben, daß dieser unser gemeinsam vorgetragener Wunsch beschleunigt seine Erfüllung finden möge. Ich habe auch gar keinen Zweifel daran, daß seitens des Staatsministeriums in dieser Beziehung alle nötigen Maßnahmen ergriffen werden.

Über die Frage des Verhältnisses des zu schaffenden ständigen parlamentarischen Ausschusses zum Länderrat selbst jetzt schon Erwägungen im einzelnen anzustellen, ist vielleicht verfrüht. Über eines kann kein Zweifel bestehen:

daß diesem zu schaffenden parlamentarischen Ausschuss ein angemessener Einfluß seitens des Länderrats einzuräumen ist. Welchen Umfang dieser Einfluß einnehmen kann und einnehmen wird, das, meine Damen und Herren, wird dann unsere Sache sein. Die rein formalrechtliche Regelung des Verhältnisses zwischen Länderrat und dem künftigen parlamentarischen Ausschuss wird niemals allein das Entscheidende sein, sondern es kommt darauf an, was die auf der parlamentarischen Seite Beteiligten aus der Sache selbst machen. Daß darüber hinaus nun auch auf der jetzt sich weiter ergebenden höheren Ebene, der bizonalen, die Mitwirkung der Volksvertretung sichergestellt werden muß, ist auch eine Selbstverständlichkeit, die der Sache nach ja im Grunde genommen gar keiner näheren Begründung bedarf. Ich pflichte durchaus den Ausführungen meines Vorredners, des Herrn Kollegen Caspary bei, daß auch hier selbstverständlich Sorge dafür getragen werden muß, daß die Hauptausschüsse entscheidende Beschlüsse nicht ohne weiteres fassen können, wenn nicht diese parlamentarischen Zonen-Beiräte entsprechend dabei beteiligt sind. In welchen Einzelheiten sich das vollziehen wird, das erachte ich im Moment als eine cura posteria. Meine Damen und Herren, entscheidend scheint mir zu sein, daß wir als Landesversammlung diesen Wunsch zum Ausdruck bringen. Das Weitere wird sich finden.

(Beifall bei der CDU)

Abg. Euler (LDP):

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die wesentlichen Gesichtspunkte sind gestern zur Sprache gekommen. Meine Herren Vorredner haben sie eben angeführt. Ich kann mich kurz fassen. Einen Hinweis möchte ich geben: Es besteht eine gewisse Gefahr, daß ein parlamentarischer Beirat auf der Zonenbasis zu einer Versteifung des Länderrats führt in dem Augenblick, wo die Exekutive und auch das Gesetzgebungsrecht schon auf eine höhere Stufe übergehen. Und deshalb, muß ich betonen, sollte der parlamentarische Beirat auf der Zonenbasis seine Aufgabe vor allen Dingen darin sehen, möglichst schnell ein Überzonenparlament herzustellen und die Bedingungen dafür möglichst günstig zu beeinflussen. Sonst tritt die Gefahr ein, daß wir in der Entwicklung der demokratischen Organe zurückbleiben hinter der Entwicklung, die über die Regierungsorgane inzwischen schon zu einer höheren Ebene als der Zonenstufe geführt hat. Insofern gebe ich also den besonderen Akzent: Möglichst schnell Anschluß finden an die Überzonenstufe!

(Beifall bei der LDP)

Abg. Bauer (KPD):

Meine Damen und Herren! Ich bedauere zwei Dinge: erstens, daß diese entscheidende Diskussion, die die erste in einem Länderparlament ist, vor kaum noch beschlußfähigem Hause stattfindet. Ich schließe mich hier vollkommen dem Herrn Kollegen Dr. Köhler an. Das zweite, was ich persönlich bedauere, ist, daß der Herr Ministerpräsident Dr. Geiler heute nicht unter uns weilte. Denn es ist immer eine sehr unangenehme Sache, jemand kritisieren zu müssen, der nicht anwesend ist und sich nicht selbst verteidigen kann. Und es ist leider so, daß wir eine solche Debatte doch nicht führen können, ohne hier aufzuzeigen, daß der Herr Ministerpräsident in bestimmten Dingen — ich drücke mich vorsichtig aus — nicht die richtige Form gefunden hat. Ich erkenne ohne weiteres an, daß der Herr Ministerpräsident, was die Frage der Einheit Deutschlands angeht, sich ganz zweifellos bestimmte Verdienste erworben hat durch sein mutiges Auftreten in den Verhandlungen besonders mit der Ostzone, durch seine Reise nach Thüringen, durch die Vermittlung des Besuchs

Hauer

des Herrn Präsidenten Dr. Paul hier in Wiesbaden usw. Das kann aber nichts daran ändern, daß der Herr Ministerpräsident Dr. Geiler ein ganz bestimmtes Vergnügen daran gefunden hat, allein zu regieren. Ich drücke mich sehr vorsichtig aus. Er hat zwar immer, wenn sich in der Beratenden Landesversammlung oder sonstwo die Gelegenheit ergab, seinem Bekenntnis zur Demokratie und seinem Wunsche nach Zusammenarbeit mit dem Parlament Ausdruck gegeben. Aber, meine Damen und Herren, wenn wir jetzt durch die Presse erfahren, daß ganz entscheidende politische Fragen von ihm mit den andern Ministerpräsidenten seit Monaten verhandelt worden sind, ohne daß wir auch nur ein Wort davon erfahren haben, dann kommen wir nicht mehr ganz mit, und dann werden wir eben bestimmten Worten gegenüber mißtrauisch. Dann verlangen wir Beweise und Tatsachen, und wir stellen dann ganz konkret unsere Forderungen, damit man weiß, woran man ist. Dann muß man es sich auch gefallen lassen, daß bestimmte Vorschläge, die gemacht werden, von uns Abgeordneten abgelehnt werden. Wir sind zum Beispiel — und hier spreche ich zumindest von den Kommunisten — der Auffassung, daß der Vorschlag des Herrn Ministerpräsidenten — er stammt von ihm; er hat sich dazu bekannt, und er hat die Vaterschaft für sich in Anspruch genommen —, einen Nationalrat zu bilden, bestehend aus den Ministerpräsidenten oder höheren Beamten nicht gerade das Ideal ist, um eine Demokratie in Deutschland aufzubauen. Und sehen Sie, meine Damen und Herren: wenn wir jetzt die Tätigkeit des Länderrats beobachten und uns die Vorschläge ansehen, die man bezüglich der bizonalen Ausschüsse gemacht hat, wenn wir endlich den Vorschlag in Bezug auf die Bildung eines Nationalrats untersuchen, dann sieht man, daß in allen diesen Vorschlägen — ich betone: unabhängig von der Militärregierung — von deutscher Stelle aus eine ganz bestimmte Linie zu finden ist. Sie ist im Verfassungsausschuß einmal die Linie der Autokratie genannt worden. Herr Caspary hat es noch anders ausgedrückt: der autoritären Bürokratie. Diese Gefahr müssen wir sehen, und zwar aus den verschiedensten Gründen. Wir müssen sie sehen, aus Gründen der Demokratie, weil wir glauben, daß die Vertreter der Parteien oder die gewählten Vertreter des Volkes allein maßgebend sein sollen bei den Beschlußfassungen. Wenn ich auch nicht an eine falsche oder richtige Optik im Zusammenhang mit den genannten Problemen glaube, so stimme ich doch in einer Sache ausnahmsweise dem stellvertretenden Ministerpräsidenten zu, das ist, als er gestern sagte, daß tatsächlich die Tatsachen oft eine viel härtere Sprache sprechen, als uns lieb ist oder als wir uns beim Aufbau der Demokratie vorstellen. Das erkennen wir als Kommunistische Partei ohne weiteres an. Es ist auch nicht möglich, wenn wir in einer außerordentlichen Notlage sind, über jede Sache monatelang zu diskutieren, sondern man muß auf schnellstem Wege einen Beschluß fassen. Das darf aber auf keinen Fall zum Prinzip der gesamten Politik werden, einem Prinzip, das unseres Erachtens jetzt wieder einmal bei bizonalen Ausschüssen angewandt worden ist, und deshalb freuen wir uns sehr, daß wir diesmal die Möglichkeit hatten, eigentlich gleich bei Geburt dieser bizonalen Ausschüsse unsere Meinung zu sagen, nämlich daß wir da nicht mitmachen.

Ich sagte vorhin, aus Gründen der Demokratie, aber auch aus Gründen der Einheit Deutschlands erscheint es mir notwendig, die Gefahr zu sehen. Bürokraten haben die Angewohnheit, wenn sie sich ein Amt geschaffen haben, sich so fest wie möglich an dieses Amt zu klammern. Es besteht dann immer die Gefahr, daß sie über diesem Anklammern an das Amt das Größere und Weitere vergessen. Bestimmte Beamte des Länderrats waren gegen bizonale Ausschüsse, und ich bin überzeugt, bestimmte Beamte der bizonalen Ausschüsse werden nicht gerade die größten

Förderer der Einheit Deutschlands sein, sondern werden glauben: Hier habe ich ein schönes Amt, hier sitze ich fest, und so ohne weiteres möchte ich nicht meinen Posten aufgeben. Hier ist es, glaube ich, gerade die Aufgabe der Parteien oder der Vertreter der Parlamente, dafür zu sorgen, daß die bizonalen Ausschüsse tatsächlich nichts anderes werden, als das, was wir wollen, nämlich eine Vorstufe, die allerschnellstens überwunden werden muß durch die wirtschaftliche und politische Einheit Deutschlands. Wir wollen nicht, daß die bizonalen Ausschüsse mit einem bestimmten Eigenleben ein Hemmschuh für die Entwicklung der Einheit Deutschlands werden. Aus diesem Grunde bitten wir auch das großhessische Staatsministerium, alle Schritte zu unternehmen, damit der Vorschlag der vier Parteien, wie er heute hier bekanntgegeben worden ist, schnellstens realisiert wird, wobei wir nicht so großen Wert auf den Länderrat legen als vielmehr auf die bizonalen Ausschüsse, und ich hoffe, man wird uns nicht erst dann einen parlamentarischen Beirat in den bizonalen Ausschüssen genehmigen, wenn die wirtschaftliche Einheit Deutschlands bereits Realität geworden ist.

(Beifall und Händeklatschen bei der KPD)

Stellvertretender Ministerpräsident Dr. Hilpert:

Meine Damen und Herren! Ich habe an sich die Aufgabe, die an den Herrn Ministerpräsidenten gestellten Anfragen zu beantworten.

Die Anfrage Nr. 22 wegen Auszahlung der Guthaben der in amerikanischer Gefangenschaft gewesenen Kriegsgefangenen ist an sich eine Angelegenheit des Herrn Finanzministers. Er wird darauf noch eine schriftliche Antwort geben.

Bezüglich der Fleischversorgung hat wohl der Herr Minister für Ernährung und Landwirtschaft die Freundlichkeit, sich dazu zu äußern.

Ebenso ist die Beantwortung der Anfrage bezüglich der Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln eine Angelegenheit des zuständigen Fachministers.

Was die Anfrage Nr. 10 über die Tätigkeit des Länderrats betrifft, so bin ich, wenn ich das als einen Tätigkeitsbericht verstehen soll, gern bereit, den Länderratsbevollmächtigten zu bitten — ich möchte sagen: eine gedrängte Monatsübersicht den Herren Abgeordneten zur Verfügung zu stellen. Im Augenblick kann ich das im einzelnen natürlich nicht tun. Die Anfrage wird ja wohl so zu verstehen sein, daß es um die Grundsätze geht, und ich möchte mir nicht, den Vorwurf machen lassen, ich hätte etwas übergangen. Ich werde wahrscheinlich in der Lage sein, am Mittwoch oder Donnerstag nächster Woche dem Hohen Hause bzw. den Ausschüssen die gesamten Abkommen zur Verfügung zu stellen, also die Abkommen über grundsätzliche Aufgaben, damit Sie über die technischen Einzelheiten vollkommen informiert sind. Ich möchte vorausschicken, daß ich im Einvernehmen mit den einzelnen Kabinettsmitgliedern, insbesondere mit Herrn Professor Dr. Geiler, von Anfang an den Standpunkt vertreten und, soweit es möglich war, auch durchgesetzt habe, daß es mir bei diesen entscheidenden Verhandlungen über die Einrichtung und Verwaltung zwischen der amerikanischen und britischen Zone — ich habe schon meine Bedenken, zu sagen „bizonal“, weil das einen endgültigen Tatbestand kennzeichnet — darauf ankam, alle diese Dinge als Provisorium darzustellen.

(Sehr gut! bei der CDU)

Ich habe noch keinen anderen Ausdruck gefunden. Wir sind uns jetzt über die rein geschäftsordnungsmäßige Behandlung der Angelegenheit klar, und ich bitte Sie, meine

Dr. Hilpert

Damen und Herren, mich noch einige Minuten anzuhören; ich werde mich so kurz wie möglich fassen.

Als ich mir die Frage vorgelegt habe, was ich an den Anfang meiner Ausführungen stellen möchte, da habe ich mir gedacht, es ist wohl richtiger, gerade bei der Auffassung, die aus manchen Anregungen vom Parlament hervorgehen scheint, klarzustellen, daß es das entsetzlichste ist, was uns Deutschen passieren konnte, daß wir im Jahre 1948 uns über einen Länderrat, über bizonale Einrichtungen überhaupt unterhalten müssen,

(Sehr richtig! bei der CDU)

daß wir weiter nichts geworden sind als ein Objekt, daß wir versuchen müssen, ein wirklich gut durchorganisiertes Staats- und Volksleben aus der Urzelle, allmählich wieder aufzubauen, und zwar unter sehr energischer Führung.

(Sehr gut! bei der CDU)

„Das danken wir dem Führer“, und ich bitte Sie, meine Damen und Herren, die Sie im öffentlichen Leben stehen, dafür zu sorgen, daß diese Grundursache nicht unter der Not des Alltags in Vergessenheit gerät.

(Starker Beifall bei der CDU und LDP. —)

Abg. Wittrock: Nicht die Harzburger Front vergessen, das ist sehr wichtig!

Das ist die Lösung die wir jetzt anstreben, indem wir jetzt aus dieser Urzelle heraus die Dinge entwickeln müssen. Dabei ergibt sich eines: daß der Aufbau sich nicht in gleichem Schritt und Tritt vollziehen kann.

Wir haben zunächst die Länder in der US-Zone geschaffen und haben dann im Oktober bereits den Länderrat geschaffen, ein Beweis dafür, daß die verantwortlichen Ministerpräsidenten, auch wenn sie nicht nach demokratischen Gesichtspunkten gewählt sind, zum frühestmöglichen Zeitpunkt den Versuch gemacht haben, zu einer Einheit im Rahmen des Möglichen zu kommen, denn es gab außer der US-Zone keine andere Möglichkeit, irgendwie zu einer einheitlichen Verwaltung über Länder hinaus zu kommen.

Der Länderrat war geboren, der Länderrat war belastet mit einem Abstimmungsmodus wie dem im polnischen Reichstag. Es ist gelungen, die Länder tatsächlich zur restlosen Übereinstimmung in den grundsätzlichen Fragen zu bringen, ohne daß es großer Abstimmungen bedurft hätte, ein Beweis wieder für das Bestreben der Verantwortlichen, eine Koordination zu schaffen. Der Länderrat hat arbeiten müssen, als Sie noch gar nicht da waren. Die Ministerpräsidenten sind die Platzhalter der Demokratie, solange sie noch nicht vorhanden war, und als solche werden sie einmal in die Geschichte eingehen. Die Ministerpräsidenten mußten zuerst da sein, um überhaupt den Anknüpfungspunkt dafür zu finden, daß sich nunmehr unter dem Schutz, unter der Aufsicht der Verwaltung die ganze Organisation des demokratischen Lebens von der Gemeindewahl über die Kreistagswahl zur Landtagswahl entwickeln konnte. In dieser Zeit hat der Länderrat arbeiten müssen, ohne daß er eine wirkliche parlamentarische Körperschaft überhaupt hätte. Auch die Ministerpräsidenten hatten keine.

Wenn wir nach juristischen Grundsätzen gehen, so haben die Ministerpräsidenten im Augenblick noch keine entsprechende parlamentarische Körperschaft. Ich bitte, mich nicht mißzuverstehen. Wir haben ja von Anfang an — und das möchte ich ausdrücklich feststellen: der Herr Ministerpräsident ist dabei immer ein Rufer im Streit gewesen — versucht, den Beratenden Landesauschuß und die Landesversammlung im Rahmen des möglichen auf dem laufenden zu halten, mag auch hier und da einmal eine Sache von uns als weniger wichtig angesehen worden

sein: Seit etwa Mitte Juni haben wir, und zwar die Großhessische Staatsregierung, vertreten durch den Herrn Ministerpräsidenten und, soweit er nicht da war, durch mich, immer darauf hingewiesen, daß nunmehr der Zeitpunkt gekommen sein dürfte, einen Landtag zu wählen und dem Länderrat als der Konferenz der Ministerpräsidenten durch einen ständigen Parlamentsauschuß eine Körperschaft beizuordnen, die in der Lage ist, auch mit der Verantwortung zu übernehmen. Dieser Gedankengang bedarf natürlich zur Verwirklichung der Zustimmung des Dritten, und wir sind jetzt in der glücklichen Lage, Ihnen sagen zu dürfen, daß wir nunmehr aufgefordert worden sind, Vorschläge darüber zu machen, wie wir uns im einzelnen diesen Parlamentsauschuß beim Länderrat vorstellen.

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren! Das geht mit großer Zähflüssigkeit. Die Probleme des Tages sind oft so dringend, zum Beispiel die Notwendigkeit, sich zu verständigen, wieviel Autoreifen wir bekommen — davon sind nur zwei Prozent gebrauchsfähig —, diese Probleme sind alle so, daß die politischen Fragen zu kurz kommen. Aber wir sind jetzt so weit, daß wir beim Länderrat, der ein reines Koordinationsgebilde ist, wahrscheinlich in Kürze zu einer praktischen Ausgestaltung kommen. Denn, meine Damen und Herren, wir sind natürlich auch umgekehrt bereit zu sagen: der Länderrat ist eine Zwischeninstanz. Glücklicherweise Tag, wo wir auf ihn verzichten können und eine Instanz auf einer höheren Ebene haben, die weitere, umfassendere Befugnisse hat. Aber man darf bekanntlich einen alten Bahnhof nicht abreißen, bevor der neue nicht betriebsfähig ist. Deshalb hat die Frage des Parlamentsauschusses beim Länderrat immer noch ihre Bedeutung, und es wird wahrscheinlich auch in Zukunft so bleiben, denn es ist, wenn wir schnell zu einem größeren Gebilde kommen wollen, vielleicht in manchen Fragen eine intrazonale Abstimmung notwendig, so daß der Länderrat auch dann noch in einem verkleinerten Maßstab Funktionen ausüben hat.

Wir begrüßen es also, meine Damen und Herren, daß Sie durch Ihren Antrag auf Errichtung eines parlamentarischen Ausschusses beim Länderrat uns in unseren Bemühungen unterstützen, und ich darf Ihnen sagen, daß wir alles daran setzen werden, hier eine praktische Lösung zu finden, die auf der einen Seite — auch darüber wollen wir uns ganz offen aussprechen — wirklich die Möglichkeit zur parlamentarischen Mitarbeit gibt, die auf der anderen Seite aber auch so sein muß, daß die dringliche Alltagsarbeit nicht im parlamentarischen Leerlauf versackt.

(Sehr richtig! bei der CDU)

Ende August bekamen wir ganz plötzlich die Mitteilung, es müsse Wert darauf gelegt werden, binnen 14 Tagen Vorschläge wegen der Errichtung von gemeinsamen Verwaltungsstellen auf den Gebieten des Postwesens, des Nachrichtenwesens, des Finanzwesens und auf den Gebieten der Ernährung, der Landwirtschaft, der Wirtschaft, der Finanzen zu machen. Die ersten Verhandlungen, die mit Vertretern der britischen Zone geführt wurden, führten nun auch wieder zu einer sehr schmerzlichen Feststellung. Wir alle, wenn wir über unsere Zonengrenzen hinausschauen, empfinden es, daß man innerhalb eines Jahres in einem bisher einheitlichen Volk und Staat sich sehr auseinanderleben kann. Ja, wir haben sogar Tatbestände angetroffen, die kaum reparabel erscheinen, wenn wir über die Zonengrenzen hinausschauen. Wir alle stellten das fest in dem Augenblicke schon, als die Verhandlungen begannen. Denn zu diesen Verhandlungen waren von unserer Seite Minister erschienen, von der anderen Seite aber erschienen Deutsche, die von der Militärregierung ernannt worden waren. Jetzt ergab sich die Notwendigkeit, wenig-

Dr. Hilpert

stens mit der Zusammenlegung zweier Zonen in wirtschaftlicher Hinsicht zunächst einmal einen Anfang zu machen. Das kann von niemand bestritten werden. Und dann entstand die Frage: Wie können wir Vorsorge treffen, daß unsere im Vergleich mit anderen Zonen weitest fortgeschrittene Entwicklung zur demokratischen Selbstverwaltung durch diese Vereinbarungen nicht geheimt oder gar abgeschwächt wird, daß wir nicht etwa aus der Bel étage der Demokratie ins Parterre fallen?

(Sehr richtig! bei der CDU)

Das ist die erste Frage gewesen. Die zweite Frage für uns war diese: Die drei Ministerpräsidenten dürfen in keinem Falle, so sehr wir die Notwendigkeit des Zusammenarbeitens wenigstens der beiden Zonen anerkennen, etwa Maßnahmen mitmachen, die geeignet sind, das größere Ziel: die Vereinigung der vier Zonen, in irgend einer Form zu belasten.

(Sehr gut! bei der CDU)

Und der dritte Gesichtspunkt, der Hauptgesichtspunkt, von dem wir uns in allen diesen Fragen noch besonders leiten ließen, war natürlich der — das sei hier einmal am Rande vermerkt —, daß wir auf der andern Seite verlangen mußten, daß zumindest hinsichtlich derjenigen, die dann in diesen Stellen von der britischen Zone beschäftigt werden würden, eine genau so subtile Prüfung auf der Grundlage des Denazifizierungsgesetzes stattfindet, wie sie hier durchgeführt worden ist. Denn wir können es nicht so machen, daß bei uns Streckenarbeiter der Reichsbahn dem Verfahren vor der Spruchkammer sich unterziehen müssen, während in einer Stadt in der britischen Zone Musterbetriebe noch aktive Nationalsozialisten beschäftigen.

Diesen Schwierigkeiten standen wir gegenüber. Dazu kam noch ein weiteres: Es mußte darauf geachtet werden — und zwar war aus wohlerwogenen Gründen, aus staatspolitisch anzuerkennenden Gründen darauf zu achten —, daß diese Zusammenlegung sich zunächst wirklich nur auf die wirtschaftliche Seite beschränkte, daß alles vermieden wurde, was nach Politik in höherem Sinne aussah.

Diese Schwierigkeiten zu überbrücken, soweit es sich um die rein technische Organisation handelt, ist uns insofern gelungen, als nunmehr, wie Sie wissen, den drei Ländern der US-Zone drei andere Länder in der britischen Zone im Rohen gegenüberstehen. Die Frage, daß diese Zusammenlegung der beiden Zonen nicht etwa so ausgelegt wird, als sollten nun die beiden andern Zonen davon ausgeschlossen bleiben, ist erledigt worden dadurch, daß in dem Aufnahmevertrag die Möglichkeit des Beitritts der beiden anderen Zonen ausdrücklich festgestellt und daß auch der Wunsch zum Ausdruck gebracht worden ist, die beiden andern Zonen möchten sich anschließen.

Hinsichtlich der Denazifizierung sind uns beruhigende Erklärungen abgegeben worden, die aber in bezug auf ihre effektive Wirkung sicherlich noch eingehender Prüfung bedürfen.

Das ist die bizonale Einrichtung in ihrer rein äußerlichen Gestalt.

Nun die Frage der Einschaltung der parlamentarischen Vertretung. Auch da, meine Damen und Herren, ist wiederum der Unterschied in der Entwicklung zu beachten. In der britischen Zone ist man bei der Gemeinderatswahl; wir werden, so Gott will, Anfang Januar mit einem gewählten Landtag in die Arena des politischen Lebens treten. Wir können also wirklich gewählte Vertreter entsenden. In der britischen Zone dagegen wird man sich immer noch mit einem gewissen Ernennungsrecht abfinden müssen. In dieser Beziehung besteht ein gewisser Unterschied, der aber nicht unüberwindlich ist. Man kann die maßgebenden Parteien schon in einer gewissen Form daran beteiligen.

Daran muß sich nunmehr — das ist unsere Überzeugung — die weitere Auseinandersetzung anschließen. Denn wir müssen uns darüber klar sein — das habe ich gestern gemeint, als ich davon sprach, daß die Demokratie nicht überspielt werden dürfe —, daß wir auf der andern Seite Sorge dafür tragen müssen, daß der Dynamik der Ereignisse nicht etwa durch demokratische Ereignisse ein Zügel angelegt wird. Darüber hinaus muß es uns gelingen, diese demokratische Körperschaft auch bei den Zoneneinrichtungen zum Tragen zu bringen. Ich bin Ihnen dankbar dafür, daß Sie als Landesversammlung, meines Wissens als die erste Landesversammlung der US-Zone, zum Ausdruck gebracht haben, daß wir auch in dieser Richtung eine entsprechende Unterstützung unseres Standpunktes in den Verhandlungen mit den zuständigen Stellen haben werden.

Etwas zur Arbeit: Beim Länderrat haben wir koordiniert die Gesetze, die in den einzelnen Ländern, zu dem gleichen Termin unter Umständen, erlassen werden sollten, weil wir es nicht für richtig hielten, die Buntscheckigkeit ins Aschgraue zu steigern. Wir hatten aber auch gesetzliche Maßnahmen zu treffen, bei denen die Anregung weder von der Regierung, noch von den politischen Parteien ausging. Da darf ich Ihnen sagen, daß wir uns bei solchen grundsätzlichen Gesetzen wie dem Beamtengesetz, dem Gesetz über die Bodenreform, dem Pressegesetz — erst heute habe ich wiederum einen solchen Brief unterschrieben — dem sicherlich sehr wohl gemeinten Wunsche der amerikanischen Militärregierung, diese Dinge möchten schnellstens geregelt werden, widersetzt haben, weil wir nun einmal den Standpunkt vertreten, daß wir als Regierung, die wir der Platzhalter der Demokratie sind und, so Gott will, Ende des Jahres abtreten dürfen, gar nicht das Recht haben, solche grundlegenden und tief in das gesamte Volksleben eingreifenden Gesetze zu verabschieden, und daß es eine große Belastung für den Neuaufbau einer Demokratie, die wir doch alle erst noch richtig auffassen müssen, darstellt, wenn auch nur im entferntesten der Eindruck erweckt werden könnte, als würde autoritär regiert.

(Sehr gut! bei der CDU)

Meine Damen und Herren, das ist die Theorie. Sie läßt sich leicht aussprechen in diesem Saale, zu dem Sie Garderobemarken bekommen haben, die immer noch an die monarchistische Zeit erinnern. Wir haben das erst in letzter Minute festgestellt. Ich sage das, damit nicht etwa in letzter Stunde noch eine kleine Anfrage eingebracht wird. Es ist auf den Garderobemarken aufgedruckt: Das königliche Personal darf kein Trinkgeld annehmen.

(Heiterer Beifall)

Meine Damen und Herren, so also sehen die Dinge hier in diesem Saale eines einst fürstlichen Schlosses aus.

(Heiterkeit)

Und nun sehen wir uns — Sie haben es inzwischen aus den Tageszeitungen ersehen; ich bin noch nicht berechtigt, im einzelnen dazu etwas zu erklären — der absoluten Notwendigkeit gegenübergestellt, die auch Sie anerkennen würden, wenn Sie einer solchen Situation gegenüberstünden: den von mir vorangestellten Grundsatz zu durchbrechen. Dafür müssen Sie Verständnis haben, und Sie dürfen die Schuld dann nicht bei denen suchen, die zufällig die Verantwortung tragen, sondern wir müssen uns einig sein darüber, daß es nur eine große Entwicklung gegeben hat, nämlich die Geschehnisse der letzten zwölf Jahre durch die die Voraussetzungen für diesen Zustand geschaffen worden sind.

(Sehr richtig! bei der CDU)

Meine Damen und Herren! Der Länderrat hat also kein eigenes Gesetzgebungsrecht gehabt; es sind gewisse Dinge auf dem Gebiete der Ernährung geregelt worden. Aber

Dr. Hipert

diese Dinge haben mit der Legislative nichts zu tun. Die bizonalen Einrichtungen werden Akte verrichten, die entweder als Rechtssetzung oder als Rechtsakte anzusprechen sind; sie werden vielleicht bis zu einem gewissen Grade die Wirkung von Reichsgesetzen haben. Es ist deshalb notwendig, daß gerade hier, wo auch der Gesichtspunkt der Einstimmigkeit gefallen ist, wo die einfache Mehrheit entscheidet, die politischen Parteien ihren Anspruch als Vertreter des Volkes geltend machen. Ich glaube, Ihre Wünsche begegnen sich mit den Wünschen der Parteien, die im Zonenbeirat der britischen Zone beisammen sind, und ich persönlich bin der Überzeugung, daß man dieser Dynamik auch auf der andern Seite sich nicht widersetzen können, weil wir sonst in eine Situation hineinkommen würden, die gegenüber dem gegenwärtigen Stande des staatsrechtlichen Ausbaues der Demokratie zweifellos als Rückschritt angesprochen werden müßte.

Diese Verankerung des Parlaments wenigstens in etwas — ich gebe zu: in sehr geringem Ausmaße; darin stimme ich dem Herrn Abg. Caspary vollkommen zu — haben wir als Ministerpräsidenten der US-Zone dadurch angedeutet, daß wir gesagt haben: Unsere Vertreter sind eben in jedem Falle die betreffenden Fachminister. Ursprünglich sollten das irgendwelche andere Sachverständige sein. Wir haben uns gesagt: Die Minister haben immerhin eine gewisse Verantwortung dem Ministerpräsidenten gegenüber, und sie sind später, wenn die Dinge so bleiben sollten, dem Parlament gegenüber verantwortlich.

Das ist der gegenwärtige Sachstand. Das ist der Standpunkt, den wir einnehmen. Und ich möchte Ihnen nochmals erklären, daß das gesamte Kabinett einschließlich des Herrn Ministerpräsidenten in dieser Frage einig ist und daß wir in der Kabinettsitzung vom 14. August — am 16. August schon mußten wir unsere Vertreter benennen — unter dem Vorsitz des Herrn Ministerpräsidenten einstimmig ein ganz bestimmtes Programm aufgestellt haben, das hinsichtlich der Zweizoneneinrichtung darauf hinausläuft, daß darin eine einwandfreie parlamentarische politische Kontrolle vorgesehen wird.

Hinsichtlich des Länderrates dürften weitere Schwierigkeiten kaum noch auftreten. Ob solche Schwierigkeiten bei den Zoneneinrichtungen auftreten werden, kann man im voraus nicht sagen. Aber eines möchte ich versichern: Wir werden den Antrag, wie er heute gestellt worden ist, nicht nur zur Kenntnis nehmen, sondern wir betrachten diesen Antrag als eine wertvolle Unterstützung der Bemühungen der Großhessischen Staatsregierung, die darauf abzielen, zwischen der mehr bürokratischen Verwaltung und der demokratischen Entwicklung baldigst den Gleichstand herbeizuführen, und das natürlich auf der höchsten Stufe, nicht durch Rückfall auf eine niedere Stufe. Das zum rein Grundsätzlichen.

Ich möchte nun noch darauf hinweisen, daß der Herr Abgeordnete Bauer nicht umhin gekonnt hat, seine Kritik im Zusammenhang mit den Erklärungen des Herrn Ministerpräsidenten Professor Dr. Geiler hier zum Vortrag zu bringen. Wenn diese Anfrage rechtzeitig bekannt geworden wäre, so glaube ich, daß ein einfacher Anruf genügt hätte, Herrn Professor Geiler, der an diesen Dingen außerordentlich interessiert ist, zu veranlassen, zu diesen Dingen Stellung zu nehmen. Wenn in der Presse die Mitteilung veröffentlicht worden ist, der Nationalrat bestehe aus Ministern und höheren Beamten, so ist dabei nicht erwähnt worden, daß an sich, glaube ich, dem Herrn Ministerpräsidenten — er hat mir das einmal in einer rein persönlichen Unterredung dargelegt — gleichzeitig das Gremium des Volksrates vorschwebte, der aus den parlamentarischen Körperschaften besetzt wird. Herr Professor Dr. Geiler wird sicher Gelegenheit nehmen, Sie über diese Dinge aufzuklären.

Ich möchte aber doch hier einmal mit aller Deutlichkeit sagen, daß der Herr Ministerpräsident in diesen Fragen, auch in der Frage der Heranziehung parlamentarischer Körperschaften, nicht nur absolut mitgeht, sondern in vielen Fällen absolut führend diesen Gedanken im Länderrat Ausdruck gegeben hat.

Ich darf zum Schluß noch folgendes sagen: Die Großhessische Staatsregierung kann für sich in Anspruch nehmen, daß sie die Gedankengänge, die darin gipfeln, daß wir ja zu einer Lösung kommen müssen in einem Zeitpunkt, wo wir auf der einen Seite uns bemühen, minutiöse Verfassungsbestimmungen zu stipulieren und im gleichen Zeitpunkt auf der anderen Ebene ganz bestimmte gesetzgeberische Funktionen ausüben, mit aller Schärfe beobachtet, um alles zu verhindern, was die demokratische Tätigkeit der Länder, ohne daß eine entsprechend festere demokratische Form auf höherer Ebene gegeben ist, etwa aushöhlen könnte in dem gleichen Augenblick, wo wir die Gesetze verabschieden, denn das würde an sich für den Gedanken der Demokratie absolut unerträglich sein. Ich möchte also sagen, daß wir immer diese Gedankengänge vertreten haben, und ich darf weiter sagen, daß mir nicht bekannt geworden ist, daß in irgendeiner der beiden anderen Landesversammlungen oder in den Ausschüssen der Landesversammlungen so eingehend über die Tätigkeit des Länderrats und auch über den neuesten Stand dieser Einrichtungen berichtet worden ist, wie in Groß-Hessen. Der Unterschied besteht nur darin, daß die anderen Landesversammlungen ihren Ministerpräsidenten für die aufopfernde Tätigkeit im Länderrat ihren Dank aussprechen, während Sie kritisieren. Und darin sehe ich, wie überhaupt in der ganzen Verhandlung des heutigen Tages, einen verheißungsvollen Anfang einer wirklichen Demokratie. Denn eine Demokratie kann nicht nur aus Löhndelei bestehen, eine Demokratie kann nur bestehen, wenn wir uns gegenseitig kritisieren und wenn wir dabei doch zuguterletzt auf allen Seiten die Meinung haben, daß wir bis zum Beweis des Gegenteils anständige Menschen sind.

(Lobhafter Beifall bei der CDU und SPD)

Präsident:

Meine Damen und Herren! Ich weise in dieser vorgedrückten Stunde zunächst darauf hin, daß wir noch über das Telegramm, über den anderen Antrag und vor allem über den gemeinschaftlichen Antrag vom Hauptausschuß abstimmen müssen. Ich kann es mir ersparen, das alles nochmals vorzulesen. Ich nehme an, daß Sie damit einverstanden sind, daß ich die Anträge an das Staatsministerium weitergebe und das Telegramm sofort nach Berlin abschicke als Willensausdruck der gesamten Versammlung. Bezüglich der Anträge, die noch nicht erledigt werden konnten, bitte ich mich zu bevollmächtigen, daß ich diese erledige, indem ich sie an die zuständigen Ausschüsse weiterleite und, soweit sie von den Ausschüssen kommen, an das Staatsministerium abgebe.

Meine Damen und Herren! Ich weiß, daß wir gestern und heute überaus wichtige Aufgaben erfüllt haben und daß jeder sein Bestes hergegeben hat, um unserer Bevölkerung zu helfen. Jetzt ist es Zeit, daß wir schließen, und ich glaube, in Ihrem Einverständnis zu handeln, wenn wir jetzt die Beratungen beenden. Ich bitte Sie, es mir zu überlassen, die nächste Plenarsitzung einzuberufen, die sich ja wahrscheinlich mit der Beratung der Verfassung beschäftigen wird. In diesem Sinne schließe ich die heutige Sitzung.

(Schluß der Sitzung 20.58 Uhr.)